



111



Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“

Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik

Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“



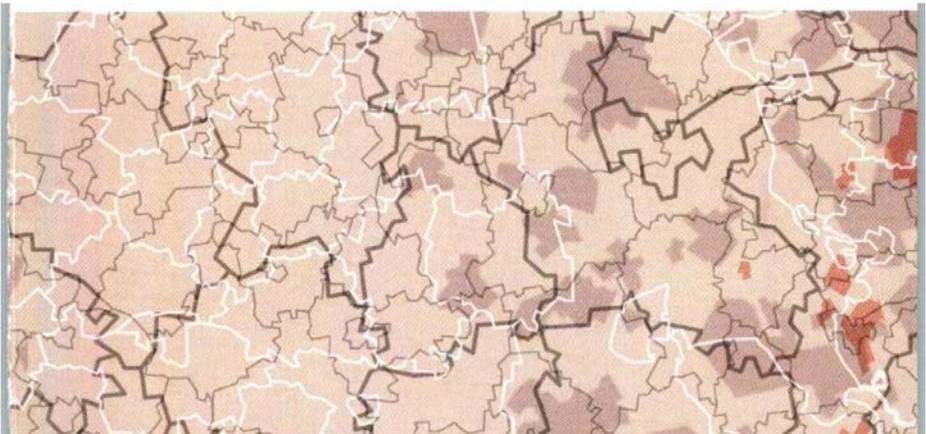
Zum Inhalt:

Die vorliegende Publikation markiert den Abschluss des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“, das die Schader-Stiftung gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag, dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen sowie den wissenschaftlichen Instituten, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) und InWIS Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr- Universität Bochum, seit Anfang 2004 durchgeführt hat.

Im Zentrum stehen die Ergebnisse der Praxis-Phase des Projektes, an der sich die Kommunen Berlin-Mitte, Essen, Frankfurt am Main, Hannover, Hamburg, Mannheim, München und Nürnberg beteiligt haben. Diese Städte hatten sich bereit erklärt, anhand der seit Anfang 2005 vorliegenden „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ eigene integrationspolitische Ansätze zu überprüfen und Maßnahmen für die jeweilige Situation vor Ort zu entwickeln. Die Verbundpartner Difu und InWIS haben die Städte dabei beraten und wissenschaftlich begleitet.

Der abschließende Bericht der Begleitforschung ist in einer Kurzfassung Bestandteil dieser Publikation und steht in der Langversion unter www.zuwanderer-in-der-stadt.de zum Download bereit. Die Dokumentation des Kongresses „Zuwanderer in der Stadt — Perspektiven sozialräumlicher Integration“ am 28./29.09.06 in Nürnberg und wissenschaftliche Beiträge externer Autoren zu sozialräumlichen Strukturen und Integrationsprozessen ergänzen den Bericht.

Die Publikationen zum Projekt können unter www.schader-stiftung.de bestellt werden.



Schader-Stiftung

Deutscher Städtetag

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen

Deutsches Institut für Urbanistik

Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regional-
entwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum

(Hrsg.)

Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik

Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“

Bibliographische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar,

Herausgeber:

Schader-Stiftung

Deutscher Städtetag

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen

Deutsches Institut für Urbanistik

Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung

GmbH an der Ruhr-Universität Bochum

Redaktionelle Bearbeitung: Gudrun Kirchhoff, Schader-Stiftung

Bezugsadresse:

Schader-Stiftung

Projektgeschäftsstelle „Zuwanderer in der Stadt“

Karlstr. 85, 64285 Darmstadt

Tel.: 06151/1759-0, Fax: 06151/1759-25

kontakt@schader-stiftung.de

www.zuwanderer-in-der-stadt.de

Das diesem Bericht zugrunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 19W3048A im Programm „Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“ gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-932736-19-3

Fotos: Seiten 8 mi und re, 9 li, 33, 47: Fred Anders; alle anderen Schader-Stiftung

Lektorat: Dagmar Lentz, Berlin

Grafik und Satz: Petra Baumgardt, Offenbach

Druck: Rohland & more Mediengesellschaft mbH, Offenbach

Inhalt

Vorwort	5
----------------	----------

TEIL 1

Zuwanderer in der Stadt - Ergebnisse des Projektes

C. Kulenkampff: Anmerkungen zur stadträumlichen Integrationspolitik	11
---	-----------

Sybille Münch: Integrieren statt Umsiedeln - Empfehlungen zum Umgang mit segregierten Quartieren	16
---	-----------

Kurzfassung

Stadträumlichen Integrationspolitik - Umsetzung der Empfehlungen des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“	31
---	-----------

TEIL II

Sozialräumliche Strukturen und kommunale Integrationspolitik

Janina Söhn/Karen Schönwälder: Siedlungsstrukturen von Migranten und Migrantinnen in Deutschland	73
---	-----------

Hartmut Häußermann/Walter Siebel: Integration trotz Segregation - zum Stand der wissenschaftlichen Debatte	92
---	-----------

Integrationspolitische Steuerung der Kommunen: Beispiel Essen, Frankfurt am Main und Nürnberg	120
--	------------

TEIL III

Dokumentation des Kongresses „Zuwanderer in der Stadt - Perspektiven sozialräumlicher Integration“

C. Kulenkampff, Schader-Stiftung, Projektleiter „Zuwanderer in der Stadt“	139
--	------------

Armin Laschet , Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen	153
Dr. Albert-Maximilian Schmid , Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge	161
Round-Table-Gespräch: Integriert, segregiert oder parallel - Perspektiven von Stadtgesellschaften mit hohem Zuwandereranteil	168
Podiumsdiskussion: Integration trotz Segregation? - Zielstellungen kommunaler Integrations- und Stadtteilpolitik	182
Forum 1 bis 7 (Kurzprotokolle)	200
Veröffentlichungen im Rahmen des Projektes	213

ANHANG

Personenverzeichnis	217
Kulturprogramm	228
Veranstaltungsprogramm - Kongress „Zuwanderer in der Stadt - Perspektiven sozialräumlicher Integration“	231
Pressespiegel	236

Vorwort

Die vorliegende Publikation dokumentiert in erster Linie die Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“, das die Schader-Stiftung gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag, dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen sowie den wissenschaftlichen Instituten, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) und InWIS Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum, seit Anfang 2004 durchführt. Die Ergebnisse werden durch Beiträge externer Autoren ergänzt.

Das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ bezog seinen Impuls aus folgenden zentralen Feststellungen:

Die Gesamtbevölkerung schrumpft und altert. Gleichzeitig nimmt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund stetig und deutlich zu.

Ganz überwiegend leben Zuwanderer in den Großstädten Westdeutschlands. In manchen Städten beträgt ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung bereits mehr als ein Drittel. In einzelnen städtischen Quartieren liegt er schon über 50%. Diese Tendenz zur räumlichen Konzentration schreitet fort.

Die Arbeitslosigkeit ist unter Zuwanderern fast doppelt so hoch wie die der Einheimischen. Es ist heute nicht erkennbar, was an diesem Verhältnis etwas ändern könnte, da Arbeitsplätze vor allem für gering Qualifizierte verloren gehen.

Kommunen haben durch das Auslaufen von Belegungsbindungen im sozialen Wohnungsbau immer weniger Einfluss auf die Belegung von Wohnungen. Dadurch steigt die Bedeutung von Wohnungsunternehmen, die sich einer nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer Bestände verpflichtet fühlen und eine ausgewogene soziale und ethnische Zusammensetzung der Bewohnerschaft anstreben. Gleichzeitig verändert sich das Klima auf dem deutschen Wohnungsmarkt durch das Agieren internationaler Finanzinvestoren mit einem in der Regel kurzfristigen Anlagehorizont und seinen Auswirkungen auf die Geschäftspolitik aufgekaufter Unternehmen.

In den knapp drei Jahren des Projekts haben sich die Projektträger mit der Frage beschäftigt, wie und unter welchen Bedingungen stadträumliche Integrationspolitik gestaltet werden sollte. Zentral war dabei die Frage, was insbesondere Kommunen und Wohnungsunternehmen zur Verbesserung der Integration von Zuwanderern unter sozialräumlichen Aspekten beitragen können.

Insgesamt zielte das Projekt auf den Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis sowie auf die Ermittlung von Handlungs- und Orientierungswissen. Das Projekt war in zwei Phasen untergliedert. Zunächst hat ein Expertenforum aus Wissenschaftlern und Praktikern aus Kommunalverwaltung und Wohnungswirtschaft auf Basis von Begehungen, Anhörungen und wissenschaftlichen Expertisen Handlungsempfehlungen für die Akteure in den Städten erarbeitet. Diese wurden als „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ Anfang 2005 publiziert. In der daran anschließenden Praxisphase haben Kommunalverwaltungen und Wohnungsunternehmen aus acht kooperierenden Großstädten in ausgewählten Stadtquartieren auf Grundlage der Empfehlungen integrationspolitische Maßnahmen initiiert. Sie wurden dabei von den Instituten Difu und InWIS beraten und begleitet. Die Maßnahmen waren in den Handlungsfeldern angesiedelt, die entsprechend der lokalen Gegebenheiten aus Sicht der Städte Vorrang hatten.

Die ausgewählten Stadtquartiere repräsentieren in ihrer Siedlungsstruktur einen Querschnitt städtischer Wohngebiete mit hohem Zuwandereranteil. Vertreten sind die Großsiedlung der 1960er und 1970er Jahre, das Arbeiterquartier der Nachkriegsära in aufgelockerter Bebauung und das klassische innerstädtische Arbeiterquartier aus der Gründerzeit. Mehrheitlich werden die Stadtteile oder Teilgebiete im Bundesländer-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf- die Soziale Stadt“ gefördert.

Die beteiligten Städte haben die Möglichkeiten, die ihnen das Projekt zur Prüfung ihrer integrationspolitischen Ansätze bot, sehr unterschiedlich genutzt. Das eigentliche Ziel des Projekts, nämlich die Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Realität und ihrer Wahrnehmung und deren Aufarbeitung in Bezug auf Integration im städtischen Raum überwinden zu helfen, ist nur teilweise erreicht. Obwohl die eingangs aufgeführten Parameter kaum bestritten werden, weichen die Bewertungen der daraus abzuleitenden integrationspolitischen Strategien stark voneinander ab. Die Ausgangsprämisse „Integration trotz Segregation“ blieb bis zum Schluss umstritten, mehr noch, sie wurde von einigen Städten als Kapitulation gewertet, insbesondere dort, wo wohnungspolitische Instrumente im Moment noch wirken. Nicht zuletzt entscheidet

häufig die Situation auf den regionalen Wohnungsmärkten über die Umsetzbarkeit wohnungspolitischer Maßnahmen zur Integration von Zuwanderern - z. B. einer aktiven Belegungspolitik.

Die Diskussion wird also weitergehen, und wir hoffen, dass das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ die wissenschaftliche und öffentliche Debatte des Themas, vor allem aber auch die praktischen Entwicklungen zur Förderung der stadträumlichen Integration von Zuwanderern in unseren Städten voranbringt.

Wir möchten an dieser Stelle den Städten Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Mannheim, München, Nürnberg, dem Bezirk Mitte von Berlin, den Wohnungsunternehmen und insbesondere allen, die sich vor Ort aktiv in den Prozess eingebracht haben, für ihre Teilnahme an dem Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ danken. Unser Dank gilt auch den Autoren, die Beiträge für diese Publikation zur Verfügung gestellt haben.

Christoph Kulenkampf
Projektleiter „Zuwanderer in der Stadt“
Darmstadt, im Februar 2007

a

Zuwanderer in der Stadt 1 Teil I





Teil I

Zuwanderer in der Stadt Ergebnisse des Projektes

Inhalt

C. Kulenkampff: Anmerkungen zur stadträumlichen Integrationspolitik	11
Sybille Münch: Integrieren statt Umsiedeln - Empfehlungen zum Umgang mit segregierten Quartieren	16
Regina Höbel, Melanie Kloth, Bettina Reimann, Ulla-Kristina Schuleri-Hartje: Stadträumliche Integrationspolitik - Umsetzung der Empfehlungen des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“ - Kurzfassung -	31

C. Kulenkampff, Projektleiter „Zuwanderer in der Stadt“ **Anmerkungen zur stadträumlichen Integrationspolitik**

Die Zukunft unserer Gesellschaft hängt maßgeblich davon ab, dass ihr die Integration vor allem der jungen Zuwanderer gelingt. Dabei soll **Integration** auf die **Befähigung der Zuwanderer zur Teilhabe** am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben unter Wahrung ihrer kulturellen Eigenheiten abzielen. Sie ist eine **zentrale politische Aufgabe**, die auf Dauer anzulegen ist; Integration ist ein **fortwährender Prozess**.

Die meisten Zuwanderer leben in den Großstädten und Ballungsregionen Westdeutschlands. Ungeachtet aller Bemühungen, dem entgegenzuwirken, findet eine **räumliche Konzentration** von Zuwanderern in bestimmten städtischen Wohnquartieren statt. Daran wird sich auch in Zukunft wenig ändern. Eigeninteresse der Zuwanderer, Mechanismen des Wohnungsmarktes und fehlende Steuerungsinstrumente fördern diese Entwicklung.

Anliegen des Projektes war es daher, Handlungsfelder und Maßnahmen zu ermitteln, die die **Integration von Zuwanderern** vor Ort, in den städtischen Wohnquartieren, **trotz Segregation fördern** und das Miteinander der Bewohner positiv gestalten können.

Zu den **zentralen Handlungsfeldern** zählen u.a.

Schule, Bildung und Spracherwerb vor Ort,

Migrantenökonomie und Beschäftigung im Quartier,

Partizipation von Zuwanderern,

interkulturelle Orientierung und Öffnung der Verwaltung sowie

Städtebau und Quartiersentwicklung.

3. Die soziale und ethnische Segregation in den Wohnquartieren ist mit Blick auf die Integration ihrer Bewohner differenziert zu betrachten. So lassen sich neben negativen Effekten räumlicher **Segregation**, wie etwa Abschottungstendenzen, auch positive und **integrationsfördernde Aspekte** beobachten: Die Nachbarschaft von Familie und Landsleuten kann Zuwanderern einen geschützten Raum bieten, der ihnen das Ankommen in der Aufnahmegesellschaft erleichtert. In den sozialen und familiären Netzen finden neu Zugewanderte materielle und immaterielle Hilfen. Ethnische Ökonomien sowie eine auf die kulturellen und ökonomischen Bedürfnisse der Zuwanderer abgestimmte Infrastruktur entwickeln sich leichter bei räumlicher Nähe.

Ungeachtet dessen müssen „*Städte darauf hinarbeiten, dass die räumliche Segregation von Zuwanderern - gleich welcher Ursache - nicht zu deren Ausschluss aus der Gesellschaft führt Räumliche Segregation in benachteiligten und benachteiligenden Quartieren darf nicht zum Integrationshemmnis werden*“ (Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“, 2005: Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik, S. 21).

Die Kommunen messen der Integration von Zuwanderern als einer der größten Herausforderungen für die Zukunft der Städte häufig noch zu geringe politische Bedeutung bei. Sie bleibt eine Art lokale Fach- oder Klientelpolitik ohne übergreifenden Status.

Integrationspolitik benötigt Führungsverantwortung und politische Legitimation. Basis für die Integrationsarbeit vor Ort sollte ein von den Kommunalparlamenten verabschiedetes integrationspolitisches Konzept sein.

Integrationspolitik ist Querschnittsaufgabe fast aller kommunalen Fachverwaltungen und organisatorisch entsprechend anzusiedeln. Sie muss auf Nachhaltigkeit angelegt sein. Kurzfristige „Strohfeuerprojekte“ verbrennen finanzielle Ressourcen und wirken negativ auf die Motivation und das Engagement der Akteure vor Ort, auf die Integrationspolitik in besonderem Maße angewiesen ist. Stadträumliche Integrationspolitik braucht funktionierende Netzwerke und Kooperationen sowie langfristig ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen.

Mit dem Auslaufen von Belegungsbindungen im sozialen Wohnungsbau droht den Kommunen der zunehmende Verlust dieses Instruments zur Belegungssteuerung. Gleichzeitig verändern sich die Bedingungen auf dem deutschen Wohnungsmarkt durch das Agieren internationaler Finanzinvestoren. Mit dem Verkauf kommunaler und öffentlicher Wohnungsunternehmen gehen weitere stadtentwicklungspolitische Gestaltungsinstrumente verloren.

Maßgeblich für Integration sind sozialer Kontakt sowie der Zugang zu Bildung und Arbeit. Mit dem Bedeutungsverlust des Arbeitsmarktes als Integrationsfaktor gehen Kontaktfelder zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung verloren. Das Wohnquartier wird damit zum Schlüssel für Integration. Die Kommunen müssen künftig verstärkt Strategien verfolgen, die eine Aufwertung der Zuwandererquartiere zum Ziel haben, um sie auch für die mittelschichtorientierte Bevölkerung attraktiv zu machen. Insgesamt sind Maßnahmen vorzusehen, die „soziale Aufsteiger“ veranlassen, dort wohnen zu bleiben, anstatt in ein „besseres“ Quartier umzuziehen. Anstelle wenig erfolgversprechender Strategien zur ‚Verteilung‘ und ‚Mischung‘ von

Zuwanderern im Stadtgebiet sind „Halte-Strategien“ durch Integrationsmaßnahmen vor Ort angesagt.

B. Kommunen und Wohnungsunternehmen verfolgen seit Jahren vielfältige Strategien im Rahmen **integrierter Stadtteilentwicklung** zur Stabilisierung benachteiligter Quartiere, die bauliche, aber auch soziale, kulturelle, beschäftigungswirksame und beteiligungsfördernde Zielsetzungen haben.

Das **Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“** hat wichtige Anstöße gegeben, die dafür notwendigen Ressourcen zu bündeln, Netzwerke und Kooperationen vor Ort auszubauen und die Beteiligung der Bewohner als Potenzial zu nutzen. Hier gilt es, stadtentwicklungspolitische mit integrationspolitischen Aufgaben zu verknüpfen und den integrativen Ansatz des Programms auf alle Gebiete mit einem hohen Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auszuweiten.

Die auf nachhaltige Bewirtschaftung ihrer Bestände ausgerichteten **Wohnungsunternehmen** haben erkannt, dass **Zuwanderer** vermehrt zu ihren **Kunden** zählen, und ihre **Unternehmenskonzepte** dieser Entwicklung angepasst

Die Schulung von Mitarbeitern in interkultureller Kompetenz, die Einrichtung von Büros für Gemeinwesenarbeit, Konfliktvermittlungsstellen und Mietertreffpunkte sowie die Unterstützung von Stadtteilprojekten werden dabei als Maßnahmen eingesetzt, um das Zusammenleben von Zuwanderern und einheimischer Bevölkerung zu verbessern. Die **Kooperation der Wohnungsanbieter** auf Stadtteilebene im Zusammenspiel mit der Kommune kann diesen Prozess insgesamt voranbringen.

Eine besondere Bedeutung für den Integrationsprozess hat das Thema Bildung sowie die Art und Qualität des **Bildungsangebotes im Quartier**. Erste Voraussetzung für die Überwindung der gerade unter Zuwanderern häufig anzutreffenden Bildungsferne ist die **räumliche Nähe eines Bildungsangebotes** vom Kindergarten bis mindestens zur Realschule, das in seiner Programmatik und in seiner personellen und materiellen Ausstattung zur Überwindung der **Bildungsbenachteiligung** von Zuwanderern in der Lage ist: Das Bildungsangebot müsste gerade in Quartieren mit hohem Zuwandereranteil so attraktiv sein, dass es auch einheimische Eltern aus eher bürgerlichen Quartieren der Stadt für ihre Kinder wahrnehmen.

Unter dem Aspekt der quartiersbezogenen „**Halte-Strategien**“ für „Aufsteiger“ kommt hinzu: Gerade Defizite im Bildungsangebot bewegen viele aufstiegsorientierte Eltern dazu, den Stadtteil zu verlassen.

schulische Fördermaßnahmen, insbesondere zum Spracherwerb, die Einrichtung von Ganztagschulen, die Öffnung der Schulen zum Stadtteil mit einem übergreifenden, auch die Eltern einbeziehenden Bildungsauftrag und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungseinrichtungen. Als Stadtteilschule und „Bürgerzentrum“ können sie einen wichtigen Beitrag zur Stabilität des Stadtteils leisten.

Die wachsenden Potenziale der Migrantenökonomie sind besonders geeignet, Zuwanderern die Teilnahme am Erwerbsleben und damit die Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen zu ermöglichen. Sie kann darüber hinaus Brückenfunktionen zur Mehrheitsgesellschaft übernehmen und mit ihrer Bedeutung für die Nahversorgung im Stadtteil das Wohnquartier aufwerten.

Die Stadtpolitik sollte daher Migrantenökonomie etwa durch spezifische Beratungs- und Fortbildungsangebote bei Existenzgründungen sowie bei der langfristigen Konsolidierung der Betriebe und durch die Förderung lokaler Ausbildungsverbände unterstützen.

Zuwanderer müssen im Prozess der Integration als Subjekte agieren können. Sie an der Entwicklung von Integrationsmaßnahmen und -projekten zu beteiligen, ist daher eine wichtige Forderung. Dafür müssen Kommunen die Zuwanderer aber auch als Potenzial erkennen, Raum für ihre Beteiligung schaffen und den Kontakt zu ihnen etwa über Migranten-Selbstorganisationen intensivieren. Multiplikatoren spielen dabei eine wichtige Rolle. Daher ist die interkulturelle Orientierung und Öffnung der Verwaltung von besonderer Bedeutung. Sie hat im Hinblick auf den Prozess der Integration Vorbildfunktion.

Integrationsbedarfe sind abhängig von der Migrationserfahrung des Einzelnen, von seiner sozialen Herkunft, seinen familiären Leitbildern und seinem Bildungsstand. Angebote und Maßnahmen sind bedarfsgerecht zu gestalten. Die Beschäftigung von Mitarbeitern mit interkultureller und mehrsprachiger Kompetenz in den Verwaltungen würde diesen Prozess insgesamt erleichtern.

Ein verändertes gesellschaftliches Klima hat zu einem offeneren Dialog über die Situation ethnisch und sozial segregierter Stadtteile und die Anforderungen an eine zukunftsweisende Integrationspolitik in den Städten geführt. Dies mag zum einen daran liegen, dass sich Problemlagen zuspitzen und die gesellschaftlichen Herausforderungen sichtbar werden, zum anderen deutet es darauf hin, dass Zuwanderer sich heute mehr in die gesellschaftspolitischen Diskussionen einbringen.

Durch die Einführung des aktiven **und passiven kommunalen** Wahlrechts für Ausländer, die schon länger in Deutschland leben, könnte diesen legitimen Bestre-

bungen und der besonderen Bedeutung, die die Integration der Zuwanderer für die Zukunft des städtischen Gemeinwesens hat, Rechnung getragen werden.

14. Alle Maßnahmen auf der Quartiers- oder Stadtteilebene müssen zum Ziel haben, Migranten den **Weg in die gesellschaftlichen** Systeme - wie Bildung, Erwerbsarbeit, Gesundheitsvorsorge und politische Teilhabe - zu ermöglichen und eigenständige Perspektiven zu entwickeln. Voraussetzung dafür ist, dass die Migranten selbst eine langfristige Bleibeperspektive haben bzw. haben können. Das Quartier darf keine Sackgasse sein. Dafür sind konkrete Zielvereinbarungen auf Grundlage eines fundierten Wissens über Situation und Problemlagen der Stadtteil- und Migranten-Communities unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen zu erarbeiten. Zur Überprüfung des integrationspolitischen Handelns in den Kommunen sind geeignete Evaluationsverfahren einzusetzen.

Sybille Münch

Integrieren statt Umsiedeln - Empfehlungen zum Umgang mit segregierten Quartieren

Wer die Medienberichte zu Ereignissen wie den Jugendunruhen in den französischen banlieues oder den „Hilferuf“ des Kollegiums der Berliner Rütli-Schule verfolgt hat, mag glauben, dass der von Samuel Huntington für die Weltpolitik prognostizierte „Kampf der Kulturen“ längst in den ethnisch geprägten Nachbarschaften europäischer Großstädte ausgetragen werde. In Deutschland hat das Thema „Integration von Zuwanderern“ Konjunktur - oder vielmehr das vermeintliche Scheitern derselben. Aufgeregt wird der Blick auf Stadtteile mit hohem Zuwandereranteil gerichtet, die, als „Ghetto“ diffamiert, geradezu ein Ausdruck des Rückzugs der angeblich integrationsunwilligen Migranten in ihre „Parallelgesellschaften“ zu sein scheinen. Sagt der Ausländeranteil wirklich etwas über die Stabilität und vor allem die Integrationsfähigkeit eines Wohnquartiers oder die Integrationswilligkeit seiner Bewohner aus? Wie kann das friedliche Zusammenleben gefördert werden? Wie kann die Integration von Zuwanderern trotz ihrer sozialräumlichen Segregation gelingen?

Diesen Fragen geht das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ nach.

Handlungsbedarf für Kommunen und Wohnungswirtschaft

Die Ausgangslage für das Projekt ist zunächst die Feststellung, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung wächst. Die Prognose „Wir werden weniger, älter, bunter“ wird nicht mehr nur von Bevölkerungswissenschaftlern vorgetragen, sondern hat mittlerweile Eingang in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gefunden.

Dem Mikrozensus¹ zufolge lebten 2005 rund 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Deren Anteil an der Gesamtbevölkerung ist mit knapp 19% fast doppelt so hoch wie der Anteil der bisher erfassten Ausländer, die nun 9% der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Als Integrationsstätten der Gesellschaft fungieren dabei insbesondere die westdeutschen Großstädte: 90% der Ausländer leben im Westen der Republik und rund die Hälfte von ihnen lebt in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Unter den Deutschen sind lediglich 30% Großstadtbewohner. Obgleich sich die Geburtenraten aus-

ländischer Familien mit längerem Aufenthalt an die Aufnahmegesellschaft anpassen, werden Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien in Zukunft in einigen Stadtvierteln westdeutscher Großstädte die Mehrheit in ihrer Altersgruppe bilden.

Handlungsbedarf besteht, da die Bedeutung des Arbeitsmarktes für die Integration von Zuwanderern abnimmt. Dies liegt nicht nur an der durch die Deindustrialisierung bedingten hohen Arbeitslosigkeit, von der Zuwanderer in besonderem Maße betroffen sind. Der für ihre Arbeitslosigkeit verantwortliche Strukturwandel hat auch die Rolle der Gewerkschaften geschwächt, die in der Vergangenheit im hohen Maße zur Integration von ausländischen Arbeitnehmern beigetragen haben (Schiffauer 2005: 20). Je mehr der Arbeitsmarkt als „Integrationsmaschine“ an Gewicht verliert, desto mehr gewinnen Nachbarschaft und Wohnumfeld - der Sozialraum - an Bedeutung für die Integration der Zuwanderer. Insbesondere für die Kinder mit Migrationshintergrund finden Lebensgestaltung und Sozialisation vor allem in der Nachbarschaft statt.

Durch ihre schwache Stellung auf dem Wohnungsmarkt, aber auch durch die diskriminierende Praxis einzelner Vermieter, werden Zuwanderer jedoch in solche Bestände des unteren und mittleren Preissegmentes gefiltert, in denen sie Deutschen benachbart sind, deren soziale Stellung prekär ist. Der Ausländeranteil des Quartiers wird dann häufig als Zeichen für die Destabilisierung des Stadtteils angeführt, auch wenn die Ursachen für Konflikte in diesen „überforderten Nachbarschaften“ eher in der Prekarität der Lebensumstände der ausländischen und deutschen Bevölkerung zu finden wären. Integrationsbedarf haben beide Seiten!

Ausgangsüberlegungen zum Zusammenhang von Wohnen und Integration

Hinsichtlich der Integration von Zuwanderern mit Blick auf das Wohnen verfolgen Kommunen und Wohnungswirtschaft bislang das Ziel der ethnischen und sozialen „Mischung“ der Bevölkerung auf städtischer wie auf Quartiersebene. Auch das Baugesetzbuch (§1, Abs. 5) schreibt für die Bauleitplanung die Vermeidung „einseitiger Bevölkerungsstrukturen“ vor, ebenso das Wohnraumförderungsgesetz, wonach die „Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen“ bei der Förderung von Wohnungen zu berücksichtigen ist. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, eine unter den Deutschen verstreut wohnende Migrantenbevölkerung werde sich besser in die Aufnahmegesellschaft integrieren.

Hinter diesen Überlegungen steht u. a. die seit Jahren anhaltende Debatte, ob die Konzentration von Zuwanderern in bestimmten Stadtteilen, ihre räumliche Segregation, ein Hindernis für deren Integration darstellt. Die Diskussion um besonders wünschenswerte Bevölkerungsstrukturen ist indes schon viel älter und bezog sich zunächst vor allem auf die soziale Segregation, also die ungleiche Verteilung von Arm und Reich über das Stadtgebiet. Heute ist zu beobachten, dass sich soziale und ethnische Segregation meist überlappen.'

Argumente gegen Segregation

Von Gegnern der Segregation werden eine Reihe von Argumenten vorgetragen. Dabei wird deutlich, dass sich die Kritik vor allem auch gegen die soziale Segregation richtet. Befürworter der Mischung argumentieren zum einen ökonomisch: Die Konzentration von Armut in bestimmten Stadtteilen führe zur Abwanderung derjenigen Bewohner, die es sich noch leisten können. Der Kaufkraftverlust könne durch Desinvestitionen und Gewerbeleerstand eine weitere Abwanderung und somit eine Abwärtsspirale für das Quartier in Gang setzen. Zum anderen wird ein politisches Argument gegen Segregation vorgebracht: Durch erfolgreiche Mischung blieben auch benachteiligte Bevölkerungsgruppen im Bewusstsein der (gesellschaftlichen) Eliten (ausführlich zur Diskussion um Segregation: Siebet/ Häußermann 2001). Zudem erzeuge eine Konzentration von nicht-wahlberechtigten Zuwanderern in einem Stadtteil ein demokratisches Vakuum, das dazu führen könnte, dass das betroffene Quartier politisch nicht mehr ausreichend repräsentiert sei.

Ein gesellschaftspolitisches Argument gegen soziale Segregation unterstellt negative Sozialisierungseffekte. Als Bestandteil einer "Kultur der Armut" seien in benachteiligten Nachbarschaften solche Verhaltensweisen funktional und verbreitet, die sich bei Kontakten mit der Mehrheitsgesellschaft als kontraproduktiv erwiesen. Als weiteren negativen Quartiereffekt hat Wilson (1987) angeführt, dass Jugendlichen in Quartieren, in denen erwerbstätige Erwachsene eine Randerscheinung darstellen, ein positives Rollenvorbild für die Orientierung auf Arbeit fehle.

Diese Befunde beziehen sich aber in erster Linie auf nordamerikanische und nicht auf deutsche Verhältnisse. Analog zur Konzentration von sozial Benachteiligten wird jedoch auch der Konzentration von Zuwanderern ein negativer Sozialisierungseffekt unterstellt, da in ethnischen Quartieren beispielsweise der Erwerb der deutschen

Sprache erschwert und eigentlich für den Alltagsgebrauch nicht mehr notwendig sei. Eine innerethnische Vergemeinschaftung im Sinne eines konservativen Milieus erhöhe die soziale Kontrolle und den Konformitätsdruck auf die Bewohner mit Migrationshintergrund und verringere ihre Teilhabechancen an der Mehrheitsgesellschaft.

Ein weiteres gesellschaftspolitisches Argument gegen die Konzentration von Zuwanderern lautet, die Konzentration von „Fremden“ erhöhe ihre Sichtbarkeit und könne Fremdenfeindlichkeit befördern. Erhebungen in Städten der neuen Bundesländer zeugen indes davon, dass sich rassistische Einstellungen gerade bei einem verschwindend geringen Ausländeranteil manifestieren.

„Gemischte“ Quartiere und ihre Realisierung

Die Mitglieder des Expertenforums haben die Argumente gegen Segregation durchaus ernst genommen. Die Realisierung von „gemischten“ Wohnquartieren begegnet jedoch im Alltag erheblichen Schwierigkeiten. Zunächst ist anzumerken, dass der Zuwandereranteil im Quartier, bei dessen Erreichen der Fortzug der deutschen Bewohner drohen soll, willkürlich definiert wird. Dass die lange Zeit verbreitete Faustformel von maximal 15% ausländischen Haushalten obsolet wird, wenn der Ausländeranteil schon für die Gesamtstadt bedeutend höher liegt, erklärt sich von selbst. Der tipping point, der die vermeintlich objektive Grenze sozialer Verträglichkeit beziffert, suggeriert lediglich Wissenschaftlichkeit und Berechenbarkeit. Er lässt sich jedoch in der Regel nur ex post verifizieren und besitzt keinen Prognosewert. Wie bereits mit Blick auf die neuen Länder festgestellt wurde, reagieren Bewohner nicht auf Zahlen; maßgeblich ist für sie die persönliche Empfindung des Fremden.

Außerdem erweist sich die Annahme, jeder Stadtteil mit hohem Zuwandereranteil sei sozial instabil, als grobe Vereinfachung." Von vielen Stadtteilakteuren wird sogar die soziale Stabilisierung benachteiligter Quartiere durch Bewohner mit Migrationshintergrund und ihre vergleichsweise stabilen, kompensatorisch wirksamen Familien- und Netzwerkstrukturen hervorgehoben (z. B. Staubach 2005: 210). Auch die GdW-Studie „Überforderte Nachbarschaften“ stellt fest: *„Die länger in der Bundesrepublik lebenden Ausländer sind vielfach die ökonomisch aktivsten und stärksten Gruppen“* und *„bilden häufig einen Faktor der Stabilität“* (GdW 1998: 105; 110). Selbst im städtebaulichen Bericht der Bundesregierung von 2004 wird hierzu festgestellt:

„Eine durchlässige ethnisch-kulturelle Milieubildung im Stadtquartier [kann] durchaus positive Wirkungen haben, wenn sie zur Anerkennung der Verschiedenheit bei gleichzeitiger Vermeidung von Ausgrenzung führt“ (BMVBW 2004: III).

Nicht zuletzt *sind* Quotierungen und Zuzugssperren für Ausländer insofern fragwürdig, als sie die ohnehin problematische Wohnraumversorgung der Zuwanderer weiter verschlechtern.

Steuerungsfähigkeit geht verloren

Die Experten in unserem Projekt haben hingegen darauf hingewiesen, dass das Instrument der Mischung im Quartier aus mehreren Gründen an Bedeutung einbüßt. Erstens sind in Deutschland Familiennachzug und Kettenmigration die vorherrschenden Arten *der* Zuwanderung, sodass regionale und städtische Verteilungsmuster ohnehin verstärkt werden. Schwerwiegender ist allerdings, dass der Bestand sozialgebundenen Wohnraums fortlaufend schrumpft. Entsprechend sinkt die Bedeutung des kommunalen Belegungsrechtes als Instrument zur räumlichen „Verteilung“ von Sozialwohnungsberechtigten im Stadtgebiet und in den Wohnquartieren. Häußermann hat dieses Abnehmen der Steuerungsmöglichkeiten kürzlich auf den Punkt gebracht: „Im Jahre 1980 gab es in der Bundesrepublik etwa 4 Millionen Sozialwohnungen und 1 Million Arbeitslose, im Jahr 2005 gibt es nur noch 1 Million Sozialwohnungen, aber mehr als 4 Millionen Arbeitslose.“ (Häußermann 2005). Darüber hinaus haben sich Zuzugssperren, wie sie etwa in verschiedenen Westberliner Bezirken verhängt wurden, schon in der Vergangenheit als nicht wirkungsvoll erwiesen.⁵

Segregation wird es also auch *künftig* geben und sie manifestiert sich sowohl in schrumpfenden *als auch* in vergleichsweise stabilen Städten. Nicht nur die Verknappung von Wohnraum in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt, auch der Leerstand zahlreicher Wohnungen in schrumpfenden Städten erschwert *die* „Mischung“. In wachsenden Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt ist zu vermuten, dass sich ethnische Segregation im Zuge der Gentrifizierung innenstadtnaher *Altbaubestände über* die Verdrängung *der weniger* zahlungsfähigen Bewohner (mit Migrationshintergrund) vollzieht. In Städten mit entspanntem Wohnungsmarkt liegt

5) Die ehemalige Ausländerbeauftragte Berlins, Barbara John, konstatiert, dass weder die 15-jährige Zuzugssperre in einigen Berliner Innenstadtbezirken, noch die verfeinerten wohnungspolitischen Instrumente, wie die Verbilligung von Wohnraum für zuzugswillige Deutsche oder die Einführung einer Mindestbelegung von 15% Migrantenanteilen in den Beständen der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften, hohe räumliche Konzentration von Zuwanderern vermeiden konnten (John 2004: 7)

nahe, dass die Konzentration von Migranten durch Suburbanisierung, also durch den Fortzug zahlungskräftigerer (deutscher) Bewohner bedingt oder auf freiwillige Entscheidungen der Zuwanderer zurückzuführen ist.

Prämissen des Expertenforums

Der Ausgangspunkt der „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ des Expertenforums lautete nach alledem:

Die räumliche Konzentration von Zuwanderern in großstädtischen Quartieren gibt es und wird es auch künftig geben.

Sowohl das Eigeninteresse der Zuwanderer als auch die Mechanismen des Wohnungsmarktes unterstützen diesen Trend.

Wirksame Instrumente der Kommunen oder der Wohnungswirtschaft, dem entgegenzusteuern, gibt es kaum (noch).

Zu den Überlegungen, dass Segregation nur schwer verhindert werden kann, tritt im Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ die Überzeugung hinzu, dass (freiwillige) ethnische Segregation auch nicht grundsätzlich verhindert werden sollte. In den „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ heißt es dazu:

„Die Nachbarschaft von Familie und Landsleuten bietet Zuwanderern eine Reihe von Vorteilen:

Soziale und familiale Netze bieten materielle und immaterielle Hilfen für neu Zugewanderte. Ethnische Ökonomien sowie eine auf die kulturellen und ökonomischen Bedürfnisse der Zuwanderer abgestimmte Infrastruktur entwickeln sich leichter bei räumlicher Nähe.

Soziale Netze gleicher Ethnien sind wichtig für Zuwanderer, die noch nicht mit den Systemen von Arbeitsmarkt, Sozialstaat und Zivilgesellschaft im Aufnahmeland vertraut sind. Solche Netze bilden sich leichter auf der Basis kultureller und sozialer Homogenität und räumlicher Nähe. Eine kommunalpolitisch wirksame Organisation und Vertretung der Interessen von Zuwanderern vor Ort wird durch räumliche Konzentration ebenfalls erleichtert.

Migration bedeutet heute in der Bundesrepublik vor allem Familienmigration. Insbesondere die Verwandtschaftssysteme bieten in der fremden Umgebung wichtige emotionale und alltagspraktische Hilfen, Schutz gegen Isolation und Demoralisierung. Die soziale Stabilisierung im bekannten Milieu macht es leichter, sich auf die neue Gesellschaft einzulassen und zugleich die bisherigen Lebensgewohnheiten und den kulturellen Hintergrund beizubehalten.“ (Schader-Stiftung et al. 2005: 20)

Die sozialräumliche Segregation von Zuwanderern ist ein ambivalentes und hochkomplexes Phänomen. Um ein Bild zu bemühen, das Siebel, selbst Mitglied des Expertenforums, in einem anderen Zusammenhang geprägt hat: Das ethnisch geprägte Quartier kann „Netz und Käfig zugleich“ sein (Siebel 2005: 168).

Exkurs: Kritik an „Parallelgesellschaft“ und „Ghetto“

Mit Blick auf die Komplexität der Ursachen und Wirkungsweisen von Segregation ist Kritik am inflationären Gebrauch zweier Begriffe angebracht: „Parallelgesellschaft“ und „Ghetto“.

Der Begriff „Parallelgesellschaft“ genießt - gerade auch in den Medien und bei Politikern verschiedener Couleur - besondere Popularität. Problematisch ist dies insofern, als der Begriff asymmetrisch verwendet wird: Wer spricht denn bei den Bewohnern eines reinen Wohlstandsquartiers von „Parallelgesellschaft“? Außerdem wird er lediglich auf muslimische Zuwanderer bezogen und dabei „Integrationsunwilligkeit“ unterstellt. Mechanismen der Ausgrenzung von Migranten durch die Aufnahmegesellschaft bleiben unberücksichtigt. Ebenso unterschlägt die Bezeichnung „Parallelgesellschaft“, dass Konzentrationen von Migranten in Nachbarschaften und vor allem an Schulen sehr häufig auf die Segregationsbestrebungen deutscher Mittelschichtsfamilien zurückzuführen sind, die durch „Gestattungen“ Schuleinzugsbereiche umgehen oder durch Fortzug ins Umland nach ethnischer und sozialer Homogenität in ihrem Wohnumfeld streben.

Das Konzept „Parallelgesellschaft“ impliziert zudem eine Dopplung der Institutionen der Aufnahmegesellschaft, wobei die Binnenintegration der Zuwanderer, etwa ihre Selbstorganisation in ethnischen Vereinen, ihrer Integration in die Mehrheitsgesellschaft im Wege stehe.⁶ Verschiedene empirische Untersuchungen haben aber für Deutschland gezeigt, dass die Sorgen um Rückzugstendenzen - zumindest in der zweiten Generation - nicht bestätigt werden (Salentin 2005: 8). Zuwanderervereine beispielsweise haben eher eine Komplementärfunktion (vgl. Halm/ Sauer 2004: 551). Wer sich im Migrantenverein engagiert, ist auch im „deutschen“ Verein Mitglied, wer viele Freunde der eigenen Herkunftsgruppe hat, nennt auch viele deutsche Freunde sein eigen. Eine Konkurrenz zwischen Binnen- und Außenkontakten lässt sich nicht feststellen (z. B. Schöneberg 1985). Nach Untersuchungen am Zentrum für Türkeistu-

⁶ Aus kommunitaristischer Sicht ließe sich argumentieren, dass die häufig anzutreffende Gleichung „Ausländerviertel — Parallelgesellschaften = Brutstätten für islamische Terroristen“ falsch ist, da in soziale Gemeinschaftsbezüge Eingebettete weniger anfällig für religiös oder politisch radikale Ersatzgemeinschaften seien (Gaitanides 2000: 5).

dien in Essen sind noch am ehesten ältere Gastarbeiter, Heiratsmigranten und Zuwanderer mit erst kurzer Aufenthaltsdauer gefährdet, sich zurückzuziehen (Halm/Sauer 2004: 547).¹ Zudem wird die Fluidität der Zuwanderer-Kulturen übersehen: Deren ethnische Identität in Deutschland reproduziert nicht einfach die Kultur des Herkunftslandes (Schiffauer 2005: 21).

Die Allgegenwart des Begriffs „Parallelgesellschaft“ wird in der öffentlichen Debatte von einem älteren Begriff flankiert, der schon in den 80er und 90er Jahren weit verbreitet war. Der Ausdruck „Ghetto“ ist nicht nur mit Blick auf seine Bedeutung in der deutschen Geschichte mehr als bedenklich, er verkennt zudem die besonderen Strukturen deutscher Quartiere mit hohem Zuwandereranteil. Erstens sind sie in der Zusammensetzung ihrer Bewohnerschaft überwiegend multiethnisch. Die Auswertung der „Innerstädtischen Raumbewertung“ des BBR durch die „Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration“ am WZB hat kürzlich belegt, dass Stadtviertel, in denen eine Nationalität dominiert, in Deutschland untypisch sind. Es gibt ausgesprochen wenige Viertel, in denen eine ethnische Gruppe überhaupt einen Anteil von zehn Prozent erreicht (Schönwälder 2006: 23). Zweitens bleibt der Anteil an Bewohnern ohne Migrationshintergrund in den deutschen „Ausländervierteln“ hoch, und die Konzentrationsgebiete sind zudem relativ kleinräumig (Mahnig 2001: 2).

Außerdem impliziert der Begriff „Ghetto“, dass seine Bewohner dort auf Dauer eingeschlossen sind. Dies trifft für die ethnisch geprägten Quartiere bei uns nicht zu. Es gibt Untersuchungen, die in manchen Gebieten sogar eine höhere Fluktuation der ausländischen Bewohner im Vergleich zu ihren deutschen Nachbarn nachweisen. Das Borsigplatzviertel in Dortmund beispielsweise hatten 90% der ausländischen Bewohner nach 16 Jahren wieder verlassen (Gliemann 2002: 7). Auch die Frankfurter Umzugsstatistiken weisen auf eine höhere Mobilität ausländischer Haushalte hin (DASL 2002).

„Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“

Dem Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ geht es darum, den negativen Begleiterecheinungen sozialräumlicher Segregation entgegenzuwirken und deren positive Effekte zu verstärken. Mit anderen Worten: Der Aufstieg für Zuwanderer und „Einheimische“ zugleich muss innerhalb des Quartiers möglich sein. **„Integration trotz**

Segregation" lautet die Forderung. Angestrebt wird die Herstellung stabiler Quartiere anstelle räumlicher „Verschiebetechniken“ (Lanz 2002: 66) für einzelne Bewohnergruppen. Es muss darum gehen, soziale Probleme zu lösen und nicht, lediglich ihre räumliche Verteilung zu ändern (vgl. Bürkner 2002: 104). Auf die zweifelhaften positiven Quartiers- oder Nachbarschaftseffekte, deren Existenz zwar der common sense nahe legt, die bislang aber kaum wissenschaftlich nachgewiesen wurden, warten viele auf unterschiedliche Mischungskonzepte setzende europäische Städte vergebens.

Um die Integrationsfähigkeit des ethnisch geprägten Quartiers zu erhöhen, hat das Expertenforum zunächst folgende allgemeine Empfehlungen ausgesprochen:

Sämtliche Integrationsmaßnahmen sind vor Ort, in den ethnisch geprägten Quartieren anzusiedeln.

Statt sich mit „Strohfeuer“-Projekten zu verzetteln und durch deren kurze Laufzeit im Stadtteil Enttäuschung und Frustration zu schüren, ist Konzentration auf wenige, aber dafür auf Dauer angelegte Integrationsmaßnahmen angezeigt.

Die Verwaltungen der Kommunen und der Wohnungswirtschaft müssen sich mehr als bisher interkulturelle Kompetenz aneignen, sei es durch Fortbildung, sei es - noch besser - durch Einstellung von Personal mit Migrationshintergrund.

Die besonderen Empfehlungen des Expertenforums beziehen sich auf folgende Handlungsfelder im Quartier:

- Schule, Bildung und Spracherwerb
- Migrantenökonomie und Beschäftigung
- Partizipation von Zuwanderern
- Sicherheitsempfinden
- Freiräume
- Nutzungsmischung
- Städtebau, Architektur und soziales Zusammenleben
- Wohneigentumsbildung

Die in diesen Handlungsfeldern formulierten Empfehlungen sollen eine Grundlage und Richtung für die Arbeit in den Kommunen geben.

Auszugsweise sollen im Folgenden die Empfehlungen in drei Handlungsfeldern ausgeführt werden, nämlich die Themen Bildung, Migrantenökonomie und Partizipation.

BILDUNG: Die Öffnung der Schule zum Stadtteil

Eine besondere Bedeutung messen die Mitglieder des Expertenforums dem Thema Bildung sowie der Art und Qualität des Bildungsangebotes im Quartier bei. Durch den Ausbau vorschulischer Fördermaßnahmen und die Erweiterung zu Ganztagschulen sollte der nicht zuletzt durch PISA belegte Zusammenhang von sozialem Status des Elternhauses und Verlauf der Bildungskarriere durchbrochen werden. 19,5% der ausländischen Jugendlichen haben keinen Schulabschluss. Nicht nur aus sozialen, sondern auch aus ökonomischen Gründen kann es sich die Gesellschaft angesichts der demographischen Entwicklung nicht leisten, dass die Bildungswege von Migrantenkinder noch immer deutlich schlechter verlaufen als die gleichaltriger Deutscher.

Zentrale Elemente zur Verbesserung der Bildungschancen wären: Eine bessere Erzieherausbildung möglichst auf Fachhochschulniveau sowie in Sprachförderung gezielt qualifizierte Grundschullehrer, eine stärkere Einbeziehung der Eltern und Elternbildung. Notwendig sind integrierte Strategien für Schule, Jugendhilfe und Stadtentwicklung sowie die Zusammenarbeit der Institutionen und Akteure. In den Städten gibt es bereits viele ermutigende Beispiele, die als Modellvorhaben jedoch häufig zeitlich begrenzt sind. Als problematisch haben sich gerade für Migrantenkinder auch die „Übergänge“ erwiesen, also der Schritt vom Kindergarten in die Grundschule, von der Grundschule auf die weiterführende Schule und vor allem der Übergang in Ausbildung und Berufsleben. Um den Jugendlichen letzteres zu erleichtern, sollten die Schulen „Praxisklassen“ vorsehen und Betriebsbesuche sowie Praktika vermitteln.

Die „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ sprechen sich dafür aus, dass sich die Schulen im Quartier als Orte der Integration mit einem übergreifenden Bildungsauftrag verstehen. Die Schule vor Ort bietet sich nämlich an, um über die Vermittlung formaler Bildungsinhalte hinaus die Integration zu fördern. Als „Stadtteilschule“ und „Bürgerzentrum“ öffnet sie sich für Informationsveranstaltungen und soziale Dienstleistungen auch für Erwachsene. Im Zuge der Erwachsenenbildung können z. B. die Kontakte zwischen Schule und Elternhaus verbessert und Schwellenängste der Eltern gegenüber Bildungseinrichtungen verringert werden. Diesen Effekt machen sich mittlerweile viele „Mama lernt Deutsch“-Angebote zu nutze.

Sozialstruktur und vergleichbare Erhebungen sind zu verknüpfen mit lokaler Bildungsberichterstattung.

Neben der Bedeutung der Bildung für den individuellen Aufstieg in der Gesellschaft hat die konkrete Schulsituation vor Ort darüber hinaus auch Auswirkungen auf die Stabilität des Stadtteils. Defizite im Bildungsangebot, wenn beispielsweise im Stadtteil nur noch ein verkürztes Schulangebot existiert, ein höherer Bildungsabschluss also nicht möglich ist, bewegen bildungsorientierte Eltern dazu, den Stadtteil zu verlassen. Potenzielle Vorbilder gehen dem Stadtteil damit verloren.

MIGRANTENÖKONOMIE

Die Tatsache, dass das ethnische Gewerbe keine Nischenökonomie mehr ist, verdeutlichen einige Zahlen: Etwa 280.000 Ausländer sind in Deutschland als Unternehmer tätig. Der Gesamtumsatz der Migrantenökonomie in Deutschland soll sich inzwischen auf 44 Milliarden Euro belaufen und nimmt weiterhin zu. Schätzungsweise 600.000 Personen beschäftigen die Unternehmen der Migrantenökonomie (http://www.schader-stiftung.de/wohn_wandel/472.php). Die hohen Gründungsraten der letzten Jahre lassen sich zwar einerseits positiv als Bekenntnis zur Wahlheimat Deutschland werten (Migranten-Ökonomie als Integrationsmaßstab), andererseits finden sich darunter auch zahlreiche „Notgründungen“, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen.

Das Expertenforum hält die Migrantenökonomie nichtsdestotrotz für besonders geeignet, Zuwanderern die Teilnahme am Erwerbsleben und damit die Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen zu ermöglichen.' Lokale Migrantenökonomie kann darüber hinaus mit Blick auf die „Einheimischen“ Brückenfunktionen übernehmen und damit die Integration fördern. Solche Brückenfunktionen sind in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen. Der ausschließliche Blick auf die von den Zuwanderern zu erbringenden Integrationsleistungen lässt oftmals vergessen, dass die

Siehe Schuleri-Hartje/Floeting/Reimann 2005.

Eine Befragung von Frankfurter Lehrerinnen im Rahmen des Projektes „Ethno-Generation“ hat zudem ergeben, dass Kinder mit Migrationshintergrund, deren Eltern selbständig sind, im Vergleich zu solchen ohne selbständige Eltern eher an höheren Schulen vertreten sind und bessere Schulleistungen erzielen, da sie sich häufig im Familienbetrieb aufhalten und somit vor Verwahrlosung geschützt sind (Kontos 2005: 215). Andererseits liegt der Verdach nahe, dass die Mithilfe der gesamten Familie im Geschäft, ohne die die wenigsten Migrantenunternehmen bestehen könnten, für die Kinder einer *ethnic mobility trap* gleichkommt, wenn sie ihre Ausbildung durch die Beanspruchung im Familienbetrieb vernachlässigen.

Integration ein wenn auch nicht gleichgewichtiger, so zumindest wechselseitiger Prozess zwischen Zuwanderern und Mehrheitsgesellschaft ist.

Migrantenökonomie kann darüber hinaus das Wohnquartier aufwerten. Hierbei ist besonders an die wachsende Bedeutung für die Nahversorgung im Stadtteil sowie die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu denken. Von Zuwanderern geführte Betriebe sind allerdings schon aufgrund ihrer geringen Größe nicht in der Lage, sich als Ausbildungsbetrieb zu betätigen. Daher sollte die Bildung lokaler Ausbildungsverbände gefördert werden, mit denen beispielsweise die Stadt Nürnberg gute Erfahrungen gemacht hat.

Die Migrantenökonomie sollte als Aufgabengebiet der professionellen kommunalen Wirtschaftsförderung etabliert und die Gründungsberatung und -betreuung ausgebaut werden. Niedrigschwellige Beratungsangebote vor Ort und interkulturell geschulte Berater, die beispielsweise ihre ausländischen Klienten auch bei Behörden-gängen begleiten, könnten dafür sorgen, die Voraussetzungen der Unternehmensgründung transparenter zu machen und somit vermeiden, dass einer oftmals schnellen, unvorbereiteten Gründung durch den hohen Wettbewerbsdruck alsbald die Insolvenz folgt.

PARTIZIPATION: Verantwortungsbewusstsein durch Mitgestaltung

Zuwanderer sind auch dort unterrepräsentiert, wo ihre Beteiligung an der Gestaltung des Gemeinwesens möglich wäre. Verständigungsprobleme und fehlende Erfahrungen mit Partizipation sind wichtige Gründe für ihre Zurückhaltung. Andere Beteiligungsbarrieren sind aber nicht nur migrantenspezifisch: Auch Jugendliche und sozial Benachteiligte werden oftmals durch mittelschichtorientierte Beteiligungsformen, fehlende gezielte Ansprache oder unangemessene Informationskanäle abgeschreckt. Von größter Bedeutung sind daher zielgruppenorientierte Ansprache- und Organisationsformen bei Partizipationsprozessen. Die Ansprache sollte für die zu erreichenden Zuwanderer so direkt wie möglich erfolgen, wobei das gesprochene Wort und die muttersprachliche Ansprache meist erfolgsversprechender sind als eine schriftliche. Die Aktivierung für Beteiligungsformen kann zudem erleichtert werden, wenn Kontakte über Migranten-Selbstorganisationen hergestellt werden können. Multiplikatoren spielen dabei eine wichtige Rolle.

Eine möglichst umfassende Beteiligung der Bewohner im Quartier ist aber nicht nur im demokratie- und integrationstheoretischen Sinne relevant. In sozial benachteiligten Stadtteilen vermag die Beteiligung der Bewohner auch zur Stabilisierung und

Aufwertung des Quartiers beizutragen. Beispiele von Partizipationsverfahren bei Wohnungsunternehmen haben gezeigt, dass vor allem auch Kinder und Jugendliche ein stärkeres Verantwortungsbewusstsein für zuvor verwahrlosten öffentlichen Raum übernehmen, wenn sie sich an seiner Gestaltung beteiligen konnten. Partizipation in diesem Sinne beginnt bereits bei der Übertragung von Verantwortung für das eigene Wohnumfeld; zum Beispiel mit der Gestaltung und Pflege von öffentlichen Plätzen und Räumen durch Nutzergruppen oder mit der Einrichtung von Mietergärten.

Empfehlenswert sind auch Beteiligungsformen, die an Erfahrungen aus dem Herkunftsland der Zuwanderer anknüpfen. Im Berliner Wrangelkiez ist beispielsweise das Projekt „Imece“ erfolgreich in der Aktivierung der überwiegend türkischstämmigen Bewohner des Stadtteils, da es das Konzept der „Gemeinschaftsarbeit mit vereinten Kräften“, so die deutsche Übersetzung des Projekttitels, aus türkischen Dörfern übernimmt. Schwieriger kann sich hingegen die Ansprache und Beteiligung in solchen Quartieren gestalten, in denen alle ethnischen Gruppen in der Minderheit sind.

Schlussbetrachtung

Städte sind seit jeher die Schmelztiegel der Gesellschaft. Dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, haben viele Kommunen erkannt, noch bevor die Bundesrepublik durch das Zuwanderungsgesetz auch rechtlich zu einem solchen geworden ist. Dies ist nicht nur der Fall, weil auf kommunaler Ebene die Integrationsleistungen zu erbringen sind und weil die Folgen scheiternder Integration dort in besonderem Maße kulminieren. Zudem stellen Internationalität, Offenheit und Vielfalt in einer urbanen Stadtgesellschaft einen zentralen Wettbewerbsfaktor in Zeiten gravierender Schrumpfungsprozesse dar, wenn es um die Attraktivität der Städte für Bürger und Neubürger geht.

Ebenso wie die Städte als die Integrationswerkstätten der Gesellschaft gelten können, ist auch die Wohnungswirtschaft seit jeher eine große „Wanderungsverarbeitungsmaschine“ (Bartholomäi 2001: 1). In ihrem Vermietungsgeschäft ist sie konkret mit den Auswirkungen einer sich zunehmend differenzierenden Gesellschaft in den Stadtteilen und Wohnquartieren konfrontiert. Wie sich die Rolle der Wohnungswirtschaft als traditionelle Partner der kommunalen Stadtentwicklung im Zuge der massiven Privatisierungswelle und angesichts des verstärkten Eintritts von ausländischen Finanzinvestoren in den deutschen Immobilienmarkt entwickeln wird, bleibt abzuwarten.

Literaturverzeichnis

- AID, Integration in Deutschland, 2/2005, 21.Jg., 15. Juni 2005 (www.isoplan.de/aid)*
- Bartholomäi, Rainhart Chr. 2001: Reflexionen eines verunsicherten Wohnungsunternehmers zur Migration. Download unter http://www.schader-stiftung.de/docs/wohnwandel_bartholomaetpdf*
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen BMVBW (Hrsg.) 2005: Nachhaltige Stadtentwicklung - ein Gemeinschaftswerk. Städtebaulicher Bericht der Bundesregierung 2004*
- Bürkner, Hans-Joachim 2002: Housing Policy and the Formation of Cultural Boundaries. In: Migration - A European Journal of Migration and Ethnic Relations, 2002. H. 36/37. S. 91-112*
- Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) 2002: Stadtentwicklung durch Zuwanderung. Integration von Migration. Vorbereitende Berichte zur Jahrestagung 2002. Ohne Seitennummerierung*
- Gaitanides, Stefan 2000: Die Legende der Bildung von Parallelgesellschaften. Einwanderer zwischen Individualisierung, subkultureller Vergemeinschaftung und liberal-demokratischer Leitkultur. www.forum-interkulturel.net/fileadmin/user_upload/pdf/7 www.forum-interkulturel.net/fileadmin/user_upload/pdf/7 (Abruf am 13. Januar 2006)*
- GdW (Hrsg.) 1998: Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und den neuen Bundesländern im Auftrag des GdW. GdW-Schriften Nr. 48*
- Caesperlein, Gerold/ Katrin Gliemann 2002: The never ending rumors about Ghettos. Vortrag auf der Young Housing Researchers Conference, 29./ 30. Juni 2002 in Wien, unveröffentlichtes Manuskript*
- Friedrichs, Jürgen/ Jörg Blasius 2001: Sozial-räumliche Integration von Türken in zwei Kölner Wohngebieten. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 2001/1, S. 48-67*
- Halm, Dirk/Martina Sauer 2004: Das Zusammenleben von Deutschen und Türken - Entwicklung einer Parallelgesellschaft? In: WSI Mitteilungen, 10/2004, S. 547-553*
- Häußermann, Hartmut 2005: Nicht pendeln, nicht malochen, nur noch pennen. Brennpunkt sozialer Wohnungsbau: Könnte sich Jugendgewalt wie in Paris auch in Deutschland entladen? In: Die Zeit, 10.11.2005, Nr 46*
- John, Barbara 2004: 22 Jahre Integrationspolitik in Berlin - Bedingungen erfolgreicher Integration. Berlin*

Lanz, Stephan 2002: *Mythos europäische Stadt - Fallstricke aktueller Rettungsversuche*. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Erol Yildiz (Hrsg.): *Der Umgang mit der Stadtgesellschaft. Ist die multikulturelle Stadt gescheitert oder wird sie zu einem Erfolgsmodell? Leske + Budrich*, S. 63-80

Mahnig, Hans 2001: *Ethnische Segregation als Herausforderung städtischer Politik, Discussion Paper Schweizerisches Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien, Neuenburg*

Salentin, Kurt 2005: *Ziehen sich Migranten in „ethnische Kolonien“ zurück? In: epd-Dokumentation Nr. 37- Leben Migrantinnen und Migranten in „parallelen Welten“? Möglichkeiten der Integration- Referate einer Tagung der evangelischen Akademie Bad Boll in Kooperation mit dem Ausländerbeauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg und dem Diakonischen Werk Württemberg, September 2005, S. 6-10*

Schiffauer, Werner 2005: *„Parallelgesellschaften“ und islamische Gemeinden. In: epdDokumentation Nr. 37. • Leben Migrantinnen und Migranten in „parallelen Welten“? Möglichkeiten der Integration. Referate einer Tagung der evangelischen Akademie Bad Boll in Kooperation mit dem Ausländerbeauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg und dem Diakonischen Werk Württemberg, September 2005, S. 20-28*

Schöneberg, Ulrike 1985: *Participation in Ethnic Associations: the Case of Immigrants in West Germany. International Migration Review, Bd. 19, Nr. 3, S. 416-435*

Schönwälder, Karen 2006: *Bunter als die Politik behauptet. Abschottungstendenzen von Migranten werden überschätzt. WZB-Mitteilungen, Heft 113, Sept. 2006, S. 21-24*

Schroeder, Joachim 2002: *Bildung im geteilten Raum. Schulentwicklung unter Bedingungen von Einwanderung und Verarmung. Waxmann*

Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina/ Holger Floeting/ Bettina Reimann 2005: *Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab*

Siebel, Walter 2005: *Objektive und subjektive Faktoren der Integration resp. der Ausgrenzung von Migranten im biographischen Verlauf. In: SchaderStiftung, DST, GdW, DifU, InWIS (Hrsg.) 2005: Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt, S. 149-172*

Siebel, Walter/ Hartmut Häußermann 2001: *Integration und Segregation - Überlegungen zu einer alten Debatte. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 1/2001, S 68-79*

Staubach, Reiner 2005: *Migranten als Kunden? Zum Umgang der Wohnungswirtschaft mit ethnisch kultureller Vielfalt. In: RaumPlanung 122, Oktober 2005, S 208-212*

Verbundpartner *„Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.) 2005: Zuwanderer in der Stadt.*

Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik
Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.) 2005: Zuwanderer in der Stadt.
Expertisen zum Projekt

Kurzfassung

Redaktionelle Bearbeitung: Gudrun Kirchhoff

Regina Höbel, Melanie Kloth, Bettina Reimann,
Ulla-Kristina Schuleri-Hartje

Stadträumliche Integrationspolitik - Umsetzung der Empfehlungen des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“

Einleitung

Der Bericht dokumentiert die Ergebnisse der Praxisphase des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“.

In den knapp drei Jahren haben sich die Projektbeteiligten mit der Frage beschäftigt, wie und unter welchen Bedingungen stadträumliche Integrationspolitik befördert werden kann und was insbesondere Kommunen und Wohnungsunternehmen zur Verbesserung der Integration von Zuwanderern beitragen können. Ziel war die Ermittlung und Bewertung kommunaler Handlungserfordernisse sowie die Umsetzbarkeit praktischer Maßnahmen zur Integration auf Stadtteilebene.

Der Bericht beginnt mit allgemeinen Daten zur Zuwanderung in Deutschland, beschreibt den Aufbau des Projektes und stellt die ausgewählten Stadtquartiere in den beteiligten Städten mit ihren Problemen, Potenzialen und Handlungsbedarfen sowie die integrationspolitischen Handlungsansätze in den Städten vor. Ausgehend von den Empfehlungen des Expertenforums und der Prämisse des Projektes: „Integration trotz Segregation“, schildert der Bericht die Diskussion und inhaltliche Bewertung in den Städten und beschreibt den Transfer der Empfehlungen in die ausgewählten Gebiete. Hierbei ist von Bedeutung, welchen Stellenwert die Integrationspolitik im Verwaltungsaufbau hat, wie die Zuständigkeiten verteilt sind, wie die Einbindung von Verwaltungsspitze und den kommunalen Parlamenten funktioniert hat und welchen Part die Wohnungsunternehmen dabei übernommen haben. Zum Schluss folgt eine Bewertung der Kommunikations- und Umsetzungsprozesse in den Städten und der Wirkungen, die das Projekt auf die integrationspolitische Debatte in den Städten ausgelöst hat.

1 Zuwanderung in Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit über 40 Jahren durch Zuwanderung geprägt. Wenn im Folgenden von „Zuwanderern“ die Rede ist, geht es um diejenigen Migranten und ihre Nachfahren, die dauerhaft in Deutschland leben. Der Begriff umfasst damit nicht nur Ausländer, sondern auch Deutsche mit Migrationshintergrund, z. B. Eingebürgerte und (Spät-) Aussiedler, die nach ihrem Rechtsstatus Deutsche sind.

Gegenwärtig leben insgesamt 15,3 Millionen Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund in Deutschland. Zuwanderer stellen fast ein Fünftel (19%) der Gesamtbevölkerung. Innerhalb der Gruppe der Zuwanderer bilden die Deutschen mit Migrationshintergrund mit insgesamt 8,0 Millionen oder fast 10% der Gesamtbevölkerung die knappe Mehrheit (52%). Diese Gruppe setzt sich zusammen aus 1,8 Millionen Aussiedlern, rund 3,5 Millionen Eingebürgerten sowie 2,7 Millionen Deutschen, die Kinder von Eingebürgerten, Aussiedlern und Ausländern sind. Die 7,3 Millionen Ausländer machen demgegenüber nur knapp 9% der Gesamtbevölkerung oder 48% aller Personen mit Migrationshintergrund aus (Statistisches Bundesamt 2006: Leben in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2005. S. 73 ff). Alle diese Personen werden im Folgenden als „Zuwanderer“ bezeichnet. Von ihnen sind weniger als die Hälfte Ausländer.

Für die Aufbereitung von Daten im Zusammenhang mit Zuwanderung stellt sich das Problem, dass in kommunalen Statistiken in der Regel lediglich zwischen „Ausländern“ und „Deutschen“ unterschieden wird. Der Migrationshintergrund wird zu meist nicht gesondert erfasst. Daher liegen für einzelne Städte überwiegend keine detaillierten Angaben zu verschiedenen Zuwanderergruppen vor, sondern lediglich Statistiken zu Ausländern. Deshalb können in der folgenden Darstellung selten zahlenmäßige Angaben zu Zuwanderern, sondern lediglich zu Ausländern gemacht werden.

In den Diskussionen über Zuwanderer wird häufig nicht hinreichend berücksichtigt, dass viele schon lange in Deutschland leben. So wohnt etwa ein Drittel der registrierten Ausländer bereits länger als 20 Jahre in Deutschland (http://www.schaderstiftung.de/wohn_wandel/460.php; 12.6.2006). Oft haben diese Personen keine Rückkehrabsichten in ihr Herkunftsland. Viele Ausländer wurden bereits in Deutschland geboren: Von den 7,3 Millionen erfassten Ausländern gilt das für 1,7 Millionen (Statistisches Bundesamt ebd., S. 76). Insgesamt hat etwa ein Drittel aller in Deutschland lebenden Kinder einen Migrationshintergrund, bei steigender Tendenz.

Die Zuwanderungsgründe haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte verändert. Entsprechend haben sich die Zuwanderergruppen ausdifferenziert. Während in den 1960er Jahren insbesondere sogenannte Gastarbeiter in die Bundesrepublik kamen und damit die Arbeitsmigration der zentrale Wanderungsgrund war, sind heute Familienangehörige, Aussiedler, Flüchtlinge und Asylbewerber sowie ausländische Studierende die wichtigsten Zuwanderergruppen.



BELM: EINE AUSLÄNDISCHE FAMILIE AUF DEM BALKON IHRER EIGENTUMSWOHNUNG

Die in Deutschland lebenden Zuwanderer konzentrieren sich in bestimmten Städten und Regionen und verteilen sich nach Bundesländern und Städten sehr unterschiedlich: Sie leben vor allem in den alten Bundesländern, dort vornehmlich in den Stadtstaaten und den Ballungsregionen der Flächenstaaten. So weisen die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen mit 13 bis 15% und die Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und NRW mit 11 bis 12% bereits die höchsten Anteile an registrierten Ausländern auf. In den neuen Bundesländern liegen die Anteile dagegen nur zwischen zwei und drei Prozent. Insbesondere in Großstädten Westdeutschlands - z. B. Frankfurt am Main und Stuttgart - ist der Anteil der registrierten ausländischen Einwohner hoch; er liegt mancherorts zwischen 20 und 30%. Rechnet man alle Personen mit Migrationshintergrund hinzu, so kommt man beispielsweise in Frankfurt am Main auf einen Anteil von knapp 38% der Stadtbevölkerung. Auf kleinräumiger Ebene, das heißt in ausgewählten Stadtteilen, liegt der Ausländeranteil mit bis zu 50% weit über dem städtischen Durchschnitt.

Die Städte gewinnen damit an ethnischer und kultureller Heterogenität. Es wachsen aber auch sozio-ökonomische Ungleichheiten, nicht nur innerhalb der deutschen Bevölkerung, sondern auch zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen sowie zwischen der zugewanderten und der deutschen Bevölkerung. Integration steht damit vor besonderen Herausforderungen, weil sozio-ökonomische Ungleichheiten meist ethnisch überlagert sind. Zuwanderer zählen häufiger als deutsche Einwohner zu den sozial und ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Dies hat seine Ur-

und 1970er Jahren insbesondere für Zuwanderer deutlich verschlechtert hat. In der Folge sank der Anteil der Zuwanderer, die im Berufsleben stehen, deutlich. Die Arbeitslosigkeit der ausländischen Bevölkerung ist seit vielen Jahren doppelt so hoch wie die der Deutschen.

Aber nicht nur auf dem Arbeits-, sondern auch auf dem Wohnungsmarkt zeigen sich Benachteiligungen. So ist die Wohneigentumsquote von Ausländern deutlich geringer als von Deutschen, viele Ausländer leben beengt und ihre Wohnungen sind trotz schlechteren Ausstattungsstandards selten preiswerter.

Soziale Ungleichheiten bilden sich in Städten seit jeher räumlich ab: In Stadtteilen und Wohngebieten leben Bewohnergruppen in der Regel segregiert nach Herkunft, Ethnie, sozialer Lage und Lebensstil. Dies wird nicht grundsätzlich als Problem bewertet. In der aktuellen Diskussion werden jedoch Gebiete mit hohem Zuwandereranteil problematisiert; stadträumliche und ethnische Segregation wird häufig als integrationshemmend und als Ausdruck für Desintegration gewertet. Hierbei wird Segregation jedoch ausschließlich in Bezug auf Ausländer und Zuwanderer diskutiert und damit auf die ethnische Segregation reduziert. Diese Betrachtung greift zu kurz: Segregation ist weniger ein Zuwanderer- als ein Armutsproblem. Es gibt eine sozialräumliche Konzentration von sozio-ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen, und unter diesen ist der Anteil von Zuwanderern überdurchschnittlich hoch.

Dies alles bewirkt, dass die Integrationsanforderungen an die Kommunen wachsen. Zugleich nehmen jedoch deren Steuerungsmöglichkeiten ab. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass Stadtplanung und Wohnungswirtschaft keine wirksamen Instrumente haben, um eine einmal entstandene stadträumliche Segregation wieder aufzulösen. Stichworte für die Gründe sind etwa die Finanznot der Kommunen, die sinkende Anzahl der Sozialwohnungen sowie der Verkauf kommunaler Wohnungsunternehmen. Im Jahr 1980 gab es in der Bundesrepublik etwa vier Millionen Sozialwohnungen und eine Million Arbeitslose, im Jahr 2005 gab es nur noch eine Million Sozialwohnungen, aber mehr als vier Millionen Arbeitslose (Hartmut Häußermann in: Die Zeit, 10.11.2005).

2 Das Verbundprojekt „Zuwanderer in der Stadt“

Grenzen stadträumlicher Integration von Zuwanderern in Deutschland. Dem Projekt lag die Annahme zugrunde, dass konjunkturell und strukturell bedingt die Integrationskraft des Arbeitsmarktes abgenommen hat und vor diesem Hintergrund das Wohnviertel und die Wohnung als alltägliche Aufenthaltsorte steigende Bedeutung für die Integration gewinnen. Das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ konzentrierte sich daher auf den Integrationsraum des Quartiers, des Wohnumfeldes und der Wohnung. Die zentrale Frage war, was Kommunen und Wohnungsunternehmen dazu beitragen können, die Integration von Zuwanderern - auch unter den Bedingungen der stadträumlichen Segregation - zu verbessern.

Auftrag des Projekts war es zunächst, die Forschung zum Thema der stadträumlichen Integration von Zuwanderern zu systematisieren, zu ergänzen und neu zu positionieren. Zudem sollte der so systematisierte Forschungsstand in die Praxis, das heißt insbesondere in Kommunen und Wohnungsunternehmen, transferiert werden. In seiner institutionellen und personellen Zusammensetzung sowie in seinem Aufbau zielte das Projekt ferner auf die Ermittlung von Handlungs- und Orientierungswissen zur Beförderung der stadträumlichen Integration von Zuwanderern, wobei insbesondere die Handlungspotenziale von Kommunen und Wohnungsunternehmen im Blickpunkt standen. Der vorliegende Bericht stellt dar, unter welchen Bedingungen dies gelungen ist und diskutiert die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Integrationspolitik der Städte durch das Projekt befördert werden konnte. Verlauf und Ausgang des Projektes waren ergebnisoffen.

2.2 Projektaufbau

Das Projekt basierte auf zwei Säulen. Zunächst erarbeitete ein Expertenforum aus Wissenschaftlern und Praktikern aus Kommunalverwaltung und Wohnungswirtschaft auf Basis von Begehungen, Anhörungen und wissenschaftlichen Expertisen Handlungsempfehlungen für die Akteure in den Städten. Diese wurden als „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ Anfang 2005 publiziert. Die Empfehlungen bündeln wissenschaftliche Forschungsergebnisse und praxisrelevante Erkenntnisse zur stadträumlichen Integration von Zuwanderern und benennen Handlungsfelder, Maßnahmen und Grundsätze zu deren Beförderung. In der anschließenden Praxisphase diskutierten die Verwaltungen und Wohnungsunternehmen aus acht kooperierenden Großstädten (das so genannte Praxisnetzwerk) die Empfehlungen und setzten einzelne Maßnahmen in ausgewählten Stadtquartieren um. Den Städten stand aus den Projektmitteln ein Budget zur Verfügung, durch das die Umsetzung von Maßnahmen angestoßen oder unterstützt werden sollte. 35

Im Einzelnen waren folgende Städte in dem Praxis-Netzwerk zusammengeschlossen:
Berlin (Bezirk Mitte) mit Moabit-West,
Essen mit Altendorf und Bergmannsfeld,
Frankfurt am Main mit der Nordweststadt,
- Hamburg mit Mümmelmannsberg und Schiffbeker Berg,
Hannover mit Mittelfeld,
- Mannheim mit Neckarstadt-West und Durlacher Straße (Rheinau),
München mit Moosach und
- Nürnberg mit Langwasser und der Südstadt.

2.3 Methodik der Begleitforschung

Der Begleitforschung oblagen im Wesentlichen folgende Aufgaben:

Die Durchführung einer Bestandsaufnahme zur Ermittlung des Status quo in den von den beteiligten Städten ausgewählten Quartieren.

Hierzu wurden zu Projektbeginn in den beteiligten Städten und Gebieten qualitative und quantitative Daten zum Thema Integration sowie Informationen über Organisationsstrukturen und Arbeitsprozesse in den Kommunen und Wohnungsunternehmen ausgewertet.

Laufende Begleitung und Dokumentation der Strategien und Aktivitäten der Praxisakteure bei der Diskussion und Umsetzung der Empfehlungen.

Die Begleitforschung unterstützte und beförderte die Kommunikation und Vermittlung der Empfehlungen in die Städte des Praxisnetzwerks. Dokumentiert wurden der Verlauf von Wissenstransfer- und Umsetzungsprozess (Prozessdokumentation) und die Inhalte und Ziele des Umsetzungsprozesses (Ergebnisdokumentation).

Methodische Grundlagen der Bestandsaufnahme waren:

Leitfadengestützte Experteninterviews mit Akteuren aus Kommunalverwaltung, Politik, Wohnungswirtschaft und den ausgewählten Quartieren.

Sekundäranalyse statistischer Daten

Hierzu ist anzumerken, dass im Rahmen der Begleitforschung keine Daten selbstständig erhoben wurden. Es wurden jene Daten aufbereitet, die durch die Stadt und seitens der Wohnungsunternehmen zugearbeitet wurden. Diese Daten weisen jedoch gerade hinsichtlich der Thematik „Zuwanderer in der Stadt“ deutliche Lücken auf: In der Regel kann nur zwischen Deutschen und Ausländern differenziert werden. Mehrheitlich lagen auch keine Daten dazu vor, wie sich die

Zuwanderer zusammensetzen (z. B. eingebürgerte Personen mit Migrationshintergrund, Aussiedler, verschiedene Ethnien). Zudem waren deutliche Unterschiede in der Qualität der Zuarbeit der einzelnen Städte zu verzeichnen. Eine vergleichende quantitative Datenauswertung ist daher nur ansatzweise möglich.

3. Literaturrecherche und -auswertung.

Die Darstellung hat den Charakter einer beschreibenden Bestandsaufnahme. Es werden einige inhaltliche Abstraktionen vorgenommen, um die Annäherung an eine vergleichende Querauswertung zu erleichtern. Die angesprochenen Probleme, Potenziale und Bedarfe in den Untersuchungsgebieten geben die Sichtweise der befragten Akteure wieder.

3 Ausgangssituation in den Städten und ausgewählten Gebieten

3.1 Beteiligte Städte und Stadtteile

Die Fokussierung im Praxisnetzwerk auf vornehmlich westdeutsche Großstädte beruht auf einer bewussten Entscheidung im Projektaufbau. Sie ist dadurch begründet, dass der Bevölkerungsanteil der Zuwanderer in Stadtstaaten und in den Ballungsregionen der Flächenstaaten Westdeutschlands deutlich höher liegt als in ostdeutschen Städten und in Klein- und Mittelstädten. Zudem unterscheiden sich Debatten und Probleme im Zusammenhang mit Integration in westdeutschen Großstädten deutlich von denen in Klein- und Mittelstädten, im ländlichen Raum und in ostdeutschen Großstädten. Für das Projekt wurden Städte ausgewählt, die seit Jahrzehnten Orte der Zuwanderung sind und seit vielen Jahren Strategien und Maßnahmen zur Integration von Zuwanderern umsetzen.

Charakteristika der ausgewählten Gebiete

In den acht Fallstudienstädten wurden insgesamt 12 Gebiete für die Praxisphase ausgewählt. Die Begleitforschung hat vorbereitend eine Bestandsanalyse in diesen Gebieten durchgeführt.

Die ausgewählten Stadtquartiere sind von unterschiedlicher Größe und haben zwischen 5.000 und 50.000 Einwohner. Sie repräsentieren in ihrer Siedlungsstruktur

Nachkriegsära in aufgelockerter Bebauung und das klassische innerstädtische Arbeiterquartier aus der Gründerzeit. Mehrheitlich werden die Stadtteile oder einzelne ihrer Teilgebiete im Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ gefördert.

Anteil Zuwanderer /Ausländer: Fast alle Städte haben einen hohen Anteil an ausländischer Bevölkerung. Frankfurt am Main steht hier mit 27% an der Spitze. Einzig Essen hat mit 9,5% eine vergleichsweise niedrige Ausländerquote. Trotz einer schrumpfenden oder stabilen Gesamtbevölkerung wächst in den meisten Städten der Anteil der Zuwanderer. So stehen in Essen und Hannover Wanderungsgewinnen bei der ausländischen Bevölkerung Wanderungsverluste bei der deutschen Bevölkerung gegenüber. Der Anteil der Zuwanderer ist in nahezu allen Untersuchungsgebieten im Vergleich zur Gesamtstadt überdurchschnittlich hoch (z. T. doppelt bis drei Mal so hoch wie in der Gesamtstadt). Ausnahmen bilden die Frankfurter Nordweststadt mit einem unterdurchschnittlichen Zuwandereranteil und München Moosach, wo der Zuwandereranteil nicht sehr viel höher als in der Gesamtstadt ist. Hervorzuheben ist, dass sich die Hauptzuwanderergruppen in einzelnen Städten unterscheiden. Im Vergleich zu anderen Städten bilden z. B. in Nürnberg die Aussiedler die größte Zuwanderergruppe

Soziale Lage: München, Nürnberg und Hamburg, die drei Städte des Praxisnetzwerks, die mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung als wachsend klassifiziert werden können, haben im Städtevergleich eine eher unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote von 5,1% bis 8,5%.¹⁰ Die meisten Untersuchungsgebiete weisen jedoch im Vergleich zur Gesamtstadt eine (im Schnitt um rund 4 Prozentpunkte) höhere Arbeitslosenquote und einen deutlich höheren Anteil an Sozialhilfeempfängern (im Schnitt um 7,6 Prozentpunkte) auf. Von wenigen Ausnahmen wie etwa der Frankfurter Nordweststadt oder Nürnberg Langwasser abgesehen, konzentrieren sich in den Untersuchungsgebieten Haushalte mit sozio-ökonomischen Problemen.

Städtebauliche Struktur: Etwa die Hälfte der Untersuchungsgebiete sind Großwohnsiedlungen. Bei den übrigen Gebieten handelt es sich um innerstädtische bzw. innenstadtnahe Altbauquartiere, die zum Teil auf altem Grundriss nach dem Krieg wieder errichtet wurden, oder um Quartiere mit aufgelockerter Nachkriegsbebauung. In der Mehrzahl der Gebiete bestehen Erneuerungsbedarfe im Wohnungsbestand.

Eigentümerstruktur: Die Eigentümerstruktur in den Gebieten unterscheidet sich stark. Während in einigen wenigen innerstädtischen Gebieten private Einzeleigentümer dominieren, prägen größere Wohnungsunternehmen - sowohl kommunale als auch private - vor allem die Großwohnsiedlungen. Genossenschaften sind als Eigentümer insbesondere bei Neubauwohnanlagen vertreten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den Untersuchungsgebieten eine Konzentration von Zuwanderern, ein hoher Anteil von Bewohnern in sozio-ökonomischen Bedarfslagen und Erneuerungsbedarfe im Wohnungsbestand zusammentreffen - und somit mehrere negative Effekte der stadträumlichen Segregation.

3.2 Administrative Zuständigkeiten für die Integrationspolitik

Unterschiede zwischen den acht Städten bestehen insbesondere im Hinblick darauf, wie die politische Ebene in die Steuerung der Integrationspolitik eingebunden ist und inwiefern die Entwicklung und Umsetzung von Integrationspolitik bzw. -maßnahmen als Aufgabe der Verwaltung definiert werden. In Berlin Mitte, Essen, Mannheim, Frankfurt am Main und Nürnberg gibt es eine klar definierte politische Zuständigkeit für Fragen der Integration. In Mannheim, Nürnberg und Frankfurt am Main bestehen entsprechende parlamentarische Ausschüsse. In Essen und Frankfurt am Main ist ein Dezernent unmittelbar für die Umsetzung der Integrationspolitik verantwortlich und hat regelmäßige Berichtspflicht im Stadtparlament. In Berlin Mitte ist der Integrationsreferent dem Bezirksbürgermeister direkt zugeordnet. Zudem wird Integration explizit als Querschnittsaufgabe der Verwaltung definiert, an der sich alle Verwaltungsbereiche zu beteiligen haben.

Zur Steuerung der Integrationspolitik wird in Essen, Mannheim und Nürnberg das Instrument eines festgeschriebenen Integrationskonzeptes genutzt. In Essen ist nach umfangreicher Diskussion und einem breiten Beteiligungsverfahren vor einigen Jahren vom Stadtrat ein Konzept interkultureller Arbeit verabschiedet worden, in Nürnberg arbeitet die Stadt aktuell daran. In Nürnberg hat außerdem der Oberbürgermeister Integrationspolitik zur „Chefsache“ erklärt.

In München wird kommunale Integrationspolitik - einschließlich der Gesamtstrategie für die Integrationspolitik sowie der interkulturellen Orientierung und Öffnung der gesamten Stadtverwaltung - als Querschnittsaufgabe der Verwaltung verstanden. Die Stelle für interkulturelle Arbeit, angesiedelt beim Sozialreferat, ist dabei für die stadtweite Koordination verantwortlich. Der Entwurf für ein neues kommunales Integrationskonzept befindet sich derzeit in der internen städtischen Abstimmung und soll 2007 durch den Stadtrat verabschiedet werden.



BERLIN-KREUZBERG, MARIANNEN-/ECKE NAUNYNSTRASSE

o
E
o

á

Cr
)

V
a)

In Hamburg und Hannover sind einzelne Dienststellen für das Thema Integration zuständig. Integration von Zuwanderern wird in Hamburg als Querschnittsaufgabe verstanden. Die Federführung liegt bei der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz - Amt für Soziales und Integration. Diese Behörde erarbeitet zurzeit in Abstimmung mit den anderen Fachbehörden, der Senatskanzlei und unter Beteiligung des Integrationsbeirats sowie anderen an der Integrationsförderung beteiligten Institutionen ein Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern. In Hannover ist das Referat für interkulturelle Angelegenheiten (RiA) federführend. Diese Dienststelle übernimmt die Abstimmung und Koordination der Maßnahmen und Beiträge der verschiedenen Ämter. Andere Ämter werden zwar einbezogen, jedoch mehr auf operativer, fachspezifischer Ebene und weniger hinsichtlich der strategischen Ausrichtung der gesamten Integrationsarbeit. Eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe, in der ein Konzept entwickelt oder Strategien abgestimmt werden, gibt es in Hannover nicht. Ähnlich verhält es sich in Frankfurt am Main, wo mit der Einrichtung eines in Deutschland einmaligen Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der so genannte „Frankfurter Weg“ beschritten wurde.

3.3 Probleme, Potenziale und Bedarfe in den ausgewählten Gebieten

Die Untersuchungsgebiete unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Potenziale und Probleme, und damit auch in Bezug auf die Handlungsbedarfe. Dennoch gibt es einige Gemeinsamkeiten.

Die dargestellten Ergebnisse basieren auf Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Bereichen kommunale Verwaltung, Politik, Wohnungswirtschaft, freien und kommunalen Trägern der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit, mit Akteuren aus Schulen, Migrantenorganisationen, Polizei, Quartiermanagement und Vereinen.

Probleme

In der Mehrzahl der Untersuchungsgebiete wird ein selektiver Wegzug der deutschen und zum Teil auch der sozio-ökonomisch bessergestellten ausländischen Haushalte und Familien festgestellt. Hinzu kommt sukzessive ein Zuzug von sozial benachteiligten Mietern sowohl deutscher als auch ausländischer Herkunft. Bei älteren Bewohnern und weniger gut situierten Bevölkerungsschichten besteht dagegen kaum Fluktuation. Insgesamt ändert sich durch diese Prozesse jedoch die Zusammensetzung der Bevölkerung und damit auch der Bedarf an und die Nachfrage nach Infrastrukturangeboten.

In den Untersuchungsgebieten wächst die Zahl der Zuwanderer und damit einhergehend die Zahl von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Fast überall steigt auch die Zahl der von staatlichen Transferleistungen Abhängigen. Diese Entwicklungen verstärken das Risiko, dass gegenseitige Akzeptanz und Toleranz abnehmen und die Integrationschancen eines Teils der im Gebiet aufwachsenden Kinder und Jugendlichen, gleich welcher Herkunft, sinken. Für die meisten Gebiete ist eine sich zunehmend verschlechternde sozio-ökonomische Lage bis hin zu Armut der Bewohner feststellbar.

Durch die Abnahme des Bestandes an sozialgebundenen Wohnungen wird bei angespannten Wohnungsmärkten ein Anstieg der Mieten und damit verbunden eine Verknappung von preiswertem Wohnraum befürchtet. Dadurch kann es zur Verdrängung alteingesessener Mieter und zur Auflösung intakter Nachbarschaften kommen. Aus gesamtstädtischer Sicht besteht die Gefahr, dass stadträumliche Segregation und Ausgrenzung zunehmen.

Es gibt zu wenige informelle Treffpunkte sowie Spiel- und Sportmöglichkeiten insbesondere für Jugendliche. Es fehlen Orte der zwanglosen Begegnung. Auch

die Grünflächen und das Wohnumfeld werden häufig als defizitär bezeichnet, sowohl was die Zahl und Größe als auch die Ausstattung und Gestaltung betrifft.

Die Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs ist häufig defizitär. Eine Abwärtsentwicklung der Geschäftsstraßen und viele Leerstände führen zur Verödung von Straßenzügen. In den meisten Untersuchungsgebieten, vor allem in monostrukturellen Großwohnsiedlungen, fehlen lokale Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, ebenso wie Plätze für Betriebspraktika. Die ethnischen Gewerbebetriebe sind meist sehr klein und können daher keine Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

In vielen Städten bestehen Schwierigkeiten bei der Kontaktaufnahme zu Zuwanderern, insbesondere zu Migrantenvereinen und -organisationen. Die Problemwahrnehmung sowie Interpretation und Begründungen variieren dabei. So wurde den Migrantenvereinen z. T. ein fehlender Bezug zum Stadtteil nachgesagt; auch mangelnde Deutschkenntnisse der Zuwanderer wurden als Grund angeführt. Die Migrantenvereine bemängeln ihrerseits z. T. fehlende Anerkennung bzw. Unterstützung ihrer Tätigkeit, ungeeignete Beteiligungsformen und verweisen auf fehlende kommunale Mitbestimmungsrechte für Zuwanderer. Mit Blick auf das Engagement für den Stadtteil führten fehlende Mitbestimmungsrechte zur Abkehr von partizipativen Prozessen im Stadtteil (vom Nicht-Dürfen zum Nicht-Wollen).

In den Untersuchungsgebieten bestehen vielfach soziale Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen (z. B. zwischen verschiedenen Altersgruppen, ethnischen Gruppen. Deutschen und Ausländern). Fast alle Untersuchungsgebiete haben ein schlechtes Image. Sie gelten als unsicher sowie als Orte, an denen sich Vandalismus und Kriminalität häufen. Das Außenimage - einschließlich der Darstellung in der Presse - ist hierbei meist negativer als die Einschätzung der Bewohnerschaft selbst.

Zu Einzeleigentümern in den Gebieten und teilweise auch zu Wohnungsgenossenschaften haben die Kommunen in der Regel nur einen losen, unverbindlichen Kontakt. Der Zugang zu ihnen gilt als schwierig und wird als Problem beschrieben. Der Kontakt zu größeren Wohnungsunternehmen ist hingegen, vor allem bei städtischen Wohnungsunternehmen, relativ gut.

Potenziale

In den beteiligten Städten bzw. den Untersuchungsgebieten existieren zumeist bereits effiziente Kooperationsformen und Akteurskonstellationen. Diese Vernetzung auf Stadt-, Bezirks- und Stadtteilebene ist Ergebnis vielfältiger Bemühungen der integrativen Stadt(teil)entwicklung der letzten Jahre. Sie bietet Potenzial für erfolgreiche Integrationspolitik, weil Angebote frühzeitig abgestimmt und Maßnahmen und Projekte gemeinsam geplant und durchgeführt werden können. Die Vernetzung vor Ort ist insbesondere in den Gebieten gut, in denen ein Quartiermanagement vorhanden ist.

In vielen Stadtteilen, und vor allem in Programmgebieten der „Sozialen Stadt“, sind übergreifende integrative Aktivitäten wie z. B. Unternehmenskooperationen, Beschäftigungsmaßnahmen und bauliche Aufwertungen ein Potenzial und Ergebnis der Bemühungen der integrativen Stadt(teil)entwicklung. Auch die gute Zusammenarbeit von Einrichtungen im Stadtteil, die mit Kindern, Jugendlichen und Familien arbeiten, sowie die Entwicklung von integrierten Projekten werden mehrheitlich positiv hervorgehoben.

Ein weiteres Potenzial sind die zahlreichen lokalen Infrastrukturangebote für die Entwicklung der Gebiete und für die Integration. Insbesondere dann, wenn die Angestellten der Einrichtungen über interkulturelle Kompetenz verfügen; diese wird jedoch mehrheitlich als verbesserungsbedürftig eingeschätzt. Quantität und Qualität der sozialen Angebote für Kinder sind trotz einiger Mängel relativ gut. In vielen Gebieten gibt es zudem aktive Sportvereine. Nahezu alle Gebiete verfügen über eine gute Verkehrsanbindung an die Innenstadt sowie über eine gute Anbindung an den ÖPNV.

Handlungsbedarfe

Interkulturelle Kompetenzen in sozialen Einrichtungen

Interkulturelle Kompetenzen bei Mitarbeitern sozialer Einrichtungen sind noch zu wenig ausgeprägt. Soziale Angebote von Zuwanderern werden aber vor allem dann wahrgenommen, wenn sie in den Institutionen Personen ihres Vertrauens und insbesondere Menschen aus dem gleichen Herkunftsland antreffen. Mit ihnen können sie sich auch in ihrer Muttersprache austauschen. Der gemeinsame ethnische Hintergrund bringt zudem vielfach ein besseres Verständnis und das Gefühl der Akzeptanz mit sich. Die Zusammenarbeit von Mitarbeitern mit und ohne Migrationshintergrund

kann darüber hinaus zu einem besseren Verständnis verschiedener ethnischer Gruppen in den Institutionen führen und so Berührungsgänge auf beiden Seiten abbauen.

Ausbau Elternarbeit

Eine Kooperation zwischen Kindergarten, Schule und Elternhaus in der Erziehungsarbeit und der Ausbau der Elternarbeit sind nach Einschätzung vieler Experten insbesondere aus dem Bildungs- und Jugendbereich dringend erforderlich. Gerade bei Zuwandererfamilien, die sozial und ökonomisch benachteiligt sind oder isoliert leben, ist es schwierig, diese Kooperation aufzubauen. Bei vielen Eltern bestehen Berührungsgänge wegen sprachlicher Defizite. Erfahrungsgemäß sind Eltern am ehesten bei Veranstaltungen in der Schule zu erreichen, an denen ihre Kinder mitwirken.

Ausbau Sprachförderung

Nach wie vor haben viele Zuwanderer unterschiedlicher Altersgruppen Sprachprobleme. Selbst bei Jüngeren bestehen Sprachdefizite, sowohl in der Sprache des Herkunftslandes als auch im Deutschen. Eine gezielte Sprachförderung sollte daher im frühen Kindesalter und damit im Vorschulalter beginnen und auch die Eltern von schulpflichtigen Kindern berücksichtigen.

Profilierung von Schulen

Den Bildungseinrichtungen im Gebiet wird von den Befragten eine zentrale Rolle für Spracherwerb, interkulturellen Austausch und Begegnung sowie für soziales und kulturelles Lernen der Kinder und ihrer Eltern zugeschrieben. Schulen sollten nicht mehr allein als Stätte reiner Wissensvermittlung gestaltet werden, sondern zunehmend als Orte, an denen auch soziale und kommunikative Kompetenzen erlernt und eingesetzt werden. Hierbei kann es hilfreich sein, wenn Schulen Kooperationen mit Jugendhilfe, Betrieben, Verbänden und anderen lokalen Akteuren eingehen.

Aufwertung des lokalen Gewerbes

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Situation des lokalen Gewerbes sind in vielen Gebieten gekennzeichnet von Leerständen, Fluktuation und der Ansiedlung von Billigmärkten. Die ethnische Ökonomie nimmt hierbei eine ambivalente Rolle ein: Zwar wird im Zusammenhang mit ethnischer Ökonomie negativ von Segregation gesprochen, doch kommt vielen Quartiersbetrieben von Zuwanderern eine zentrale Versorgungsfunktion im Stadtteil zu. Maßnahmen, die das lokale Gewerbe, einschließlich des ethnischen Gewerbes, fördern und aufwerten und in einen städtischen Entwicklungsprozess einbinden, werden als Bedarf formuliert.

Förderung der Partizipation der Migranten

Die Partizipation der Zuwanderer an der Stadtteilentwicklung und am gesellschaftlichen Leben wird als wichtigste Voraussetzung für Integration erachtet. Wichtig seien Strategien, die die Zuwanderer erreichen und ihre Motivation zur Mitwirkung steigern. Die Selbsthilfefpotenziale der Zuwanderer seien vielfach ungenutzte Ressourcen.

Kooperation zwischen Wohnungseigentümern

In den meisten Städten sind Wohnungsunternehmen als Partner der Stadt(teil)entwicklung aktiv. Als unzureichend werden jedoch Kooperation und Abstimmung der Eigentümer untereinander gewertet. Die Mehrzahl der befragten Akteure, auch aus den Wohnungsunternehmen selbst, sieht Bedarf für Maßnahmen und Strategien, die diese Kooperation befördern.

Orte der (interkulturellen) Begegnung schaffen

Für die Schaffung oder Bereitstellung von Räumlichkeiten und Orten für interkulturelle Begegnung, an denen sich Menschen verschiedenster Herkunft zwanglos treffen und austauschen können, wird ein Bedarf formuliert. Dabei ist darauf zu achten, dass die Begegnungsmöglichkeiten wohnortnah und niedrigschwellig angelegt werden.

Imageverbesserung

Das schlechte Image der meisten Untersuchungsgebiete wird als ein zentrales Problem dargestellt. Ein Negativimage beeinflusst nicht nur die Stimmung vor Ort, sondern auch die öffentliche Meinung und das Selbstwertgefühl der Bewohnerschaft. Das negative Image der Gebiete begründet sich nicht allein durch die Probleme, sondern entsteht auch durch die Unkenntnis über das Gebiet und nicht zuletzt durch eine negative Berichterstattung in den Medien.

Medienwirksame Aktionen über positive Entwicklungen in den Gebieten, Stadtteilfeste und andere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen sollten stärker als bisher zur Verbesserung des Images initiiert werden. Dem Quartiermanagement kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Als hilfreich wurden auch das Engagement und die Unterstützung der Politik für das Gebiet und seine Belange eingeschätzt.

4 Empfehlungen des Expertenforums und ihre Bewertung durch die Akteure

4.1 Empfehlungen des Expertenforums

In Deutschland, wie in allen Ländern mit starker Einwanderung, ist eine räumliche Konzentration von Zuwanderern in bestimmten Regionen, Städten und dort häufig in den benachteiligten Stadtteilen feststellbar. Das Expertenforum geht in seinen Empfehlungen davon aus, dass Stadtplanung und Wohnungspolitik keine wirksamen Instrumente haben, um eine einmal entstandene stadträumliche Segregation kurz- oder mittelfristig wieder aufzulösen. Integrationspolitik müsse daher damit umgehen, dass Integration - auch - unter den Bedingungen der sozialräumlichen Segregation zu gestalten ist. Die „Mischung“ von Zuwanderern und Einheimischen in den Wohnquartieren der Städte sei kein handhabbares Instrument zur Integration der Zuwanderer in die Aufnahmegesellschaft (Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ 2005, S. 19).

Die Experten verweisen darauf, dass die Städte angesichts dieser Sachlage darauf hinarbeiten müssten, dass die räumliche Segregation von Zuwanderern nicht zu deren Ausschluss aus der Gesellschaft führt. „Räumliche Segregation in benachteiligten und benachteiligenden Quartieren darf nicht zum Integrationshemmnis werden. Sie zu akzeptieren darf nicht heißen, Abschottungstendenzen einzelner Zuwanderungsgruppen zu dulden“ (dies., S. 21). Das Expertenforum stellt auch explizit die positiven Aspekte der ethnischen Segregation für die Integration der Zuwanderer dar. So könne die freie Wahl des Wohnortes - und damit eine freiwillige Segregation - dazu führen, dass „der Beginn des Integrationsprozesses erleichtert und Konflikte zwischen unterschiedlichen Kulturen und Lebensstilen vermieden“ (dies., S. 21) und die positiven Wirkungen gezielt für die Integration und das Zusammenleben genutzt werden.

Auf Grundlage der Empfehlungen sollten im Praxisnetzwerk Strategien entwickelt werden, die Integration unter den Bedingungen der räumlichen Segregation befördern. Hierzu gehört auch, der stadträumlichen Integration in der kommunalen Politik einen besonderen Stellenwert einzuräumen. Wie in den Empfehlungen dargelegt, nimmt die Integrationskraft des Arbeitsmarktes ab und damit gewinnen der städtische Raum und das Wohnquartier als alltäglicher Aufenthaltsort zunehmende Bedeutung für die Integration. Wohnung und Wohnumfeld bilden einerseits den sozialräumlichen Hintergrund für unterschiedliche Integrationsprozesse, andererseits sind sie selbst Integrationsfaktoren. Damit stellen die Empfehlungen das Wohnquartier in den Fokus der sozialräumlichen Integrationsmaßnahmen.

Empfohlene Handlungsfelder

Da Integration eine Querschnittsaufgabe ist und auf gesamtstädtischer Ebene ein ganzheitliches und ressortübergreifendes Vorgehen erfordert, sind für die Integrationsleistung der Quartiere sehr unterschiedliche Handlungsfelder relevant, für die Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen sind. Nach Ansicht des Expertenforums kommt folgenden Handlungsfeldern und möglichen Maßnahmen besondere Bedeutung zu:

Kompetenzen und Angebote in der Kommune, bei freien Trägern und in Wohnungsunternehmen

In der Verwaltung, bei Trägern der sozialen Arbeit, aber auch in Wohnungsunternehmen sollten (mehr) Personen mit Migrationshintergrund als bikulturelle Experten eingestellt und vorhandenes Personal interkulturell geschult werden. Gleichzeitig sollten die sozialen Dienstleistungen stärker als bisher auf alle Zielgruppen im Gebiet ausgerichtet werden.

Bildung und Spracherwerb vor Ort

Schulische Bildung und Spracherwerb sind für den Integrationsprozess von herausragender Bedeutung. Um Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit zu geben, gleichberechtigt an Schul- und Berufsausbildung teilzunehmen, sollte ein Schwerpunkt der kommunalen Integrationspolitik in der schulischen und sonstigen Bildungsförderung liegen. Mögliche Maßnahmen in diesem Handlungsfeld sind unter anderem der Ausbau weiterführender Schulen im Quartier, vorschulischer Sprachunterricht, Hausaufgabenhilfen und schulische Förderangebote, einschließlich Sprachkurse für



BELM: PROJEKT ELTERNBILDUNG IM PROGRAMM „LOKALES KAPITAL FÜR SOZIALE ZWECKE“

Eltern, der Ausbau von Schulen zu Stadtteilschulen und zu Bürgerzentren sowie berufliche Qualifizierungsangebote an Schulen.

Migrantenökonomie

Die Integrationsfunktion der Migrantenökonomie im Quartier ergibt sich am deutlichsten in Bezug auf den Arbeitsmarkt. Im Erfolgsfall garantiert sie den Unternehmern selbst sowie den dort Auszubildenden und Angestellten die Teilnahme am Erwerbsleben und die Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen. Außerdem haben die Betriebe und Geschäfte der Migranten als Anlauf- und Informationsstellen häufig eine Brückenfunktion zwischen Zugewanderten und Neuzuwanderern sowie zwischen Migranten und deutscher Bevölkerung. Das Potenzial der ethnischen Ökonomie soll daher gezielt gestärkt werden, unter anderem durch eine kommunale Wirtschaftsförderung, die ethnische Existenzgründer und Ausbildungsverbände ausländischer Unternehmen und damit die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Zuwanderer vor Ort unterstützt.

Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten, in der Kommune und in Wohnungsunternehmen

Um die gesellschaftliche Teilhabe der Zuwanderer zu fördern und sie als gleichberechtigte Bürger auch in die Gestaltung des Quartiers mit einzubeziehen, sollten die Partizipationsmöglichkeiten durch niedrigschwellige Teilhabeangebote verbessert werden. Dazu sind Rahmenbedingungen zu schaffen, wie z. B. das Angebot von Kommunikations- und Begegnungsorten, die Einbeziehung der ethnischen Selbstorganisationen, die Durchführung von Stadtteilstunden unter Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen, die Förderung von Nachbarschaften oder der Einsatz von Konfliktmediatoren.

Sicherheitsempfinden im Quartier

Die Beeinträchtigung des Sicherheitsempfindens bei Bewohnern im Quartier wirkt integrationshemmend. Diffuse Ängste werden in der Regel auf „Fremde“ projiziert, auf Personen, die sich durch Aussehen, Sprache und Verhalten von Einheimischen unterscheiden. Dem Sicherheitsempfinden sollte durch bauliche und personelle Maßnahmen Rechnung getragen werden, z. B. durch die Verbesserung der Beleuchtung, die Beseitigung von Sichthindernissen, die bauliche Abgrenzung von privatem, halböffentlichem und öffentlichem Raum, die Bereitstellung von Freiflächen und Spiel- und Sportflächen für Kinder und Jugendliche und das Einstellen von Hausbetreuern.

Freiräume

Öffentliche Räume und Plätze sind Orte der Begegnung und des Austauschs und können Zuwanderern die Orientierung in der Aufnahmegesellschaft erleichtern. Öffentliche Räume und Plätze sind daher so zu gestalten, dass sie zur Begegnung einladen und den oft eingeschränkten Wohnraum ergänzen. Gemeinschaftsräume mit gleichberechtigtem Zugang für alle Interessenten sollten eingerichtet und möglichst in Eigenverantwortung der Nutzer gepflegt und betrieben werden. Die Gestaltung der Freiräume sollte sich an den Bedürfnissen der Bewohner orientieren - keine leichte Aufgabe, denn diese Bedürfnisse sind häufig sehr unterschiedlich.

Nutzungsmischung im Quartier

Nutzungsgemischte Quartiere bieten bessere Bedingungen für die Integration als monofunktionale Wohnsiedlungen. Die Funktion von gemischt genutzten Stadtteilen als „Brücken“ in die Aufnahmegesellschaft sollte daher durch Maßnahmen, die die Mischung von Wohnen und Gewerbe gewährleisten, befördert werden. Zudem ist zu prüfen, ob solche Quartiere für neue Bevölkerungsgruppen interessant gemacht werden können.

Städtebau, Architektur und soziales Zusammenleben

Die negativen Zuschreibungen, mit denen Wohnsiedlungen zu kämpfen haben, wirken auf die Bewohner zurück und erschweren den Integrationsprozess. Das Image der Quartiere sollte z. B. durch bauliche Maßnahmen an den Gebäuden und der Wohnumgebung sowie durch Ausbau der sozialen Infrastruktur und die Gestaltung des Wohnumfeldes verbessert werden.

Wohneigentumsbildung

Die Bildung von Wohneigentum kommt der Aufstiegsorientierung vieler Zuwanderer entgegen und befördert eine stärkere Identifikation mit dem Quartier. Gleichzeitig entwickeln diese Zuwanderer ein größeres Verantwortungsbewusstsein für den Zustand der Wohnung, des Wohngebäudes und der Wohnumgebung. Maßnahmen und Programme, die die Wohneigentumsbildung von Zuwanderern erleichtern und befördern, sollten daher entwickelt werden.

4.2 Positionen zum Leitbild: Integration trotz Segregation

Die Prämisse der Empfehlungen, nach der Integrationspolitik auch darauf zielen muss, Integration unter den Bedingungen der stadträumlichen Segregation zu ge-

stalten, wurde in den Städten und ausgewählten Quartieren von verschiedenen Akteuren und Akteursgruppen ausgesprochen kontrovers diskutiert. Zwar wurde mehrheitlich davon ausgegangen, dass es Segregation gebe, aber wie damit umzugehen sei und was daraus folge, war ausgesprochen strittig. Die Darstellung und Erläuterung der Diskussion ist deshalb wichtig, weil das Leitbild ein wesentlicher Faktor war, der den Transfer und die Umsetzung der Empfehlungen nachhaltig beeinflusste und sich als entscheidend für den weiteren Verlauf des Umsetzungsprozesses erwies.

Im Wesentlichen lassen sich drei Positionen zum Leitbild der Empfehlungen unterscheiden:

Position 1

Akteursgruppen, die Segregation, wenn sie einmal eingetreten ist, als Realität akzeptieren und davon ausgehen, dass dieser Zustand nicht rückgängig zu machen sei, suchen nach Wegen und Möglichkeiten, mit stadträumlicher Segregation produktiv und perspektivisch umzugehen. Dabei bewerten einige Akteure, die sich dieser Feststellung anschließen, die Diskussion um die Vor- und Nachteile segregierter Gebiete als relevant für die Integration von Zuwanderern, sehen allerdings noch offene Fragen und den Bedarf einer breiteren Erörterung. Die Vertreter dieser Position differenzieren verschiedentlich zwischen ethnischer und sozialer Segregation und definieren entsprechend das Segregationsproblem mancherorts als Ausländer- und mancherorts als Armutsproblem.

Bezogen auf die unterschiedlichen Akteursgruppen, die Segregation als Realität akzeptieren, können drei Tendenzen ausgemacht werden: Insbesondere die Akteure auf der Quartiersebene (Quartiermanagement, soziale Einrichtungen, Stadtteilbüros) haben detaillierte Kenntnisse über die lokalen Problemlagen und pflegen einen pragmatischen Umgang mit dem Thema Segregation. Grundsatzdiskussionen um Segregation und Integration werden insgesamt auf Quartiersebene zwar vermieden, einige sind sich aber nahezu alle Akteursgruppen darin, dass konkrete Maßnahmen darauf zu richten seien, eine weitere Segregation zu verhindern bzw. dieser zumindest entgegenzuwirken („etwas tun statt reden“). Dagegen erachten Akteure auf der politischen Ebene mancherorts gerade die grundsätzliche Diskussion über das Leitbild als wichtig für eine perspektivische Ausrichtung kommunaler Integrationspolitik. Sie bilde die Voraussetzung für die Entwicklung und Umsetzung geeigneter Maßnahmen. Die Wohnungswirtschaft griff Diskussionen darüber mehrheitlich nicht auf bzw. beteiligte sich nur daran, wenn sie hierzu explizit eingeladen war.“

Verschiedene Akteursgruppen, insbesondere auf kommunalpolitischer Ebene, vertreten die Meinung, dass Segregation nicht hinzunehmen sei und man ihr - z. B. durch Quotenregelungen bzw. Belegungssteuerung - entgegenwirken müsse. In Frankfurt am Main wird dazu der sogenannte Frankfurter Vertrag als Steuerungsinstrument angeführt. Es handelt sich um eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Kommune und 14 Wohnungsunternehmen, die u. a. eine Quotenregelung vorsieht, auf deren Basis Belegung gesteuert werden soll. Die tatsächlichen Belegungsquoten zeigen jedoch, dass trotz Vertrag die Segregation in bestimmten Gebieten nicht verhindert werden konnte. Offen bleibt andererseits, wie die Entwicklung ohne Quotenregelung verlaufen wäre. So konzentrieren sich nach Experteneinschätzungen Migrantenhaushalte in den unteren Preissegmenten des Wohnungsbestandes, und hier z. T. sowohl in Hochhäusern des sozialen Wohnungsbaus mit einem Migrantenanteil von 60 bis 65% als auch in kleineren, städtebaulich aufgelockerten Siedlungsstrukturen wie der Römerstadt (circa 50% Migrantenanteil).

Auch in anderen Städten verfüge man - so die Einschätzung der kommunalen und kommunalpolitischen Ebene (München) - durch städtebauliche Maßnahmen, Wohnprojekte sowie Stadtentwicklungs- und Baupolitik über geeignete Instrumente, um eine sozial verträgliche Mischung von Bevölkerungsgruppen zu erzielen.

Der Nutzen und die Wirkung von Quotenregelungen und Belegungssteuerung werden von den Akteuren aus der Wohnungswirtschaft unterschiedlich bewertet. Insbesondere größere kommunale Wohnungsunternehmen erkennen, dass sie auch mit gezielter Belegungspolitik Segregation nicht (überall) verhindern, die Tendenz häufig allenfalls bremsen können. In der Auseinandersetzung um Belegungssteuerung differenzieren die Wohnungsunternehmen meist nicht zwischen sozialer und ethnischer Segregation, sondern reduzieren Segregation auf ein Ausländerproblem.

Einige Akteursgruppen lehnen die Aussage, dass ethnische Segregation nicht grundsätzlich ver- und behindert werden sollte, ab. Dies waren insbesondere Vertreter der Wohnungswirtschaft, vereinzelt auch des Quartiermanagements sowie der Kommunalverwaltung. Sie begründeten ihre Ablehnung damit, dass die Aussage den eigenen Politik- und Handlungsansätzen widerspreche und keine angemessene Hilfe für die Problemlage in den Quartieren darstelle. Einzelne verwiesen dazu auf das städtebauliche Leitbild der sozialen Mischung, wonach sie ihre Arbeit ausrichteten.

Insbesondere Akteure aus der Praxis sowie einzelne Bewohner(gruppen) befürchteten, dass mit der Zielrichtung der Empfehlungen segregierte Gebiete aus dem Blickfeld der Politik geraten könnten, da man den Zustand als normal akzeptiere. Es wird davon ausgegangen, dass die Politik angesichts der Problemlage kapituliere und die Gebiete mit ihren Problemen alleingelassen würden.

Von einigen Akteursgruppen, vor allem aber von der Kommunalpolitik, insbesondere aus Berlin Mitte, wird angeführt, dass Segregation Integration erschwere und zu Abschottung und Isolierung führe; Verwaltung und Politik hätten mit den negativen Seiten der Segregation zu kämpfen. Für den Umgang mit diesem Problem gebe es in den Empfehlungen keine hinreichenden Hilfestellungen. Aus ihrer Sicht sei die Zielrichtung der Empfehlungen abzulehnen, da sie in ihren Gebieten keine positiven Aspekte der Segregation feststellen könnten.

Die Ablehnung der Ausgangsfeststellung hatte Folgen für den weiteren Projektverlauf, mancherorts nachhaltig und grundsätzlich. In Berlin Mitte wurden die Empfehlungen - unter anderem wegen des Leitbildes - als für das Gebiet ungeeignet eingeschätzt und daher nur sehr eingeschränkt weiter verfolgt. In Frankfurt am Main brach die Führung eines Zusammenschlusses von sechs Wohnungsunternehmen die Beteiligung an der weiteren Diskussion und der Umsetzung der Empfehlungen ab.

Fazit

Für viele Akteure aus Kommunalverwaltung, Politik, Wohnungswirtschaft und auf Gebietsebene ist zwar weitgehend unstrittig, dass es stadträumliche Segregation gibt; was daraus folgt, wird jedoch sehr kontrovers diskutiert. Für viele Kommunen und Wohnungsunternehmen sind die ethnische und soziale Mischung weiterhin Grundpfeiler des städtebaulichen Leitbildes. Um Maßnahmen auf die Förderung der Integration unter den Bedingungen der Segregation auszurichten, wäre indessen ein Perspektivenwechsel in der Integrationspolitik notwendig. Dieser müsste dazu führen, dass weniger die Konzentration von Zuwanderern als vielmehr der Umgang mit den Folgen einer räumlichen Konzentration von Armut und sozialer Benachteiligung im Vordergrund stehen. Das würde - wie auch in den Empfehlungen dargelegt - dazu führen, dass wichtige Handlungsfelder der Integration stärker in das Blickfeld rücken und dort Maßnahmen und Projekte umgesetzt werden.

4.3 Bewertung der Empfehlungen und Handlungsfelder

Grundsätzlich wird die Praxisrelevanz der Empfehlungen unterschiedlich bewertet. Insbesondere Akteure auf der Stadtteilebene und Personen, die im Bereich der Projektumsetzung arbeiten, bemängelten, dass die Empfehlungen zu allgemein formuliert seien und sich nur unzureichend an den konkreten Bedarfen und Problemen der Stadtteile orientierten. Sie seien daher nicht hilfreich für eine Prioritätensetzung bei den umzusetzenden Maßnahmen gewesen. Mancherorts wurde auch geäußert, die Empfehlungen fielen hinter die örtliche Praxis zurück. Angemerkt wurde zudem,

dass sich die Problemlagen in den Gebieten vergrößerten, obwohl die lokale Integrationspolitik die Grundaussagen der Empfehlungen berücksichtigt.

Vor allem auf der politischen und der Ämterebene wird jedoch die Meinung vertreten, die Empfehlungen seien insofern hilfreich, als sie die bisherige stadträumliche Integrationspolitik bestätigten und ihrer politischen Legitimierung dienlich seien. Zudem regten sie das Nachdenken an und gäben Raum für Dialog und konstruktive Auseinandersetzung. Sie könnten damit einer politischen Ausrichtung, dem Spinnen eines „Roten Fadens“ in der Integrationspolitik, dienen und beförderten mittelbar die perspektivische Ausrichtung der kommunalen Integrationspolitik. Hierdurch könne die Umsetzung von integrationsfördernden Maßnahmen in den Gebieten vorbereitet und angeschoben werden.

In vielen, wenn auch nicht allen Städten und Quartieren bildete die Diskussion, Bewertung und Gewichtung der Handlungsfelder einen ersten Schritt, um die Empfehlungen auf die lokale Ebene zu übertragen und die Umsetzung von Maßnahmen vorzubereiten. Insbesondere die Handlungsfelder „Bildung und Spracherwerb“, „Migrantenökonomie“ sowie „Teilhabe und Mitwirkungsmöglichkeiten von Migranten“ sollten nach Einschätzung vieler Akteursgruppen bei der Umsetzung von Maßnahmen besonders berücksichtigt werden. Vor allem dem Handlungsfeld „Bildung und Spracherwerb“ komme eine Schlüsselrolle im Integrationsprozess zu, weil Sprachkenntnisse ein Zugangskriterium für Integration und Teilhabe seien.

Begründet wurden diese Schwerpunktsetzungen mit Blick auf die Relevanz des Themas (insbesondere „Bildung/Spracherwerb“), mit Bezug auf ungenutzte Potenziale (insbesondere „Migrantenökonomie“ sowie „Teilhabe und Mitwirkungsmöglichkeiten“) und mit einem Fokus auf Defizite bzw. Verbesserungsbedarfe (insbesondere „Teilhabe und Mitwirkungsmöglichkeiten“) in den Quartieren. Bezogen auf konkrete Planungen sozialer und städtebaulicher Maßnahmen, wie sie beispielsweise in den Programmgebieten der Sozialen Stadt umgesetzt werden, gewannen die Handlungsfelder „Freiräume“, „Sicherheitsempfinden“ und „Image“ an Relevanz. Grundsätzlich wurden bei der Diskussion der Handlungsfelder in den Gebieten, die über ein Quartier- oder Stadtteilmanagement verfügten, bereits gesetzte Schwerpunktthemen berücksichtigt.

5 Transfer der Empfehlungen **und Umsetzungsprozesse**

Die Städte nutzten den Transfer der Empfehlungen und die damit verbundenen Diskussionen für die Planung integrationsfördernder Maßnahmen auf Gebietsebene. Mit dieser stadträumlichen Ausrichtung des Vorgehens wurde mehrheitlich das Ziel verfolgt, Bestandsaufnahmen und inhaltliche Ausrichtung der Integrationsarbeit zu präzisieren, um im Anschluss Maßnahmen bedarfsorientiert ausrichten zu können.

Insgesamt verlief der Transferprozess in die Gebiete jedoch mehrheitlich wenig zielgerichtet. Er gestaltete sich in der Gesamtlaufzeit eher als ein Muddling-Through, das auch von Zufälligkeiten abhängig war. Das Verfahren lag in der Verantwortung weniger Personen, die in der Regel nicht rechenschafts- oder berichtspflichtig waren. Sie steuerten die Prozessumsetzung nach eigenen Möglichkeiten und damit entsprechend ihrer Zeitressourcen, Kompetenzen und Interessen. Diese Tatsache hatte einerseits den Vorteil, dass der Prozess zunächst ergebnisoffen gestaltet und Akteure vor Ort bei der Zielformulierung beteiligt werden konnten. Sie hatte andererseits den Nachteil, dass das Vorgehen und die Gestaltung des Prozesses über die Gesamtlaufzeit weitgehend unverbindlich blieben. Dies betraf insbesondere die mangelnde Verpflichtung von Ämtern und Einrichtungen für das gesamte Verbundprojekt, für den Transfer der Empfehlungen und für die Umsetzung von Maßnahmen auf Gebiets-

9,-ö ebene, und die mangelnde Transparenz und unzureichende Kommunikation zwischen Behörden und Vor-Ort-Akteuren sowie zwischen einzelnen Behörden und Ämtern. Ausnahmen bilden die Städte Frankfurt am Main und Nürnberg, die beide ein Begleitgremium zur Umsetzung der Empfehlungen einrichteten. Dieses steuerte den

v
7
45
In

Prozess und machte inhaltliche Vorgaben, z. B. bei der Prioritätensetzung innerhalb der Handlungsfelder.

Inhaltlich stand - mit Ausnahme von Essen und Nürnberg - beim Transfer in die Quartiere weniger der Bezug zu gesamtstädtischen Konzepten und Leitlinien im Vordergrund. Vielmehr wurde mehrheitlich an bestehende Stadtteilentwicklungskonzepte oder Integrierte Handlungskonzepte angeknüpft, wie sie beispielsweise im Rahmen des Quartiermanagements entwickelt wurden. In einigen Gebieten war deshalb

v
N

den Akteuren eine Differenzierung bzw. Abgrenzung zum Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ nicht mehr deutlich. Hierdurch verlor das Projekt in diesen Gebieten an einem eigenen Profil. Aus Sicht der lokalen Akteure bestätigten die Empfehlungen eher die inhaltliche Ausrichtung der laufenden Arbeit.

5.1 Beteiligung lokaler Akteure und Einbeziehung von Migranten und Migrantenorganisationen

In den Transferprozess wurden vor allem jene Akteure, Akteursgruppen und Gremien einbezogen, die sich aus Eigeninitiative beteiligten und weitgehend leicht zu erreichen waren, Diese Tendenz wurde durch die Nutzung bereits bestehender Foren und Netzwerke unterstützt. Eine Beteiligung von Migranten gelang mit den herkömmlichen Beteiligungsformen und -verfahren kaum. Dies hätte gezielte Maßnahmen erfordert, die jedoch nicht in allen Quartieren ergriffen wurden. Dieser unzureichende Zugang verschiedener Akteursgruppen zu Migranten und Migrantenorganisationen erwies sich zuweilen als hemmend für die Planung und Umsetzung von - insbesondere bewohnergetragenen - integrativen Maßnahmen. Sprachbarrieren, kulturelle Unterschiede, unzureichende Beteiligungsmethoden und -instrumente sowie der fehlende Kontakt zu Migrantenorganisationen, die als Schlüsselpersonen und Mittler fungieren können, trugen hierzu bei. In allen Gebieten besteht noch ein großer Bedarf an geeigneten Methoden, Migranten und Migrantenorganisationen in das Stadtteilgeschehen einzubinden und ihnen geeignete Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten.

5.2 Einbindung von Verwaltung und Politik

Auf Basis unserer Beobachtungen kann festgehalten werden, dass die Umsetzung der Empfehlungen nur im Ausnahmefall durch politische Einflussnahme vorangetrieben wurde und auch die Verwaltung meist nicht verbindlich damit beauftragt war. Für eine aktive Gestaltung des Transfer- und Umsetzungsprozesses war das Engagement der beteiligten Mitarbeiter relevanter, die - zuweilen unter Bezugnahme auf bestehende politische Grundsatzbeschlüsse oder existierende Arbeitsstrukturen und Aufgabengebiete (wie z. B. die Zuständigkeit für ein Programmgebiet der Sozialen Stadt) - meist eine hohe Verbindlichkeit des Handelns erreicht haben.

Politische Rückendeckung

Wenn sich die relevanten Akteure innerhalb der Verwaltung der politischen Rückendeckung für ihr Handeln grundsätzlich sicher sein können (etwa weil entsprechende Grundsatzbeschlüsse vorliegen), gehen sie aktiver an den Transfer und die Umsetzung des Projekts und der Empfehlungen heran. Sie vermitteln dann auch gegenüber Dritten eine hohe Verbindlichkeit ihres Handelns. Politische Rückendeckung für eine quartiersbezogene Arbeit und die Ausrichtung der lokalen Integrationspolitik waren wesentliche Erfolgsfaktoren für den Transfer der Empfehlungen in die Gebiete. Hierzu zählten die personelle Einbindung der (Stadtbezirks-)Politik sowie

ein guter Informationsfluss und die Kommunikation zwischen Quartiersebene und gesamtstädtischer Ebene. Auch bereits gefestigte Kontakte und Kooperationserfahrungen, wie sie vor allem in Programmgebieten der Sozialen Stadt bzw. in Gebieten mit vergleichbaren Netzwerkstrukturen bestanden, wirkten sich vorteilhaft aus. Die Sonderförderung entsprechender Programme sicherte in der Regel auch die politische Unterstützung, da die Gebiete im Blickfeld der Öffentlichkeit stehen und meistens bereits politische Beschlüsse sowie zusätzliche Mittel vorhanden sind, um diese Gebiete gezielt zu unterstützen. Für die Umsetzung von Maßnahmen waren die Einbindung der kommunalpolitischen Ebene und ihre Unterstützung ebenfalls begünstigend. In Nürnberg wurde beispielsweise ein politischer Auftrag an die Kommunalverwaltung erteilt, die Umsetzung von Maßnahmen zu befördern.

Die aktive Gestaltung des Transfer- und Umsetzungsprozesses unter Einbindung möglichst vieler relevanter Akteure aus Verwaltung, Politik, Wohnungswirtschaft und den Quartieren erforderte phasenweise einen hohen zeitlichen Einsatz der Ansprechpartner oder anderer Mitarbeiter der Kommunalverwaltung. Wenn die Bereitschaft zum Zeiteinsatz oder die tatsächlich vorhandenen Zeitressourcen fehlten, verlief der Prozess tendenziell eher stockend. Für die mangelnde Bereitschaft spielte auch die Wahrnehmung der Verwaltungsmitarbeiter eine Rolle, dass die Kommunalpolitik das Thema Integration und/oder die Entwicklung der ausgewählten Quartiere nicht für (ausreichend) wichtig erachte. Dies hatte mitunter zur Folge, dass die Priorität in der Projektarbeit vorwiegend auf die Einbindung der politischen Ebene und weniger auf die Umsetzung von Maßnahmen in den Untersuchungsgebieten gelegt wurde.

Vorhandene bzw. neu gebildete Vernetzungsstrukturen

Ein fördernder Faktor für die Umsetzung von Maßnahmen waren gute Arbeitsbzw. Vernetzungsstrukturen in den Gebieten und innerhalb der kommunalen Verwaltung. Sie bildeten den geeigneten Rahmen dafür, dass sich die an der Integrationsarbeit beteiligten Akteure untereinander abstimmten und gemeinsam neue Angebote und Projekte entwickelten und umsetzten.

a
`m

Zum einen handelte es sich bei diesen Strukturen um örtliche Arbeitskreise und Netzwerke, die schon vor Beginn des Verbundprojektes in den ausgewählten Gebieten bestanden. Hierzu zählten z. B. die Facharbeitskreise in München Moosach, die im Rahmen des regionalen Netzwerkes sozialer, schulischer und gesundheitsbezogener Einrichtungen eingerichtet wurden, oder die Stadtteilgremien, die im Rahmen

56

des Programms Soziale Stadt entstanden. Es gab aber auch verwaltungsinterne Ver-

netzungsstrukturen wie in Nürnberg, oder - wie in Frankfurt am Main - ein im Rahmen des Verbundprojektes initiiertes Begleitgremium, an dem sich verschiedene Ämter und Akteure aus dem Stadtteil beteiligten.

Als hinderlich für die ressortübergreifende Bearbeitung des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“ haben sich Konkurrenzen und Unstimmigkeiten zwischen verschiedenen Fachämtern bezüglich der entsprechenden Zuständigkeiten erwiesen. Dies führte zu erheblichen Zeitverzögerungen und Blockaden. Vereinzelt schränkten auch Konkurrenzen zwischen den verschiedenen Fraktionen auf der kommunalpolitischen Ebene die Unterstützung für das Projekt ein.

Verantwortung der Leitungsebenen

Gute Arbeits- und Vernetzungsstrukturen allein reichten jedoch nicht aus. Wichtig war zudem, dass die jeweilige Leitungsebene in diese Strukturen integriert war und dort Verantwortung übernahm. Erst dadurch konnten Entscheidungen getroffen werden; die Gremien wurden handlungsfähig und konnten die für die Umsetzung notwendigen Ressourcen mobilisieren und bündeln.

Engagement und Kompetenz

Aufgeschlossenheit örtlicher oder kommunaler Institutionen für das Thema Integration und ein schon bestehendes Engagement in der Integrationsarbeit erwiesen sich als fördernde Faktoren. Aktivitäten, die im Vorfeld des Projekts eine Sensibilisierung der betreffenden Akteure für das Thema Integration bewirkten, unterstützten Projektanliegen und -durchführung. Beispielhaft hierfür ist die Erhebung in den Schulen und Kindertagesstätten in der Frankfurter Nordweststadt zur Erfassung der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, deren z. T. überraschende Ergebnisse an die Institutionen rückgekoppelt wurden. Ein weiteres positives Beispiel sind die Aktivitäten der örtlichen Grundschule in Hannover Mittelfeld im Rahmen der Gestaltung des Schulhofes und der unmittelbar an die Schule angrenzenden Freiflächen: Schüler erkundeten die Schulumgebung, bauten Modelle „ihres“ Spielplatzes und stellten diese ihren Mitschülern und Eltern vor.

Vor allem das persönliche Engagement von Einzelpersonen spielte eine zentrale Rolle beim Transfer der Empfehlungen. Es trug wesentlich dazu bei, dass die Empfehlungen in den Quartieren zielführend diskutiert und Maßnahmen im Sinne der Empfehlungen eingeleitet wurden. Hierbei war begünstigend, wenn die betreffenden Personen frühzeitig und über die gesamte Laufzeit in den Prozess eingebunden waren und sie sich den Transfer zur eigenen Aufgabe machten. Zudem erleichterte die

Einbindung dieser Einzelpersonen in vorhandene gebietsbezogene Strukturen die Mobilisierung weiterer lokaler Akteure und damit den Transfer. Zusätzlich zum Engagement entschieden Kompetenz im Themenfeld und Einbindung in ressortübergreifende Netzwerke darüber, wie gut Einzelpersonen die Verwaltung ressortübergreifend für die Umsetzung des Projektes motivieren und eine hohe Verbindlichkeit des Verwaltungshandelns erzielen konnten. Dabei waren die entsprechenden Kompetenzen für die Bearbeitung des Themas von Vorteil, jedoch nicht allein ausschlaggebend. Engagement und Vernetzung allein konnten ebenso zum Erfolg führen. Für die Umsetzung von Projekten und Maßnahmen war das Engagement von Einzelpersonen, die Verantwortung für die neuen Maßnahmen übernahmen, Kooperationspartner gewannen und moderierend und koordinierend die Umsetzung begleiteten, maßgeblich.

Begünstigend für den Umsetzungsprozess waren engagierte Einrichtungen vor Ort, engagierte Dienststellen der kommunalen Verwaltung oder Bürger, die einen Blick für die Integrationsbedarfe im Stadtteil hatten und auch ausreichend Personal- und Zeitkapazitäten mobilisieren konnten. Sie beteiligten sich z. B. an der Konzeptionierung von Maßnahmen, speisten ihre Ressourcen in den Umsetzungsprozess ein und übernahmen zuweilen die Trägerschaft für neue Projektideen.

So engagierte sich etwa in Nürnberg das Amt für Stadtforschung und Statistik maßgeblich im Aufbau eines stadtweiten Monitorings im Handlungsfeld Integration. In Mannheim verfolgten verschiedene Fachämter der Kommune in Kooperation mit dem kommunalen Wohnungsunternehmen die Idee, interkulturelle Mitarbeiter-schulungen durchzuführen. Sie gewannen hierfür eine Fortbildungseinrichtung mit Schulungsprogramm. In Hannover Mittelfeld engagierte sich neben dem Quartiermanagement die Schulleitung für die stärkere Einbeziehung der Migranten und ihre aktive Beteiligung am Schulgeschehen.

Personelle und finanzielle Ressourcen

Für den Transfer der Empfehlungen in die ausgewählten Gebiete, für eine ziel-führende und fruchtbare Diskussion zur Vorbereitung der Umsetzung von Maßnah-men sowie für die Umsetzung selbst waren bestimmte personelle und finanzielle Res-sourcen für das Quartier unerlässlich. Dazu gehörten u. a. bestehende Vernetzungs-strukturen auf lokaler Ebene, ein kontinuierlicher und bereits institutionalisierter Austausch zwischen lokalen Einrichtungen und das Mobilisieren und Einbringen von Mitteln aus dem kommunalen Haushalt für das Quartier. Im begrenzten Maße waren bereits die den Städten im Rahmen des Verbundprojekts zur Verfügung stehenden Mittel hilfreich.

Mancherorts hemmte das Bewusstsein (oder auch allein die Vermutung), dass für die Umsetzung von Maßnahmen ohnehin keine Finanzmittel zur Verfügung stehen würden, die Motivation der Beteiligten (innerhalb und außerhalb der Verwaltung) und somit den gesamten Transfer- und Umsetzungsprozess. Ausschlaggebend war hier die Annahme, dass die Kommunalpolitik nicht bereit sein würde, Mittel aus anderen Budgets zur Förderung des Projekts umzuschichten.

Diese Wahrnehmung wirkte sich nicht nur bei der Umsetzung von Maßnahmen und Projekten im Gebiet nachteilig aus. Sie hat auch eine produktive Diskussion der Empfehlungen vor Ort gehemmt.

5.3 Einbindung von Wohnungsunternehmen

Insgesamt erfolgte die Steuerung des Transfer- und Umsetzungsprozesses im Praxisnetzwerk nahezu ausschließlich durch die Kommunalverwaltungen. Entsprechend der von den Kommunalverwaltungen getroffenen Grundausrichtung waren gemeinsame, kooperative Prozesssteuerung und Projektumsetzung von Kommunen und Wohnungsunternehmen eher die Ausnahme.

In fast allen Städten, die angestrebt haben, Wohnungsunternehmen an Informations- und Diskussionsveranstaltungen zum Projekt und den Empfehlungen zu beteiligen, ist dies auch gelungen. Die breiteste Beteiligung unterschiedlicher Wohnungsunternehmen wurde in Hamburg erreicht, wo neben dem landeseigenen Unternehmensverbund mehrere Wohnungsgenossenschaften aktiv an der Projektumsetzung mitwirkten.

Bestehende, persönliche Kontakte zwischen Kommunalverwaltung und Wohnungsunternehmen sowie ein (durch Erfahrungen) gutes Kooperationsklima erleichterten die Kontaktaufnahme und inhaltliche Auseinandersetzung auch im Themenfeld Zuwanderung und Integration, wie die Beispiele Essen und Mannheim zeigen. Begünstigend für die Einbindung mehrerer Wohnungsunternehmen ist die Existenz eines Multiplikators in ihren Reihen, der für eine breite Beteiligung wirbt.

In Essen wurde aber auch deutlich, dass Kooperationserfolge oft abbrechen, wenn die betreffenden Unternehmen an Investoren (vor allem internationale Investmentfonds) mit kurzfristiger Renditeerwartung und ohne lokalen bzw. regionalen Bezug veräußert werden. Insgesamt erweist sich die Einbindung von Wohnungsunternehmen als äußerst schwierig, wenn sich diese im Eigentum von Finanzinvestoren bzw. Fonds befinden. Die Privatisierung weiterer kommunaler oder landeseigener Woh-

nungsunternehmen stellte daher einen hemmenden Faktor für Kooperationen zwischen Kommunen und Wohnungswirtschaft im Handlungsfeld Integration dar. Schwierig erwies sich auch die Einbindung privater Vermieter.

Entsprechend der insgesamt eher geringen Einbindung von Wohnungsunternehmen in die Projektumsetzung und der Tatsache, dass ihnen meist die Rolle als ein Akteur unter vielen zugewiesen wurde, waren die Wohnungsunternehmen, mit Ausnahme von Hamburg, Mannheim und Hannover, in den meisten Städten nicht in konkrete Entscheidungen über umzusetzende Maßnahmen eingebunden.

Einige Wohnungsunternehmen beteiligten sich an der Umsetzungsphase des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“ gar nicht oder mit wenig Engagement. Dafür wurden zwei wesentliche Gründe benannt:

Hauptgrund ist der mancherorts existierende Dissens zur Ausgangsfeststellung des Projekts, dass sich ethnische Segregation nicht vermeiden lasse, Integration trotz Segregation anzustreben sei und Segregation auch positive Ansatzpunkte für die Förderung der Integration biete.

Der zweite Grund ist, dass der Anteil an Zuwanderern unter den Mietern vieler Wohnungsunternehmen gering ist und diese daher mit Blick auf das eigene Unternehmen keinen Handlungsbedarf im Themenfeld Integration sehen.

Neben diesen von den Wohnungsunternehmen selbst angeführten Gründen ist eine weitere Ursache sicherlich darin zu sehen, dass in fast allen Städten seitens der Projektverantwortlichen in den Kommunalverwaltungen das Handlungsfeld „Schule und Bildung“ mit hoher Priorität verfolgt wurde. Für dessen Bearbeitung wurde den Wohnungsunternehmen meist keine relevante Bedeutung durch die kommunalen Ansprechpartner beigemessen.

Die Einbindung interessierter Wohnungsunternehmen wird erleichtert, wenn die Kontaktaufnahme so frühzeitig geschieht, dass die Wohnungsunternehmen über die Auswahl der zu bearbeitenden Gebiete mitentscheiden können. Dadurch wird gewährleistet, dass sich die Aktivitäten auf solche Quartiere richten, in denen die Wohnungseigentümer (zumindest teilweise) selbst einen hohen Handlungsbedarf im Bereich Integration sehen. Um die Beteiligung der Wohnungsunternehmen an der konkreten Umsetzung von Maßnahmen zu erreichen, ist es hilfreich, sie in Entscheidungen über inhaltliche Schwerpunktsetzungen bei den Aktivitäten und über konkret umzusetzende Maßnahmen verbindlich einzubeziehen.

6 Aktivitäten in den Städten zur Umsetzung von Maßnahmen

Aufgabe des Praxisnetzwerks war es, die Empfehlungen auf die jeweils lokalen Zusammenhänge zu übertragen und vor Ort zu erproben, um die kommunale und wohnungswirtschaftliche Praxis der stadträumlichen Integration von Zuwanderern weiter zu entwickeln.

Obwohl der Zeitraum für die Diskussion und Umsetzung der Empfehlungen vergleichsweise kurz war, haben alle Städte im Rahmen des Praxisnetzwerks Projekte angeschoben bzw. durchgeführt. Diese bezogen sich nicht immer auf die Ebene der ausgewählten Stadtteile, einige hatten einen gesamtstädtischen Bezug. Inhaltlich verdeutlichen die Projekte oder Maßnahmen aktuelle integrationspolitische Handlungsbedarfe. Die neu angestoßenen Maßnahmen bilden nur einen Ausschnitt der derzeit praktizierten Integrationsarbeit in den beteiligten Städten. Schon vor Beginn des Projekts fand in den meisten Quartieren Integrationsarbeit statt, die z. T. schon weit vorangeschritten war.

Die Handlungsfelder, in denen die beteiligten Akteure aktiv wurden, umfassten in der Summe fast alle in den Empfehlungen benannten Bereiche. Dazu gehörten die „Kompetenzen und Angebote in der Kommune, bei Trägern sozialer Maßnahmen und in Wohnungsunternehmen“ ebenso wie „Bildung und Spracherwerb vor Ort“, „Freiräume“, „Migrantenökonomie“, „Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten“ und ein Handlungsgrundsatz der Empfehlungen, die „Bildung quartiersbezogener Netzwerke“. Ausnahmen bilden die drei Handlungsfelder „Sicherheitsempfinden im Quartier“, „Nutzungsmischung“ sowie „Städtebau, Architektur und soziales Zusammenleben“. Die Gründe für die Schwerpunktsetzung sind vielfältig und nicht spezifisch auf das Handlungsfeld bezogen: Man wurde dann aktiv, wenn lokale Bedarfe gesehen wurden und konkrete Anknüpfungspunkte oder die notwendigen Ressourcen für die Entwicklung praktikabler Ideen vorhanden waren (z. B. interessierte Kooperationspartner, finanzielle Mittel). Auch in den nicht bearbeiteten Handlungsfeldern fanden bereits Maßnahmen statt, die durch das Verbundprojekt zwar bestätigt oder befruchtet, aber eben nicht neu angestoßen wurden.

Zumeist wurden die Städte in ein bis drei Handlungsfeldern gleichzeitig aktiv. Es gab auch Städte wie etwa Nürnberg, die zwar anstrebten, in noch weiteren Feldern Maßnahmen anzustoßen, aber aufgrund fehlender Anknüpfungspunkte nicht erfolgreich waren. Letztendlich setzten die Städte innerhalb der Handlungsfelder Schwerpunkte. Es erfolgte eine Konzentration auf wenige Maßnahmen und damit auf das - in der verbliebenen Zeit bis zum Abschluss des Verbundprojekts - Machbare.

Ein Schwerpunkt war die interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel, die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu stärken, die Angebote der Verwaltung für Zuwanderer besser zu kommunizieren und so insgesamt das Dienstleistungsangebot der Kommune für Zuwanderer zu öffnen. Schulungen in interkultureller Kompetenz bei den Wohnungsunternehmen zielten darauf, angemessen auf Kundenwünsche und -verhalten zu reagieren und Mieterkonflikten mit einer gesteigerten Vermittlungskompetenz zu begegnen. Ein weiterer Schwerpunkt waren auf die Zuwanderer ausgerichtete Beteiligungsprojekte, die dazu dienten, bestehende Hemmnisse bei der Beteiligung an der Stadtteilentwicklung abzubauen. Besondere Bedeutung bei der Umsetzung der Empfehlungen kam dem Bereich Bildung und Spracherwerb vor Ort zu. Ihm wird von den Akteuren eine Schlüssel-funktion zuerkannt.

Gut zwei Drittel der neu initiierten Maßnahmen zielten bewusst auf Verknüpfungen mit mehreren Handlungsfeldern und versuchten dadurch, einen integrativen Gehalt bzw. einen Mehrwert zu erreichen. Insbesondere galt dies für längerfristig und über den Projektabschluss hinausreichend angelegte Maßnahmen. Auf diese Weise wurden Synergieeffekte erzielt. Die meisten Akteure verknüpften die Bereiche Bildung, Spracherwerb und berufliche Orientierung mit der Förderung von Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten für Zuwanderer (und weitere Quartiersbewohner). Häufig wurde auch die Förderung von Teilhabe mit der Schaffung und Gestaltung von Freiräumen im wohnungsnahen Umfeld verbunden.



Einen potenziellen Mehrwert erzielen auch Maßnahmen, die umfassender angelegt waren: Hierzu gehörten die stadtweite Diskussionsreihe „Anstöße - interkultureller Dialog“ in Nürnberg, in der anhand unterschiedlicher Integrationsthemen Impulse für die örtliche Integrationsarbeit gegeben wurden, oder der Aufbau eines Monitoringsystems in Nürnberg, der noch nicht abgeschlossen ist und mit dem ein wichtiger Beitrag zur stadträumlichen Steuerung des Integrationsprozesses geliefert werden soll. Letztendlich trägt auch der noch andauernde Aufbau eines Netzwerkes institutioneller Akteure im Mannheimer Gebiet Durlacher Straße dazu bei, dass langfristig deren Verantwortungsbereitschaft für die vielfältigen Belange im Stadtteil gestärkt wird.

Verknüpfungen fanden nicht nur in der praktischen Umsetzung, sondern auch bereits in der Konzeption der Maßnahmen statt. Hierzu drei Beispiele:

Die noch in der Erarbeitung befindliche Konzeption für das Anlegen von **Interkulturellen Gärten in Nürnberg** zielt nicht nur auf die Schaffung von Freiräumen für Zuwanderer in deren Wohnumfeld, sondern zugleich auch auf ihr Empowerment und die Förderung von Bildung und Spracherwerb.

Die im Rahmen der **Freiraumplanung in Mannheim Durlacher Straße** einbezogenen Jugendlichen sollen nicht nur in ihrer beruflichen Orientierung unterstützt und qualifiziert werden, sondern sich zudem stärker mit ihrem Wohnumfeld identifizieren und für unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse sensibilisiert werden. Des Weiteren sollten die Maßnahmen zum Abbau von Vandalismus beitragen.

Der in **München Mossach durchgeführte Beteiligungsworkshop** informierte einerseits die dort wohnenden Migranten über Bildungsangebote im Stadtteil und die Arbeit des Bezirksausschusses, motivierte andererseits aber auch einige Teilnehmer, sich aktiv am gesellschaftlichen Geschehen zu beteiligen.

Die angestoßenen Maßnahmen waren auf lokaler Ebene häufig in die Arbeitsfelder der Sozialen Stadt oder in den Aufgabenbereich einer Gemeinwesenarbeit und damit in quartiersbezogene Integrations- oder Gebietsentwicklungsstrategien eingebunden. Hierdurch konnten Maßnahme zusätzliche integrative Wirkungen entfalten. Aus Sicht der in diesem Bereich tätigen Akteure wurde die inhaltliche Ausrichtung ihrer Arbeit durch die Empfehlungen bestätigt bzw. legitimiert, mitunter auch befruchtet und weiterentwickelt. Hierzu zwei Beispiele: In der Frankfurter Nordwest-

stadt flossen die Empfehlungen zur Unterstützung der Migrantenökonomie in die Konzeption zur Rettung eines kleinen Versorgungszentrums ein, das im Rahmen des Quartiermanagements unterstützt wird. In Hannover Mittelfeld griff das Quartiermanagement die Empfehlungen zur Beförderung von Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten auf und erprobte gemeinsam mit anderen Akteuren neue Wege der Beteiligung von Migranten.

In zwei Städten werden zurzeit die Umsetzungsmaßnahmen und die Empfehlungen für die Ausarbeitung kommunaler Integrationskonzepte bzw. -leitlinien zugrunde gelegt. In Nürnberg wird eine systematische Verknüpfung der angestoßenen Maßnahmen mit dem derzeit in Erarbeitung befindlichen kommunalen Integrationsprogramm angestrebt. Die neuen Maßnahmen sollen voraussichtlich als Bausteine für das Programm genutzt werden. Hierfür erweist es sich als günstig, dass Maßnahmen als Handlungsaufträge der Kommunalpolitik bzw. mit politischer Unterstützung von der Kommunalverwaltung entwickelt wurden. In Mannheim unterstützen die Empfehlungen die Ausarbeitung von Leitlinien für die kommunale Integrationspolitik. Auch andere am Verbundprojekt beteiligte Kommunen beabsichtigen die Verknüpfung neuer Maßnahmen mit bestehenden oder in Erarbeitung befindlichen kommunalen Integrationsprogrammen.

7. Resümee und Ausblick

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst, unter welchen Bedingungen der Transfer und die Umsetzung der Empfehlungen bei unterschiedlichen Akteuren bzw. Akteursgruppen und auf unterschiedlichen stadträumlichen Ebenen gelungen bzw. misslungen sind.

- Die Projektsteuerung und -umsetzung erfolgte nahezu ausschließlich durch die Kommunalverwaltungen. Die Kooperation von Kommunen und Wohnungsunternehmen, die der Projektansatz intendierte, konnte also auf der Steuerungsebene nicht umgesetzt werden.
- An der Projektumsetzung beteiligten sich, wenn überhaupt, Wohnungsunternehmen im Eigentum der Kommunen oder Länder, während Unternehmen im Eigentum renditeorientierter Fonds und private Vermieter nicht erreicht werden konnten.

Auf der Ebene der Quartiere war die Einbindung weiterer Akteure von zentraler Bedeutung. Hierbei hat sich gezeigt, dass vor allem diejenigen Akteure eingebunden werden konnten, die sich aus Eigeninitiative beteiligen und leicht zu erreichen sind. Die Einbindung von Migranten und Migrantenorganisationen gelang dagegen kaum.

- Unabhängig von der Zugehörigkeit zu bestimmten Akteursgruppen (Wohnungswirtschaft, Kommunalverwaltung, Quartiermanagement, etc.) oder der Position einzelner Akteure (auf operativer oder strategischer Ebene) war der inhaltliche Konsens oder Dissens mit den Empfehlungen und ihren Grundprämissen ein entscheidender Faktor für die Beteiligungsbereitschaft und das Engagement der unterschiedlichen angesprochenen Akteure.

Darüber hinaus können einige zentrale Faktoren benannt werden, die den Transfer der Empfehlungen und die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen in den Quartieren gefördert haben und deren Fehlen sich gleichzeitig als hemmend erwiesen hat:

- das Engagement der beteiligten Akteure und ihre Einbindung in Netzwerke bzw. ihre persönlichen Kontakte,

die Bedeutung, die die Akteure dem Thema Integration für ihre eigene Arbeit beimessen,

vorhandene Ressourcen oder zumindest die Überzeugung, dass notwendige Ressourcen eingefordert und auch bereitgestellt werden könnten (Personalkapazitäten, Strukturen und finanzielle Mittel).

Mehrheitlich wirkten sich Arbeitsstrukturen, Netzwerke und (stadtteilorientierte) Ressourcen, wie sie im Rahmen der Sozialen Stadt oder anderer stadtteilorientierter Strukturen und Programme praktiziert werden bzw. vorhanden sind, begünstigend auf den Transfer und die Umsetzung der Empfehlungen aus.

Ausblick: Perspektiven stadträumlicher Integrationspolitik

Die Ergebnisse weisen auf einige zentrale Punkte hin, die für die Umsetzung kommunaler Integrationspolitik auch zukünftig von entscheidender Bedeutung sein werden:

In der stadträumlichen Integrationspolitik bestehen meist schon gute Netzwerke unter den beteiligten Akteuren, diese sollten genutzt und ausgebaut werden.

Die meisten Städte gehen bereits zukunftsweisende Wege in der Integrationspolitik. Diese bedürfen der Verstetigung und der Übernahme in die Regelinstrumentarien kommunaler Daseinsvorsorge.

Aber: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft messen der stadträumlichen Integrationspolitik häufig noch zu wenig Bedeutung bei. Diese bleibt eine Art lokale Fach- oder Klientelpolitik; ihre zentrale Rolle für die Gesamtstadt wird bislang vielfach unterschätzt.

Integrationspolitik zeigt insbesondere dann Erfolge, wenn sie einen hohen Stellenwert in der kommunalen Politik einnimmt und von der Verwaltungsspitze zu einem zentralen Element ihres politischen Handelns erklärt wird.

Die Bündelung von Ressourcen und ein ressortübergreifender Politikansatz sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Integrationsarbeit vor Ort. Das BundLänder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ hat hier wichtige Anstöße gegeben.

Das Verbundprojekt „Zuwanderer in der Stadt“ hat über den Projektzusammenhang hinausgehende Anstöße und Impulse gegeben. Diese betreffen den Austausch über aktuelle und kontrovers diskutierte Fragen zum Thema Integration und Segregation, den Austausch zwischen Forschung und Praxis und den Austausch zwischen Kommunen und Wohnungsunternehmen, die seit vielen Jahren Strategien zur Förderung der Integration von Zuwanderern entwickeln, politisch diskutieren und umsetzen.

Das Projekt hat durch die kontroverse Diskussion der Empfehlungen aber auch deutlich gemacht, wie schwierig es ist, allgemeingültige Vorschläge zu unterbreiten, die vor Ort unterstützt und dann noch in sehr unterschiedlichen Kontexten angewendet und umgesetzt werden sollen.

Mit Blick auf die Praxis wurde deutlich: Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden, und wir stehen nicht am Anfang. Kommunen und Wohnungsunternehmen verfolgen seit Jahren vielfältige Strategien, die insbesondere im Rahmen in-

tegrierter Stadtteilentwicklung nicht nur bauliche, sondern auch soziale, kulturelle, beschäftigungswirksame und beteiligungsfördernde Ziele haben.

Beispielsweise werden Maßnahmen und Projekte zur sozialverträglichen Aufwertung des Wohnungsbestandes und des Wohnumfeldes mit Qualifizierung und Beschäftigung verknüpft. Doch trotz dieser Aktivitäten stehen viele Kommunen, aber insbesondere die Wohnungsunternehmen vor Problemen.

Zahlreiche Kommunen und Wohnungsunternehmen suchen nach Instrumenten, um Segregation messen und bewerten zu können, sowie nach Strategien im Umgang mit stadträumlicher Segregation. Viele Wohnungsunternehmen und auch kommunale Akteure stellen immer wieder die Frage, wann ein Quartier „kippt“, d. h. ab welcher sozialen und ethnischen Zusammensetzung es ihrer Meinung nach nicht mehr zu stabilisieren ist. Für die Forschung stellen sich damit Herausforderungen: Bislang sind segregierte Gebiete zu wenig erforscht. Ihre Funktion für Bewohner, insbesondere (Neu-)Zuwanderer, ist bislang weitgehend unerschlossen.

Der Herausforderung, Integration unter den Bedingungen der Segregation zu befördern, sehen sich viele Kommunen und Wohnungsunternehmen nicht ausreichend gewachsen. Die fachöffentliche Diskussion, die durch das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ angeregt wurde, konzentrierte sich immer wieder auf die Bewertung ethnisch segregierter Gebiete. Bislang muss festgestellt werden, dass zwischen wissenschaftlichen Positionen zur stadträumlichen Segregation und einer darauf aufbauenden Integrationspolitik einerseits und Positionen der Wohnungswirtschaft und der Kommunen andererseits eine Kluft besteht. An vielen Stellen sind in der Diskussion Differenzierungen erforderlich. Beispielsweise wird bislang zu wenig beachtet, dass Integrationsprobleme bei weitem nicht nur ethnisch, sondern ganz wesentlich auch sozial bedingt sind. Auch ist vor der Umsetzung von Strategien zur stadträumlichen Integration von Zuwanderern vielerorts ein Umdenken notwendig. Integration und Segregation stehen nicht notwendigerweise im Widerspruch zueinander. Die Verständigung darüber ist ein Kommunikationsprozess, der Zeit braucht.

Das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ - und dies ist vielleicht sein größtes Verdienst - hat für die beteiligten Städte und die eingebundenen Akteure diese Zeit zur Verfügung gestellt. Neben der Anzahl der Projekte, die in der kurz bemessenen Projektlaufzeit umgesetzt wurden, stellen vielleicht die zahlreichen Diskussionen und Positionierungsversuche auf der Suche nach dem Umgang mit ethnisch segregierten Gebieten den entscheidendsten Gewinn dar, der langfristig Wirkung zeigen kann.

Es wäre daher wünschenswert, wenn diese Diskussion auch nach Projektende fortgesetzt würde. Wie die eingangs angeführten Zahlen des Mikrozensus 2005 deutlich gemacht haben, wächst der Anteil der Zuwanderer stetig. Bereits heute machen sie ein Fünftel der gesamten Bevölkerung aus. Einerseits wird vor diesem Hintergrund deutlich, dass die vielfach postulierte ‚gesunde soziale Mischung‘ durch die Zahlen ad absurdum geführt wird. Andererseits sollte stärker als bislang erkannt werden, dass Zuwanderer ein Potenzial der Gesellschaft sind. Voraussetzung hierfür ist allerdings, eine wenigstens annähernde Chancengleichheit vor allem im Bildungsbereich zu sichern. Auf Bundes- und Länderebene wäre es wichtig, die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und die Zugänge zum Bildungssystem für Zuwanderer zu verbessern, um damit einerseits bessere Startchancen für die berufliche Eingliederung und andererseits mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Zu den entscheidenden Faktoren, die die Bildungschancen von Zuwandererkindern verbessern helfen, zählen das Erlernen der deutschen Sprache - und das heißt Sprachförderung ab dem 4. Lebensjahr -, die Einbeziehung der Eltern in den Bildungsprozess und Elternbildung sowie die Zusammenarbeit der Sozial- und Bildungseinrichtungen auf Quartiers- bzw. Stadtteilebene.

Nicht zuletzt ist ein konfliktfreies Zusammenleben nur dort möglich, wo alle die Chance haben, am gesellschaftlichen Leben und an den Infrastrukturangeboten teilzuhaben. Dies verlangt von Politikern auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, Verantwortung für Integration zu übernehmen; gleiches gilt für jeden Einzelnen - ob mit oder ohne Migrationshintergrund.





Teil II

Sozialräumliche Strukturen und kommunale Integrationspolitik

Inhalt

Janina Söhn/Karen Schönwälder: Siedlungsstrukturen von Migranten und Migrantinnen in Deutschland	73
Hartmut Häußermann/Walter Siebel: Integration trotz Segregation - zum Stand der wissenschaftlichen Debatte	92
Integrationspolitische Steuerung der Kommunen: Beispiel Essen, Frankfurt am Main und Nürnberg	120

Janina Söhn/Karen Schönwälder
**Siedlungsstrukturen von Migranten und Migrantinnen in
Deutschland**

Einleitung

In der öffentlichen Debatte gibt es einen breiten Konsens, dass „Ausländerviertel“ in deutschen Städten ein Problem darstellen. Auch die Schader-Stiftung geht davon aus, dass die Existenz und die Zunahme von Wohnvierteln mit mehrheitlich ausländischen bzw. eingewanderten Bewohnern eine gesellschaftliche Herausforderung darstellt und dass die soziale Zusammensetzung solcher Quartiere soziale Problemlagen verstärkt (Kulenkampff 2006). Wissenschaftlich ist es keineswegs hinreichend geklärt, ob und gegebenenfalls auf welche Weise das Umfeld eines Wohnviertels die individuellen Lebenschancen seiner Bewohner beeinflusst. Dies gilt für die Wirkungen von Armut und Kriminalität, noch mehr aber für Annahmen bezüglich einer Wirkung des „ethnisch“ geprägten Umfelds auf Individuen einer bestimmten ethnischen Herkunft: Wie also wirkt es sich auf eine Türkin, einen Kroaten etc. aus, wenn sie in einem Wohnviertel leben, in dem andere Türken, Kroaten' etc. zahlreich vertreten sind und das von ethnischen Einrichtungen geprägt ist? Lernen Kinder hier schlechter Deutsch, werden Erwerbschancen in einer ethnischen Ökonomie erhöht oder aber durch fehlende Außenkontakte eingeschränkt, sind Einstellungen zur deutschen Gesellschaft distanzierter?

Zu derartigen Fragen gibt es nur vereinzelte, keinesfalls eindeutige Erkenntnisse. Zudem fehlt es für Deutschland an grundlegenden Informationen. So wissen wir etwa gar nicht, wie viele z. B. der türkischstämmigen Einwanderer in Deutschland überhaupt in einem Umfeld leben, das von der eigenen ethnischen Gemeinschaft geprägt wird.

Im Folgenden sollen einige Basisinformationen vorgestellt werden, die für die Bewertung von Inkorporationsprozessen von Einwanderern in Deutschland sowie die weitere Erforschung von Struktur und Relevanz ethnischer Gemeinschaften und damit für die Beantwortung der oben gestellten Fragen ein Baustein sein können: Wo in der Bundesrepublik leben besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund? Gibt es Siedlungsschwerpunkte einzelner Nationalitätengruppen und wo liegen sie? In welchem Maß leben in Deutschland Alteingesessene und Zugewanderte in den gleichen bzw. in unterschiedlichen Wohngebieten? Welche ethnischen Gruppen ver-

1) Die weibliche Form sei im Folgenden stets mitgedacht

fügen über das Potenzial zur Ausbildung ethnischer Gemeinschaften? Fallen Konzentrationen bestimmter Herkunftsgruppen zusammen mit besonderen - meist schlechteren - Lebensbedingungen?

Derartige Fragen sind für Deutschland nicht einfach zu beantworten.' Während die Situation in den Städten vielfach gut dokumentiert ist, gibt es für das Bundesgebiet keine kontinuierliche und umfassende Berichterstattung über die Siedlungsmuster von Migranten bzw. ethnischen Minderheiten und deren Entwicklung. Einschlägige Daten sind für das Bundesgebiet nicht flächendeckend in einheitlicher und einfach zugänglicher Form vorhanden'

Informationen über Siedlungsschwerpunkte bestimmter Zuwanderergruppen können zum Beispiel für die Bereitstellung bestimmter kultureller und sozialer Angebote relevant sein. Derartige Daten können darüber hinaus Anhaltspunkte dafür liefern, wo ethnische Gemeinschaften existieren könnten. Sie sagen für sich allein noch nichts darüber aus, in welchem Maß es in den unterschiedlichen Gebietstypen tatsächlich zu interethnischen Kontakten kommt oder aber separate Strukturen und Netzwerke existieren, können aber eine Verbesserung solcher weiterführender Analysen sein.

Grundlage der folgenden Ausführungen sind eigene Auswertungen kommunaler Statistiken sowie des Datenbestandes der „Innerstädtischen Raumbewertung“ beim Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Dabei konzentrieren sich die folgenden Analysen mangels besserer Daten auf Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Es werden aber auch einige Erkenntnisse zu den Siedlungsstrukturen von (Spät-)Aussiedlern bzw. von Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion vorgestellt - also Gruppen, die in den letzten eineinhalb Jahrzehnten besonders zahlreich nach Deutschland eingewandert sind.

Der folgende Beitrag entstand im Rahmen eines Projekts der Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; für weitere Analysen und detaillierte Quellenangaben vgl. Schönwälder/Söhn (2007).

Vgl. aber. Zusammenfassende Analysen bundesweiter Trends wurden wiederholt von Mitarbeitern der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, bzw. seit 1998 des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung, vorgelegt (z. B. Heins 1985; Böltken/Gatzweiler/Meyer 2002). Vgl. für Nordrhein-Westfalen das Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission „Zukunft der Städte“ (ILS 2003), das allerdings nur auf Ausländer insgesamt Bezug nimmt. Detaillierte Studien liegen für einzelne Städte vor, vgl. etwa für Köln Friedrichs/ Blasius (2001) und Friedrichs (1995) und für Frankfurt den Sozialbericht der Stadt (2002; vgl. auch vorher Bartelheimer/Freyberg 1996).

Aufschluss über das Ausmaß der residenziellen Konzentration ausgewählter Nationalitäten geben die Daten der Innerstädtischen Raumbewachung (IRB). Dieser Datensatz enthält für insgesamt 42 deutsche Städte von deren Statistikämtern bereitgestellte Angaben, die den statistischen Gebietseinheiten' zugeordnet werden können. Die Größe dieser Gebietseinheiten ist sehr unterschiedlich. Für die hier interessierenden westdeutschen Städte liegt der Durchschnitt für das Jahr 2004 bei 8.880 Einwohnern pro Gebietseinheit, wobei die Werte breit streuen (Standardabweichung: 9.199).⁵ Unser Sample basiert auf 33 westdeutschen Städten (inklusive des Ostteils Berlins) mit 1.810 Gebietseinheiten' und enthält die wichtigsten (allerdings nicht alle) Zentren der Ansiedlung von Ausländern.' In diesen 33 Städten leben 20% der Wohnbevölkerung der Bundesrepublik und knapp 36% der Ausländer (Statistisches Bundesamt 2006, eigene Berechnungen). Im Folgenden können keine Aussagen über das Profil bestimmter Städte gemacht werden, da die Nutzungsbedingungen der IRB es ohne Einzelgenehmigungen der betreffenden Städte lediglich erlauben, verallgemeinerte Beobachtungen zu veröffentlichen. Migranten können in den Daten der IRB nur über ihre Staatsangehörigkeit identifiziert werden. Angaben liegen zu Personen mit türkischer, italienischer (inkl. San Marino und Vatikan) und griechischer Staatsangehörigkeit sowie zu Personen aus der ehemaligen Sowjetunion/GUS vor. Ansonsten werden unterschiedliche Staatsangehörigkeiten auf eine Art gebündelt, die die Angaben etwa wegen der unterschiedlichen Herkunftssprachen für Analysen zu ethnischer Segregation ungeeignet macht. Trotz ihrer Unschärfe verwenden wir allerdings die Kategorie „ehemaliges Jugoslawien, Albanien".'

Berlin zum Beispiel ist in 195 statistische Gebiete unterteilt; auf den ehemaligen Bezirk Kreuzberg entfallen in der IRB sechs Gebietseinheiten.

Der Grund dafür ist, dass das BBR „auf die jeweils vorhandenen statistischen Gliederungen zurückgreifen muss, selbst wenn diese meist historisch gewachsenen Gliederungen aus heutiger Sicht nicht mehr angemessen erscheinen mögen" (Böltken u. a. 2004: 209).

Gebietseinheiten mit weniger als 200 Einwohnern wurden aus der Analyse ausgeschlossen. In 80% der Fälle beziehen sich Bevölkerungszahlen auf Personen, die in der jeweiligen Stadt mit Hauptwohnsitz amtlich gemeldet sind, in den übrigen auf solche, die allgemein „wohnberechtigt", also mit Haupt- oder Nebenwohnsitz, gemeldet sind.

Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bremen, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a.M., Freiburg, Gelsenkirchen, Hannover, Hamburg, Heidelberg, Ingolstadt, Karlsruhe, Koblenz, Köln, Krefeld, Lübeck, Ludwigshafen, Mainz, München, Münster, Nürnberg, Oberhausen, Offenbach, Regensburg, Saarbrücken, Stuttgart, Wiesbaden, Wuppertal. Von den Städten mit vielen ausländischen Bewohnerinnen fehlen etwa Mannheim und Augsburg.

In diese Personenkategorie, hier vereinfacht als „Ex-JugoslawInnen" bezeichnet, wurden einerseits keine Personen mit slowenischer Staatsangehörigkeit aufgenommen, dafür aber andererseits solche aus Albanien. Dies sind allerdings kleine Gruppen.

Siedlungsstrukturen der Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland

Stärker als deutsche Staatsangehörige leben Ausländer in Deutschland in den (großen) Städten: Etwa die Hälfte der ausländischen Staatsangehörigen lebt in Städten mit 100.000 und mehr Einwohnern. Von der Bevölkerung insgesamt lebten im Jahr 2004 30,6% in diesen 82 Gemeinden mit mindestens 100.000 Einwohnern (Deutscher Städtetag 2004: 112).⁹ Dies bedeutet allerdings nicht nur, dass die ausländische Bevölkerung sich stärker auf die größeren Städte konzentriert, sondern auch, dass etwa jede zweite Person mit einer anderen als der deutschen Staatsangehörigkeit in einer kleinen oder mittleren Stadt oder auf dem Land lebt.

Gut ein Viertel der ausländischen Bevölkerung (28,4%) (und ca. ein Siebtel oder 14,5% der Bevölkerung insgesamt) lebt in den zwölf deutschen Großstädten mit mindestens 500.000 Einwohnern. Von deren insgesamt etwa 12 Millionen Einwohnern sind 1,9 Millionen Ausländer. Unter den Städten mit mindestens 100.000 Einwohnern sind aktuell 16, in denen mindestens 15% der Bevölkerung Ausländer sind (in Deutschland insgesamt waren 2004 8,1% der Bevölkerung Ausländer).¹⁰ In sechs Städten liegt der Ausländeranteil über 20%. Darunter sind mit Frankfurt am Main, Stuttgart und München drei Großstädte mit über einer halben Million Einwohnern.

In den letzten zwei bis drei Jahrzehnten ist die Verteilung der Ausländer auf größere Städte und andere Gebiete relativ konstant geblieben: Wie heute lebten bereits Anfang der 1980er Jahre etwa die Hälfte aller Ausländer in den Städten mit über 100.000 Einwohnern. Auch die wichtigsten Zentren der Ansiedlung von Migranten blieben unverändert (vgl. Schönwälder/Söhn 2007: Tab. 4).

Alle Zahlen beziehen sich (wo nicht anders angegeben) auf das Jahr 2004. Es handelt sich in der Regel um eigene Berechnungen auf Basis amtlicher Daten. Wo möglich, wurden Daten verwendet, die auf den 2004 überprüften Angaben des Ausländerzentralregisters basieren. Zum 31.12.2004 wurde im Zuge dieser Korrekturen für die Bundesrepublik eine Ausländerzahl von 6,7 Millionen festgestellt.

Städte wie Heidelberg, Herne, Aachen und Karlsruhe fielen nach der zum 31.12.2004 durchgeführten Revision des Ausländerzentralregisters unter die 15%-Marke, während sie auf Basis anderer Daten noch darüber lagen. Es gibt daneben eine ganze Reihe Städte mit weniger als 100.000 Einwohnern, in denen ebenfalls der Ausländeranteil über 15% liegt, z. B. Hanau und Rüsselsheim im Rhein-Main-Gebiet sowie Sindelfingen, Esslingen und Göppingen im Raum Stuttgart.

Tab. 1: Alle westdeutschen Städte mit über 500.000 Einwohnern sowie Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern und (grau unterlegt) mindestens 15% Ausländern, 2004

	Bevölkerung absolut	Ausländer absolut	Anteil Ausländer an der Bevölk. in %	Anteil Türken an der Bevölk. in %
BRD	82.500.849	6.717.115	8,1	2,1
Berlin	3.387.828	454.545	13,4	3,6
<u>Hamburg</u>	1.715.225	244.401	14,2	3,5
München	1.273.168	282.208	22,2	<u>3,3</u>
Köln	1.022.627	192.156	18,8	6,7
Frankfurt a. M.	655.079	165.600	25,3	<u>4,8</u>
Stuttgart	590.657	<u>127.560</u>	21,6	3,8
Dortmund	588.860	79.842	13,6	4,8
Essen	588.084	62.511	10,6	2,9
Düsseldorf	574.541	100.990	17,6	2,6
Bremen	545.983 ¹	270.208	12,9	4,4
Hannover	515.841	75.152	14,6	3,8
Duisburg	503.664	75.194	14,9	8,3
Nürnberg	495.302	94.495	19,1	4,3
Mannheim	307.499	60.735	19,8	6,4
Wiesbaden	272.591	47.837	17,5	4,2
Augsburg	<u>275.433¹</u>	144.735	16,2	5,3
Mainz	184.502	32.019	17,4	3,7
Ludwigshafen	167.410	<u>34.155</u>	20,4	6,2
Heilbronn	121.320	24.734	20,4	7,5
Pforzheim	118.847	20.335	17,1	5,0
Ulm	120.107	19.688	16,4	4,8
Offenbach	118.233	37.084	<u>31,4</u>	6,1
Fürth	112.492	17.401	15,5	4,9

Quelle: Statistiken der jeweiligen Städte bzw. Bundesländer, detaillierte Quellenangabe s. Schönwälder/Söhn (2007)

Anmerkung: 1) abweichend vom 31.12.2005; 2) abweichend vom 31.06.2005

Vergleicht man die Bundesrepublik mit anderen europäischen Staaten, dann fällt zunächst auf, dass es kein einzelnes hervorstechendes Zentrum der Ansiedlung von Einwanderern gibt. Zumindest in den alten Bundesländern Deutschlands verteilen sich die Ausländer auf etliche Städte auch mittlerer Größenordnung. Allerdings gibt es mit dem Rhein-Main-Gebiet, dem Raum um Stuttgart und dem Raum München deutliche regionale Zentren der Ansiedlung von Migranten.

In den Niederlanden leben ca. 13% der Bevölkerung insgesamt in den vier größten Städten Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Utrecht (SCP 2004: 16, 48), also ein Bevölkerungsanteil, der in etwa dem Teil der Bevölkerung (14,5%) entspricht, der in Deutschland in den zwölf Städten mit mehr als einer halben Million Einwohner lebt. In den Niederlanden aber leben 40% der nicht-westlichen Minderheiten in diesen Städten, während es in Deutschland 28,4% der Ausländer (und 27,6% der Türken) sind. Bei einem solchen Vergleich ist allerdings zu bedenken, dass die Konzepte der „nichtwestlichen Minderheit“ und der „Ausländer“ nicht identisch sind, und er daher nur Anhaltspunkte geben kann. Umfassende, systematische Vergleiche zwischen europäischen Staaten liegen in der Literatur nicht vor, sie wären auch vor allem angesichts der unterschiedlichen Definitionen der interessierenden Einwanderergruppen mit großen methodischen Problemen konfrontiert.¹²

Als ein grober Maßstab des Vergleichs zwischen Städten werden gängige Segregationsindizes herangezogen, die die gleichmäßige bzw. ungleichmäßige Verteilung bestimmter Bevölkerungsgruppen in einer Stadt messen, wobei allerdings methodische Probleme beachtet werden sollten.¹³ In der Literatur wird vorgeschlagen, Indexwerte ab 40 bzw. 50 als Hinweise auf eine starke Segregation in den jeweiligen Städten zu interpretieren.“ Wie Berechnungen von Friedrichs (2006) ebenso wie von Böltken u. a. zeigen, wird in keiner der untersuchten deutschen Städte für die Segre-

Während der in den deutschen Statistiken verwendete Begriff der Ausländer auch „westliche“ Nationalitäten einschließt, umfasst das niederländische Konzept der Minderheiten auch eingebürgerte Migranten der ersten und zweiten Generation.

Dies konstatieren auch Musterd/Ostendorf/Breebaart (1998: 5). Ihr Buch ist der Versuch einer solchen vergleichenden Studie, arbeitet allerdings nur mit Stichproben und zum Teil sehr unbefriedigenden Daten. In Deutschland wurden Düsseldorf und Frankfurt einbezogen, deren Auswahl eher zufällig erscheint.

Gebräuchlich sind ein Segregationsindex IS und ein Dissimilaritätsindex ID. Vergleiche sind deshalb problematisch, weil die Werte des Index abhängig sind von der Größe der Gebietseinheiten einer Stadt, d. h. der Anzahl der dort lebenden Personen. Werden kleinere Raumeinheiten zugrunde gelegt, hat dies im Allgemeinen höhere Indexwerte zur Folge. Zweitens beeinflusst die zahlenmäßige Größe der Minderheit und deren Anteil an der Stadtbevölkerung den Wert des Dissimilaritätsindex ID: Wächst der Anteil der Gruppe an der Gesamtbevölkerung, sinkt der Index. Vgl. allgemein hierzu, z. T. mit ausführlicherer methodologischer Diskussion, Blasius (1988), Massey/Denton (1988), Iceland u.a. (2002) und Janßen (2004).

Friedrichs (1995: 80) schlägt vor, einen Wert ab 40 als problematisch zu bewerten. Dem britischen Geographen Peach (2006) zufolge werden Werte unter 39 als niedrig, Werte zwischen 40 und 49 als moderat, von 50 bis 59 als gemäßigt hoch, von 60 bis 69 als hoch und ab 70 als sehr hoch bewertet.

gation von Ausländern und Deutschen der Indexwert 40 erreicht und in nur drei Fällen der Wert 35 überschritten (Böltken 2004; Böltken/Gatzweiler/Meyer 2002: 399; Böltken/Gatzweiler/Meyer 2004: 205f.).¹⁵ Auch diese Werte sprechen dafür, die ethnische sozialräumliche Konzentration in Deutschland und innerhalb der deutschen Städte als eher niedrig zu bewerten. Zudem gibt es Hinweise auf einen Rückgang der Segregation.¹⁶

Siedlungsmuster einzelner Nationalitäten

Anders als vielfach praktiziert üblich, sollten eigentlich bei einer Analyse ethnischer Segregation weniger die Siedlungsmuster der ausländischen Staatsangehörigen insgesamt, sondern vor allem die einzelner Nationalitäten bzw. ethnischer Gruppen betrachtet werden. Nur so können Siedlungskonzentrationen als potenzielle Grundlage einer Ausbildung ethnischer Gemeinschaften ausgemacht und räumliche Bedingungen potenzieller Kontakte der unterschiedlichen Gruppen bzw. ihrer Trennung voneinander ausgelotet werden. Auch dann, wenn etwa die Gelegenheiten zur Kommunikation in der Herkunfts- bzw. der Landessprache interessieren, sollte nicht nach dem Ausländeranteil in einem Gebiet, sondern dem der Menschen einer bestimmten Sprache gefragt werden. Wo also befinden sich Siedlungsschwerpunkte einzelner Nationalitäten, wie stark räumlich konzentriert leben unterschiedliche Gruppen, und was charakterisiert diese sozialräumlichen Schwerpunkte?

In der Forschung besteht keine Klarheit darüber, welchen Umfang eine Gruppe etwa haben muss, um das Potenzial zur Ausbildung umfassender sozialer, politischer und ökonomischer Strukturen zu besitzen. Auch in den USA existieren keine akzeptierten Kriterien zur Identifikation so genannter „ethnic neighbourhoods“ (Logan, Alba und Zhang 2002: 304f.). Gleichzeitig liegt es auf der Hand, dass sowohl die absolute Zahl der Angehörigen einer Gruppe in einem Gebiet als auch deren Konzentration in bestimmten Wohngebieten für die Ausbildung sozialer Strukturen eine Rolle spielen dürften. Als erste Annäherung wird daher im Folgenden gefragt, welche

Segregations- bzw. Dissimilaritätsindizes für einige Nationalitäten finden sich für Stuttgart für den Zeitraum 1975 bis 2000 bei Albrecht/Reschl (2005: 60). Segregationsindizes für mehrere Städte in NRW im Zeitverlauf und für ausgewählte Nationalitäten finden sich in ILS (2003: 99f.). Vgl. für Hamburg Segregationsindizes für sechs Nationalitäten und den Zeitraum von 1974 bis 1999 bei Neumann (2001: 8); für Frankfurt am Main den Sozialbericht (Stadt Frankfurt am Main 2002: 23, 130f.).

Von Friedrichs (2006) berechnete Segregationsindizes zeigen in acht von zehn deutschen Städten zwischen 1990 - 2000 einen Rückgang der Segregation von Ausländern im Vergleich zu Deutschen (Ausnahmen sind Dresden und Essen).

Gruppen in deutschen Städten einen Umfang von mindestens 5.000 Personen erreichen, wobei dies - mangels akzeptierter, begründeter Kriterien - ein willkürlich gesetzter Schwellenwert ist. Zweitens wird nach den Anteilen einer Gruppe an der Bevölkerung eines Wohngebiets, also ihrer relativen Bedeutung dort und damit der potenziellen Fähigkeit, dies Gebiet zu prägen, gefragt. Drittens schließlich wird die relative Konzentration bestimmter Gruppen innerhalb von Städten analysiert, wobei es darum geht, inwiefern einzelne Nationalitätengruppen in Gebieten leben, in denen der Anteil von Angehörigen ihrer Gruppe an der Bevölkerung mindestens doppelt so hoch ist wie in der jeweiligen Stadt insgesamt." Auch wenn unterschiedliche Mechanismen, vor allem der Wohnungsmarkt, für die Herausbildung solcher relativen Konzentrationen verantwortlich sein können, sind sie ein Indiz dafür, dass unter Umständen Personen einer bestimmten Herkunft es bevorzugen, in der Nachbarschaft anderer Mitglieder ihrer Herkunftsgruppe zu leben.

Für 26 Nationalitätengruppen gilt, dass sie in mindestens einer deutschen Stadt im Umfang von 5.000 oder mehr Personen vertreten sind. Entsprechende Siedlungskonzentrationen türkischer Staatsangehöriger gibt es in etwa 40 deutschen Städten. In jeweils etwa einem Dutzend deutscher Städte leben mehr als 5.000 Angehörige Italiens und der ehemals zu Jugoslawien gehörenden Staaten. Konzentrationen polnischer Staatsangehöriger gibt es in Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main und Bremen. Von den kleineren Zuwanderergruppen haben zum Beispiel die Ukrainer in Nürnberg (5.283) sowie die Marokkaner in Frankfurt (6.792) und Düsseldorf (5.706) größere Siedlungsschwerpunkte gebildet. In Berlin umfassen - neben 17 anderen Nationalitäten - die Libanesen, Bulgaren, Thailänder und Japaner mehr als 5.000 Personen. Afghanen und Ghanaer leben stark (mit jeweils etwa einem Viertel der in Deutschland registrierten Staatsangehörigen) in Hamburg konzentriert.

Für die großen Nationalitäten gilt, dass kein einzelner Siedlungsschwerpunkt eine quantitativ überragende Bedeutung hat. So lebten 2004 im zahlenmäßig bedeutendsten türkischen Siedlungsschwerpunkt Berlin 6,8% der in Deutschland lebenden türkischen Staatsangehörigen, in der „italienischen Hochburg“ München 3,6% aller italienischen Staatsangehörigen. London ist demgegenüber der Wohnort von über der Hälfte der aus Bangladesch bzw. der Karibik stammenden Bewohner des Vereinigten Königreichs (ONS 2005: 3).

17) Dieses Maß wird auch als Location Quotient bezeichnet, hier ist dann $Q > 2$. Der Location Quotient einer Gebieteinheit ist definiert als $Q_i = (S_i/S) / (P_i/P)$ mit S_i = spezifische Nationalität in einzelner Gebieteinheit, S = Gesamtzahl der Nationalität in der jeweiligen Stadt, P_i = einzelner Gebieteinheit, P = Gesamtzahl der Einwohner in der jeweiligen Stadt.

In keiner deutschen Stadt stellt eine einzige Nationalität 10 oder mehr Prozent der gesamten Bevölkerung (Duisburg nimmt mit 8,4% türkischen Staatsangehörigen hier den Spitzenplatz ein). Allerdings wären die Anteile höher, würden auch die Eingebürgerten und als Deutsche geborene Kinder von Ausländern einbezogen. Auch wo ausländische Einwohner zahlreich sind, verteilen sich diese häufig über etliche Stadtviertel. Nur selten ist in einem Stadtviertel die ausländische Bevölkerung insgesamt zahlreicher als die Bewohner mit deutscher Staatsangehörigkeit. Zwar gibt es Stadtviertel oder Ortsteile, in denen der Ausländeranteil 50% überschreitet - so z. B. in Duisburg-Bruckhausen mit 55%, in acht der 180 Hamburger Ortsteile (Grabowski u. a. 2002) und einigen der 45 Frankfurter Ortsteile; auch in der Migrationshochburg Offenbach gibt es einzelne Stadtgebiete, in denen 50 bis 60% der Bewohner Ausländer sind (vgl. Stadt Offenbach 2004) - dies ist aber für deutsche Städte eher die Ausnahme. Typisch ist also, zumindest soweit derartige Zahlen darüber Auskunft geben, das Zusammenleben von Ausländern und Deutschen in gemischten Stadtvierteln; und auch in Wohngebieten, die als „Ausländerviertel“ gelten, stellen diese nicht unbedingt die Mehrheit der Bewohner.

Für die Gebietseinheiten innerhalb der 33 von uns auf Basis der IRB-Daten (s.o.) betrachteten Städte gilt, dass es nur vereinzelt Gebiete gibt, in denen eine Nationalität mehr als 10% der Bevölkerung stellt. In keiner einzigen der von uns betrachteten Gebietseinheiten stellte eine einzelne Nationalität mehr als 40% der Bevölkerung.

Innerhalb der ausländischen Bevölkerung einer Stadt bilden die türkischen Staatsangehörigen zumeist die größte Gruppe; zählt man die Angehörigen der zum ehemaligen Jugoslawien gehörenden Staaten als eine Gruppe, dann sind sie allerdings in nicht wenigen Fällen - so in München, Stuttgart und Frankfurt am Main - zahlreicher. Nur selten stellen die Türken - als größte Nationalitätengruppe - die absolute Mehrheit der ausländischen Bevölkerung einer Gebietseinheit. Im 1.810 Gebietseinheiten umfassenden Sample gibt es nur 121 solcher Gebiete. In 32% aller IRB-Gebietseinheiten leben mehr Ex-Jugoslawen als Türken. Und in immerhin 9% aller Einheiten stellen Italiener vor Türken und Ex-Jugoslawen die größte Gruppe. Anders als in manchen anderen Ländern gibt es kaum ein „italienisches“, „serbisches“ oder „türkisches“ Viertel in einer Stadt. Typisch für deutsche Städte ist also, dass Viertel, in denen viele Migranten leben, multiethnische Viertel sind. Auch in diesen Vierteln aber stellen nur überaus selten Ausländer die Mehrheit der Bevölkerung. Würde man international gebräuchliche Schwellenwerte auf Deutschland anwenden, gäbe es hier fast

keine „ethnic neighbourhoods“. Bezogen auf Kanada definieren etwa Balakrishnan u. a. (2005: 129) eine „visible minority neighbourhood“ als einen Volkszählungsbe-

zirk, in dem mindestens 30% der Bevölkerung einer bestimmten Minderheit angehören.¹⁸ Alba u. a. (1997: 893) benutzten für Städte in den USA einen entsprechenden Schwellenwert von 40%. Der maximal von einer Nationalitätengruppe gestellte Bevölkerungsanteil aber beträgt in unserem Sample 38%, und nur in 15 Gebietseinheiten unseres westdeutschen Samples stellt eine einzelne Nationalitätengruppe, meist die türkischen Staatsangehörigen, 20 oder mehr Prozent der Bevölkerung. Setzt man einen niedrigen Schwellenwert von 10% an (Tabelle 2), dann ergibt sich, dass in 157 der untersuchten 1.810 Gebietseinheiten eine Nationalität diesen Bevölkerungsanteil überschreitet.

Tab. 2: Ausmaß der ethnischen Segregation ausgewählter Nationalitäten in 33 westdeutschen Großstädten

Maßzahl/Indikator	Staatsangehörigkeit			Ausländer
	Türkei	Italien	Ex-Jugoslawien	
Anzahl der Personen	<u>657.707</u>	<u>168.127</u>	<u>376.868</u>	<u>2.600.947</u>
Durchschnittlicher Anteil an EW pro GE in allen IRB-GE	3,4°/°	1,1°/°	2,2°/°	14,6°/°
Standardabweichung (in Prozentpunkten)	<u>3,9</u>	1,2	2,6	10,5
Maximalwert	38,4%	<u>9,4%</u>	<u>26,1%</u>	70,3%
Anteil der Nationalität an EW pro GE im obersten Dezil (10%, n=180) aller GE	<u>>_ 7,9°/°</u>	2 2,5%	<u>>_ 5,5%</u>	2 28,5%
Anteil der Nationalität in diesen GE an der Nationalität in IRB-Städten insgesamt	41%	30%	32%	24%
Personen in diesen GE	<u>266.334</u>	50.775	122.206	<u>631.967</u>
Anzahl der GE mit Q ≥ 2,0	190	122	166	<u>104</u>
Anteil dieser GE an allen GE	11%	7%	<u>9%</u>	6%
Anteil der Nationalität in diesen GE an der Nationalität in IRB-Städten insgesamt	36%	14%	22%	13°/°
Personen <u>in diesen GE</u>	238.580	22.677	82.190	343.350
Anzahl der GE mit Anteil der Nationalität 210% (bei Ausländern insg.)	121	-	36	152
<u>Anteil dieser GE an allen GE</u>	7%	-	2%	8%
Anteil der Nationalität in diesen GE an der Nationalität in IRB-Städten insgesamt	32%	-	5%	21%
Personen in diesen GE	<u>211.575</u>	-	19.271	540.648

Quelle: IRB, eigene Berechnungen

Anmerkung: EW = Einwohner, GE = Gebietseinheit(en); Q= Location Quotient (s. Fußnote 17).

Viertel mit hohen Konzentrationen von Personen spezifischer Nationalitäten sind häufig auch solche mit einem besonders hohen Ausländeranteil. Personen türkischer, italienischer und ex-jugoslawischer Herkunft tendieren also dazu, dort zu leben, wo viele Ausländer leben. Von den Ausländern in den IRB-Städten leben 20,8% in Gebietseinheiten, in denen der Ausländeranteil mehr als 30% beträgt (6,7% der Deutschen leben in solchen Gebieten).

Um Siedlungsmuster einzelner Nationalitäten zu beschreiben, kann man u.a. Extremwerte ermitteln und vergleichen. Für die **türkischen Staatsangehörigen** zeigt sich, dass das Zehntel der Gebietseinheiten mit den höchsten türkischen Bevölkerungsanteilen aus Vierteln besteht, in denen mindestens 8% der Bewohner türkische Staatsangehörige sind. In 5% aller Viertel sind mehr als 11% der Bewohner Türken, und in nur 11 Gebietseinheiten stellen Türken mehr als jeden fünften Einwohner. Ein gutes Drittel der IRB-Türken wohnt in einer Gegend (11% aller IRB-Viertel), in der der Anteil der Landsleute an den Bewohnern mehr als doppelt so hoch ist wie für die jeweilige Stadt im Schnitt typisch (0 ? 2). Dabei gibt es bezüglich der Siedlungskonzentration erhebliche Unterschiede zwischen den Städten. Während in einer Stadt nur 5% der türkischen Bewohner in so definierten Konzentrationen leben, sind es in einer anderen Stadt 55%. Jeder dritte im IRB-Datensatz erfasste Türke lebt in den 121 Gebietseinheiten, in denen diese Gruppe mindestens 10% der Einwohnerschaft stellt.

Unter den **Italienern** leben - wiederum bezogen auf unser IRB-Sample - 14% in einem Gebiet, in dem der Anteil ihrer Landsleute mindestens doppelt so hoch ist wie in der jeweiligen Stadt. Nirgendwo stellen die Italiener 10 oder mehr Prozent der Bevölkerung; der höchste Wert liegt bei 9,4%. Die Gebiete mit den höchsten Anteilen von Italienern liegen vor allem in Städten im Süden und Südwesten Deutschlands. Auch für die Staatsangehörigen der ehemals zu **Jugoslawien** gehörenden Staaten gilt, dass sie besonders häufig in Großstädten in Baden-Württemberg und Bayern leben. So gab es in München 2004 mehrere Stadtteile, in denen der Anteil der Ex-Jugoslawen aus Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro über 7% lag (vgl. Statistisches Amt München 2005, eigene Berechnung). Siedlungskonzentrationen bleiben allerdings insgesamt überaus moderat. Der höchste von uns festgestellte Bevölkerungsanteil in einem Gebiet liegt bei 26%, aber nur drei IRB-Gebietseinheiten weisen überhaupt einen Bevölkerungsanteil der Ex-Jugoslawen von 20% oder mehr auf.

Resümierend lässt sich feststellen, dass einerseits die wenigsten IRB-Gebietseinheiten durch eine dominierende Stellung einer spezifischen Gruppe von Ausländern gekennzeichnet sind. Der von uns angesetzte Schwellenwert von 10% der Bevölke-

zung wird selten überschritten. Vergleicht man die drei hier betrachteten Gruppen ausländischer Staatsangehöriger, so ist es wenig erstaunlich, dass Türken, die ja auch bundesweit sowie im IRB-Sample die größte Gruppe sind, dabei die höchsten Werte hinsichtlich der Anteile an der Wohnbevölkerung von Gebietseinheiten erreichen. Weniger selbstverständlich ist, dass sie innerhalb der Städte stärker konzentriert wohnen als andere Nationalitäten.¹ Zwar ist bei allen drei betrachteten Nationalitäten eine gewisse Tendenz feststellbar, in Vierteln zu wohnen, in denen der Anteil der eigenen Landsleute mindestens doppelt so hoch ist wie für die jeweilige Stadt typisch. Aber deutlich mehr Türken wohnen in eben solchen Vierteln (ein Drittel) als Ex-Jugoslawen (jeder Fünfte) oder Italiener (14%). Allerdings ist dies bei allen hier untersuchten Nationalitäten eine Minderheit.

Welche Merkmale nun charakterisieren die Siedlungsstruktur der als ethnisch deutsch eingeordneten Migranten? Über die (Spät-)Aussiedler in Deutschland gibt es nur vereinzelte Analysen, aber kein gesichertes Gesamtbild.²⁰ Eine neue Quelle für repräsentative Aussagen bietet jetzt die dritte Welle des Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts aus dem Jahr 2003, hier allerdings nur für die Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen. In diesem für die Wohnbevölkerung in Deutschland repräsentativen Survey wurden Teilnehmer danach gefragt, ob sie aus einer Aussiedlerfamilie stammen. Demnach (vgl. Tab. 3) ähnelt das Siedlungsmuster der jungen (Spät-)Aussiedler eher dem der anderen Deutschen als dem der fremden Staatsangehörigen. In Großstädten mit über 100.000 Einwohnern lebte jeweils die Hälfte dieser Altersgruppe der (Spät-)Aussiedler und der Deutschen insgesamt, aber 72% der jungen Erwachsenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, wobei letztere insbesondere in Kernstädten der Städte mit über 500.000 Einwohnern lebten.²¹ Dagegen wohnen sogar mehr junge Er-

Denkbar wäre ja, dass eine zahlenmäßig kleine Gruppe hoch konzentriert in nur sehr wenigen Vierteln einer Stadt lebt.

Heller u. a. (1992) bzw. Hofmann u. a. (1992) befragten 789 Aussiedler und Aussiedlerinnen in fünf nieder-sächsischen Städten, Swiaczny (1998) wertete Akten über 2.185 von 1989 bis 1997 eingewanderte Aussiedler in Mannheim aus, vgl. auch Bürkner (1998) zu den Ergebnissen eines Projekts an der Universität Göttingen, in dem 1.570 Aussiedler in acht Städten befragt wurden.

Diese Werte sind deutlich höher als die oben genannten, auf amtlichen Statistiken basierenden Anteile für die Bevölkerung insgesamt. Ob es im zweistufigen Auswahlverfahren der Stichprobe des DJI-Jugendsurveys bei der Auswahl der Gemeinden, die „geschichtet, d. h. innerhalb einer Kombination von Kreisen und zehn BIK-Gemeindegrößenklassen“ (Gille u. a. 2006: 293) durchgeführt wurde, doch zu einer Verzerrung zugunsten von Großstädten kam, kann nicht mehr nachvollzogen werden. Ferner sind Ausländer untererfasst, wobei eine Verzerrung zugunsten der länger Ansässigen wahrscheinlich ist (ebenda: 298).

wachsene aus Aussiedlerfamilien (37,5%) als Deutsche insgesamt (25,7%) in Dörfern bzw. Kleinstädten mit 5.000 bis 50.000 Einwohnern. Vermutlich hängt die insgesamt nur eingeschränkt urbane Siedlungsstruktur von Aussiedlern sowohl mit entsprechenden Vorlieben als auch der Wohnortzuweisung von neu einreisenden Spätaussiedlern, die staatliche Transferleistungen beziehen, durch die deutschen Behörden zusammen.

Tab. 3: Siedlungsstruktur (Gemeindegröße) der 16- bis 29-Jährigen nach Staatsangehörigkeit und Aussiedlerstatus

Gemeindegrößenklassen	Deutsche insgesamt	(Spät-)Aussiedler	Ausländer
		in % (Spalten)	
u 2.000	9,4	4,5	2,1
2.000 - u 5.000	8,7	3,2	2,7
5.000 - u 20.000	16,0	20,1	13,1
20.000 - u 50.000	9,7	17,4	5,6
50.000 - u 100.000 Rest	1,3	?0	?,3
50.000 - u 100.000 Kern	3,9	3,8	4,5
100.000 - u 500.000 Rest	7,9	9,7	5,6
100.000 - u 500.000 Kern	8,0	10,0	9,4
500.000 + Rest	11,3	7,5	9,4
500.000 + Kern	23,7	23,8	47,2
<u>Fallzahlen (ungewichtet)</u>	6.552	404	525

Quelle: Dritte Wette (2003) des DJI-Jugendsurveys, eigene Berechnung; Prozentangaben gewichtet.

Trotz dieser gleichmäßigeren Verteilung innerhalb Deutschlands werden auf kleinräumiger Ebene Anzeichen relativ hoher residenzieller Segregation festgestellt. Ein Projekt der Universität Göttingen, in dessen Rahmen 1.570 Aussiedler in acht Städten befragt wurden, ergab, dass über 50% von ihnen in Häusern wohnten, in denen mindestens die Hälfte der Bewohner ebenfalls Aussiedler waren (Bürkner 1998: 58f.; ähnlich auch schon Hofmann u.a. 1992: 63).

Hinweise darauf, wie konzentriert Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion innerhalb von Großstädten leben, gibt wiederum der Datensatz der IRB. 29 IRB-Städte - darunter die sechs ostdeutschen Städte Erfurt, Frankfurt an der Oder, Halle, Jena, Potsdam und Rostock - stellen Informationen über Doppelstaatler zur Verfügung, d. h. darüber, wie viele deutsche Staatsbürger zusätzlich eine weitere Staatsangehörigkeit haben, wie etwa die eines Nachfolgestaates der Sowjetunion. Vermutlich handelt es sich hier vor allem um Spätaussiedler²², sofern sie ihre frühere Staatsan-

gehörigkeit nicht aufgegeben haben. Geht es darum, allgemein die aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion stammende Bevölkerungsgruppe und diejenigen russischer Herkunftssprache zu erfassen, kann man die Doppelstaatler sowie die Ausländer mit den entsprechenden Staatsangehörigkeiten zusammenfassen, wobei diese Gruppe dann größer ist als die der Ex-Jugoslawen."

Blickt man wiederum auf das Ausmaß der Siedlungskonzentration, dann zeigt sich, dass hier das Zehntel der Gebietseinheiten mit den höchsten Bevölkerungsanteilen „ex-sowjetischer Staatsangehöriger“ aus Vierteln besteht, in denen mindestens 5,6% der Bewohner zu dieser Gruppe gehören. 26% dieser Migrantengruppe wohnen in diesen 180 Wohnvierteln und 11% in Gebieten mit Bevölkerungsanteilen von mehr als 10%. Betrachtet man die relative Konzentration innerhalb der Städte, so wohnt fast jede dritte Person aus der Ex-UdSSR in Gebietseinheiten, in denen die Gruppe einen doppelt so hohen Anteil ausmacht wie sonst für die jeweilige Stadt üblich. Das Ausmaß innerstädtischer ethnischer Segregation der Personen mit einer „ex-sowjetischen“ Staatsangehörigkeit liegt damit etwas unter dem für Personen mit einer türkischen Staatsangehörigkeit, aber deutlich über dem Niveau der Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Dabei scheinen diese Migranten teils in anderen Vierteln zu wohnen als Ausländer. So korreliert der Anteil der „ex-sowjetischen“ Migranten ($r = 0,27$) geringer mit dem Anteil der Ausländer insgesamt, als es bei den oben analysierten Nationalitäten der Fall ist (z.B. bei Türken $r = 0,66$). Insgesamt ergeben sich - obwohl hier eine präzisere Datenlage wünschenswert bleibt - deutliche Hinweise darauf, dass Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion bzw. (Spät-)Aussiedler in sehr viel höherem Maße als Angehörige der größten nichtdeutschen Nationalitäten in kleineren Städten leben und innerhalb von Großstädten seltener in Vierteln mit hoher Ausländerzahl wohnen.

Zusammenhänge zwischen Migrantenanteil und sozialen Problemlagen

Im Allgemeinen dominiert in der Literatur die Einschätzung, dass von vielen Ausländern bewohnte Stadtviertel zumeist Viertel mit einem unterdurchschnittlichen Lebensstandard sind, in denen also die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Sozialhilfe-

Im Jahr 2003 haben 88% der Eingebürgerten aus der Russischen Föderation ihre vorherige Staatsangehörigkeit behalten (Statistisches Bundesamt 2005: S. 84; eigene Berechnung). Hohe Quoten von doppelter Staatsangehörigkeit bei diesen Nationalitäten waren nach Schmollinger (2004) in Berlin schon in den Vorjahren üblich.

Vermutlich sind die IRB-Städte für die Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion weniger repräsentativ als etwa für diejenigen aus der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien, da ein geringerer Teil dieser Gruppe in größeren Städten bzw. in diesen Städten lebt.

empfänger überdurchschnittlich hoch sind. Sowohl der Anteil von Sozialhilfeempfängern als auch der der gemeldeten Arbeitslosen stellen bewährte Indikatoren für den sozio-ökonomischen Status eines Stadtviertels dar. Sind IRB-Gebietseinheiten, für die ein überdurchschnittlicher Anteil einer spezifischen Nationalität charakteristisch ist, von überdurchschnittlichen Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerquoten geprägt?

Tatsächlich ergibt sich für alle großen Herkunftsländer ein signifikant positiver Korrelationskoeffizient zwischen ihrem Anteil an der Bevölkerung eines Viertels und der dortigen Quote von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen. Ein straffer Zusammenhang besteht vor allem zwischen den Gebietsmerkmalen „Anteil der Türken“ und „Anteil der Sozialhilfeempfänger bzw. Arbeitslosen“.²⁴ Auch hinsichtlich der Personen aus der Ex-UdSSR ist eine überdurchschnittlich starke entsprechende Korrelation festzustellen. In den Siedlungsschwerpunkten wichtiger Migrantengruppen, also in jenen Vierteln, in denen der Bevölkerungsanteil einer der hier untersuchten Nationalitäten mindestens das Zweifache des städtischen Durchschnitts beträgt, liegen die Anteile der Sozialhilfeempfänger bzw. der Arbeitslosen zwischen 9 und 11% bzw. 10 und 12% und somit klar über dem entsprechenden IRB-Durchschnitt, der für Sozialhilfeempfänger 5,9% der Einwohner eines Viertels und bei Arbeitslosen 7,6% der 15- bis 65-Jährigen beträgt. Insgesamt sind also die Viertel, in denen die größten Migrantengruppen „gehäuft“ wohnen, solche, in denen Arbeitslosigkeit und Armut besonders stark auftreten.

Dies bestätigt Beobachtungen, die in der Literatur für einzelne Städte vorliegen. So wurde für München, Hamburg und Frankfurt am Main festgestellt, dass hohe Ausländeranteile in den Ortsteilen häufig mit hohen Armutsanteilen zusammenfallen (Landeshauptstadt München 2002; Grabowski u. a. 2002: 143f.; Bartelheimer/Freyberg 1996: 36). Auch Böltken, Gatzweiler und Meyer (2004) haben gezeigt, dass der Ausländeranteil gerade in „benachteiligten“ Stadtteilen hoch ist. Allerdings wird gleichzeitig für mehrere Städte darauf verwiesen, dass hohe Ausländeranteile keinesfalls immer mit Indikatoren für soziale Probleme einhergehen.²⁵ Zweitens wurde in

Frankfurt am Main, Hamburg und Stuttgart beobachtet, dass hohe Ausländeranteile zwar mit hohen Sozialhilfequoten zusammenfallen, dabei aber besonders die Deutschen hohe Sozialhilfequoten aufwiesen, während die der Ausländer dort deutlich niedriger waren. Ausländer leben also dort konzentriert, wo auch viele arme Deutsche wohnen. Sie sind aber in geringerem Maße arbeitslos oder von Sozialhilfe abhängig als ihre deutschen Nachbarn (Bartelheimer/Freyberg 1996:36; Grabowski u. a. 2002: 143f.; Landeshauptstadt Stuttgart 2002: 15). Dieser Zusammenhang scheint allerdings in Großsiedlungen nicht zuzutreffen, wo auch hohe Anteile der Ausländer arm sind. So konstatieren Albrecht und Reschl (2005: 61) für Stuttgart, dass die Sozialhilfedichte der ausländischen Bevölkerung gerade in den „durch sozialen Wohnungsbau geprägten Stadtteilen am Stadtrand deutlich über dem Durchschnitt“ liegt, nicht aber in den innerstädtischen Gebieten. Die Zunahme der ausländischen Bevölkerung in solchen Gegenden mit hohen Sozialwohnungsbeständen, wie sie in Frankfurt am Main und in Hamburg beobachtet wird²⁶, könnte auch mit verstärkten Segregationstendenzen und einer neuen Verknüpfung von Armutskonzentration und hohen Ausländeranteilen einhergehen. Solchen Problembündelungen, wie sie unter Umständen in einigen - aber keinesfalls allen - von Migranten geprägten Wohnvierteln feststellbar sind, also Konstellationen, in denen gerade Migranten in ihrem Wohnumfeld einer schlechteren Infrastruktur und einer von Armut und Arbeitslosigkeit gekennzeichneten sozialen Umgebung ausgesetzt sind, sollten Detailstudien nachgehen.

Schluss

Insgesamt sind die vorliegenden Informationen über die Siedlungsstrukturen von Migranten in Deutschland lückenhaft. Vor allem fehlen auch hier Daten, die nicht auf Staatsangehörigkeit, sondern Migrationshintergrund oder Ethnizität basieren. Dennoch kann mit einiger Sicherheit gesagt werden, dass das Ausmaß der ethnischen Segregation in Deutschland als eher gering einzuschätzen ist. Dies gilt, obwohl in den Städten Migranten häufig dort leben, wo viele andere Migranten leben und auch vielfach dort, wo Angehörige der eigenen Nationalität stärker als in der jeweiligen Stadt insgesamt vertreten sind. Typisch sind multiethnische Viertel, in denen etliche Nationalitäten leben; Ausländer und Deutsche leben nicht räumlich voneinander getrennt.

26) Vgl. zu Hamburg Neumann (2001: 79); Grabowski u. a. (2002: 144), der Ausländeranteil steigt dort in Großsiedlungen seit ca. 1985 stärker als in der Stadt insgesamt; der Anteil der Armen sei hoch. In Frankfurt wurde beobachtet, dass Ausländer „in den letzten Jahren vermehrt in die Stadtbezirke mit hohem Sozialwohnungsbestand“ ziehen (Stadt Frankfurt am Main 2002: 24).

Literaturverzeichnis

- Alba, Richard D., John R. Logan und Kyle Crowder (1997): *White ethnic neighborhoods and assimilation: The Greater New York Region, 1980-1990*, in: *Social Forces*, 75 (3): 883-909.
- Albrecht, Susanne und Richard Reschl (2005): „StadtRegion Stuttgart 2030“ - *Integration in einer segregierten Stadtregion*, in: *Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.): Zukunft von Stadt und Region. Band L Integration und Ausgrenzung in der Stadtgesellschaft. Beiträge zum Forschungsverbund „Stadt 2030“*, Wiesbaden: 53-86.
- Balakrishnan, T.R., Paul Maxim und Rozzet Jurdi (2005): *Residential Segregation and Socio-economic Integration of Visible minorities in Canada*, in: *Migration Letters*, 2 (2): 126-144.
- Bartelheimer, Peter und Thomas von Freyberg (1996): *Ansätze zu einer Frankfurter Segregationsanalyse. Thesen und Trends*, in: *Widersprüche*, Heft 60: 27-47
- Blasius, Jörg (1988): *Indizes der Segregation*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29*: 410-431.
- Böltken, Ferdinand (2004): *Ethnische und soziale Segregation - Einfluss von Stadtstruktur und Problemkombination. Vortrag auf der VDSSt KOSIS-Frühjahrstagung 2004 in Frankfurt/O.*, www.bbr.bund.de.
- Böltken, Ferdinand, Hans-Peter Gatzweiler und Meyer, Katrin (2002): *Räumliche Integration von Ausländern und Zuwanderern*, in: *Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.), Internationale Wanderungen und räumliche Integration*, Heft 8: 397-415.
- Böltken, Ferdinand, Hans-Peter Gatzweiler und Katrin Meyer (2004). *Innerstädtische Raumbewachung: Ein-, Rück- und Ausblicke. Informationsgrundlagen für Stadtforschung und Stadtentwicklungspolitik/Städtekooperation*, in: *Stadtforschung und Statistik, Nr. 2 - Festschrift*: 193-211.
- Bürkner, Hans-Joachim (1998): *Kleinräumliche Wohnsegregation von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 23 (1): 55-69.
- Deutscher Städtetag (Hg.) (2004): *Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden*, 91. Jg., Berlin.
- Friedrichs, Jürgen: (1995): *Stadtsoziologie Opladen*.
- Friedrichs, Jürgen (2006): *Ethnic Segregation in Large German Cities, Paper zum Workshop „Ethnic Segregation in Germany and Europe: What do we know about its extent and about links between residential segregation and Integration?“* Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 31.3.2006.
- Friedrichs, Jürgen und Jörg Blasius (2001): *Sozial-räumliche Integration von Türken in zwei*

Kölner Wohngebieten, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 40(1): 48-67. 89

Gille, Martina, Sabine Sardei-Biermann, Wolfgang Gaiser und Johann de Rilke (2006): *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger*. Schriften des Deutschen Jugendinstituts: Jugendsurvey 3. Wiesbaden.

Grabowski, Werner, Ute Michel, Ulrich Podszuweit und Horst Tietjens (2002): *Das Tor zur Welt: Zuwanderung und Segregation in Hamburg*, in: Heinz Fassmann, Josef Kohlbacher und Ursula Reeger (Hg.): *Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich*, Klagenfurt: 143-159.

Heins, Frank (1985): *Regionalstatistische Informationen zur Struktur und Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung und der ausländischen Arbeitnehmer aus der Laufenden Raumbewertung*, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 6: 559-606.

Heller, Wilfried, Hans-Jürgen Hofmann und Hans-Joachim Bürkner (1992): *Bericht über zwei Forschungsprojekte über Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Walter Althammer und Line Kossolapow (Hrsg.). *Aussiedlerforschung. Interdisziplinäre Studien*. Köln u.a.:29-47.

Hofmann, Hans-Jürgen, Hans-Joachim Bürkner und Wilfried Heller (1992): *Aussiedler - eine neue Minorität. Forschungsergebnisse zum räumlichen Verhalten sowie zur ökonomischen und sozialen Integration*. Geographisches Institut der Universität Göttingen.

Iceland, John, Daniel H. Weinberg und Erika Steinmetz (2002) *Racial and Ethnic Residential Segregation in the United States: 1980-2000*. Census 2000 Special Reports. Census Bureau, Series CENSR-3, U.S. Government Printing Office, Washington:

ILS [Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen] (2003): *Sozialraumanalyse - Soziale, ethnische und demographische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten. Gutachten für die Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ des Landtags Nordrhein-Westfalen, Dortmund/Bochum*.

Janßen, Andrea (2004): *Segregation in Großstädten. Das Problem von Messung und Interpretation*, in: *Stadtforschung und Statistik*, Heft 1: 19-23.

Kulenkampff, Christoph (2006): *Vorwort*, in: Regina Höbel, Melanie Kloth, Bettina Reimann und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje: *Voneinander lernen. Gute-Praxis-Beispiele stadträumlicher Integrationspolitik. Ergebnisse der Begleitforschung zum Verbundprojekt „Zuwanderer in der Stadt“*. Schader-Stiftung u.a.: Darmstadt.

Landeshauptstadt München, Sozialreferat (2002): *Münchener Armutsbericht - Fortschreibung 2002*. München.

Landeshauptstadt Stuttgart, Stabsabteilung für Integrationspolitik (2002): *„Ein Bündnis für Integration.“ Grundlagen einer Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart*. Stuttgart.

Logan, John R., Richard D. Alba und Wenquan Zhang (2002): *Immigrant Enclaves*

and Ethnic Communities in New York and Los Angeles, in: American Sociological Review, 67: 299-322

- Massey, Douglas und Denton, NancyA. (1988): *The dimensions of residential segregation*, in: *Social Forces*, 67:281'315.
- Musterd, Sako, Wim Ostendorf und Matthijs Breebaart (1998): *Multi Ethnic Metropolis: Patterns and Policies*. Dordrecht/Boston/London.
- Neumann, Ursula (2001): *Bericht an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg. Berichtszeitraum 1999 bis 2001*, Hamburg.
- ONS [Office for National Statistics] (2005): *Focus an Ethnicity and Identity*. London.
- Peach, Geri (2006): *Sleepwalking into ghettoisation? The British debate over segregation. Paper zum Workshop „Ethnic Segregation in Germany and Europe: What do we know ab-out its extent and about links between residential segregation and Integration?“* Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 31.3.2006.
- SCP [Social and Cultural Planning Office, Niederlande] (2004): *Ethnic minorities and Integration. Outlook for the future*. The Hague.
- Stadt Frankfurt am Main, Dezernent für Soziales und Jugend (Hg.) (2002): *Frankfurter Sozialbericht. Teil V. Segregation und Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen*. Frankfurt am Main.
- Stadt Offenbach am Main (2004): *Viele Kulturen - Alles Offenbacher. Zusammenleben in Offenbach. Integrationskonzept*. Offenbach am Main.
- Statistisches Amt München (2005) *Die ausländische Bevölkerung in den Stadtbezirken nach ausgewählten Nationalitäten am 31.12.2004'*, http://www.muenchen.info/sta/m-stat/themen/bevoelkerung/jahreszahlen/jahreszahlen_2004/p jt050112.pdf
- Statistisches Bundesamt (2005): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen. Fachserie 1, Reihe 2*. Stuttgart.
- Schmollinger, Horst (2004). *Merkmal Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund. Werkstattbericht beim Fachgespräch „Einwohner mit Migrationshintergrund“, Statistisches Landesamt Berlin, 18. Juni 2004*.
- Schönwälder, Karen und Janina Söhn (2007). *Siedlungsstrukturen und residenzielle Segregation von Migranten in der Bundesrepublik Deutschland. WZB Discussion Paper SP IV 2007-601*.
- Swiaczny, Frank (1998): *Aussiedler - Migration und räumliches Verhalten dargestellt am Beispiel der Stadt Mannheim. Vortrag gehalten anlässlich der Tagung: „Zuwanderung nach Deutschland. Prozesse und Herausforderungen“ des Arbeitskreises Migration - Integration - Minderheiten der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft am B. -9. 10. 1998 in Kiedrich: MATEO - Mannheimer Texte Online: http://www.uni-mannheim.de/mateo/verlag/reports/swiac_au/swiac_au.htm. ADDINENREFLIST*

Hartmut Häußermann/Walter Siebel

Integration trotz Segregation - zum Stand der wissenschaftlichen Debatte

Begriffliche Klärungen

Unter dem Begriff Integration wird in der Soziologie zweierlei diskutiert:

Einmal die Frage nach der Integration der Gesellschaft: Was hält die verschiedenen Teilsysteme einer Gesellschaft zusammen? Wir sprechen von systemischer Integration.

Zum anderen die Frage nach der Integration **in** die Gesellschaft: Wie gelingt die Einfügung von Personen in eine Gesellschaft? Das ist die soziale Integration. Im Mittelpunkt dieses Artikels steht die Integration von Zuwanderern in die Gesellschaft, also die soziale Integration. Dabei sind wiederum zwei Aspekte auseinander zu halten:

Die strukturelle Integration einer Person. Damit ist die Teilhabe an den Ressourcen und Positionen der Gesellschaft gemeint, also etwa die Integration in den Arbeitsmarkt, in das Bildungssystem oder in die Wohnungsversorgung.

Die kulturelle Integration, also die Übernahme bestimmter kultureller Normen, Fertigkeiten und Regeln durch den Einzelnen. Gelungene strukturelle Integration, die Teilhabe aller an den Chancen der Gesellschaft ist die entscheidende Voraussetzung für kulturelle Integration. Man kann nicht von den Zuwanderern verlangen, Integrationsanstrengungen auf sich zu nehmen, wenn diese erkennbar wenig Aussicht auf Erfolg haben. Eine Mindestvoraussetzung für subjektive Bemühungen um Integration ist beispielsweise eine gesicherte Aufenthaltsperspektive. Aber der Umkehrschluss gilt genauso: Der Einzelne muss die wichtigsten Regeln und Normen der Gesellschaft übernommen haben, um die Chancen, die eine Gesellschaft bietet, auch ergreifen zu können.

Integration ist in dem Maße gelungen, wie es zwischen den Gruppen, also etwa zwischen Migranten und Einheimischen, keine systematischen Unterschiede mehr gibt hinsichtlich der Verteilung von Positionen und Ressourcen, z. B. Einkommen, Ansehen, Berufen, Wohnqualitäten. Integration von Zuwanderern in eine Gesellschaft kann also durchaus mit krassen sozialen Ungleichheiten in dieser Gesellschaft verträglich sein, aber diese Ungleichheit darf die Zuwanderer nicht härter treffen als die Einheimischen. Integration ist in diesem Sinne also gelungen, wenn es unter den Türcen relativ genauso viele Vorstandsvorsitzende und Langzeitarbeitslose gibt wie unter den Einheimischen. Was das für die Integration der Gesellschaft bedeuten kann, wird hier nicht behandelt.

Wir gehen einleitend kurz auf den Stand der strukturellen Integration von Zuwanderern ein und formulieren dann ausführlicher einige Schlussfolgerungen, die sich aus dem Projekt der Schader-Stiftung zur Integration im Stadtteil ergeben. In einem längeren Exkurs wird die Leitthese des Projekts, wonach „Integration trotz Segregation“ gelingen muss und gelingen kann, begründet, da diese Aussage die zentrale neue und deshalb auch in der Praxis sehr kontrovers diskutierte These des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“ ist.

Zum Stand der Integration

Dass die soziale Position der Zuwanderer in fast allen Bereichen sehr viel schlechter ist als die der Deutschen, belegen alle einschlägigen Untersuchungen. Aber das ist noch kein Beleg für die Aussage, die Integration sei gescheitert. Integration ist ein Prozess, und zwar ein sehr langwieriger. Die Integration der Ruhrpolen war erst Ende der 1950er Jahre, und das heißt in der dritten und vierten Generation gelungen. Man kann auch heute nicht erwarten, dass die Einwanderer mit dem Übertritt über die Grenze bereits alle auf dem hiesigen Arbeitsmarkt geforderten Qualifikationen mitbringen, und ebenso braucht jede Gesellschaft Zeit, um sich auf Einwanderung einzustellen. Entscheidend ist bei der Betrachtung der Unterschiede der sozialen Lage von Einwanderern und Einheimischen daher die Richtung der Entwicklung. Geraten die Zuwanderer im Zeitverlauf mehr und mehr an den Rand oder in die Mitte der Gesellschaft - verringern oder vergrößern sich die Abstände zu den Deutschen? Die für strukturelle Integration entscheidenden gesellschaftlichen Subsysteme sind der Arbeitsmarkt, das Bildungssystem, das System politischer Willensbildung und der Wohnungsmarkt. Dieser Reihenfolge entspricht eine Rangfolge der Relevanz. Der wichtigste Schritt auf dem Weg der Integration ist die Integration in den Arbeitsmarkt, denn über die Position auf dem Arbeitsmarkt werden Konsumchancen und soziale Anerkennung zugeteilt und auch das Selbstwertgefühl ist nicht zuletzt vom beruflichen Erfolg bestimmt.

In den beiden für die Integration wichtigsten Systemen, dem Bildungssystem und dem Arbeitsmarkt, bleiben die Zuwanderer hinter den Deutschen zurück. Zuwanderer sind im Vergleich zu Deutschen häufiger im prekären Segment des Arbeitsmarkts oder nur informell beschäftigt. Sie sind häufiger Arbeiter, seltener dagegen Angestellte und Beamte; sie arbeiten sehr viel häufiger im verarbeitenden Gewerbe und seltener in Dienstleistungen, damit sind sie auch stärker negativ vom Strukturwandel der Industrie- zu einer Dienstleistungsökonomie betroffen. Beunruhigend ist vor allem, dass sich von der einen Million Ausländer, die sich 2003 aus der Arbeits-

Eintritt in die Rente abgemeldet hat. Für die überwiegende Mehrheit mündete die Abmeldung in dauernde Beschäftigungslosigkeit. Es gibt also Anzeichen für Ausgrenzung aus dem Beschäftigungssystem.

Erfolg auf dem Arbeitsmarkt entscheidet sich bereits im Bildungssystem. Die Pisa-Studien belegen, dass in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern Kinder mit Migrationshintergrund besonders schlechte Lernchancen haben. Besonders beunruhigend ist dabei, dass hier geborene Migrantenkinder noch schlechter abschneiden als im Ausland geborene. Seit Mitte der 90er Jahre sinkt der Anteil ausländischer Jugendlicher an der beruflichen Ausbildung. Und die ausländischen Ausgebildeten konzentrieren sich auf sehr wenige und weniger zukunftsträchtige Berufe. Am anderen Ende der Bildungshierarchie, in den Hochschulen, ist der Anteil der sogenannten Bildungsinländer sehr niedrig und sogar leicht rückläufig.

Zugewanderte aus Staaten außerhalb der EU verfügen über keine politischen Rechte. Insgesamt haben etwas über 1,2 Mio. Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft erworben, gegenüber 7.334.000 mit ausländischem Pass. Nur knapp jeder sechste hier lebende Zuwanderer besitzt also die Voraussetzungen für eine vollberechtigte Mitwirkung am politischen System der BRD. Die Zahl der jährlichen Einbürgerungen ist bis 2000 kontinuierlich gestiegen, seitdem ist sie wieder rückläufig, trotz des neuen Einbürgerungsrechts.

Auf dem **Wohnungsmarkt** scheint die Integration von Zuwanderern noch am ehesten gelungen. Gegenwärtig wohnen Ausländer nach allen Indikatoren der Wohnqualität zwar schlechter als Deutsche: beengter, in älteren und schlechter ausgestatteten Wohnungen, für die sie mehr zahlen müssen als Deutsche, an schlechteren Standorten und mit weniger Sicherheit vor Kündigung. Aber die Ausstattung ihrer Wohnungen hat sich weitgehend an die der Deutschen angeglichen. Auch kann in Deutschland von einer Ghettoisierung wie z. B. bei den Schwarzen in den Vereinigten Staaten nicht die Rede sein. Hier verhindern die sozialstaatlichen Regulierungen, der soziale Wohnungsbau und das Wohngeld anscheinend Ausgrenzungskarrieren. Zuwanderer werden inzwischen auch häufiger Wohneigentümer, ein Zeichen gelingender Integration. Inwieweit die gegenwärtigen Tendenzen einer Globalisierung und Privatisierung auf dem Wohnungsmarkt diese Hürden abbauen werden, bleibt abzuwarten.

scheinen nicht mehr in den Statistiken zur Situation von Ausländern. Die Annahme ist plausibel, dass sie strukturell besser integriert sind als die Nicht-Eingebürgerten. Die sinkende Beschäftigungsquote hat auch mit dem Wandel der demographischen Struktur der Zuwanderer zu tun. Aus einer erwachsenen, männlichen Gastarbeiterbevölkerung ist eine Normalbevölkerung geworden mit höheren Anteilen an nicht berufstätigen Hausfrauen, Kindern und Rentnern. Auch macht es wenig Sinn, „die“ Deutschen mit „den“ Ausländern zu vergleichen. Sowohl zwischen den ethnischen Gruppen wie innerhalb der Gruppen gibt es erhebliche Unterschiede. Türken und Italiener haben die schlechtesten Schulergebnisse, Spanier die besten, Mädchen haben sich verbessert, Jungen kaum. Aber es gibt Anzeichen für die Ausgrenzung einer relevanten Minderheit. Innerhalb der ethnischen Gruppen und insbesondere unter Türken und Italienern existiert eine große Gruppe von Jugendlichen ohne jeden Bildungsabschluss resp. ohne berufliche Ausbildung. Konfrontiert man damit die künftig weiterhin steigenden Anforderungen an Bildung und Ausbildung, dann ist die Befürchtung gerechtfertigt, dass eine wachsende Minderheit der Zuwanderer dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt sein wird. Damit sinken ihre Chancen auf Integration in die deutsche Gesellschaft insgesamt.

Der Ansatz des Integrationsprojekts „Zuwanderer in der Stadt“

Angesichts dieser Situation hat sich die Schader-Stiftung auf Maßnahmen der Integration im Wohnquartier konzentriert. Von den drei Orten der Integration - Betrieb, Schule und Stadtteil - ist nur der letztere durch Stadtpolitik unmittelbar beeinflussbar, und er gewinnt angesichts der Probleme auf dem Arbeitsmarkt zumindest relativ an Bedeutung. Das Wohnquartier ist nicht der für Integrationsmaßnahmen effektivste Ort, das sind der Betrieb und die Schule, aber im Gegensatz zu diesen sind im Wohnquartier zumindest prinzipiell alle Migranten erreichbar und sie sind es, solange sie in Deutschland leben. Auch wer keinen Zugang zum Arbeitsmarkt hat, muss doch irgendwo wohnen, und in der Schule erreicht man nur Jugendliche, solange sie auch zur Schule gehen. Deshalb zielen die Empfehlungen des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“ auf Integration im Stadtteil. Dabei wird nicht der Illusion angehangen, im Stadtteil könne kompensiert werden, was auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem oder durch die Globalisierungstendenzen auf den deutschen Wohnungsmärkten angerichtet wird. Im Stadtteil sind bescheidenere Ziele realistisch: Viel wäre schon erreicht, wenn die Situation im Stadtteil auf einem für alle Bewohner erträglichen Niveau stabilisiert werden kann. Es geht vorrangig darum, negative Karrieren von Stadtteilen und Bewohnern zu verhindern. Um dazu Empfehlungen zu generieren, sind im Rahmen des Projekts zwei Wege gegangen worden.

Einmal wurden bisherige Erfahrungen mit stadtteilorientierten Integrationsmaßnahmen systematisch gesammelt und über Publikationen und Workshops der **Praxis** verfügbar gemacht. Gerade das föderale System der Bundesrepublik, die kommunale Selbstverwaltung, die regional unterschiedlichen Traditionen und lokalen politischen Kulturen eröffnen Spielräume, innerhalb derer unterschiedliche Zugänge zu ähnlich gelagerten Problemen erprobt werden können. Deshalb lohnt es sich bereits, wenn eine neutrale Stiftung gleichsam als Minnesänger von Burg zu Burg ziehend verstreutes Expertenwissen zusammenträgt und anderswo verbreitet. So können Lernprozesse verkürzt, Irrwege vermieden und positive Erfahrungen verallgemeinert werden. Selbstverständlich bringen solche Handreichungen, die das Wissen aus der Praxis in der **Praxis** allgemein bekannt machen, nicht jedem Praktiker Neues. Eine nicht unübliche Reaktion, von der auch die Empfehlungen der Schader-Stiftung nicht verschont geblieben sind, lautet deshalb: Kalter Kaffee -- das sei nun wirklich nichts Neues, das habe man schon immer so gemacht. Allenfalls wird zugestanden, dass die Bestätigung durch eine unabhängige Stiftung etwas zur Legitimation der eigenen Praxis gegenüber Kritikern in Politik, Öffentlichkeit oder unkooperativen Ressorts beitragen könne, eine Funktion, die im übrigen nicht gering zu schätzen ist, denn vielerorts zeigt sich die Verwaltung problembewusster und offener gegenüber Fragen der Integration von Zuwanderern als die politische Spitze und die kommunalen Parteien, die von einer ausländerfreundlichen Politik wenig Erträge in Gestalt von Wählerstimmen erwarten können; im Gegenteil sind bei denen, die über das Wahlrecht verfügen, negative Reaktionen zu befürchten.

Der zweite Weg ist die Formulierung von neuen Empfehlungen auf Basis des Standes der wissenschaftlichen Forschung, die bewusst eine Abkehr von bisherigen Praktiken verlangen. Dies gilt für die zentrale Aussage des Projekts: „Integration trotz Segregation“. Kurz gefasst läuft diese Maxime auf die Abkehr von der bisherigen Praxis strikter Desegregationspolitik hinaus. Stattdessen wird angesichts der Tatsache, dass im Unterschied zur Segregation nach sozialen und ökonomischen Kriterien die Segregation nach Lebensstilen und nach ethnisch-kulturellen Faktoren durchaus auch positive Funktionen im Integrationsprozess haben kann, empfohlen, sehr viel differenzierter mit der räumlichen Konzentration von Zuwanderern umzugehen. Solche Empfehlungen lösen in der Regel in der Praxis recht unfreundliche Reaktionen aus: Quatsch, höflicher: Theorie, die im akademischen Elfenbeinturm vielleicht überzeugen könne, aber angesichts der wirklichen Probleme der Praxis und angesichts der konkreten Situation vor Ort sei das unbrauchbar. Das Schlagwort „Inte96 gration trotz Segregation“ ist in der Praxis auf sehr kontroverse Reaktionen gestoßen.

unbrauchbar erklärt wurde (Berlin Mitte). Aber in anderen (Nürnberg, Mannheim) ist dadurch eine Diskussion ausgelöst worden, ob angesichts der Zuwanderung die in der BRD traditionelle Desegregationspolitik noch angemessen sei. Mehr kann man nicht erwarten. Empfehlungen, die auf eine grundlegende Änderung der Praxis zielen, können nicht per bloßer Verkündung die Welt verändern. Sie werden nur dadurch wirksam, dass eine Diskussion in Gang kommt, in deren Verlauf allmählich Änderungen als sinnvoll verstanden werden. Da Integration trotz Segregation die zentrale Aussage des Projekts ist, wird im folgenden Exkurs ein Überblick über die Theorien und Ergebnisse der empirischen Forschung zu den Wirkungen einer ethnischen Konzentration in städtischen Wohngebieten gegeben.

Exkurs: Soziale und ethnischkulturelle Segregation

Mit der Bildung ethnischer Viertel werden „Kontexteffekte“ befürchtet. Damit ist gemeint, dass das Verhalten, die Normen und die Orientierungen von Bewohnern solcher Quartiere, in denen die Konzentration von Angehörigen einer ethnischen Minderheit besonders hoch ist, durch den Kontext beeinflusst werden, der aus dieser Konzentration gebildet wird. Das kann, so die Befürchtung, zu abweichendem Verhalten (Kriminalität) führen, aber auch zu einer Beschränkung der Lebenschancen durch Benachteiligung z. B. im Bildungssystem oder auf dem Arbeitsmarkt.

Die Überprüfung der Wirkungen ethnischer Segregation verlangt den Nachweis von Kontexteffekten. Dies sind Effekte, die von dem Kontext ausgehen, der durch die soziale und kulturelle Zusammensetzung der Bewohner eines Quartiers entsteht. Dabei geht es um Einflüsse, die jenseits der individuellen Charakteristika und Dispositionen der Bewohner bestehen. Die in einem Quartier vorherrschenden Denk- und Verhaltensweisen sind dann also nicht durch individual-strukturelle Merkmale restlos erklärbar. Die wissenschaftshistorischen Wurzeln dieser Perspektive auf Stadtquartiere liegen in der Stadtforschung der Chicago-Schule, die auf einer sozialökologischen Theorie fußte (vgl. Häußermann/Siebel 2004). Das praktische Problem, das sich die Soziologen der Chicago-Schule zum Hauptthema gemacht hatten, war das der sozialen Stabilisierung der sich durch Zuwanderung neu bildenden Stadtgesellschaft. Untersucht werden sollten die Gefahren, die von bestimmten Quartieren ausgehen - die Gefahr der Kriminalität, der psychischen Krankheiten (vgl. Spiegel 1998), generell die Gefahr der sozialen Desorganisation.

Da in den amerikanischen Einwanderungsstädten die Segregation von ethnischen Minderheiten durchaus normal war (und ist), wurde bei der Messung von Nachbarschaftseffekten immer zugleich ethnische Segregation untersucht. Die Konstruktion

von „Sozialräumen“ durch eine Vermischung von Indikatoren der baulichen Struktur und der sozialen Situation in den Quartieren hat seither eine unglückliche Tradition. Denn die dabei ermittelten Korrelationen, z. B. zwischen dem Anteil einer bestimmten Minderheit und der Zahl der Diebstähle in einem Quartier, erklären nichts. Sie weisen auf einen Zusammenhang hin, der aber mit der Kombination von Aggregatdaten nicht erklärt werden kann. Dafür sind sehr viel aufwendigere methodische Verfahren notwendig, die es - unter Verwendung von Individualdaten - erlauben, Individualeffekte (wie insbesondere sozio-ökonomischer Status) von Kontexteffekten zu trennen.

In den negativen Beurteilungen von ethnischer Konzentration wird diese - theoretisch gesprochen - als Kontext verstanden, von dem eigenständige integrationshemmende oder Desintegration fördernde Effekte ausgehen, und gefolgert, dass diese bei einer Auflösung der Konzentration verschwinden. Wir wollen im Folgenden die Mechanismen und die Annahmen, die diesem Denken zugrunde liegen, rekapitulieren und dann in aller gebotenen Kürze die Forschungsergebnisse zusammenfassen, die dazu bisher vorliegen.

Bei einer Beurteilung von Effekten der ethnischen Konzentration besteht immer eine „Ethnisierungsfalle“. Eine „Ethnisierung von sozialen Problemen“ liegt dann vor, wenn die Kumulation bestimmter Probleme bei einer ethnischen Minderheit auf deren Zugehörigkeit zu dieser ethnischen Minderheit zurückgeführt wird, obwohl eine Erklärung durch soziale Faktoren wie den Bildungsstand, Einkommen oder berufliche Tätigkeit hinreichend möglich wäre. Die Kumulation sozialer Probleme bei einer ethnischen Minderheit wird dann zu einem Merkmal ihrer „Kultur“ erklärt. So kann man auch von einem „ökologischen Fehlschluss“ sprechen, wenn die räumliche Konzentration von sozialen Problemen durch ihre räumliche Konzentration erklärt wird, d. h. wenn der räumlichen Konzentration eigenständige Wirkungen zugeschrieben werden. Beide Fehlschlüsse beruhen auf naiven Annahmen zu Kontexteffekten.

Der Wirkungsmechanismus des Kontextes

Wie soll man sich die Wirkung eines Kontextes vorstellen? Die empirische Untersuchung ist auf „Modelle“ von Wirkungsmechanismen angewiesen. Theoretisch gibt es verschiedene Mechanismen, über die sich Wirkungen des Kontextes entfalten können (vgl. zum Folgenden Buck 2001). Die wichtigsten davon sind:

1. Kontakte: Interethnischen Kontakten werden bei der Integration eine überraschende Bedeutung zugesprochen. Sie stellen eine Lernmöglichkeit für Migranten bereit, die durch soziale Interaktion zur Übernahme von Verhaltensmustern

bzw. zur Toleranz abweichender Verhaltensmuster führt. „Ausgehend von der orientierenden Annahme, dass räumliche Nähe zu Kontakten führt, Kontakte wiederum zur Übernahme von Verhaltensmustern, kann also angenommen werden, dass sich Wohnen in einem Wohngebiet mit niedrigen Minoritäten Anteilen positiv auf alle Aspekte der Assimilation des Angehörigen der Minorität auswirkt“ (Alpheis 1988, 123).

2. Sozialisation: Die in einem Quartier dominanten Werte und Normen werden über Peer Groups verbreitet, denen sich die Angehörigen der gleichen ethnischen Gruppe anpassen. Die Übernahme von gruppenspezifischen Werten und Verhaltensweisen ist ein Weg der Integration in die lokale Subkultur und sichert soziale Anerkennung. Da räumliche Segregation, die mit starker Binnenintegration einhergeht, eine starke soziale Kontrolle ermöglicht, können die eigenethnischen Werte und Normen den Bewohnern leichter aufgezwungen werden, als wenn diese in einer weniger ethnisch geprägten Umwelt leben.

Ein anderer Weg der Sozialisation ist die Abwesenheit von bestimmten „role models“, d. h. dass solche Verhaltensweisen nicht gelernt oder übernommen werden können, die im Quartier gar nicht in Erscheinung treten. Die segregierte Kultur wird zum dominanten Erfahrungsraum, und weil es keine entsprechenden Vorbilder gibt, besteht gar nicht die Chance, die Werte und Kulturtechniken der Mehrheitsgesellschaft zu erlernen oder zu übernehmen.

Für die Sozialisation hat die Nachbarschaft insofern eine Bedeutung, als sich der Erfahrungsraum von Kindern häufig auf diesen Raum beschränkt und dadurch die Erwartungen und Situation anderer Kinder zu einem wichtigen Vergleichsmaßstab werden. An diese Tatsache knüpft das Konzept der relativen Deprivation an, nach welchem die Individuen ihre eigene Situation nach der relativen Position ihrer Nachbarn beurteilen. Dabei werden die Nachbarn nicht als Rollenmodelle, sondern als ein Maßstab genommen, um das eigene Verhalten zu beurteilen.

Die relative Position zu anderen beeinflusst nicht nur die Wahrnehmung der eigenen sozialen Position, vielmehr wirken die Aspirationen und Erwartungen von Personen der Vergleichsgruppe auf die Wahrnehmung von wahrscheinlichem Erfolg beim Ausnutzen von Gelegenheiten. Das heißt, durch die soziale Umgebung wird man ermutigt oder entmutigt, sich um etwas zu bemühen. Dies kann sich insbesondere bei der Orientierung darauf, was man in der Schule erreichen will, kann oder soll, auswirken.

Netzwerke: Die Annahme der kollektiven Sozialisation im segregierten Quartier beruht auf der Voraussetzung, dass sich die Kontakte und Beziehungen tatsächlich auch auf das Quartier beschränken. Die ethnisch segregierten und/oder lokal konzentrierten Netzwerke bilden den zentralen Bezugsraum. Netzwerke sind soziales Kapital. Dies kann durch eigenethnische Ressourcen gebildet werden, aber auch durch ein sozial und kulturell heterogenes Netz. Die Netzwerktheorie besagt, dass heterogene Netze ein reicheres soziales Kapital darstellen als homogene. Beschränkt sich das soziale Netz auf das ethnisch segregierte Quartier, wären die Bewohner also benachteiligt - insbesondere durch die Schließung von Informationskreisläufen, die sich dann auf ethnisch einschlägige Quellen beschränken.

Die ethnische Ökonomie, die auf ethnischen Netzwerken beruht, stellt Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit zur Verfügung. Das notwendige Kapital für die Betriebsgründung entstammt informellen Netzen, und Arbeitskräfte stehen gegen geringes Entgelt zur Verfügung. Dies bietet Chancen für Erwerbsarbeit, diese sind aber in ihrer Reichweite qualitativ und quantitativ begrenzt. Eine Beschränkung auf die ethnische Ökonomie stellt daher eine Mobilitätsfalle dar, denn die Qualifikationsbarrieren zum Wechsel in die Mainstream-Ökonomie werden rasch sehr hoch. Ökonomisch argumentiert bietet die ethnische Ökonomie eine leicht zu ergreifende Alternative, mit der der höhere Aufwand einer Integration in die Ökonomie der Mehrheitsgesellschaft vermieden werden kann. Das ethnisch segregierte Gebiet bietet folglich mehr Gelegenheiten, anstrengenden Integrationsprozessen aus dem Wege zu gehen - um den Preis einer verstopften Mobilität.

Qualität der Umwelt, Gelegenheitsstrukturen: Benachteiligungen können sich dadurch ergeben, dass Nachbarschaftseffekte indirekt durch die Qualität von Dienstleistungen wirken, die in einer Nachbarschaft verfügbar sind. Von Schulen in ethnisch segregierten Quartieren wird z. B. berichtet, dass Lehrer überfordert sind, dass keine außerschulischen Ressourcen mobilisiert werden können, und dass die Einrichtungen der Schulen sich auf einem niedrigen Niveau befinden. Auch kann es Schwierigkeiten geben, qualifiziertes Personal für (öffentliche) Einrichtungen in Gebieten mit hohem Migrantenanteil zu finden. Dazu gehört auch finanzieller Mangel bei den öffentlichen Einrichtungen. Die Gelegenheitsstrukturen können zusätzlich beschränkt werden durch die Lage des Wohngebiets. Da Migranten in der Regel die bei der einheimischen Bevölkerung am wenigsten begehrten Wohnungen belegen, liegen die Quartiere häufig ungünstig oder sind schwer erreichbar, so dass die Nutzung von Infra-

struktureinrichtungen jenseits der Quartiersgrenzen erschwert und damit unwahrscheinlicher wird. Räumliche Distanz zu bestimmten Einrichtungen kann also auch eine soziale oder kulturelle Distanz nach sich ziehen.

Andererseits stellt der Aufbau einer ethnisch geprägten Infrastruktur eine Ressource dar, die die Pflege der eigenen Kultur und Konsumgewohnheiten sowie die Ausübung der Religion leichter macht.

5. Stigmatisierung: Die höhere Sichtbarkeit der Migranten durch den Ausbau einer ethnischen Infrastruktur, durch die Errichtung kultureller Symbole (z. B. Moscheen) und durch die starke Präsenz im öffentlichen Raum erlaubt es den Medien, bestimmte Stadtviertel ethnisch zu kodieren. Die Fremdheits-Gefühle, die eine große Anzahl von Migranten bei der einheimischen Bevölkerung auslöst, werden dadurch bestärkt und verfestigt. Entstammen die Migranten einer Kultur, zu der die einheimische Bevölkerung eine große Distanz hat (wie es bei den Türken der Fall ist), dann wird durch die Stigmatisierung den Bewohnern das Label von Kriminellen und Integrationsverweigerern angehängt, und dadurch wird der Wohnort selber zu einer Quelle von Benachteiligung. Soziale Probleme werden dann ethnisiert.

Diese Mechanismen - so die Vorstellung - können die strukturelle, soziale und kulturelle Integration behindern. Die genannten Mechanismen sind nicht unabhängig voneinander, sie können sich überlagern und sich wechselseitig verstärken. Wenn solche Mechanismen mit entsprechenden Effekten sich tatsächlich nachweisen ließen, gingen von ethnischer Konzentration tatsächlich negative Kontexteffekte aus, und dies gäbe Anlass, die ethnische Segregation in unseren Städten zu bekämpfen.

Die Ergebnisse der empirischen Forschung

Auch wenn die statistischen Daten auf einen geringen Grad ethnischer Segregation in deutschen Städten hindeuten, und auch wenn die Existenz von „ethnischen Kolonien“ in keiner Weise mit ethnischen Konzentrationen in den USA oder einigen anderen europäischen Ländern verglichen werden kann, so geben doch einerseits die Tendenzen einer sozialen Entmischung in den Großstädten und andererseits die politische Wahrnehmung von negativen Auswirkungen der vorhandenen ethnischen Konzentration hinreichenden Anlass, die Effekte ethnischer Segregation zu studieren.

Ethnische Segregation bzw. Konzentration kann auch eine Ressource für Integration darstellen, wie von Breton (1965) und Portes/Manning (1986) gezeigt worden ist. Heckmann (1981) hat sich in ähnlicher Weise mit ethnischen Kolonien beschäftigt

und dabei an die Erklärungsmodelle der Chicagoer Schule angeknüpft, bei denen die Ressourcen der ethnischen Gemeinschaften für die erste Phase der Integration nach Einwanderung eine wichtige Rolle spielten. Er sieht in den sozialen Eigenorganisationen und räumlichen Konzentrationen ein Durchgangsstadium im Rahmen eines typischen, generationsübergreifenden Einwanderungs- und Eingliederungsprozesses. In der ethnischen Kolonie werden innerethnische Beziehungen freiwillig aufgenommen oder aufrechterhalten, sie spielen vor allem bei der Kettenmigration eine entscheidende Rolle. Die Kolonie stellt demnach eine „Leistung“ der Migranten dar, die stabilisierende Funktionen im Eingliederungsprozess habe. Die Kolonie ist eine Selbsthilfegemeinschaft, die Neankömmlingen Orientierungs- und Vermittlungshilfen biete. Der Kulturschock, der mit der Migration unvermeidlich verbunden ist, wird dadurch abgeschwächt, Identitätskrisen können in der ethnischen Gemeinschaft eher überwunden oder ausgehalten werden. Die Kolonie ist eine „Zwischenwelt“ zwischen Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft. Allerdings ist sie nur unter bestimmten Umständen notwendig - nämlich dann, wenn Marginalität und Desorientierung in der Minderheitenposition eine funktionale bzw. „institutionelle Antwort“ provozieren (Heckmann 1992, 98). Wenn diese Problemlagen verschwinden, „*verliert die ethnische Kolonie von der Seite ihrer konstituierenden Faktoren an Bedeutung, Binde- und Organisationskraft*“ (S. 115) - und löst sich in der Konsequenz auf. Heckmann weist darauf hin, dass die Organisation ethnischer Ressourcen nicht zwangsläufig „*an die Existenz segregierter und/oder zusammenhängender Wohnbezirke*“ (ebda.) gebunden sei.

Gefahren für die Integration der und in die Gesellschaft gehen von der Koloniebildung nur dann aus, wenn diese Kolonien sich von der umgebenden Gesellschaft vollkommen abkapseln, was durch nicht lernfähige binnenethnische Kommunikationssysteme bei institutioneller Vollständigkeit (Breton 1965) der Fall sein kann. Allerdings spielt auch die gesellschaftliche Umgebung eine Rolle, die bei anhaltender sozialstruktureller Geschlossenheit die nachfolgenden Generationen in die Binnenintegration und in die ethno-spezifischen Sozialsysteme drängt.

Die Annahme, dass eine ethnische Kolonie eine Art Aufnahmelager darstellt, das Eingliederungshilfe in der ersten Phase nach der Ankunft bietet, ist in der Migrationsforschung allgemein akzeptiert. Sie wird als normaler Bestandteil von Einwanderungsprozessen gesehen. Insofern ist die bloße Existenz von räumlicher Konzentration einer Migrantenbevölkerung kein Anlass für Beunruhigung - im Gegenteil, es kann sogar erwartet werden, dass von der Kolonie Eingliederungshilfen erbracht

102 werden, die Desorganisation, Anomie und möglicherweise sogar Kriminalität vermeiden.

Effekte für das Bildungsniveau

Als großes Problem für das Leistungsniveau der Schüler gilt die soziale und ethnische Zusammensetzung der Schülerschaft in einer Schule bzw. in einer Klasse. Die ethnische Segregation in der Nachbarschaft kann allerdings nicht gleichgesetzt werden mit der ethnischen Zusammensetzung der Schülerschaft. Die soziale und ethnische Zusammensetzung der Quartiersbevölkerung spiegelt sich in der Zusammensetzung der Schülerschaft, wenn „Einzugsbereiche“ für die Schulen festgelegt werden und die Eltern somit die Schule für ihre Kinder nicht oder nur in einem sehr engen Rahmen auswählen können. Für Grundschulen ist dies in Deutschland, Schweden, Großbritannien und Frankreich der Fall - nicht in den Niederlanden. In Großbritannien und Frankreich spielen Privatschulen eine größere Rolle als in Deutschland und Schweden. Bei freier Schulwahl ist eine stärkere Segregation in den Schulen als in den Wohngebieten zu erwarten, während festgelegte Einzugsbereiche die Eltern eher zu Umzügen motivieren könnten, wenn sie die Schule in ihrem Wohngebiet meiden möchten. Die Schulsegregation dürfte in jedem Fall größer sein als die Segregation der Wohnbevölkerung.

Dass die Zusammensetzung der Schülerschaft einen negativen Einfluss auf das Leistungsniveau haben kann, ist auch durch die Forschung belegt - empirische Untersuchungen zu den Effekten der räumlichen Konzentration von Migranten in einem Quartier gibt es dagegen bisher nicht.

Die Beherrschung der Verkehrssprache des Aufnahmelandes ist eine wesentliche Voraussetzung für Integrationsprozesse und spielt insbesondere bei der Bildung eine entscheidende Rolle. In der amerikanischen Forschung sind immer wieder negative Effekte der ethnischen Konzentration auf den Erwerb der Landessprache festgestellt worden, die allerdings für Deutschland bisher nicht bestätigt werden konnten (vgl. Esser 2006). Dies kann mit dem geringen Grad ethnischer Konzentration in Deutschland erklärt werden.

Kontakte und soziale Netze

Die Frage, ob es interethnische Kontakte gebe und ob sich in den Freundschaftskreisen Personen unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit finden, ist eines der entscheidenden Messinstrumente für Integration in der Migrationssoziologie. Soziale und räumliche Distanz werden dabei in einen direkten Zusammenhang gebracht. Interethnischen Kontakten wird bei der Integration eine überragende Bedeutung zugesprochen, weil angenommen wird, dass sie eine Lernmöglichkeit für Migranten bereitstellen, die durch soziale Interaktion zur Übernahme von Verhaltensmustern bzw. zur Toleranz abweichender Verhaltensmuster führt.

Eine Untersuchung in den 1980er Jahren hatte hinsichtlich der interethnischen Kontakte und hinsichtlich der Kontexteffekte von Quartieren mit hohem Migrantenanteil für die sozialen Kontakte keine negativen Befunde ergeben (vgl. Esser/Friedrich 1990). Interethnische Kontakte und die Zusammensetzung von Netzwerken waren Gegenstand einer Studie von Nauck (1986 und 1988). Hinsichtlich der Folgen rezidenzieller Segregation für Integration fand er keine eindeutigen Ergebnisse. Er führte dies darauf zurück, dass für Kontakte die sozialen Netzwerke und nicht die räumliche Umgebung maßgebend seien.

Böltken (2000) hat die Ergebnisse von Befragungen des BBR immer wieder so interpretiert, dass die „Kontakthypothese“ bestätigt sei, dass also viele interethnische Kontakte Integration und gegenseitige Anerkennung stärken. Nach Böltken gibt es eine erhebliche soziale Distanz zwischen Deutschen und Ausländern, die sich auch in der Zustimmung zum Zusammenwohnen mit der jeweils anderen Gruppe äußert: Nur rund ein Viertel der Befragten im Osten und rund 48% der Befragten im Westen sind demnach der Meinung, dass Deutsche und Ausländer gemeinsam in einem Wohngebiet leben sollten (S. 149). Die Zustimmung zur Integration sei dann ausgeprägter, wenn *„entsprechende Alltagserfahrungen vorliegen... - und umgekehrt: die Distanzierung bzw. Neigung zu Segregation ist deutlich ausgeprägter, wenn in der Wohnumgebung keine Ausländer leben...“* (S. 152). Die mangelnde praktische Alltagserfahrung mit Ausländern erkläre demnach auch die geringere Integrationsbereitschaft der Ostdeutschen. Gleichwohl zeigen seine Ergebnisse auch, dass die Bereitschaft zur Integration zum einen mit einem als überdurchschnittlich hoch empfundenen Ausländeranteil und zum anderen bei einem hohen Maß an Neuzuzügen sinkt. Wenn es im Wohngebiet zu Konflikten zwischen Ausländern und Deutschen kommt, plädieren mehr Befragte für Segregation. *„Je höher der Anteil der Ausländer und vor allem je geringer die Wohndauer, desto konfliktrichtiger stellt sich das Nachbarschaftsverhältnis dar“* (S. 163). Wenn sich die Gelegenheit für interethnische Kontakte rein quantitativ verbessert, werden Kontakte also stärker abgelehnt - was durch soziale Distanzen zwischen den nebeneinander wohnenden Gruppen erklärt werden kann, wie Farwick (2006) gezeigt hat, nach dessen Ergebnissen mit steigender Sozialhilfedichte in einem Gebiet auch die ethnischen Distanzierungen zunehmen (S. 307 f.). Eine schlichte Korrelation zwischen der Häufigkeit interethnischer Kontakte und der ethnischen Zusammensetzung der Wohnbevölkerung scheint es nicht zu geben, daher auch keinen direkten Zusammenhang zwischen einer besseren Integration und der ethnischen Komposition der Nachbarschaft.

Die Wahl der räumlichen Ebene, für die Differenzen bei Kontakten und Netzen ermittelt werden, hat einen großen Einfluss auf das Ergebnis (vgl. Farwick 2006). Farwick hat die Einstellungen und die Kontaktnetze von Bewohnern türkischer Herkunft in Gebieten mit einem sehr hohen und einem niedrigen Ausländeranteil vergleichend analysiert. Der Gebietseinfluss erwies sich dabei insgesamt als schwach. Weder die internen Beziehungen noch die distanzierenden Einstellungen waren im Wohngebiet mit hohem eigenethnischen Anteil besonders intensiv, und die interethnischen Kontakte zeigten bei den Vergleichsgruppen keine signifikanten Unterschiede. Dies gilt allerdings nicht für die engste räumliche Einheit, die Baublöcke: Das Ausmaß der ethnischen Segregation zeigt hier einen signifikanten negativen Effekt auf die Herausbildung interethnischer Freundschaften (S. 236). Einfluss auf die Anzahl der interethnischen Freundschaften hat also nach Kontrolle der individuellen Merkmale die Gelegenheitsstruktur der engsten räumlichen Umgebung, während auf der Ebene des Wohnquartiers die individuellen Präferenzen einen größeren Einfluss gewinnen. Dies stimmt mit der Beobachtung von Hahnhörster/Mölder 2000 überein, wonach *„intraethnische Kommunikation der türkischen Bevölkerung auch über gewisse räumliche Distanzen hinweg aufrechterhalten wird, (während) Kontakte der türkischen Bevölkerung zu Deutschen vor allem durch das unmittelbare Wohnumfeld ermöglicht zu werden scheinen“* (S. 392). Farwick sieht die Ursachen für die geringen Gebietseffekte im moderaten Anteil türkischer Migranten auf Quartiersebene und in der generell schwindenden Bedeutung der räumlichen Umgebung für soziale Beziehungen. Eine *„enge Verbindung zwischen der residenziellen Segregation von Migrantengruppen und der Herausbildung ethnischer Gemeinschaften (könne) als ein weitgehend als obsolet zu wertendes Denkmodell aus Zeiten der Chicago-Schule“* (S. 241) angesehen werden. Die Untersuchung zeigt auch, wie sehr die Ergebnisse zu den Effekten der ethnischen Segregation von der räumlichen Abgrenzung der Gebiete abhängen, die der Segregationsanalyse zugrunde gelegt werden.

Dass ethnische Segregation die Integration behindere, stützt sich vor allem auf die Annahme, dass bei räumlicher Distanz weniger Kontakte mit Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft zustande kämen - dass aber gerade diese die Voraussetzung für Integration sind. Die ethnische Zusammensetzung der Nachbarschaft spielt für Integration, so die Annahme, deshalb eine wichtige Rolle, weil räumliche Nähe Kontakte leichter möglich oder wahrscheinlicher macht - und sich aus räumlicher Nähe auch eine größere soziale Nähe ergebe. Dass dies ein Kurzschluss ist, hat sich nicht nur in den berichteten empirischen Studien gezeigt, sondern wurde bereits 1969 von Amir nach Durchsicht verschiedener Untersuchungen formuliert. Demnach hat der Kontakt zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen tatsächlich auch die Ein-

stellung der einzelnen Gruppenmitglieder verändert (Amir 1969, 338). Und das setzt voraus, dass es entsprechende Möglichkeiten dafür gibt. Am ehesten finden solche Kontakte am Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft statt. (S. 323). Finden Kontakte statt, ist die Richtung, in der sich die Einstellung ändert, in erster Linie von den Bedingungen abhängig, unter denen der Kontakt stattfindet (S. 338), d. h. er kann zu größerer oder geringerer sozialer Distanz führen. Aus der Forschung über interethnische Interaktionen geht nach Amir hervor, dass diese umso häufiger zu beobachten sind, je ähnlicher sich die sozio-ökonomischen Status der Kontaktpartner sind - und zwar unabhängig von räumlicher Nähe. Räumliche Nähe kann die soziale Distanz zwischen Menschen nicht neutralisieren, bei vorhandener sozialer Nähe jedoch Kontakte erleichtern. Räumliche Distanz verhindert nicht soziale Kontakte, und räumliche Nähe erzeugt Kontakte nicht automatisch.

Nicht nur persönliche Kontakte, sondern auch indirekte Effekte einer ethnischen Konzentration sind denkbar: So haben die Vorurteile gegen Schwarze nach dem Zugang schwarzer Familien in einer amerikanischen Suburb abgenommen, obwohl es nicht zu Kontakten zwischen Schwarz und Weiß gekommen ist (Hamilton/Bishop 1976) - ein gutes Beispiel für einen Kontexteffekt. In der Vorurteilsforschung ist die ethnische Segregation sehr häufig untersucht worden - mit dem Ergebnis, dass sich räumliche Nähe bei sozialer Homogenität der Nachbarn durchaus positiv auf Kontakte auswirkt (Festinger, Schachter und Back 1950) - was die Ergebnisse von Amir und von Allport (1954) bestätigt, der vier Bedingungen als förderlich für den Abbau von Vorurteilen durch interethnische Kontakte genannt hat: Gleicher Status, Gelegenheiten für das Kennenlernen, gemeinsame Ziele und institutionelle Unterstützung.

Zusammenfassung und Folgerungen

Kontextwirkung

Der Überblick über die Forschung zu den Folgen ethnischer Segregation hat gezeigt, dass es einen sehr engen Zusammenhang zwischen den Effekten der sozialen und ethnischen Segregation gibt, der kaum zu entwirren ist. Wenn sozio-ökonomische Faktoren (soziale Position der Herkunftsfamilie, Bildungsgrad, Einkommen) kontrolliert werden, bleibt zwar noch ein Einfluss der räumlichen Segregation auf die Schul- und Arbeitsmarktkarriere oder auf die soziale und kulturelle Integration bestehen, dieser ist jedoch gering.

Allerdings ist nach dem Alter der Bewohner zu differenzieren: In der Forschung wird überwiegend davon ausgegangen, dass der Kontext, der durch die soziale Zusammensetzung der Quartiersbevölkerung gebildet wird, auf Sozialisationsprozesse wirkt und daher für Kinder und Jugendliche von größerer Bedeutung ist. Aber auch für Kinder und Jugendliche gilt, dass Kontexteffekte nur dann wirksam werden, wenn sich die Aktions- und Kommunikationskreise der Personen stark auf den lokalen Kontext konzentrieren. Der Kontext wirkt logischerweise nur bei jenen, die ihm ausgesetzt sind oder sich ihm aussetzen.

Wirkungen theoretisch

In politischen Debatten werden negative Effekte ethnischer Segregation einerseits für die individuelle Integration befürchtet, andererseits wird angenommen, dass ethnische Kolonien zu „Parallelgesellschaften“ führen, und dass daraus eine Bedrohung der Integration der Gesellschaft erwachse, weil „Parallelgesellschaften“ nicht-integrierte und nicht-integrierbare Teilgesellschaften sind.

Die Effekte ethnischer Segregation sind nicht nur abhängig vom Grad der Konzentration einer Migranten-Gruppe, sondern auch von der „institutionellen Vollständigkeit“ einer ethnischen Kolonie - und vor allem von der Dauer des Lebens eines Migranten in ethnisch stark segregierter Umgebung. Die bloße Existenz von ethnischer Konzentration lässt noch keine Schlüsse auf ihre Effekte zu. Denn diese können sowohl positiv als auch negativ sein.

Positive wie negative Effekte können aber auch simultan oder nacheinander auftreten. Positive Wirkungen werden vor allem in der sozialen Einbettung in der ersten Zeit nach der Ankunft im Aufnahmeland gesehen, die für eine Stabilisierung der Identität, für informelle Unterstützungen und für eine Orientierung in der fremden Umgebung sorgt (Binnenintegration). Negative Wirkungen werden im Mangel an Kontakten zur Mehrheitsgesellschaft gesehen, der den Akkulturations- oder Assimilationsprozess bremsen oder verhindern kann (Integrationshindernis). Die ethnische Konzentration wird dann wie ein undurchlässiger Mantel gedacht, der keine Zirkulation von Kommunikation und Interaktion zulässt.

Das Ausmaß räumlicher Segregation bzw. Konzentration von ethnischen Minderheiten bzw. ausländischen Bewohnern in deutschen Städten ist nach internationalen Maßstäben vergleichsweise gering. Dennoch gibt es, insbesondere in Großstädten, Quartiere, die durch einen relativ hohen Anteil von Bewohnern mit Migrationsgeschichte geprägt sind. Solche Stadtteile weisen mit der Zeit auch ein stark durch die dort wohnende Minderheit geprägtes Erscheinungsbild auf. Diese Tatsache erregt

offenbar häufig das Missfallen einheimischer Stadtbewohner, das durch Annahmen zu negativen Effekten ethnischer Segregation legitimiert werden soll.

Wirkungen empirisch

Dass ethnische Kolonien Integration behindern, stützt sich vor allem auf die Annahme, dass weniger Kontakte mit Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft zustande kämen - dass aber gerade diese Kontakte Voraussetzung für Integration sind. Aus der Forschung über interethnische Interaktionen geht hervor, dass diese umso häufiger zu beobachten sind, je ähnlicher sich die sozio-ökonomischen Status der Kontaktpartner sind - und zwar unabhängig von räumlicher Nähe. Räumliche Nähe kann die soziale Distanz zwischen Menschen nicht neutralisieren, bei vorhandenen günstigen sozialen Voraussetzungen jedoch Kontakte erleichtern. Räumliche Distanz verhindert nicht soziale Kontakte, und andererseits erzeugt räumliche Nähe nicht automatisch Kontakte. Plakativ formuliert: Es kommt bei Kontakten darauf an, „wer du bist“, und nicht „wo du wohnst“.

In Deutschland wurde bisher noch nicht untersucht, ob es ethnische Kolonien gibt, in denen ihre Bewohner auf Dauer wohnen. Daher wissen wir nicht, ob es sich bei den vorhandenen ethnischen Konzentrationen um Durchgangsstationen mit dem Effekt einer Integrationsförderung handelt, oder um Sozialräume, die sozial und kulturell von der Mehrheitsgesellschaft isoliert sind. Über das Binnenleben von räumlich konzentriert wohnenden ethnischen Gruppen wurde in Deutschland bisher nicht geforscht. Sämtliche Aussagen über negative Wirkungen von ethnischer Segregation sind empirisch bisher nicht belegt.

Das Gefühl von Fremdheit, das Quartiere mit hohen Anteilen von Migranten und mit ethnisch geprägtem Erscheinungsbild bei der einheimischen Bevölkerung erzeugen, bewirkt offenbar eine generelle Überschätzung der damit einhergehenden Effekte.

Die bisherigen Studien deuten darauf hin, dass vor allem Migranten mit einem geringen Sozialstatus und geringem Bildungsniveau in ethnisch homogenen Umwelten wohnen. Ethnische Segregation ist in der Regel offenbar zugleich soziale Segregation. Haushalte mit niedrigem Sozialstatus sind aufgrund ihrer geringen Ressourcenausstattung in ihren Kontakt- und Aktionsräumen stark lokal orientiert, und sie sind auch stärker auf die lokalen Netze angewiesen. Sie bilden somit einen Kontext, dem sie selbst am stärksten ausgesetzt sind.

Wo Kontexteffekte festgestellt wurden, wurden sie - für Migranten ebenso wie für Einheimische - vor allem für Unterschichten festgestellt. Mit steigendem Bildungsgrad und höherer beruflicher Qualifikation sinkt der Anteil von gleichethnischen Bewohnern in der Wohnumgebung. Dies entspricht bewährten Annahmen der Migrationssoziologie, die von einer wachsenden Akkulturation und Individualisierung von Migranten bei zunehmender beruflicher Integration ausgeht.

Moderne Kommunikations- und Transportmittel binden den alltäglichen Verkehrskreis heute nicht mehr an die lokale Umgebung, daher hat die Bedeutung von Nachbarschaft für soziale Beziehungen generell abgenommen. Für Kinder und Jugendliche behält sie jedoch eine große Bedeutung. Die Nachteile ethnischer Konzentration bestehen für Jugendliche mit niedrigem Bildungsstatus und geringer Ressourcenausstattung in Perpetuierung und „Vererbung“ von kultureller Distanz und damit in einer Behinderung von Integrationsprozessen durch mangelnde Sprachkenntnisse. Sie leben in größerer Distanz zur Mehrheitskultur - möglicherweise über Generationen hinweg.

Segregation oder Mischung?

Ethnische Segregation wird von den Migranten selbst überwiegend nicht gewünscht. Segregation ist überwiegend das Ergebnis von Zuweisungs- und Diskriminierungsprozessen, auf die die Migranten wenig Einfluss haben. Die von vielen Politikern immer wieder vorgetragene Forderung, man solle ethnische Segregation bzw. Konzentration vermeiden und stattdessen eine (gar als „gesund“ apostrophierte) unauffällige Verteilung der Migranten über die Stadtteile anstreben, befördert eine Stigmatisierung derjenigen Viertel, die sich gegenwärtig durch einen hohen Migrantenanteil auszeichnen. Dadurch wird die soziale und kulturelle Abgrenzung eher verstärkt, als dass Brücken zwischen ethnisch geprägten Gebieten und der Mehrheitsgesellschaft gebaut würden.

Der Nachteil der räumlichen Konzentration kann aber insofern auch in einen strategischen Vorteil verwandelt werden, als es möglich ist, bei Bildungsprozessen und beim Erlernen von Kulturtechniken gezielt bei jenen Migrantengruppen anzusetzen, die dabei die größten Defizite aufweisen - denn vor allem diese leben räumlich segregiert. Höhere Bildung ist, das zeigen alle Forschungsergebnisse, das wirksamste Mittel, um die Beschränkung auf eigenethnische, lokal enge Sozialbeziehungen aufzulösen und die Integration in die Mehrheitsgesellschaft zu befördern. Voraussetzung dafür sind allerdings Bildungsprozesse, die in frühem Alter ansetzen und die fehlenden kulturellen Ressourcen des Elternhauses zu kompensieren in der Lage

sind. Sprachförderung der Eltern ist dabei eine Voraussetzung für den schulischen Erfolg der Kinder.

Die Vorteile ethnischer Kolonien (Binnenintegration) können genutzt werden, ohne dass die befürchteten Nachteile (Mobilitätsfalle) zur Geltung kommen, wenn die Wahlmöglichkeiten der Bewohner vergrößert werden - wenn also die freiwillige Segregation nicht in eine erzwungene führt. Dies hieße, die Zugangsmöglichkeiten zu den Segmenten des Wohnungsmarktes zu verbessern, die bisher offenbar noch weitgehend verschlossen sind.

Ob die räumliche Konzentration von Migranten Integration eher behindert oder eher befördert, hängt einerseits vom Verhalten der Migranten selbst ab (Wohndauer, Interaktionen), andererseits aber auch vom Grad der Schließung bzw. Öffnung der Aufnahmegesellschaft. Integrationsmöglichkeiten und -geschwindigkeiten variieren mit dem Zeitpunkt der Ankunft in der Fremde - je nachdem, wie aufnahmefähig Wohnungs- und Arbeitsmarkt zu dieser Zeit sind. Ob räumliche Segregation Ein- oder Ausgrenzungen bewirkt, hängt also auch von dem schwer zu beeinflussenden Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit im marktwirtschaftlichen Wettbewerb und vom Zeitpunkt der Ankunft der Migranten ab.

0

N

o

ö

á

Wenn sich die ökonomischen, sozialen und kulturellen Umwelten offen zeigen, können ethnische Kolonien zu Durchgangsstationen werden, und nur dann kann die Ambivalenz solcher Räume zugunsten der Förderung von Integration aufgelöst werden.

Segregation steuern?

Die Steuerung der sozialräumlichen Verteilung der Migranten-Bevölkerung ist außerordentlich schwer. Die Städte könnten jene Prozesse, die zu Segregation führen, dennoch beeinflussen. Zu den vorhandenen Instrumenten gehören:

0

- die Steuerung der Verteilung durch die Vergabe von Wohnungen in jenen Beständen, für die die Kommunen Belegungsrechte haben;
- durch eine entsprechende Vergabepolitik von Wohnungsbaugesellschaften, die sich in öffentlichem Eigentum befinden;
- durch die Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt;
- durch die Förderung und Propagierung von Wohnprojekten, die ein interkulturelles Zusammenleben exemplarisch praktizieren wollen;

Die freiwillige Segregation, die faktisch nur schwer von der erzwungenen zu unterscheiden ist, braucht von der Stadtpolitik nicht beeinflusst zu werden, wenn sie nicht zur Verfestigung und ausgrenzenden Segregation von Haushalten mit geringem kulturellem und sozialem Kapital führt.

Die Steuerungsmöglichkeiten der Städte sind begrenzt, und sie nehmen kontinuierlich weiter ab. Immer mehr Städte bemühen sich, ihre kommunalen Wohnungsbestände zu verkaufen und ziehen sich damit als Akteur bei der Wohnungsversorgung zurück. Außerdem schrumpft der Bestand an Sozialwohnungen, auf die die Wohnungsämter noch Zugriff haben, jährlich stark. Diese Entwicklungen müssen dazu führen, dass sich diejenigen Haushalte, die auf subventionierte Wohnungen angewiesen sind, räumlich stark konzentrieren - und dass sich auch ethnisch diskriminierte Haushalte in bestimmten Teilgebieten sammeln.

Diese Entwicklungen stehen in krassem Gegensatz zu den sozialräumlichen Mustern, die von den meisten Politikern angeblich bevorzugt werden.

Schlussfolgerungen aus dem Projekt „Zuwanderer in der Stadt“

Segregation von Zuwanderern ist ein hochkomplexes und ambivalentes Problem, das eine Wanderung der Politik auf schmalen Grat verlangt. Ein einfaches Ja zu Segregation wäre naiv, ein einfaches Nein repressiv und kaum begründbar. Es geht aber auch nicht darum, an die Stelle einer Politik der Desegregation nun eine Politik der Förderung von Segregation zu setzen.

Die wichtigsten Ergebnisse des Zuwandererprojektes für die städtische Politik hinsichtlich der räumlichen Konzentration von Migranten sind:

1. Es besteht die Notwendigkeit, zu differenzieren:

Nach **Gebieten:** Kein Gebiet ist wie das andere. Was in einem innerstädtischen Altbauquartier mit einer dichten Mischung von Wohnen, kulturellen Einrichtungen und Betrieben überflüssig ist, kann in einem peripheren, monofunktionalen Wohngebiet notwendig sein.

scheidend ist, wer mit wem benachbart ist. Studenten kommen in der Regel eher mit Zuwanderern zurecht als Rentner und arbeitslose Jugendliche. Fatalerweise führen die Filtermechanismen auf den Wohnungsmärkten die Zuwanderer aber nicht in die Nähe von grün-alternativ angehauchten Akademikern, sondern in die Viertel der deutschen Verlierer des Strukturwandels. Sie sind am wenigsten in der Lage, mit der gleichgültigen Distanziertheit des gelernten Großstädtlers den Zuwanderer leben zu lassen wie er will oder gar mit neugieriger Toleranz auf ihn zuzugehen - im Gegenteil, Verlierer brauchen Sündenböcke, und Fremde waren immer schon besonders geeignet für diese Rolle. Kein Wunder, dass sich in solchen Quartieren aggressive Abgrenzung und ein konfliktbeladenes Nebeneinander entwickeln.

Auch **innerhalb der Migranten** ist zu differenzieren nach Herkunftsland, Wanderungsmotiv, sozialem Status, Qualifikation, Lebensphase, Aufenthaltsdauer etc. Die japanische Kolonie in Düsseldorf macht niemandem Sorge, im Gegensatz etwa zur Dominanz von Arabern ohne Ausbildung in einem dicht bebauten innerstädtischen Quartier. Das heißt, dass die Ethnisierung sozialer Probleme vermieden werden muss.

Nach **Ursachen der Segregation**: Sozial durch Diskriminierung oder ökonomisch durch mangelnde Kaufkraft erzwungene Konzentration einer Gruppe in einem Wohngebiet ist, wie das die Wohnungspolitik und der Städtebau in der BRD von Anfang an versucht haben, zu vermeiden. Eine von den Zuwanderern gewünschte Nachbarschaft mit den eigenen Verwandten oder auch nur mit Menschen ihrer Religion und ihrer Lebensweise dagegen sollte nicht behindert werden. Besser ein ethnisch homogenes aber sozial differenziertes Wohngebiet, in dem neu Zugewanderte mit bereits gut integrierten und sozial/ökonomisch aufgestiegenen der früheren Zuwanderergenerationen zusammenwohnen, als ein sozial homogenes Unterschichtquartier, das ethnisch gemischt ist. Belegungspolitik muss also differenzieren, d. h. zum Beispiel darauf achten, wer mit wem zusammenkommt. Grundregel: soziale Segregation vermeiden, kulturelle zulassen und generell auf den Einzelfall achten.

- Nach **Prozessen der Segregation**: Heute ergibt sich die Konzentration einer problembeladenen Gruppe ebenso durch die Abwanderung von Haushalten, die sich Mobilität leisten können, wie durch den Zuzug von Angehörigen der Problemgruppe. Auf entspannten Wohnungsmärkten ist es völlig illusorisch, auf Mischung durch die Zuwanderung besser gestellter Haushalte in problemati-

sche Gebiete zu setzen. Erfolgsversprechend ist am ehesten eine Politik, die verhindert, dass sozialer Aufstieg von Ansässigen, Einheimischen wie Zugewanderten, zu deren Fortzug führt. Dazu sind differenzierte Wohnmöglichkeiten im Gebiet, ein attraktives Wohnumfeld, bessere öffentliche und private Dienstleistungs- und Güterangebote und vor allem gute Schulen nötig - also durchaus im Horizont der Stadtentwicklungspolitik liegende Maßnahmen, aber sie sollten mit realistischen Zielen eingesetzt werden. Viel ist bereits erreicht, wenn selektive Abwanderung und damit negative Karrieren eines Stadtteils unterbunden werden.

2. Quotierungen und ähnliche pauschale Regeln sind:

- **Wissenschaftlich nicht begründbar:** in Frankfurt am Main haben heute bereits 38% der Einwohner Migrationshintergrund, hier könnte die Quote also allenfalls ab 40% angesetzt werden. In ostdeutschen Städten mit einstelligen Migrantenanteilen könnte sie bei 10% liegen. Aber richtet sich die Reaktion der Einheimischen jeweils nach dem örtlichen Durchschnitt, so dass was in Frankfurt am Main verträglich ist, in Oldenburg oder Leipzig zu ethnisch geprägten Konflikten führen würde? Nach den üblichen Annahmen über Tippingpoints müsste Frankfurt von radikaler Segregation geschüttelt sein. Wie also soll eine irgend verlässliche Basis für die Bestimmung von „zulässigen“ Quoten gewonnen werden?
- **Unrealistisch und unwirksam:** Nur wenige Wohnungseigentümer verzichten auf Mieteinnahmen, um Quoten einzuhalten. Sobald Leerstände in größerem Umfang auftreten, wird von den meisten Eigentümern kaum noch von „gesunder Mischung“ geredet, sondern genommen, wer kommt. Quotierungen sind ökonomisch hinnehmbar unter Bedingungen von Wohnungsknappheit. Das aber ist in immer weniger Kommunen der Fall. Insbesondere die neu auf den deutschen Wohnungsmärkten auftretenden internationalen Investoren akzeptieren jeden Bewerber für ihre leer stehenden Wohnungen, um ihre Mieteinnahmen zu erhöhen, wobei die sozialstaatlichen Absicherungen des Wohnens durch Wohngeld und Mietübernahme von nicht marktfähigen Gruppen gerade auch solche Haushalte als verlässliche Zahler interessant machen.
- **Integrationshemmend:** Dort wo Quoten überhaupt praktikabel sind, d. h. unter Bedingungen der Wohnungsknappheit, haben sie nur die Funktion, die jeweils eigenen Bestände von unerwünschten Mietern freizuhalten, aber das wird erkauf mit verschärfter und erzwungener Segregation an anderen Standorten.

Denn durch die Sperrung des eigenen Bestandes werden ja nicht kompensatorisch an anderen Standorten andere Bestände für die draußen Gehaltene zugänglich. Im Gegenteil: Quotierungen verengen willkürlich einen Markt, der eh schon extrem verengt ist. Außerdem wird dadurch die Bildung von sozialen Hilfsnetzen unter den Migranten, auf die diese besonders angewiesen sind, erschwert.

3. Maximen städtischer Integrationspolitik:

Potenziale identifizieren. In Deutschland wird unter dem Stichwort Integration meist nur ein Problem verstanden. Die Probleme und Hemmnisse der Integration sollen erkannt und den betroffenen Problemgruppen und Problemgebieten soll in wohlmeinender Fürsorglichkeit geholfen werden, sie zu überwinden. Dabei gerät in den Hintergrund, dass es auch Potenziale der Integration gibt: Ressourcen, über die die Zuwanderer verfügen, Akteure, die bereit und fähig sind, sich im Integrationsprozess zu engagieren, Gruppen, die sich erfolgreich integriert haben und deshalb Mentorenfunktion für Neuankömmlinge übernehmen können, soziale Strukturen im Stadtteil, die bereits Integration leisten. Integrationspolitik muss neben den Schwierigkeiten der Integration auch die Potenziale und möglichen Alliierten im Stadtteil identifizieren, die für den Integrationsprozess mobilisiert werden können. Die Richtlinien und Kriterien der Förderprogramme verleiten aber dazu, durch Dramatisierung des eigenen Elends um Gelder und öffentliche Aufmerksamkeit zu konkurrieren statt auch mit Ideen und Potenzialen zur Bewältigung der Probleme.

Alle Bewohner. Nicht nur Zuwanderer haben Integrationsprobleme, auch Deutsche sind von Ausgrenzung bedroht. Oft wirken Zuwandererfamilien im Stadtteil stabilisierend, während deutsche Haushalte besondere Schwierigkeiten machen. Ausgrenzung betrifft Einheimische wie Zugewanderte, also müssen alle Bewohner eines Stadtteils als Adressaten einer Integrationspolitik angesprochen werden.

Die ganze Stadt. Einwanderungsquartiere erfüllen eine Funktion innerhalb der Stadt und ihre Entwicklung ist über Wanderungsbewegungen und den Immobilienmarkt mit der Entwicklung der ganzen Stadt verflochten. Integrationspolitik kann sich nicht räumlich auf einzelne Stadtteile beschränken.

Kommunikation. Menschen hilft man mit Menschen, nicht **mit** Mauersteinen. Bauvorhaben können Kristallisationspunkte und Infrastrukturen für Integrationsprozesse bieten, aber Integration ist in erster Linie eine Kommunikationsaufgabe, keine Bauaufgabe.

Qualifizierung. Wichtig ist, das Personal von Kommunen, Wohnungsbaugesellschaften, der Polizei, Schulen, Kindergärten, generell aller Einrichtungen für den Umgang mit Zuwanderern auszubilden. Vielerorts wird auch versucht, mehr Personal mit Migrationshintergrund zu beschäftigen.

Prävention. Integration muss früh einsetzen. Wenn die deutschen oder türkischen Mittelschicht Haushalte bereits fortgezogen sind, fehlen die Akteure im Quartier, die als Alliierte fungieren können. Solange das Viertel noch nicht stigmatisiert ist, ist Aufwertung erfolversprechender.

Monitoring. Die bloße Tatsache, dass die Situation der Zuwanderer schlechter ist als die der Deutschen, ist noch kein Beleg für das Scheitern von Integration. Integration wie Ausgrenzung sind Prozesse. Entscheidend ist nicht die Situation zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern der Trend: verringern oder vergrößern sich die Abstände zu den Deutschen? Die Städte benötigen deshalb ein Beobachtungssystem, das Entwicklungstendenzen erkennen lässt. Deshalb sind Status-Cluo-Beschreibungen wenig hilfreich. Die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit in einer ethnischen Gruppe höher liegt als der Durchschnitt der Stadt, ist wenig aussagekräftig. Eine Arbeitslosenquote unter jugendlichen Zuwanderern von 20% bedeutet etwas ganz anderes je nachdem, ob diese Quote früher sehr viel höher war, also allmählich sinkt, oder ob sie eine Stufe auf einem Abwärtstrend darstellt. Entscheidend sind Verlaufsdaten und qualitative Informationen, die Auskunft geben, ob eine Gruppe sich in Richtung auf die Mitte der Gesellschaft bewegt oder an deren Rand. Das Gleiche gilt für die Beschreibung von Gebieten. Hier sind Informationen über Zu- und Wegzüge und über interne soziale Mobilitätsprozesse aussagekräftiger als Beschreibungen von Zuständen im Vergleich zum städtischen Durchschnitt oder anderen Bezugsgrößen, denn die Karriere eines Gebietes wird durch interne und externe Mobilitäten bestimmt. Neben Verlaufsdaten sind qualitative Informationen von Experten, die in ihrer Tagesarbeit mit Zuwanderern zu tun haben, für ein solches Frühwarnsystem von Bedeutung. Ob sich Konflikte in einem Gebiet anbahnen, lässt sich so sehr viel genauer und rechtzeitiger erfahren. Die Daten, die von der amtlichen Statistik und aus dem laufenden Verwaltungsvollzug verfügbar sind, kommen obendrein meist zu spät

für eine Politik, die negative Karrieren von Gebieten oder Gruppen verhindern will.

Ethnische Ökonomie. Sie ist von großer ökonomischer und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung gerade für Zuwanderer, sie füllt Lücken der Versorgung nicht nur mit Dienstleistungen und Gütern, die den Bedürfnissen der Zuwanderer entsprechen, sondern auch in der Nahversorgung der einheimischen Bevölkerung. Ethnische Ökonomien sind stark lokal gebunden hinsichtlich ihrer Arbeitskräfte und ihrer Absatzmärkte, sie sind daher durch kommunale Politik auch leichter zu steuern.

Erweiterung der Optionen der Migranten auf dem Wohnungsmarkt. Statt einer wie immer wohlmeinenden Lenkung des Wohnstandortverhaltens von Zuwanderern sollten durch Wohngeld, differenziertes Wohnungsangebot in allen Teilen der Stadt und Antidiskriminierungspolitik die Möglichkeiten der Zuwanderer gestärkt werden, selber darüber zu entscheiden, wo und in wessen Nachbarschaft sie wohnen.

Verbesserung des Schulsystems. Demnächst werden bis zur Hälfte der jüngeren Arbeitskräfte Migranten oder Kinder von Migranten sein. Wenn sie weiterhin so miserabel ausgebildet sein sollten wie heute, wird das nicht nur die Chancen der Integration beeinträchtigen, sondern auch die wirtschaftlichen Perspektiven der Städte. Deutschland hat in der Konkurrenz um qualifizierte Arbeitskräfte auf dem Weltmarkt keine guten Karten. Greencard-Strategien sind hier wenig erfolgversprechend. Es müssen deshalb die ansässigen Bildungsreserven mobilisiert werden, und die Kinder mit Migrationshintergrund werden einen immer größeren Teil dieses Potenzials ausmachen.

4. Rahmenbedingungen des Gelingens

Kontinuität. Integration ist ein langer Prozess, er benötigt die Lebensspanne dreier Generationen und er beginnt mit jedem Zuwanderer aufs Neue. Integrationspolitik braucht Verlässlichkeit und das heißt stabile Institutionen. Die Tendenz, kurzfristig Projekte anzustoßen, die dann nach viel zu kurzen Laufzeiten wieder eingestellt werden, frustriert die engagierten Betreiber und untergräbt das Vertrauen der Adressaten.

Karrierechancen. Engagierte und qualifizierte Personen lassen sich nur gewinnen, wenn man mit dem Thema auch beruflich weiterkommen kann.

Kooperation. Die dauerhafte Vernetzung der relevanten Akteure, insbesondere auch mit außerhalb der Verwaltung stehenden Kooperationspartnern, ist eine wesentliche Voraussetzung für effektive Integrationsmaßnahmen.

Keine Privatisierung. Mit dem Verkauf ehemals gemeinnütziger oder im kommunalen Besitz befindlicher Wohnungsgesellschaften laufen die Kommunen Gefahr, wichtige Partner einer sozial verantwortlichen Stadtentwicklungspolitik zu verlieren. Wo in den Gebieten des Zuwandererprojekts von internationalen Investoren aufgekaufte Wohnungsgesellschaften tätig waren, waren diese für Integrationsmaßnahmen nicht ansprechbar. Ein marktfernes Segment der Wohnungsversorgung, möglichst dezentral organisiert, ist eine wichtige Ressource der städtischen Integrationspolitik. Globalisierung des deutschen Immobilienmarkts bedeutet auch eine Verengung des Handlungsspielraums einer städtischen Integrationspolitik

Legitimation. Wichtig ist der Rückhalt durch die politische Spitze (wie in Nürnberg) und durch das Stadtparlament (wie in Mannheim). In einigen Städten, die am Zuwandererprojekt beteiligt waren, scheute die Verwaltung davor zurück, ihre Maßnahmen auf politischer Ebene allzu bekannt werden zu lassen aus Furcht, das könnte eher Gegenwind zur Folge haben. Die Verwaltungen sind zuweilen besser als das (öffentliche) politische Bewusstsein. Bislang kann man mit dem Thema keine Wahlen gewinnen, also: Kommunales Wahlrecht für Migranten, die eine Mindestzeit (5 oder 10 Jahre) in der Kommune ansässig sind.

Zeit. Integration ist eine Daueraufgabe, und sie muss sofort begonnen werden. Die Kommunen dürfen nicht den Fehler der Bundesrepublik, die 40 Jahre zu spät realisiert hat, dass Deutschland Einwanderungsland ist, auf städtischer Ebene wiederholen.

Geld und zwar viel, dauerhaft und möglichst frei verfügbares Geld.

Literaturverzeichnis

Altport, Gordon W. 1954: *The nature of prejudice*. Cambridge, Mass.: Addison-Wesley

Alpheis, Hannes 1988: *Kontextanalyse*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts Verlag.

Amir, Y. 1969: *Contact Hypothesis in Ethnic Relations*. In: *Psychological Bulletin* Vol. 71, Na 5, S. 319-342

Böltkén, Ferdinand 2000: *Soziale Distanz und räumliche Nähe - Einstellungen und Erfahrungen im alltäglichen Zusammenleben von Ausländern und Deutschen im Wohngebiet*. In: R. Alba; P Schmidt; M. Wasmer (Hg.), *Blickpunkt Gesellschaft 5. Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag S. 147-194

Breton, Raymond 1965: *Institutional Completeness of Ethnic Communities and the Personal Relations of Immigrants*. In: *American Journal of Sociology*, Vol 70, No. 2, S. 193-205

Buck, Nick 2001: *Identifying neighbourhood effects an social exclusion*. In: *Urban Studies*, Vol. 38, No. 12, S. 2251-2275

Esser, Hartmut 2006: *Sprache und Integration*. Frankfurt a. M: Campus Verlag

Esser, Hartmut; Friedrichs, Jürgen (Hg.) 1990: *Generation und Identität*. Opladen: Westdeutscher Verlag

Farwick, Andreas 2006: *Segregation und Eingliederung. Zum Einfluß der räumlichen Konzentration von Zuwanderern in städtischen Gebieten auf den Eingliederungsprozess*. Bremen: Habil.schrift, FB 8

rn

- Festinger, Leon; Schachter, Stanley, Back, Kurt 1950: *Social Pressures in Informal Groups. A Study of Human factors in Housing*. New York: Harper

Hahnhörster, H., Mölder, M. 2000: *Konflikt und Integrationsräume im Wohnbereich*.

In:

á, Heitmeyer, W; Anhut, S. 347-400

Halullton, David L; Bishop, George 1976: *Attitudinal and behavioural Effects of Initial Integration of White Suburban Neighbourhoods*. In: *Journal of Social Issues*, 32. Jg., S. 47-67

- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter 2004: *Stadtsoziologie. Eine Einführung*. Frankfurt a. M: Campus Verlag

~

Heckmann, Friedrich 1981 : *Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland?* Stuttgart: Klett- Cotta

Heckmann, Friedrich 1992: *Ethnische Minderheiten*, Stuttgart: Enke

Nauck, Bernhard 1986: *Der Verlauf von Eingliederungsprozessen und die*

Binnenintegration von türkischen Migrationsfamilien. In: Hoffmeyer-Zlotnik, J. H. P (Hrsg.), Segregation und Integration - Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland. Berlin: OUORUM, S. 56-105

Nauck, Bernhard 1988: Sozialökologischer Kontext und außerfamiliale Beziehungen. Ein interkultureller und interkontextueller Vergleich am Beispiel von deutschen und türkischen Familien. In: J. Friedrichs (Hg.), Soziologische Stadtforschung. Sonderheft 29 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 310-327

Portes, Alejandro; Manning, Robert D. 1986: The Immigrant Enclave: Theory and Empirical Examples. In: S. Olzak; J. Nagel (Hg.), Competitive Ethnic Relations. Amsterdam: Academic Press

Spiegel, Erika 1998: Dichte. In: H. Häußermann (Hg.), Großstadt, Soziologische Stichworte. Opladen: Leske + Budrich

Integrationspolitische Steuerung der Kommunen — Beispiel Essen, Frankfurt am Main und Nürnberg

Wie Integration in den Städten gelingen kann, ist nicht nur abhängig vom Integrationswillen der Zuwanderer und der Offenheit der Stadtgesellschaft, sondern hängt auch maßgeblich davon ab, wie die Städte ihre Integrationspolitik organisieren, welchen Stellenwert sie ihr beimessen und welche Prioritäten in der Stadtpolitik gesetzt werden. Als ein Ergebnis aus dem Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ ist festzuhalten, dass viele Städte der Integrationspolitik noch zu wenig Bedeutung für ihre Zukunft beimessen und eher eine Art Fach- oder Klientelpolitik betreiben. Man agiert auf den Ebenen der Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- oder Kulturpolitik, setzt diese politischen Ebenen aber nicht in einen gesamtstädtischen Entwicklungskontext. Vor allem die Kommunalparlamente heben die Integrationspolitik noch nicht auf ihr Schild, sie dulden eher „wohlwollend“ das Agieren der Verwaltung in der Integrationsarbeit. Dabei sind viele gute und vorzeigbare Projekte entstanden, dies zeigt beispielhaft die im Rahmen des Projektes erarbeitete Publikation: „Voneinander lernen. Gute-Praxis-Beispiele stadträumlicher Integrationspolitik“ (siehe Veröffentlichungen im Rahmen des Projektes, S. 213).

Zuwanderer sind nicht nur ein Problem, sie sind auch eine Chance. Mit dieser Erkenntnis haben viele Städte ihre Integrationspolitik ganzheitlich ausgerichtet und neue, ressortübergreifende Steuerungsmodelle entwickelt. Wir haben die Städte Essen, Frankfurt am Main und Nürnberg gebeten, ihre integrationspolitischen Steuerungsmodelle beispielhaft in dieser Publikation vorzustellen. Die Beiträge sind im folgenden Abschnitt dokumentiert.

Dr. Helmuth Schweitzer, RAA/Büro für interkulturelle Arbeit der Stadt Essen

Das Steuerungsmodell zur kommunalen Integrationspolitik für die Stadt Essen

Wer steuern will, muss das Ruder fest in der Hand haben. Die Kommunen in Deutschland - und damit auch die Stadt Essen - sind als „letztes Kettenglied“ der systemübergreifenden „Integrationsmaschine“ für alle Einwohner mit einem Dilemma konfrontiert: Sie müssen um ihrer eigenen Zukunft willen offensiv für Integration und gegen Segregationsprozesse und Ausgrenzungsmechanismen tätig werden, ohne dafür die eigentlich notwendigen administrativen und - neuerdings insbesondere auch finanziellen - Steuerungsinstrumente zur Verfügung zu haben. Das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Lebensstilen in demokratischen Rechtsstaaten unter ungleichen Bedingungen des Zugangs zu Macht und fehlender gegenseitiger Anerkennung bringt Rangordnungs-, Verteilungs- und Regelkonflikte mit sich, die nur dann mit demokratischen Mitteln friedlich auszuhandeln sind, wenn es den Kommunen gelingt, die Aushandlungsprozesse transparent zu gestalten und alle in diesem Feld tätigen bzw. zuständigen Institutionen daran zu beteiligen.

Die bisherigen Erfahrungen in Essen zeigen, dass eine solche partizipative Entwicklung und kontinuierliche Umsetzung eines städtischen Gesamtkonzepts zur interkulturellen Orientierung der Verwaltung am ehesten erfolgreich sein kann, wenn systematisch Prinzipien der neuen Verwaltungssteuerung mit Hilfe eines strategischen Managementsystems angewandt werden. Im Kern bedeutet dies, im Rahmen der ohnehin notwendigen Verwaltungsmodernisierung das Prinzip der Kundenorientierung in allen Fachbereichen auch systematisch auf die Angehörigen der sprachlich-kulturellen Minderheitengruppen der Kommune und das Zusammenleben mit den Einheimischen in wechselseitiger Zufriedenheit anzuwenden. Dazu ist das Qualifikationsprofil der gesamten Belegschaft auf die neuen Anforderungen an Dienstleistungsqualität durch Erhöhung ihrer interkulturellen Kompetenz neu auszurichten. Dies bezieht sich sowohl auf das vorhandene einheimische und nicht-deutsche Personal wie auch auf die Einstellung von neuen mehrsprachigen Fachkräften.

Entwicklung, Umsetzung und Controlling des „Konzepts für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen“

Das im Frühjahr 1999 vom Rat der Stadt einstimmig verabschiedete „Konzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen“ und das gleichzeitig beschlossene Controlling-Modell sind nicht „vom Himmel gefallen“, sondern das Ergebnis der 25-jährigen Arbeit eines interkulturellen, auch informell funktionierenden, aber formal gestützten Netzwerkes von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung, der Universität Essen und Repräsentanten von Migrantenselbstorganisationen. Dieses Netzwerk wurde politisch zunächst durch die langjährige Mehrheitsfraktion und seitdem durch alle im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen unterstützt.

Maßgeblich für die Entstehung und die laufende Weiterentwicklung des Steuerungsmodells bis heute ist die Überzeugung, dass nur durch kontinuierliche, institutionell gesicherte Beteiligung aller in der Integrationsarbeit tätigen Multiplikatoren innerhalb und außerhalb der Verwaltung der gemeinsam erarbeitete Kurs im Sinne einer nachhaltigen Zielerreichung eingehalten werden kann.

So waren bei der Erstellung des Konzepts im Rahmen eines zweijährigen Diskussionsprozesses zwischen 1995-1999 die zentralen Akteure aus den Jugend- und Wohlfahrtsverbänden, den Migrantenselbstorganisationen und dem Ausländerbeirat, den Ratsfraktionen, den städtischen Verwaltungsdienststellen, der Schulaufsicht, dem Arbeitsamt, den Wirtschaftsverbänden, der Wissenschaft und der Polizei beteiligt. Diese Akteure selbst haben auf einer Vielzahl möglicher Themenfelder zentrale Bereiche zur Bearbeitung ausgewählt: Elementarerziehung, Schule, Kinder- und Jugend-, Arbeit, soziale Beratung sowie Seniorenarbeit, Qualifizierung und Beschäftigung,

Wohnen, Jugendkriminalität und interkulturelle Konflikte.

Steuerungsrelevant ist der dabei vollzogene doppelte Perspektivenwechsel. Zum einen geht es um den Übergang von der traditionellen Ausländerarbeit hin zur interkulturellen Orientierung: Einheimische wie Zugewanderte werden dabei angesprochen, durch gegenseitige Annäherung zu lernen, mit Unterschieden umzugehen und Gemeinsamkeiten festzustellen.

Zum anderen ist dieser interkulturelle ganzheitliche, über die Stadtverwaltung hinausreichende Blick auf die Prozesse des Zusammenlebens in der Stadt verbunden mit dem Übergang von der traditionellen zur neuen Verwaltungssteuerung im gesamten „Konzern Stadt Essen“: Die mit dem Ratsbeschluss erfolgte Festlegung eines Konzernziels „Ausbau der interkulturellen Orientierung“ aller kommunalen Dienstleistungen lässt sich nur im Rahmen eines gesamtstädtischen strategischen Managementsystems realisieren. Die in der Originalfassung des interkulturellen Konzepts

von 1999 beschriebenen Leitlinien geben das Ziel vor, aus dem der Kurs zu dessen Erreichung abgeleitet wird durch Definition von ausgewählten Problemfeldern und Handlungsschwerpunkten mit den jeweiligen Einzelmaßnahmen

Leitlinien von 1999

Gemeinsames Leben und Lernen von Einheimischen und Zuwanderern unter

Einbeziehung unterschiedlicher Lebenserfahrung ermöglichen.

Kulturell bedingte Verhaltensweisen jedes Einzelnen akzeptieren, verständlich und nachvollziehbar machen.

Interkulturelle und soziale Konflikte mit demokratischen Mitteln lösen.

Keine Anpassung fremder Kulturen an die eigene, sondern Austausch und Entwicklung neuer Gemeinsamkeiten fördern.

Potenziale nutzen statt Unterschiede und Defizite zu betonen.

Als Voraussetzung zur Zielerreichung werden zwei Rahmenbedingungen aufgeführt:

Eigen-ethnische Strukturen (sowohl in den Stadtteilen als auch in den Migrantenselbstorganisationen) akzeptieren.

Benachteiligungen abbauen und gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben unterstützen.

Das Kernelement dieser Controlling-Struktur sind einerseits thematische Entwicklungsarbeitsgruppen (EAGs) und zum anderen eine Steuerungsgruppe.

Auf der Ebene der thematischen Entwicklungsarbeitsgruppen sind die städtischen wie nichtstädtischen Fachleute aus den unterschiedlichen Bereichen in drei Formen an der laufenden Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzepts beteiligt:

in den EAGs, die eigens für die ausgewählten und für die seit 1999 zusätzlich vom Rat beschlossenen Handlungsschwerpunkte eingerichtet sind (u. a. Migrationswirtschaft, Gesundheit, interkulturelle Kulturarbeit),

über bereits bestehende Arbeitsstrukturen (wie u. a. die in der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes), die Funktionen einer Entwicklungsarbeitsgruppe wahrnehmen,

in zeitlich befristeten Arbeitsgruppen.

Diese EAGs haben den Auftrag, einerseits die Umsetzung der vom Rat beschlossenen Maßnahmen fachlich zu begleiten und gleichzeitig innovative Handlungsansätze in ihren jeweiligen Fachbereichen zu entwickeln und sie dann in die Steuerungsgruppe einzubringen.

Die Steuerungsgruppe bildet das Kernstück der Controlling-Struktur für die Umsetzung des Konzepts. Sie wird von dem für das Konzernziel „Interkulturelle Orientierung der Verwaltung“ zuständigen Verwaltungsvorstand für den Geschäftsbereich Soziales und Gesundheit geleitet. Sie besteht aus den Vertretern aller Ratsfraktionen und dem Migrationsbeirat, der Polizei, der Schulaufsicht und den Leitern der jeweiligen thematischen Entwicklungsarbeitsgruppen (u. U. auch nichtstädtischen Akteuren) aus den einzelnen Handlungsfeldern.

Die Steuerungsgruppe dient der Prozesssteuerung und der Koordination zwischen Politik und Verwaltung. Hier werden Strategien zum Ausbau der interkulturellen Orientierung entwickelt und Maßnahmenvorschläge nach Prioritäten und nach dem notwendigen Finanzbedarf bzw. den notwendigen Zeitplänen beraten und für die Entscheidungsgremien empfohlen. Dazu gehört auch die Bewertung des Verlaufs und der Perspektiven der bereits beschlossenen und umgesetzten Maßnahmen im Rahmen eines jährlichen Umsetzungsberichtes. Dieser Bericht wird von der für die Prozessverantwortung des Konzepts zuständigen Fachdienststelle RAA/Büro für interkulturelle Arbeit, die direkt dem Geschäftsbereich Soziales und Gesundheit zugeordnet ist, erstellt. Dies geschieht auf der Grundlage von jährlichen Selbstevaluationsberichten bzw. - soweit die Maßnahme mit Ressourcen zur externen Evaluation ausgestattet ist - im Zuge einer „kommunikativen Validierung“ mit den Maßnahmeträgern zusammen.

Grundlage dieses Evaluationsverfahrens in der Steuerungsgruppe ist der Konsens aller ihrer Mitglieder. Maßnahmen, über deren Bewertung kein Konsens erzielt werden kann, werden zunächst zurückgestellt und kommen in den „Speicher auf Wiedervorlage“. Kommunalpolitisch umstritten ist bislang - und dies ist nicht zufällig - eine Maßnahme zur Sicherung des Bleiberechts von meist über 20 Jahre in Essen lebenden bzw. hier geborenen Einwohnern libanesischer Herkunft mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Hier werden die durch Bundes- und Landesrecht vorgegebenen aufenthaltsrechtlichen Grenzen der Umsetzung von positiven Integrationsvoraussetzungen auf kommunaler Ebene deutlich.

Sowohl die Politik (Ratsfraktionen und Integrationsbeirat) als auch die Verwaltung sowie die externen Akteure und die Migrantenselbstorganisationen sind über das Amtsteuerungssystem bzw. über das mindestens jährliche Berichtswesen aller Verwaltungsvorstände (mit Hilfe der Balance Score Card) und über das politische Beschlussverfahren am Entwicklungs- und Steuerungsprozess für das interkulturelle Konzept beteiligt. Die RAA/Büro für interkulturelle Arbeit fasst die von den Entwicklungsarbeitsgruppen bearbeiteten Maßnahmenvorschläge einschließlich ihres

Finanz- und Zeitbedarfs zusammen und bringt sie in die Steuerungsgruppe zur Beratung ein. Mit der Empfehlung der Steuerungsgruppe werden dann die Vorlagen an die Fachausschüsse und in den Integrationsbeirat zur Beratung weitergeleitet. Der abschließende Fachausschuss ist seit Herbst 2004 der neu gebildete „Ausschuss für Zuwanderung und Integration“. Dort sind die durch Urwahl der wahlberechtigten Ausländer in Essen hineingewählten Listenvertreter mit je einem beratenden Mitglied als Sachkundige Einwohner vertreten.

Finanzierung

Grundlage für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen sind vier verschiedene Typen der Finanzierung:

Drittmittel (von Bund, Land, EU, Stiftungen, private Spenden) werden bislang überwiegend von der RAA/Büro für interkulturelle Arbeit für zwei- bis dreijährige innovative Projekte angeworben. Der entscheidende Indikator für den Erfolg dieser Modellmaßnahmen ist die Bereitschaft des Rates, erfolgreich evaluierte Modelle nach Auslaufen der Drittmittelförderung in das Regelsystem und auch in die Regelfinanzierung des einzelnen Fachbereichs bzw. des jeweiligen Maßnahmeträgers zu übernehmen.

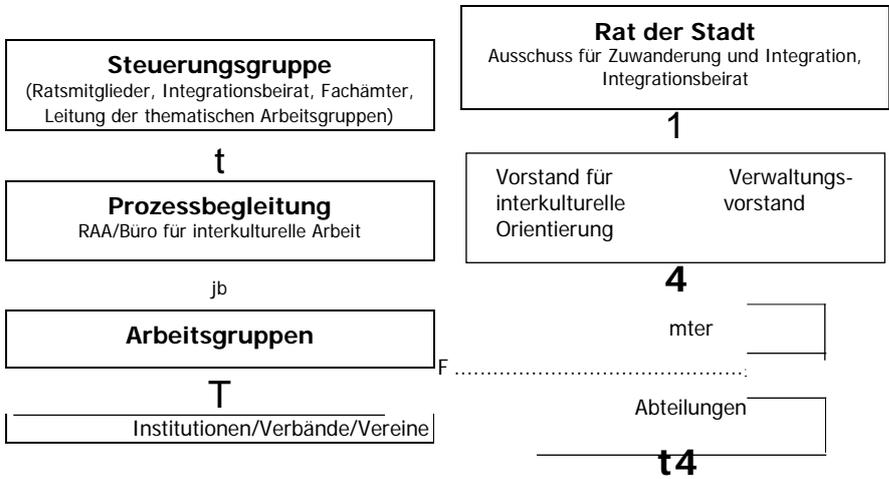
Dies geschieht im Wesentlichen durch eine zweite Form der Mittelbereitstellung, d. h. entweder durch:

- Umschichtung innerhalb der Dezernate/Geschäftsbereiche, viele der ersten von insgesamt im Jahr 2000 beschlossenen 70 Einzelmaßnahmen wurden jedoch durch Mittelbereitstellung aus dem laufenden Etat im Rahmen der bestehenden Haushaltsstellen in den jeweiligen Fachbereichen umgesetzt.

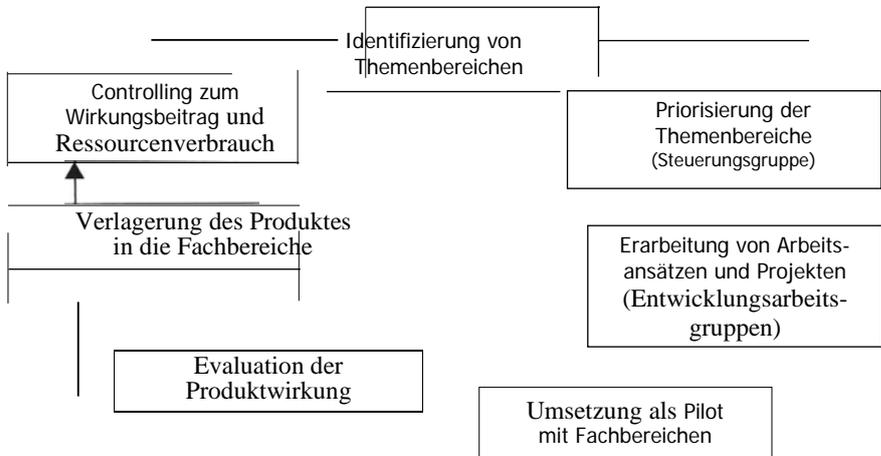
Inzwischen wird jedoch der größte Teil von innovativen Maßnahmen, die nicht im Budget der einzelnen Fachbereiche verankert sind, durch eine von der RAA /Büro für interkulturelle Arbeit verwaltete Haushaltsstelle „Ausbau der interkulturellen Orientierung“ finanziert (bislang 90% aus dem Geschäftsbereich Soziales und 10% aus dem Geschäftsbereich Bildung/Schule). Um aus diesem als „interne Drittmittel“ fungierenden Sondertopf Mittel zu erhalten, müssen die einzelnen Maßnahmen zunächst konzeptionell von der fachlichen Ebene getragen und anschließend von den Entwicklungsarbeitsgruppen beschlossen, dann von der Steuerungsgruppe als eindeutig prioritär benannt und dort im Konsens für die politische Beratung vorgeschlagen sein. Da die Finanzierung dieser Maßnahme aus dem „IKK Sondertopf“ zeitlich befristet ist, der Haushaltsansatz jedoch auch aus grundsätzlicher Erwägung heraus im

Jahre 2006 auf 1,5 Mio. Euro festgeschrieben wurde, wird gegenwärtig in der Steuerungsgruppe an einem Modell gearbeitet, das in 10 Stufen den Kreislauf der Entwicklung einer innovativen Maßnahme von der Idee bis zur Überführung der Finanz- und Personalverantwortung in die jeweiligen Regelsysteme beschreibt. Dieses Innovationsmodell soll das Zusammenspiel von der RAA/Büro für interkulturelle Arbeit als „Innovationsagentur“, den Fachbereichen der Regelsysteme und der Politik verbindlich regeln. Die Art und Gewichtung der innovativen Maßnahmen, die vollständig ins Regelsystem überführt sind, wird dann der entscheidende Indikator für die in Essen realisierte „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“.

Zu
and
erer
in
der
Sta
dt
Teil
II 1
Inte
grat
ions
polit
isch
e
Ste
uer
ung
der
Ko
mm
une
n:
Beis
piel
Ess
en
126



Ry ca Einzelmaßnahmen/Projekte Cle



Helga Nagel, Leiterin des Amtes für
multikulturelle Angelegenheiten, Frankfurt am
Main

Der Frankfurter Weg - Strategien einer kommunalen Integrationsarbeit

Mit der Integrationspolitik von Frankfurt am Main sind aufgrund geschichtlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen besonders hohe Erwartungen und Anforderungen verbunden.

Ein Blick auf die Frankfurter Stadtgeschichte macht deutlich, dass Zuwanderung und Integration eine lange Tradition haben: Frankfurt am Main ist als internationaler Verkehrsknotenpunkt seit Jahrhunderten eine Stadt der Begegnung von Menschen aus allen Himmelsrichtungen und verschiedensten Kulturen. Heute leben Menschen aus 175 Nationen in der Stadt, alle Religionen der Welt sind mit Gemeinschaften hier vertreten und beanspruchen das Recht, ihren Glauben frei auszuleben. Mit 24,7 Prozent Anteil an der Bevölkerung hat die Mainmetropole bundesweit den höchsten Ausländeranteil. Neuen statistische Berechnungen zufolge, die den Migrationshintergrund der hier lebenden Menschen berücksichtigen, nimmt die Anzahl der Einwohner mit familiärer Migrationserfahrung deutlich zu. Jährlich rund 4.000 Einbürgerungen, eine gleichbleibend hohe Zuwanderung aus dem Ausland, hohe Geburtenraten in Familien nicht-deutscher Herkunft sowie zunehmend binationale Eheschließungen ergeben eine ansteigend interkulturell geprägte Stadtgesellschaft, die insgesamt eine vielseitige moderne Integrationspolitik als kommunale Querschnitts- und Gesamtsteuerungsaufgabe zwingend notwendig macht.

Kommunale Integrationspolitik ist Querschnittsaufgabe

Früher als andere Kommunen hat Frankfurt am Main daher eine Steuerung der Integrationspolitik gesellschaftlich und konzeptionell umgesetzt und versteht bis heute Integration als bedeutende Querschnittsaufgabe der Zukunft. Vor allem die städtische Verwaltung hat die Rolle als Moderator des Integrationsprozesses übernommen und gestaltet diesen inhaltlich und organisatorisch funktionsübergreifend. Dies wurde 1989 durch die Einrichtung des Dezernats für multikulturelle Angelegenheiten (heute Dezernat Integration) und durch die Gründung des in der Verwaltung verankerten Amtes für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) politisch und organisatorisch hervorgehoben. Bei seiner Gründung war es einzigartig in Aufgabenstellung und Organisationsform und firmierte schon bald als „Frankfurter Modell“. Das inzwischen seit 18 Jahren bestehende Amt hat das Gesicht der Frankfurter Integrationspolitik nach innen und außen geprägt. Bis heute besuchen jedes

Jahr viele Gäste aus aller Welt, aber auch Frankfurter Studentengruppen oder Schulklassen das AmkA, um sich über das Amt und die Integrationsarbeit in Frankfurt zu informieren.

Steuerung, Vernetzung und Kooperation

In den 1990er Jahren wurden darüber hinaus weitere Organe und Instrumente zur Steuerung der Integrationspolitik und der Integrationsmaßnahmen geschaffen. Im Wechsel von Planung und Controlling integrationspolitisch sinnvoller Maßnahmen entstand ein stadtweit verzweigtes Netz von Kooperationen und Initiativen, das bis heute sehr gut funktioniert. Vernetzungsarbeit und eine hochprofessionelle Kommunikation auf allen Entscheidungs- und Handlungsebenen sind die unerlässlichen Voraussetzungen für die strukturelle Steuerung geplanter Integrationsmaßnahmen. Ohne die mittlerweile alle Einrichtungen und Stadtteile übergreifende Kommunikationsstruktur, die das Amt für multikulturelle Angelegenheiten in den vergangenen Jahren aufgebaut hat, wären viele Ansätze für gezielte Integrationsvorhaben nicht umsetzbar gewesen. In allen anstehenden Fragen kooperiert das AmkA mit einer Vielzahl von Vereinigungen und Organisationen, mit Kirchen und Religionsgemeinschaften, Arbeitgebern, Gewerkschaften, Migrantenvereinen und zahlreichen Privateinrichtungen.

Rund 120 Vereine - hauptsächlich Migrantenselbstorganisationen - werden jährlich durch Beratung, durch Fortbildungsveranstaltungen und finanziell gefördert, darunter 20 Einrichtungen, die, auch mit fachlicher und organisatorischer Unterstützung der Stadt, herkunftssprachlichen Unterricht anbieten.

Integrationskurse und Sprachförderung

Natürlich kann der Blick nicht nur einseitig auf die stadtgesellschaftlichen Voraussetzungen gerichtet sein. Vielmehr ändern sich auch die politischen Rahmenbedingungen und damit die Anforderungen an die Stadt und das Amt für multikulturelle Angelegenheiten. Beispielsweise führte das seit Anfang 2005 geltende Zuwanderungsgesetz zu einer Verlagerung der Zuständigkeiten im Hinblick auf die seit 2000 von der Kommune angebotenen bzw. vom AmkA organisierten Sprach- und Orientierungskurse für Neuzuwanderer. Im Sinne der Sprachförderung ist für Neuzuwanderer Deutschunterricht im Rahmen von Integrationskursen Pflicht. Die strukturelle Umsetzung liegt seit Anfang 2005 in der Hand der jeweiligen Ausländerbehörden bzw. wird zentral gesteuert im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

einen hohen Bedarf an Deutschkursen für länger hier lebende Migranten und Migrantinnen und hat bereits 2004 mit der Aufstockung des AmkA-Angebotes „Mama lernt Deutsch“ reagiert. Die Mama-Kurse wurden bisher jährlich aufgrund hoher Nachfrage erheblich ausgeweitet.

Antidiskriminierungsarbeit als Teil der Integrationsaufgabe

Auch mit der Gültigkeit des neuen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ergab sich für die Kommunen bundesweit erheblicher Handlungsbedarf. Frankfurt hat bereits Jahre zuvor eine Vorreiterrolle in der Antidiskriminierungsarbeit übernommen und diese 2004 sogar intensiviert. Mit einer eigenen städtischen Antidiskriminierungsrichtlinie, die im Rahmen einer groß angelegten Kampagne bekannt gemacht wurde, geht die Verwaltung bereits aktiv und präventiv gegen jegliche Form der Diskriminierung in ihren Behörden vor.

Nachbarschaft und Zusammenleben im Stadtteil

Neben der Antidiskriminierungsstelle unterhält die Stadt im AmkA auch eine stadtteilübergreifende Konfliktvermittlungsstelle. Bisher wurden dort rund 60 Bürgerinnen und Bürger als Vermittlerinnen und Vermittler für den freiwilligen Einsatz bei unterschiedlichen Konfliktformen, primär Nachbarschaftskonflikten in Frankfurter Stadtteilen, ausgebildet und eingesetzt. Für 2007 werden derzeit 15 neue Stadtteilvermittlerinnen und -vermittler geschult. Das AmkA hat zudem Schritte zu einer Netzwerkstruktur innerhalb der städtischen Nachbarschaften, aber auch zwischen den Säulen der Verwaltung unternommen. Durch dieses als Frühwarnsystem angelegte Netzwerk soll das Entstehen von Konflikten frühzeitig erkannt und nach Möglichkeit präventiv interveniert werden. In Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf werden zusätzliche Maßnahmen und Programme angewendet, zum Beispiel das im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ stadträumlich integrierte Projekt „Soziale Stadt Gallus“. Unter dem Titel „Zusammenleben im Stadtteil“ hat das AmkA Ende 2006 eine themenübergreifende Veranstaltungsreihe für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Stadtteilen bzw. Ortsbezirken ins Leben gerufen, die neben Strategien der Konfliktlösung auch die strukturelle Entwicklung von Frankfurter Stadtteilen vorantreiben möchte.

Grundlagenwissen und Monitoringverfahren

Um die Erfolge der eigenen Politik zu messen, aber auch die Defizite aufzuzeigen, um künftige Maßnahmen sinnvoll zu gestalten, wurde die „Studie zur Erforschung des Standes der Integration von Zuwanderern und Deutschen in Frankfurt am Main“ in Auftrag gegeben.

Dazu wurden unterschiedliche Methoden entwickelt und umgesetzt, nämlich: Auswertung der amtlichen Statistik, eine repräsentative Befragung von 18- bis 40-jährigen Zuwanderern, die entweder in Deutschland geboren wurden oder mindestens seit ihrem 12. Lebensjahr in Frankfurt leben (sog. Bildungsinländer), leitfadengestützte Interviews mit Akteuren und Bewohnern der drei untersuchten Frankfurter Stadtteile (Gallus, Bornheim, Untersuchungsgebiet im Norden der Stadt: Preungesheim, Eckenheim, Bügel, Frankfurter Berg).

Die Studie belegt, dass die Integration der Zuwanderer in den letzten Jahrzehnten wesentlich weiter gediehen ist, als man gemeinhin annimmt, dies auch aufgrund der planvollen Politik der Stadt. Nachweisbar gute Fortschritte lassen sich bereits aufgrund der Auswertung der amtlichen Statistiken für den Bildungsbereich feststellen. Die Quote der ausländischen Schüler und Schülerinnen, die ein Gymnasium oder eine Realschule besuchten, lag 1978 bei 33%, 1998 lag sie bei 62%.

Neben Fortschritten zeigten sich aber auch Hinweise auf Integrationsprobleme in den Bereichen Bildung, Arbeit und soziale Sicherung. Prekär ist insbesondere die soziale Lage der älteren Zuwanderer der ersten Generation und von Personen, die in den 1990er Jahren zugewandert sind. Jeder siebte jugendliche Ausländer schafft keinen Schulabschluss. Hier ist es notwendig, die Anstrengungen weiter zu verstärken. Die Studie wird im kommenden Jahr fortgeschrieben.

Aktuelle Untersuchungen bestätigen die in unserer Studie genannten Ergebnisse, vor allem im Bereich der Erziehung und Bildung. Nicht erst seit PISA oder IGLU wird deutlich, wie sehr das jetzige Bildungssystem gerade Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in der schulischen und später beruflichen Laufbahn benachteiligt. Gerade im Bildungsbereich zeigt sich, wie notwendig ein „Monitoring“ zum einen für die Erfassung gesellschaftlicher Veränderungen und zum anderen für die Planung realistischer Ziele des Migrations- und Integrationsprozesses wäre.

1) Straßburger, G. (2001): Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main. Studie zur Erforschung des Standes von Integration von Zuwanderern und Deutschen in Frankfurt am Main am Beispiel von drei ausgewählten Stadtteilen im Auftrag des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main, erstellt durch das europäische forum für migrationsstudien Institut unter der Leitung von Friedrich Heckmann, Bamberg

Da vor allem das statistische Merkmal „Nationalität“ zunehmend an Aussagekraft verliert, wird es immer bedeutsamer - vor allem im Hinblick auf Kinder und Jugendliche - das Merkmal Migrationshintergrund empirisch zu erheben (sog. optionsdeutsche Kinder, Einbürgerungen). Dies wird ebenfalls durch die PISA-Untersuchungen bestätigt.

Die Stadt Frankfurt arbeitet deshalb gezielt an verbesserten Verfahren der Datenerhebung, um ein „Monitoring“ z. B. als Instrument der regionalen Bildungsplanung und der effizienten Steuerung des Ressourceneinsatzes einzuführen. Notwendig sind vor allem Daten, die Verlaufs- und Kausalanalysen über Integrationsprozesse und ihre Folgewirkungen ermöglichen. Der Verbesserungsbedarf erstreckt sich allerdings nicht nur auf die amtliche Statistik im engeren Sinne, sondern auch auf Ressortstatistiken, wissenschaftsgetragene Erhebungen und unabhängige Evaluationsstudien.

Um einer Lösung dieses informationellen Dilemmas näher zu kommen, d. h. Standards für ein Monitoringsystem Integration zu erarbeiten und belastbare Indikatoren zu definieren, die auch interkommunale Vergleiche zulassen, hat die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) im Januar 2006 einen Innovationszirkel „Wirkungsmessung der Integrationsarbeit“ installiert. Der Innovationszirkel ist Teil eines neuen Programmbereichs „Lösungen der KGSt“ und soll die Mitgliedsstädte bei aktuellen Fragen unterstützen.

Frankfurt am Main ist in diesem Innovationszirkel durch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten und das Bürgeramt Statistik und Wahlen vertreten.

Integration als Regelaufgabe im Verwaltungsprozess

Insgesamt haben die Anstrengungen der vergangenen Jahre, Integration als Regelaufgabe innerhalb der Verwaltungsprozesse, aber auch im Alltag nicht-städtischer Einrichtungen zu verankern, bisher gute Früchte getragen.

Die schon traditionelle proaktive Integrationspolitik der städtischen Entscheidungsträger hat bei vielen relevanten städtischen Akteuren und in allen relevanten Handlungsfeldern inzwischen ein ausgeprägtes Bewusstsein für das Thema Vielfalt und nicht selten bereits Routinen geschaffen.

Ein Beispiel aus jüngster Zeit mag das verdeutlichen: In den im Zuge der Umsetzung von Hartz IV gebildeten Jobcentern ist jeweils ein Fachbeauftragter für Migration vor-

gesehen, der Querschnittsaufgaben wahrnimmt. Auch bei dem im Bereich der Sozialverwaltung angesiedelten Vorhaben „Partizipative Altersplanung“ zur Fortschreibung der Altenhilfeplanung ist das Thema „Ältere Migranten“ selbstverständlich Querschnittsthema. Insofern ist eine Öffnung der Verwaltung und angeschlossener Einrichtungen für interkulturelle Inhalte und Kompetenz gelungen, sie muss allerdings als Regelaufgabe ständig weiterbetrieben werden. Schulungen von städtischen Mitarbeitern in entsprechenden Seminaren und Projekte beispielsweise mit der Polizei und weiteren Behörden sind notwendig, um diesen initiierten Prozess zu vertiefen.

Controlling und Evaluation

Natürlich bedürfen zielgerichtete und planvoll strukturierte Integrationsmaßnahmen Mechanismen des Controlling und der Evaluation. Neben Studien wie der bereits genannten Untersuchung „Evaluation von Integrationsprozessen“, der Dokumentation zur schulischen Situation von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und projektbezogenen Evaluationsberichten und Dokumentationen ist der Magistrat gehalten, der Stadtverordnetenversammlung zu zahlreichen Themen regelmäßig zu berichten. Darüber hinaus informiert der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig zu zahlreichen Fragestellungen auf Antrag. Die Berichte sind grundsätzlich öffentlich und öffentlich zugänglich. Ein jährlich erstellter Integrationsbericht beschreibt ausführlich die Maßnahmen städtischer Einrichtungen im Rahmen der Integration.

Integration ist langfristige Aufgabe der Stadtpolitik

Die Anforderungen und Erwartungen an eine erfolgreiche kommunale Integrationspolitik sind hoch: Sie muss einerseits Strategien zur Deeskalation von Konflikten bereitstellen, um den sozialen Frieden in der Stadt zu sichern. Sie soll andererseits praktisch helfen, Neuankommende so rasch wie möglich innerhalb der gewachsenen Rechts- und Gesellschaftsordnung zu orientieren. Und schließlich soll sie alle Zugewanderten dabei unterstützen - auch die bereits länger hier lebenden Migranten - sich mit gleichen Chancen an den unterschiedlichen Alltagsprozessen vom Schulbesuch bis hin zur Berufsausübung beteiligen zu können.

Diese auf mehreren Ebenen gelagerten Problemstellungen können nur mit einer gezielten Vernetzung, einer Einbindung aller fachlichen und betroffenen Gruppen und einer voranschreitenden Öffnung städtischer und nichtstädtischer Einrichtungen bewältigt werden. Eine gelingende Integration steht letztlich für den Zusammenhalt und die Funktionsfähigkeit der Stadtgesellschaft.

Dr. Christine Meyer, Stadt Nürnberg

Steuerung der Integrationspolitik in der Stadtverwaltung Nürnberg

Die Integration aller Migrantinnen und Migranten ist für die Stadt Nürnberg eine ihrer zentralen kommunalpolitischen Aufgaben. Integrationspolitik wird dabei als Querschnittsaufgabe begriffen, die nachhaltig alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft und von allen Referaten und Dienststellen der Stadt sowie den städtischen Unternehmen bei ihrer Arbeit berücksichtigt werden muss. Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly erklärte dazu in seiner Antrittsrede im Jahr 2002 unter anderem: *„Eine Selbstverständlichkeit des reibungsfreien Zusammenlebens gibt es nicht. Das ist ein Wert, für den zu kämpfen sich auch täglich lohnt. Wir werden unsere Anstrengungen für Integration und Akzeptanz kultureller Vielfalt verstärken.“*

Die Steuerung der Integrationspolitik in der Stadtverwaltung Nürnberg liegt somit in der Hand des Oberbürgermeisters und wird durch ein vernetztes System verschiedener Gremien, die im Folgenden dargestellt werden, unterstützt.

Die stadtinterne Koordinierungsgruppe „Integration“, die im Jahre 2002 eingerichtet wurde, ist die Querschnittseinheit für den kommunalen Handlungsbereich „Integration von Zuwanderern“ bei der Stadtverwaltung. Ihre Mitglieder werden vom Oberbürgermeister als Fachleute in die Gruppe berufen und stammen aus folgenden Geschäftsbereichen der Stadt: Stadtrechtsdirektorium, Amt für Statistik und Stadtforschung, Bürgermeisteramt, Personalamt, Schulreferat, Amt für Volks- und Förderschulen, Sozialreferat, Jugendamt, Seniorenamt, Amt für Kultur und Freizeit, Bildungszentrum, Amt für Wirtschaft und Amt für Wohnen. Mitglieder sind ferner: der Aussiedlerbeauftragte (gleichzeitig Geschäftsführer des Aussiedlerbeirats), der Geschäftsführer des Ausländerbeirats sowie ein Vertreter des Menschenrechtsbüros. Mit der Berufung des Leiters des Menschenrechtsbüros in die Koordinierungsgruppe wurde der Aufgabenbereich um das Thema der Durchsetzung der Menschenrechte in der Stadt erweitert. Die von der Stadt Nürnberg unterzeichnete „Europäische Charta für die Menschenrechte“ war Grundlage für die Überlegung, dass die Integration von Zuwanderern an der Sicherung ihrer Menschenrechte anknüpfen muss.

Nach Bedarf werden ad hoc-Arbeitsgruppen eingerichtet, zu denen auch außenstehende Fachleute zugezogen werden. Jede dieser Arbeitsgruppen arbeitet in der Regel an einem zeitlich befristeten Einzelthema und wird von einem Mitglied der Koordinierungsgruppe geleitet, um den wechselseitigen Informationsfluss zu gewährleisten.

Die Koordinierungsgruppe nimmt Anregungen, Vorschläge, Beschwerden, Problembezeichnungen und -analysen usw. über viele Kanäle auf und sorgt für deren Beachtung. Sie ist eingebettet in ein komplexes Netz von Entscheidungs- und Beratungsgremien und hat Zugriff auf alle kommunalen Daten, Forschungs- und Projektergebnisse. Sie verfügt über einen kurzen Weg zum Oberbürgermeister und damit in die Stadtpolitik. Mit der Einrichtung der Koordinierungsgruppe wurde das Thema Integration endgültig als Querschnittsaufgabe der Verwaltung definiert.

Parallel zur Einrichtung der Koordinierungsgruppe „Integration“ wurde die bis 2002 in Nürnberg bestehende Stadtratskommission für Ausländerfragen neu konzipiert und in „**Integrationskommission**“ umbenannt. Sie ist nun auch zuständig für die Angelegenheiten der Aussiedler. Anträge, Beschlüsse usw. sowohl des **Aussiedler-** als auch des **Ausländerbeirats** werden nun zuerst - vor der Behandlung in den

0 -
m

bürgermeister. §

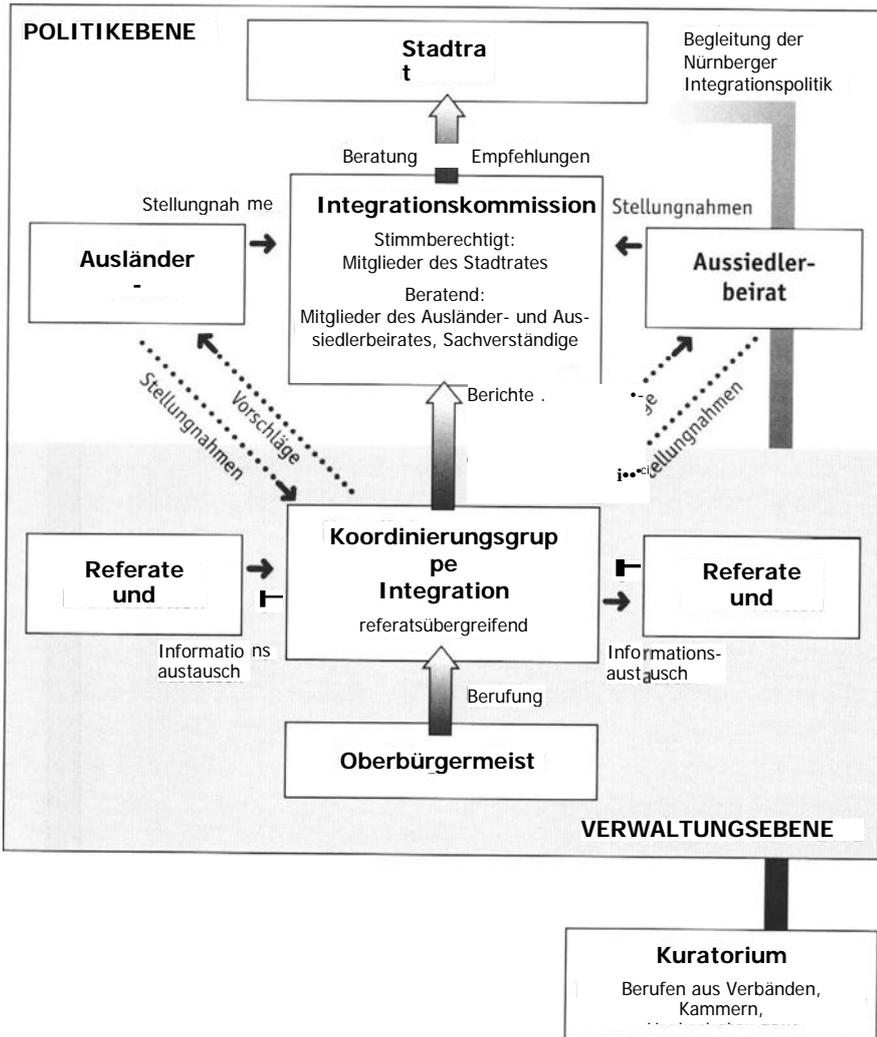
Fachausschüssen oder im Stadtrat - hier verhandelt. Beide Beiräte entsenden beratende Mitglieder in die Kommission. Darüber hinaus sind in der Kommission Vertreter der Stadtratsfraktionen und externe Sachverständige (z. B. Caritas, Stadtmission, Arbeiterwohlfahrt, Kreisjugendring). Den Vorsitz der Kommission hat der Oberbürgermeister. Die Empfehlungen der Integrationskommission werden abschließend im Stadtrat beraten und gegebenenfalls beschlossen.

cri
7

Der Koordinierungsgruppe ist ein **Kuratorium** zur Seite gestellt, in dem u. a. die Kammern, die Agentur für Arbeit, das staatliche Schulamt, Aussiedler- und Ausländerbeirat, Religionsgemeinschaften, Wissenschaft, Presse und Polizei vertreten sind. Die Sitzungen des Kuratoriums finden zweimal im Jahr statt. Hier wird die Arbeit der Koordinierungsgruppe zur Diskussion gestellt und begleitet.

Zusammenfassend wird die Organisation der Integrationspolitik in der Stadtverwaltung Nürnberg im beigefügten Schaubild verdeutlicht.

ORGANISATION DER NÜRNBERGER INTEGRATIONSPOLITIK





Teil III

**Dokumentation des Kongresses
„Zuwanderer in der Stadt -
Perspektiven sozialräumlicher Integration“
am 28./29. September 2006 in Nürnberg**

Inhalt

C. Kulenkampff, Schader-Stiftung, Projektleiter „Zuwanderer in der Stadt“	139
Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg	146
Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen	153
Dr. Albert-Maximilian Schmid, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge	161
Round-Table-Gespräch: Integriert, segregiert oder parallel - Perspektiven von Stadtgesellschaften mit hohem Zuwandereranteil	168
Podiumsdiskussion: Integration trotz Segregation? - Zielstellungen kommunaler Integrations- und Stadtteilpolitik	182
Forum 1 bis 7 (Kurzprotokolle)	200
	213
Veröffentlichungen im Rahmen des Projektes	

Ausgangslage und Ziele des Projektes Zuwanderer in der Stadt

Christoph Kulenkampff, Schader-
Stiftung



CHRISTOPH KULENKAMPFF

Herr Staatssekretär Altmaier, Herr Oberbürgermeister Maly,
meine sehr verehrten Damen, meine Herren,

ich begrüße Sie alle herzlich zum Abschlusskongress unseres Projektes „Zuwanderer in der Stadt“. Die Verbundpartner des Projekts, Deutscher Städtetag und GdW, die Institute Difu und InWIS und die Schader-Stiftung freuen sich über das überaus große Interesse an diesem Kongress.

Ich danke Ihnen, Herr Altmaier, dass Sie sich die Zeit genommen haben, Herrn Minister Schäuble zu vertreten und auf unserem Kongress eine einführende und grundsätzliche Rede zu halten. Ich werte das als einen weiteren Hinweis auf den Stellenwert, den Ihr Haus dem Thema „Integration“ beimisst. Gestern wurde die von Ihnen einberufene Islam-Konferenz eröffnet. Wir wünschen diesem Vorhaben einen fruchtbaren Verlauf und viel Erfolg.

Ihnen, Herr Oberbürgermeister Maly, danken wir vor allem für die Gastfreundschaft Ihrer Stadt und für Ihre Bereitschaft, unser Thema aus kommunalpolitischer Sicht zu beleuchten.

Wir danken natürlich auch allen anderen, die in den nächsten beiden Tagen in verschiedenen Funktionen an der Gestaltung dieser Veranstaltung mitwirken. Sie alle, unsere Referenten, Disputanten und Moderatoren, seien besonders begrüßt. Ich verzichte aus Zeitgründen auf Ihre namentliche Nennung und bitte um Ihr Verständnis.

„Zuwanderer in der Stadt“ lautet der Titel unseres Projekts, das sich über fast drei Jahre erstreckte und das mit diesem Kongress seinen vorläufigen Abschluss findet; endgültig wird das Projekt Anfang 2007 mit der Publikation abgeschlossen, die wir eigentlich heute vorlegen wollten. Aber dann hätten wir diese Veranstaltung nicht dokumentieren können. Den Bericht der Begleitforschung für das Projekt können Sie aber schon heute als Volltext im Internet abrufen. Und Sie erhalten mit den Tagungsunterlagen einen Good-practice-Bericht „Voneinander lernen“.

Initiator des Projektes war die Schader-Stiftung. Sie hat als Kooperationspartner den Deutschen Städtetag und den GdW auf der Praxisseite, das Deutsche Institut für Urbanistik und das InWIS auf der Forschungsseite gewinnen können. Ohne die großzügige Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wäre das Projekt nicht zu realisieren gewesen; ihm ist hierfür zu danken.

Das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ befasst sich mit der Integration der Zuwanderer in unsere Gesellschaft unter dem Aspekt ihrer räumlichen Lebenswelt in der Stadt, im städtischen Wohnquartier, in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld. Anstoß zu dieser stadt- und sozialräumlichen Betrachtungsweise von Integration hatte der von uns im Jahre 2001 veranstaltete Kongress „wohn:wandel“ gegeben, bei dem es um die Auswirkungen des aktuellen gesellschaftlichen Wandels auf den Lebensbereich Wohnen ging und bei dem Vertreter der Kommunalverwaltungen und der Wohnungswirtschaft u. a. die Frage aufwarfen, wie es denn angesichts des Anwachsens von Zuwanderern in den großstädtischen Wohnquartieren um die integrations- und wohnungspolitische Leitidee von der „sozialen und ethnischen Durchmischung“ stünde. Dies ist - verkürzt - die Fragestellung, die die Schader-Stiftung mit ihrem Anstoß zu diesem Projekt vertiefen wollte.

Die Ausgangslage für das Projekt stellt sich - wiederum verkürzt - so dar:

Unsere Gesellschaft schrumpft und altert. Demgegenüber wächst die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund, es wächst folglich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung, und zwar deutlich und schnell. Dabei leben die Zuwanderer ganz überwiegend in den Ballungsregionen Westdeutschlands. In Großstädten wie Frankfurt am Main beträgt ihr Anteil an der Bevölkerung bereits mehr als ein Drittel.

Kinder und Jugendliche aus Zuwanderer-Familien bilden in vielen größeren Städten bald die Mehrheit ihrer Altersgruppe. - In einigen großstädtischen Quartieren ist dies bereits heute der Fall.

Für die Kinder mit Migrationshintergrund gewinnen der Stadtteil und das Wohnquartier wachsende Bedeutung für ihre Integration: Hier leben sie und hier verbringen sie den Großteil ihrer Zeit. Die Sozialisation und die Lebensgestaltung findet vor allem in diesem räumlichen Umfeld statt.

- Für die Zuwanderer im Erwachsenenalter gilt: Die Integrationskraft des Arbeitsmarktes, der die Gastarbeiter in den Nachkriegsjahrzehnten quasi noch in die Gesellschaft „aufgesogen“ hat, nimmt dramatisch ab, weil gewerbliche Arbeitsplätze massenhaft wegrationalisiert werden. Es gehen vor allem die typischerweise seither von Zuwanderern ausgeübten Jobs verloren, für die man nur eine geringe Qualifikation benötigt. Von der strukturbedingten Arbeitslosigkeit sind in besonderem Maße die Zuwanderer betroffen. Sie sind deswegen zunehmend auf ihr häusliches Umfeld als zentralem Lebensraum zurückgeworfen.

Das städtische Wohnquartier der Zuwanderer, ihr Wohnumfeld wird also mehr und mehr zu dem Ort, an dem sich entscheidet, ob Integration gelingt.

Als ein probates Instrument zur Integration von Zuwanderern in den Städten wurde und wird in Deutschland immer noch die „Mischung“ von Einheimischen und Zugewanderten im Wohnquartier betrachtet. Kommunen und Wohnungsunternehmen versuchen, dies z. B. mit Belegungsquoten zu steuern, die die Grenze der „Verträglichkeit“ im nachbarschaftlichen Verhältnis zwischen Zuwanderern und Einheimischen markieren sollen.

Allerdings sieht in den Städten die Wirklichkeit anders aus:

So wählen Zuwanderer ihren Wohnort danach aus, wo ihre Familie lebt bzw. wo sie ein ihnen vertrautes Milieu vorfinden. Sie tun also genau das, was wir an ihrer Stelle als Immigranten auch tun würden.

Und es kommt Folgendes hinzu:

Aufgrund ihrer Familiengröße und ihrer geringeren finanziellen Leistungsfähigkeit beschränkt sich die Wohnortsuche von Zuwanderern auf das untere bis mittlere Preissegment des Wohnungsmarkts.

Beides hat zur Folge, dass wir - ungeachtet anderslautender Wunschkonzeptionen - schon heute in unseren Großstädten allenthalben ethnisch geprägte Wohnquartiere vorfinden. Und alles spricht dafür, dass sich solche Quartiere - wie übrigens in allen Einwanderungsländern sonst auch - weiterhin herausbilden.

Wir müssen uns also von der Vorstellung lösen, dass die „Mischung“ von Zuwanderern und Einheimischen in den Wohnquartieren ein probates Instrument zur Integration von Zuwanderern in die Aufnahmegesellschaft sei - zumal bei näherem Hinsehen regulative Instrumente wie das Belegungsrecht im sozialen Wohnungsbau für

eine solche Steuerung immer weniger zur Verfügung stehen und der Vorstellung von einer Mischung minderheitlicher Zuwanderer mit mehrheitlichen Einheimischen schon rein numerisch die Grundlage abhanden kommt.

Bei nüchterner Betrachtung lautet unsere Frage also nicht: Wie schaffen wir ethnische Mischung in den städtischen Wohnquartieren? Sie lautet vielmehr: Wie kann Integration trotz stadträumlicher Segregation gelingen?

Diese Fragestellung ist die eigentliche Provokation der Empfehlungen und zugleich der Appell an die Akteure in den Städten und in der Wohnungswirtschaft, sich mit der Wirklichkeit stadträumlicher Segregation unbefangen auseinanderzusetzen.

Ziel des Projektes ist es, Handlungsfelder und Maßnahmen zu ermitteln, die die Integration von Zuwanderern vor Ort in den städtischen Wohnquartieren trotz Segregation befördern und das Miteinander der Menschen in diesen Wohngebieten positiv gestalten können.

Hierzu hat ein Expertenforum aus Wissenschaftlern und Praktikern zunächst allgemeine Empfehlungen für die Kommunalpolitik und -verwaltung sowie für die Wohnungswirtschaft formuliert, die sie in Ihren Tagungsmappen vorfinden. Danach haben acht Großstädte, nämlich Berlin, Hamburg, Hannover, Essen, Frankfurt am Main, Mannheim, Nürnberg und München, tunlichst zusammen mit der örtlichen Wohnungswirtschaft diese Empfehlungen auf ihre Tauglichkeit hin in jeweils von ihnen ausgesuchten Quartieren überprüft, fortentwickelt, modifiziert oder auch verworfen.

Die Empfehlungen des Expertenforums zeigen Handlungsfelder und Maßnahmen auf, die vor allem kommunaler Politik und Verwaltung wie auch den Wohnungsunternehmen eine Grundlage und Richtung für ihre jeweils auf die spezifische lokale Situation auszurichtenden Entscheidungen an die Hand geben sollen. Die Empfehlungen haben auch die Funktion, bereits laufende und erfolversprechende Maßnahmen in den Kommunen zu bekräftigen und ihre weitere Verbreitung anzustoßen.

Die Erfahrungen aus der Praxis sollen die allgemein gehaltenen „Empfehlungen“ des Expertenforums um praktische Ansätze zur Lösung konkreter quartiersbezogener Problemstellungen ergänzen und damit am Ende eine Orientierungshilfe für alle Kommunen und Wohnungsunternehmen bieten.

Die Institute Difu und InWIS haben die Städte während dieses Prozesses beraten und begleitet. Die Schader-Stiftung hat als Projektgeschäftsstelle den Austausch der Städte untereinander unterstützt, z. B. mit Workshops zu den Themen Bildung, Parti-

zipation oder etwa zum Umgang mit islamistischen Strömungen im Stadtteil, also zu Fragen, die den Städten und der Wohnungswirtschaft im Alltag auf den Nägeln brennen, sie häufig aber in Ratlosigkeit zurücklassen.

Die Empfehlungen erfinden natürlich das Rad nicht neu und behandeln die integrationspolitisch allseits bekannten Bereiche, etwa: Bildung und Spracherwerb, Arbeit, Partizipation. Einige haben uns diesen Mangel an Originalität vorgehalten. Eine Zielsetzung des Projektes war es aber, die integrationspolitischen Akteure vor Ort in ihren Aktivitäten zu bestärken. Wir haben ferner Schwachstellen aufgegriffen, z. B. die mangelnde interkulturelle Kompetenz in den Organisationen, auf die es hier ankommt, oder die teilweise übermäßige Vielzahl klientelbezogener und kurzfristig angelegter „Strohfeuer“-Projekte, und stattdessen gefordert, die ohnehin geringen personellen und finanziellen Kapazitäten auf wenige, dafür aber langfristig angelegte Projekte zu konzentrieren. Vor allem aber haben wir empfohlen, der Realität der räumlichen Segregation in den Großstädten in und mit allen integrationspolitischen Maßnahmen Rechnung zu tragen. Ein sinnfälliges Beispiel hierfür: Folgt man den Empfehlungen, dann wären die Schulen mit den besten Programmen und mit der besten Ausstattung dort anzusiedeln, wo sie am dringendsten benötigt werden, nämlich in den ethnisch geprägten Quartieren mit den meisten Kindern in der Stadt, mit dem größten Bildungsbedarf und mit der größten Bildungsferne auf elterlicher Seite! Am Ende müsste es so sein, dass wir, die bildungsbeflissenen Einheimischen, unsere Kinder in die Schulen im ethnischen Quartier schicken, weil sie dort die beste Bildung erfahren und zudem Umgang mit fremden Kulturen erlernen können.

Insgesamt unternimmt das Projekt den Versuch, durch die Eröffnung einer neuen Diskussion zur Integration den Kommunen und der Wohnungswirtschaft neue Betrachtungsweisen und neue Wege zur Problemlösung vor Ort aufzuzeigen.

Noch einmal zurück zur zentralen Fragestellung des Projektes:

Kann Integration trotz Segregation in den Wohnquartieren gelingen?

Die Zielsetzung des Projektes, nämlich die Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Realität und ihrer Wahrnehmung und deren Aufarbeitung in Bezug auf Integration im städtischen Raum überwinden zu helfen, ist prima vista nur teilweise gelungen. Segregation im städtischen Raum als nicht veränderbare Realität anzunehmen und, davon ausgehend, kommunale und Unternehmenspolitik zu formulieren, zu legitimieren und umzusetzen, stieß in einigen Kommunen, nicht bei allen, auf starken Widerspruch. Unsere Problemstellung „Integration trotz Segregation“ wurde hier im Sinne einer aktiven Segregationsförderung missverstanden.

Wir haben hingegen mit unserem Projektansatz das Leitbild der „gesunden ethnischen Mischung“ bewusst hinterfragt, da sich gegenwärtig eine andere Realität zeigt, die sich zukünftig noch verfestigen wird. Dies heißt nicht Kapitulation, wie einige Städte dies interpretieren, sondern es heißt, dass man mit anderen Mitteln als der Belegungssteuerung und mit neuen Strategien die Quartiere mit hohem Zuwandereranteil aufwerten und stabilisieren muss, um eine Spaltung der Stadtgesellschaft zu verhindern.

Als Projektleiter erlaube ich mir abschließend folgende Bemerkungen:

Zunächst hat unser Projekt eines aufgezeigt: Unsere Städte leisten viel Gutes und Vielfältiges, viel Beachtliches und Erfolgversprechendes für die Integration der Zuwanderer. Beachtlich sind diese Anstrengungen vor allem vor dem Hintergrund der begrenzten finanziellen Möglichkeiten in den Kommunen. Das Projekt hat auch aufgezeigt, dass die Umsetzung integrationsfördernder Maßnahmen in den Kommunen durchweg getragen ist von dem großen Engagement einzelner Personen in den Fachverwaltungen. Nicht unerwähnt bleiben darf hier auch ehrenamtliches Engagement Außenstehender. Alles zusammengenommen, ergibt dies eine breite und bunte Palette von Integrationsprojekten vor Ort. Unsere Good-practice-Dokumentation belegt das.

Es mangelt also nicht an Aktivitäten. Aber - auch das zeigt das Projekt: All das geschieht in den häufigsten Fällen eher subkutan, vom informellen Wohlwollen der politisch Verantwortlichen also irgendwie geschützt. Wer will denn schon etwas gegen Integration sagen? Aber Integration ist nur ausnahmsweise als Gegenstand konkreter politischer Willensbildung und Entscheidungen programmatisch ausgewiesen. Meist fehlt es an der politischen Legitimation. Dabei diskutieren und beschließen die kommunalen Regierungen und Parlamente sonst alle Zukunftsthemen der Stadt bis hinunter zu den Details.

Beim Thema Integration findet sich in den Kommunen Vergleichbares eher selten, obwohl es hier ganz eindeutig um eine entscheidende Zukunftsfrage für die Städte geht. Man lässt hier die Fachebene und die sonst beteiligten Institutionen eher machen und redet nicht weiter darüber. Dafür gibt es eine ganz banale Erklärung: Mit Integrationspolitik, so jedenfalls die weit verbreitete Meinung, kann man in den Kommunen Wählerstimmen kaum gewinnen - eher im Gegenteil: Kommunale Integrationspolitik bedeute eben heute bei begrenzten Finanzen tendenziell, den Wahlbürgern etwas wegzunehmen, um es den Zuwanderern zu geben. Und die können sich hierfür mangels Wahlrecht nicht mit ihrer Stimme bedanken. Also eine heikle Angelegenheit

144 für die Kommunalpolitik, die wir nur aus der Welt schaffen, wenn wir das kommu-

nale Wahlrecht für alle Stadtbürger unabhängig von ihrer Nationalität einführen.

Über das Dilemma beim Thema „Integration“ zwischen sachlicher Notwendigkeit und politischer Legitimation setzen sich allerdings einige Kommunen schon jetzt hinweg. Beispiele hierfür sind Nürnberg und Mannheim. Dort gehört die Integration der Zuwanderer auch unter stadträumlichen Aspekten zum kommunalpolitischen, vom Stadtparlament legitimierten Programm.

Es kommt noch eines hinzu:

Die Ausgangslage für das Projekt, die ich eingangs skizziert habe, angefangen von der demographischen Entwicklung unserer Gesellschaft bis hin zu der Entwicklung in den großstädtischen Wohnquartieren - das alles sind ja keine Deutungen oder Wertungen, sondern es sind Sachverhalte, die wir schon seit längerem kennen. Wir kennen sie aus demographischen Erhebungen und Prognosen, aus den Feststellungen der empirischen Gesellschaftswissenschaften und wir kennen sie nicht zuletzt aus eigenem Augenschein. Und wir wissen schließlich, dass wir daran nicht viel ändern können. Trotzdem halten wir an der Leitidee von der ethnischen Durchmischung im Wohnquartier als probatem Instrument der Integration fest.

Etwas zu wissen, bedeutet eben noch lange nicht die Bereitschaft, das Wissen auch wahrhaben zu wollen, das hieße hier: einen äußerst komplexen Sachverhalt differenziert **zu** betrachten und zu bewerten, und zwar unter Aufgabe gesellschaftlicher Leitideen, die eigentlich immer nur **uns** selbst meinen. Das gilt oder galt übrigens für die öffentliche Debatte über Migration **in** unserem Land überhaupt. Denken Sie nur an die quälenden Diskussionen über das Zuwanderungsgesetz. Und das gilt offenbar auch hier noch: Wir tun uns offenbar schwer, die Wirklichkeit in den Städten, wo unveränderlich, zu akzeptieren und **sie** zur Grundlage einer nach vorne gerichteten Politik **zu** machen. Und wir tun uns schwer mit der Erkenntnis, dass die Zukunft unserer Gesellschaft maßgeblich von Personen bestimmt sein wird, die andere Wurzeln haben als wir.

Ich hoffe, dass dieses Projekt und die durch das Projekt angestoßene Diskussion zu einem gelasseneren und pragmatischeren Umgang mit Fragen beiträgt, die für unsere Gesellschaft, insbesondere die städtische Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind.

Am Ende gilt mein Dank den Städten des Praxisnetzwerks und ihren Mitarbeitern für die engagierte Mitwirkung an dem Projekt und für die durchweg kollegiale und angenehme Zusammenarbeit während der letzten zwei Jahre.

Nun wünsche ich unserer Tagung einen guten Verlauf, vor allem eine kritische und für uns alle lehrreiche Diskussion.

Deutsche Integrationspolitik aus Sicht einer Kommune

Dr. Ulrich Maly,
Oberbürgermeister der Stadt
Nürnberg

(Es gilt das gesprochene Wort)



DR. ULRICH MALY

Sehr geehrter Herr Kulenkampff, Herr Staatssekretär,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Deutschland ist ein Zuwanderungsland. Allerdings muss man selbstkritisch hinzufügen, dass wir ein Zuwanderungsland ohne eine vernünftige Zuwanderungsgeschichte sind. Darüber hinaus fehlt uns auch immer noch ein vernünftiger Diskurs über die Frage, wie wir uns Integration und Zuwanderung vorstellen.

Nürnberg ist seit mindestens 200 Jahren Zuwanderungsstadt: Im Jahr 1860 hatten wir 30.000 Einwohner, im Jahr 1920 waren es 360.000 und heute sind es knapp 500.000. Dies ist kein Ergebnis fränkischer Fruchtbarkeit, sondern natürlich das Ergebnis von Zuwanderung. Gleichwohl denke ich, dass in der deutschen Nachkriegsgeschichte die Zuwanderung eher instrumentell betrachtet wurde: Wir haben gedacht, wir drehen den Hahn mal auf, wenn wir die Menschen brauchen, bei der ersten Welle der Gastarbeiter war das so, dann dreht man ihn wieder zu, ändert das Asylrecht, weil zu viele Menschen kommen; dann dreht man ihn wieder auf, für die Deutschen aus den ehemaligen GUS-Staaten, später dann für die jüdischen Kontingentflüchtlinge. Das Ganze ist geschehen, wie ich glaube, in der kollektiven Fiktion, dass die, die gekommen sind, entweder, wenn wir sie nicht mehr brauchen, rechtzeitig wieder heimgehen werden, oder sich so unauffällig und geräuschlos in der deutschen Gesellschaft etablieren, dass uns das alles nichts ausmacht. Das war ein Irrtum. Und ich meine, dass dieser Irrtum auf dem fehlenden Diskurs und auf der fehlenden Diskursgeschichte über Integration beruht.

Man kann das sehen und auch heute noch belegen, zum Beispiel an historisch gewachsenen Zuständigkeiten. Hier in der Stadt Nürnberg war es so, dass über viele Jahre hinweg für die Betreuung der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger das Kulturreferat zuständig war. Natürlich, denn diese Menschen stellten ja kein so-

ziales Problem dar, da sie als Gastarbeiter alle gearbeitet haben. Somit waren sie ein kulturelles „Problem“. Dagegen war das Sozialdezernat für die Aussiedler zuständig, denn sie waren ja per Definition - da sie einen deutschen Pass besaßen - kein kulturelles „Problem“, sondern konnten allenfalls ein soziales sein. Man sieht an diesen Zuständigkeiten, die es nicht nur bei uns gegeben hat, sondern, soweit ich weiß, auch auf allen föderalen Ebenen, dass man unausgesprochen die soziale und kulturelle Dimension, in Deutschland leider immer auch verbunden mit der Staatsangehörigkeitsdimension, vermischt hat. Dies hat dazu geführt, dass wir uns über viele Jahre sehr schwer getan haben, vernünftig über Integration zu reden. Die wichtigste Erkenntnis, wenn wir eine neue Diskursgeschichte beginnen möchten, ist, dass bei der Frage der Integration nicht, und ich betone das aus kommunaler Perspektive, die Frage der Staatsangehörigkeit das Entscheidende ist. Migration ist eine Lebenslage, und dementsprechend muss Integration auch organisiert werden.

Der politische Diskurs zum Thema ist von miserabler Qualität. Beispielsweise haben nach dem Mord an Theo van Gogh Politiker hier in Deutschland allen Ernstes gefordert, dass sich die hier lebenden Muslime zum Verfassungspatriotismus bekennen sollten. Man stelle sich das im übertragenen Sinn an anderer Stelle vor: Jemand von uns würde in Italien leben, in Österreich geschieht ein Mord und dann müsste man sich in Italien zur italienischen Verfassung bekennen, wenn man kein Italiener ist. Das ist jetzt, zugegeben, etwas zugespitzt, aber ich will damit zeigen, dass wir an bestimmten Stellen in der Politik immer noch viel zu hysterisch reagieren. Wenn der Papst in Regensburg eine Rede hält, in der Türkei dann Kritik geäußert wird, wird daraus im politischen Deutschland geschlossen, dies sei jetzt der Beweis dafür, dass die Türkei nicht in die Europäische Union gehört, da der Papst kritisiert wurde.

Aber, um hier gleich ein bisschen Ausgewogenheit herzustellen, auch das links-alternative Harmoniebild, das die letzten 30 Jahre geprägt hat, ist kein vernünftiges Leitbild für Integration. Es ist wesentlich einfacher, bei Demonstrationen „Hoch die internationale Solidarität“ zu rufen, als sich tatsächlich den Konflikten des Alltags zu stellen. Wir kommen auf dieser Ebene nicht weiter. Man muss auch Deutsch sprechen können, um mit dem Nachbarn darüber streiten zu können, wer den Mülltonnendeckel nicht zugemacht hat. Das Zusammenleben von Menschen in einer Stadt zu organisieren ist nie ein Harmoniemodell, sondern immer ein Modell, in dem Konflikte organisiert werden müssen. Und der Konflikt um den nicht geschlossenen Mülltonnendeckel bekommt immer dann, wenn er ein interkultureller und interreligiöser Konflikt wird, obwohl es der gleiche Mülltonnendeckel ist wie zwischen zwei deutschen Nachbarn, eine besondere Dimension: Entweder darf man sich in politischer

Überkorrektheit nicht mehr laut ärgern, weil der Nachbar ein Türke ist, und wenn **man** dann sagt: der macht den Deckel nicht zu, ist man Ausländerfeind. Oder umgekehrt bekommt der Konflikt die Dimension, dass immer einige alles besser wissen. **Wir** kommen weder **mit** dem Zudecken der Unterschiede in Gleichmacherei noch mit dem Überhöhen derselben in unendlicher Toleranz weiter. Ich habe immer gewisse Probleme mit dem Begriff der Toleranz, denn dieser kommt aus der Physik und bezeichnet die Abweichung von der Norm. Diese Definition ist mir persönlich zu dicht an der Leitkultur, von der ich an der Stelle nicht viel halte. Ich versuche es positiv zu formulieren: Das Ziel des politischen Diskurses in den Städten, und letztlich auch in der Bundesrepublik, muss sein, Einigkeit darüber herzustellen, wie verschieden wir sein wollen. Das ist eine bestimmte gesellschaftliche Bandbreite im föderalen Deutschland. Die Kultur **ist** die Summe der in uns gewachsenen Dinge aus historischen, sozialen, musischen, kulinarischen und sonstigen Phänomenen. Auch das föderale Deutschland besteht letztlich darin, dass wir Einigkeit darüber herstellen, wie verschieden **wir** sein wollen. Und dies beinhaltet auch die berühmten Grenzen der Toleranz.

Auf der kommunalen Ebene haben wir die einzigartige Chance, Kohäsionskräfte zu entwickeln, die sich auf der nationalen Ebene gar nicht entwickeln lassen. Das ist kein Vorwurf an den Bund. Es ist für jemanden, und da bin ich wieder bei der Staatsangehörigkeitsfrage, der sich als Türke fühlt, unendlich viel leichter, zu sagen, ich bin Nürnberger Türke oder türkischer Nürnberger, als vor die Staatsangehörigkeitsfrage gestellt zu werden: Man kann nicht sagen, ich bin türkischer Deutscher, man muss sich entscheiden, ob man Türke oder Deutscher sein möchte. Auf kommunaler Ebene sind wir tatsächlich in der Lage, diese Kohäsionskräfte, diese gesellschaftlichen Identifizierungs- und Identifikationskräfte zu entwickeln, die ein Dach und eine Klammer bilden können in einer Gesellschaft, in der dann die Verschiedenheit vielleicht nicht mehr so sehr als Bedrohung empfunden wird, als wenn wir sie auf die Frage der Staatsangehörigkeit und der religiösen Verschiedenheit reduzieren. Es gefällt mir sehr gut, dass auf der Bundesebene solche Prozesse wie die Islamkonferenz stattfinden. Ich denke, das war längst überfällig.

Was müssen wir tun, meine Damen und Herren?

Wir brauchen zuerst den genannten Diskurs. Meines Erachtens benötigen wir ihn tatsächlich, obwohl wir schon seit 60 Jahren Zuwanderungsland sind. Und ich sehe Chancen, gleichwohl immer auch Probleme, dass dieser Diskurs geführt wird. Wir brauchen zweitens interkulturelle Verständigung und Begegnung. Die Städte sind der

erlauben, wenn ich das aus kommunaler Sicht sage: Gesetzestexte aus dem Vermittlungsausschuss sind selten Gesetze von höchster Ästhetik, sondern immer auch ein bisschen problematisch, und wenn Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, später zur Koalitionsarbeitsgruppe gehen und sich mit der Frage der Altfälle beschäftigen, dann gebe ich Ihnen einen sehr persönlichen Wunsch mit auf den Weg. Wir diskutieren im Deutschen Städtetag ganz intensiv folgende Altfall-Konstellation: Wir haben eine Menge von nicht anerkannten Asylbewerbern in unseren Städten. Diese durften bis zur Gültigkeit des Zuwanderungsrechts arbeiten. Die allermeisten haben dies auch getan. Das heißt, sie waren über 10, 15 Jahre bei uns in den Städten und konnten - das wissen wir alle, das weiß auch der Bund und die Innenminister der Länder - deshalb nicht abgeschoben werden, da sie es bei der Passbeschaffung an der notwendigen Mitwirkung haben fehlen lassen. Lieber Herr Staatssekretär, wären wir in der gleichen Lage, so wäre uns möglicherweise ebenfalls der Geburtsort unserer Mutter an einer entscheidenden Stelle in der Behörde nicht eingefallen. Denn die Konsequenz, und das ist, wenn Sie so wollen, das, was ich an dieser Neukonstruktion im Zuwanderungsrecht für rechtsstaatlich verständlich, menschlich aber ziemlich unwürdig halte, ist die folgende: Wir sagen diesen Menschen jetzt, ihr dürft nicht mehr arbeiten, außer ihr wirkt bei der Passbeschaffung mit, dann dürft ihr theoretisch arbeiten, könnt aber praktisch nicht, denn sobald wir den Pass haben, schieben wir euch ab. Das ist eine Konstellation, von der ich mir wünsche, dass sie einer Lösung zugeführt wird. Ich kenne den Vorschlag, der der Innenministerkonferenz vorliegt. Dieser sagt im Moment noch, Härtefälle oder Altfälle sind eben nicht solche, bei denen bei der Passbeschaffung nicht mitgewirkt worden ist. Wenn Sie die Gruppe ausschließen, brauchen Sie keine Härtefallregelung. Wir müssen diese Menschen tatsächlich einbeziehen, und wenn das rechtsstaatliche Problem, das ich sehr wohl erkenne, nämlich dass man diejenigen belohnt, die uns über Jahre hinweg beschummelt haben, wenn das nicht zu lösen ist, dann erlauben Sie diesen Menschen bitte wenigstens wieder das Arbeiten. Das geht, ohne dass man die rechtsstaatlichen Probleme in den Mittelpunkt stellt. Dies ist mein ganz persönlicher Wunsch an Sie auf Ihrem Weg nach Berlin.

Öffnung der Verwaltungen - das Stichwort wurde bereits genannt: In diesem Punkt haben wir enormen Nachholbedarf. Wir können nicht in Sonntagsreden solche Reden halten wie ich jetzt, und dann im Alltag das nicht auch in unsere Verwaltungen überführen. Hierbei sind zu nennen: interkulturelle Qualifikation der jetzigen Beschäftigten, aber auch sehr konsequent, unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes des Grundgesetzes, sehr konsequent der Versuch, wenigstens in die publikumsintensiven Bereiche Menschen entsprechend ihrer Quotenanteile an der Bevölkerung, als Ziel, nicht als Quotenvorgabe, zu bringen.

Drittens: Sprache als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung. Ich denke, dass die Sprachvermittlung sich auch an Lebenslagen orientieren muss. Es gibt eine Menge guter Modelle mittlerweile in den Städten, wo wir bei den Kindern, im Krippenalter, im Kindergartenalter, in den Schulen ansetzen, und natürlich wird es darauf ankommen, dass wir diejenigen Schulen, wo besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund sind, mit besseren Ressourcen ausstatten, was, wie Herr Kulenkampff zu Recht ausgeführt hat, dann möglicherweise auch diese Schülerwanderung in andere Stadtteile wegen vermeintlicher Attraktivität relativieren kann. Die Sprachvermittlung muss die sogenannten - ich mag das Wort nicht, aber es ist das Wort, das verwendet wird - muss die sogenannten Bestandsausländer mit erfassen. Wir haben in Nürnberg evaluiert, dass 70% derer, die in unserer Stadt einen Sprachkurs absolviert haben, sogenannte Bestandsausländer sind, also Menschen, die schon länger bei uns sind. Und dies, obwohl die sogenannten Bestandsausländer derzeit nur zum „Auffüllen“ der Kurse genommen werden dürfen. Das zeigt, dass wir diesbezüglich in der Vergangenheit etwas versäumt haben. Alle zusammen, nicht der Bund oder das Land, sondern alle zusammen als öffentliche Hand. Man muss auch auf diese Zielgruppe das Augenmerk legen. Wir brauchen den Fokus auf Bildung und Sozialpolitik, Frühförderung von Kindern sowie Ganztagesbetreuung in der Schule. Die Unterstützung, die der Bund mit dem IZBB-Programm gegeben hat, hat in den Städten viel bewegt, und zwar unabhängig davon, wie sie sich in der Folge der Förderalismus-Reform streiten, wer wofür zuständig ist. Wir freuen uns über das Geld für Ganztagesbetreuung und geben es ganz sicher auch aus; da garantieren die deutschen Kommunen für Seriosität: Das Geld ist weg, so schnell schaut keiner, und zwar für das, wofür es auch gedacht ist, meine Damen und Herren.

Wir müssen endlich dazu kommen, dass wir in mehr als nur in Modellprojekten deutschsprachigen Islamunterricht an deutschen Schulen anbieten können. Das ist ein Thema, welches erfreulicherweise jetzt auch ins Laufen kommt. Es gibt zwar noch Trägerproblematiken, aber als Zielsetzung ist es für uns notwendig.

Fokus Stadtentwicklung: Thema „Segregation“ versus „Integration“. Ich bin der Schader-Stiftung sehr dankbar - auch wenn, Herr Kulenkampff hat es zu Recht gesagt, es an manchen Stellen missverstanden wurde - dass dieses Thema aufgerufen worden ist, da ich glaube, dass wir hier auch ehrlich miteinander umgehen sollten. Die ursprüngliche These der Feinverteilung der Ausländer, der Menschen mit Migrationshintergrund in den Städten, die folgt vielleicht ein kleines bisschen auch immer noch dieser Assimilationstheorie. Nach dem Motto, so wie beim Cocktail-Shaken: Je feiner verteilt, desto unauffälliger ist das Ganze. Das kommt aber nicht meinem

Leitbild nach. Wenn ich sage, wir müssen Einigkeit darüber herstellen, wie verschieden wir sein wollen, beinhaltet das ja die Akzeptanz des Verschiedenseins. Und es kann doch nicht sein, dass wir in Deutschland predigen, wir müssen diejenigen Menschen, die Migrationshintergrund haben, so fein in der Gesellschaft verteilen, dass keiner sie mehr erkennen kann, und wenn wir dann in New York sind, dann fahren wir als erstes nach Chinatown und Little Italy und freuen uns, wie schön dort sozusagen die Anballung von Zuwanderern auch Kultur darbietet und, wie ich meine, auch dort durchaus interkulturellen Dialog erlaubt. Es kommt darauf an, dass wir die sozialräumliche Häufung von Modernisierungsverlierern vermeiden. Das ist die Herausforderung in der Stadtentwicklungspolitik. Und die so genannten Modernisierungsverlierer unterscheide ich an dieser Stelle nicht nach ihrem Pass und nicht nach ihrer Herkunft. Das bleibt natürlich als Aufgabe. Aber auf der anderen Seite ist es, wenn wir als eine wichtige Voraussetzung anerkennen, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich sozusagen auch selbst organisieren sollen, natürlich völlig klar, dass eine gewisse räumliche Nähe auch dazu dient, Selbstorganisationen zu erleichtern. Wir haben in Nürnberg Stadtteile, wo diese Selbstorganisation wunderbar funktioniert, beispielsweise hier im benachbarten Langwasser. Das würde möglicherweise nicht so gut funktionieren, wenn das ganze über die Stadt verteilt wäre. Ich glaube, dass wir hier noch einiges zu diskutieren haben, auch in der städtischen Wohnungspolitik.

Fokus Partizipation: Es ist ein bisschen gemein, dass Herr Kulenkampff das kommunale Wahlrecht jetzt so ausgelegt hat, dass die Oberbürgermeister, die das fordern, das als Wählerstimmen-Maximierer tun. Ich mache das jetzt in diesem Fall nicht, denn ich meine, dass jemand, der über 5 Jahre, über 8 Jahre, über 15 Jahre in unserer Stadt wohnt, ein vollwertiges Mitglied der örtlichen Gemeinschaft ist und deshalb auch unabhängig vom Pass auf kommunaler Ebene wählen dürfen sollte.

Dies hat auch mit dem Diskurs auf gleicher Augenhöhe zu tun, der u. a. Inhalt des interkulturellen Dialogs ist. Was nicht ausschließt, da bin ich ganz bei Ihnen, dass wir selbstverständlich dafür werben, dass diejenigen, die sich dafür entscheiden, dauerhaft in Deutschland zu leben, auch die kompletten Bürgerrechte, wenn es denn das Recht zulässt, annehmen sollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wünsche Ihnen bei dem Kongress noch viele anregende Gedanken, Lassen Sie uns alle zusammen darauf achten - der Staatssekretär nimmt es mir nicht übel, wenn ich ihn jetzt ein kleines bisschen angreife - dass wir, wenn wir über „Integration“ sprechen, nicht „Political Über-correct-

ness" walten lassen, gleichwohl aber auf eine gewisse Sensibilität in der Sprache achten, das scheint mir für alle Beteiligten das Beste. Herr Staatssekretär hat, ich habe auf die Uhr geguckt, siebzehn Minuten gebraucht, bis er in seiner Rede von der Überschrift „Zuwanderung“ zum islamischen Terrorismus gekommen ist. Das ist erlaubt bei jemandem, der aus dem Bundesinnenministerium stammt, aber wir sollten versuchen, gelegentlich auch ohne auszukommen. Denn das Zuwanderungs- und Integrationsproblem ist kein Terrorismusproblem. Viel Spaß in unserer Stadt.

Integration gelingt vor Ort Armin

Laschet, Minister für Generationen,
Familie, Frauen und Integration des
Landes Nordrhein-Westfalen

(Es gilt das gesprochene Wort)



ARMIN LASCHET

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Kongress findet in einer Woche statt, in der in der deutschen Integrationspolitik wieder fast alle Akzente im Fokus stehen, die wir seit Jahren diskutieren und die uns auch noch länger beschäftigen werden, insbesondere in den Städten.

Hiermit meine ich erstens die Entscheidung einer Intendantin, eine Oper abzusetzen, obwohl niemand darüber kritisch diskutiert hat. Kein einziger Muslim und kein einziger Verband hat im Vorfeld die Absetzung der Oper gefordert. Indem man so etwas macht, erzeugt man wieder gleich eine Debatte: Jetzt gehen die Muslime auch noch an unseren Mozart heran, jetzt wollen sie uns auch das noch wegnehmen. Es war insofern ein wichtiges Signal, dass alle Teilnehmer der Islamkonferenz sich für die Aufführung der Oper ausgesprochen haben und diese sogar ansehen wollen. Ich glaube, dies ist ein Signal, wie das Zusammenleben in einer Stadt funktionieren kann, indem man zum Beispiel kulturelle Freiheit auch dann zulässt, wenn man vielleicht nicht jedes künstlerische Detail dieser Oper befürwortet.

Der zweite Akzent in dieser Woche war die Islamkonferenz selbst. Der Staat hat zum ersten Mal strukturiert einen Dialog mit den Muslimen in Deutschland eingeleitet. Damit haben wir quasi anerkannt, dass wir eine multikulturelle Gesellschaft sind. Wären wir das nämlich nicht, bräuchte man keine Konferenzen mit drei Millionen Muslimen im Land zu machen.

Wir erkennen an, dass es eine weitere Religion in diesem Land gibt, und wir wollen, dass diese Religion auch ankommt in unserer Gesellschaft, in unserem Verfassungsverständnis. Wir wollen, dass wir am Ende dieses Prozesses, vielleicht nach zwei Jahren, so etwas wie eine Vereinbarung haben mit dieser großen Gruppe, die zwar nicht so organisiert ist wie die Kirchen und die kaum klare Ansprechpartner hat, die aber dennoch im Land für viele Menschen eine große Bedeutung hat.

Als Drittes möchte ich den Film „Knallhart“ erwähnen, den Sie wohl gestern gesehen haben. Heute Abend läuft ein weiterer Film, „Wut“, mit demselben Hauptdarsteller, den die ARD-Intendanten von 20 Uhr 15 auf 22 Uhr verschoben haben. Im Anschluss an den Film ist eine Diskussion aufgezeichnet worden, an der ich teilgenommen habe. Wenn Sie den Film sehen, werden Sie merken, dass er wesentlich weniger hart ist als der Film „Knallhart“. Er hätte durchaus auch um 20 Uhr 15 gezeigt werden können. Dass es aber heute möglich ist, auch diese Seite der Gewalt zu zeigen, anstatt sie länger zu tabuisieren, zeigt, dass wir hier ein Stück in der Realität angekommen sind. Es ist nicht ausländerfeindlich, wenn man sagt: „Es gibt auch solche Gewalt“, solange es nicht zu Pauschalisierungen führt.

Diese drei Punkte zusammengenommen zeigen, dass sich das Klima der Integrationspolitik in Deutschland verändert hat.

Wir haben die große Chance, aus dem parteipolitischen Streit, der uns Jahrzehnte gefesselt hat, herauszukommen, denn jetzt hat die eine Seite des politischen Spektrums auch anerkannt, dass wir ein Einwanderungsland sind. Wenn man Einwanderungsland ist, muss man folgerichtig systematisch eine Integrationspolitik machen, und es nicht dem Zufall überlassen, ob Menschen vor Ort integriert werden.

Die andere Seite des Spektrums hat unterdessen erkannt, dass multikulturell auch heißt, Anforderungen zu stellen, offen über Frauenrechte zu sprechen, offen über Gewalt zu sprechen, die existiert, und auf dem Boden der Verfassung zusammenzuleben. Wenn dieser Konsens trägt, haben wir die Chance, Integrationspolitik zum Erfolg zu machen.

In Nordrhein-Westfalen haben wir als erstes ein Integrationsministerium als eigenes Ministerium errichtet. Es konnte aufbauen auf eine Integrationsoffensive, die vier Jahre zuvor der Landtag mit allen vier Fraktionen beschlossen hatte. Im Vorfeld hatte man sich über bestimmte Prinzipien der Integrationspolitik über Parteigrenzen hinweg verständigt. Dass das Ministerium nun da ist, ist glaube ich auch die Anerkennung, dass in einem so großen Bundesland, und insbesondere in den Städten des Ruhrgebiets, in Köln, in Aachen, in Bielefeld und anderen Städten, Integrationspolitik vor Ort gelingen muss. Und deshalb bin ich auch heute gerne zu diesem Abschlusskongress des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“ gekommen.

Ich freue mich, dass die Schader-Stiftung ein Projekt zu den Perspektiven sozialräumlicher Integration in der Einwanderungsgesellschaft initiiert hat, denn es zielt auf den Kern praktischer und lebensnaher Integrationspolitik. Denn Integrationspolitik ist nicht etwas Theoretisches, das man in Akademien erörtern kann, z. B. wie

denn Multikulturalität gelingen kann oder nicht, sondern sie muss konkret vor Ort beginnen, in jedem Stadtteil, in jeder Straße, in jedem Wohnhaus. Die, die vielleicht manchmal über Integration diskutieren, aber in dem Moment, wo sich Multikulturalität in ihrem Umfeld konkret zeigt, die Kinder doch lieber in einem anderen Kindergarten anmelden, doch in einer anderen Schule anmelden, die haben diese Praxis gelebter Integrationspolitik noch nicht verinnerlicht.

Welche große Rolle das Wohnumfeld für das Zusammenleben von Zugewanderten und Einheimischen spielt, haben wir im letzten Jahr sehr unmittelbar erlebt in den französischen Vorstädten. Es war vielleicht auch eines der aufrüttelnden Signale für die deutsche Integrationsdebatte, denn uns wurde deutlich, dass uns so etwas auch passieren kann, wenn wir Integrationspolitik nicht ernst nehmen, dass auch bei uns innerhalb von wenigen Tagen dreißigtausend Autos angezündet werden und ein Funke aus einem Stadtviertel in die ganze Stadt und nachher ins ganze Land überspringt. Dass er übrigens nicht über den Rhein übergesprungen ist, sondern von Paris nach Straßburg, nach Bordeaux, nach Marseille, in alle Städte, aber nicht auf die andere Seite des Rheins nach Kehl und nach Mühlheim und nach Köln, zeigt, dass die Verhältnisse bei uns nicht vergleichbar sind. Wir haben keine miserablen Wohnsituationen in Vorstädten, räumliche Auslagerungen ganzer Bevölkerungsgruppen in bestimmte Bereiche ohne ausreichende Infrastruktur, und wir haben vor allem nicht diese totale Perspektivlosigkeit, die für die Jugendlichen dort bestand, obwohl sie die Sprache sprechen und obwohl sie französische Staatsbürger sind. Das ist ja das Frappierende daran, dass wir sagen, wir müssen Sprache fördern, damit man Integrationschancen hat. In Frankreich war das alles gegeben und trotzdem ist es zu diesen Ausbrüchen gekommen. Und dies liegt, glaube ich, an der Perspektivlosigkeit, an der mangelnden Infrastruktur, an der Gesamtsituation und daran, wie die, die in den Vorstädten lebten, sich selbst einschätzten in der französischen Gesellschaft. Dies bedeutete eine Form von Armut, aber eine Form von Armut, die fast noch erdrückender sein kann als reale materielle Armut, nämlich die Armut an Chancen.

Wenn man für sich selbst keine Chancen mehr sieht in der Gesellschaft, wenn man selbst wenn man sich bemüht - nicht mehr eine Chance sieht, in einer Gesellschaft anzukommen, dann kann es zu solchen Ausbrüchen kommen. Deshalb haben wir einen 20-Punkte-Aktionsplan zur Integrationspolitik überschrieben mit dem Titel „Land der neuen Integrationschancen“.

Was ich eben beschrieben habe, hängt ganz eng zusammen mit der Generationenpolitik. Als der Ministerpräsident mich drei Tage vor seiner eigenen Wahl anrief und fragte: „Willst du Generationenminister werden?“, habe ich erst einmal gesagt: „Was

ist das denn?" Denn so etwas gab es noch nicht und gibt es ja auch in keinem anderen Bundesland. Aber die Frage einer älter werdenden Gesellschaft und ihrer Zukunft in zwanzig Jahren - wenn ich selbst 65 Jahre alt bin und wir aus den geburtenstarken Jahrgängen der 1960er Jahre plötzlich eine riesige Mehrheit im Ruhestand bilden - wirft auch die Frage nach der Generationengerechtigkeit auf. Diese Entwicklung kann zu neuen Generationenkonflikten und zu der Frage führen, wie sich eigentlich Kinder und Jugendliche in einer solchen Gesellschaft fühlen, in der wir Älteren quasi alles dominieren, die Politik auch nur auf uns schaut, weil wir so viele sind, weil wir so viele Wählerstimmen sind. Es stellt sich also die Frage, wie man es dann noch schafft, die Interessen einer Kinder- und Jugendgeneration, die ja für uns auch noch zahlen muss, ohne große Generationenkonflikte aufrechtzuerhalten.

Die zweite Frage ist: Wer arbeitet dann eigentlich in 20 Jahren? Wer ist das Potenzial, das das Bruttosozialprodukt des Landes erarbeitet? Wenn wir 40 bis 50% Kinder mit Zuwanderungsgeschichte haben, im Ruhrgebiet heute und in Köln, dann ist klar, dass die, die zugewandert sind, diejenigen sein werden, die den Wohlstand des Landes erarbeiten müssen. Und wenn das so ist, folgen alle weiteren Maßnahmen der Integrationspolitik daraus. Das heißt, man muss beste Bildungschancen ermöglichen, man muss jede Karrierechance im Übergang von Schule in Ausbildung und Arbeitsplätze gerade für diese Generation ermöglichen. Das heißt dann auch, als Land der neuen Chancen, Zuwanderer nicht nur in bestimmten Berufen, sondern quer durch die Gesellschaft vertreten zu haben.

Die Verhältnisse in Paris sind nicht mit unseren vergleichbar, aber es gibt eine aktuelle Untersuchung des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung, und darin geht es um die Wohnsituation von Einwanderern und ethnischen Minderheiten in Deutschland und anderen Zuwanderungsländern. Zwei Ergebnisse dieser international vergleichenden Studie sind, glaube ich, für die Diskussion von besonderem Interesse:

Erstens, es gibt nirgendwo in Europa Strukturen, die mit der räumlichen Trennung „schwarzer“ und „weißer“ Wohnviertel in den USA vergleichbar wären. Das WZB weist auf Chicago hin, wo es 66 sogenannte Tracks gibt, kleine Einheiten mit etwa 4.000 Einwohnern, deren Bewohner zu fast 100% Farbige sind. Insgesamt leben 60% der schwarzen Bevölkerung Chicagos in Gebieten, wo über 90% der Bevölkerung ebenfalls schwarz sind.

Zweitens, sagt das WZB, bezeichnen sich in vielen britischen Städten gut 10% der Bevölkerung als „Pakistani“. Bei einer Umfrage benennen sie sich selbst so.

Im Vergleich dazu ist in Deutschland, wo in keiner einzigen Stadt die türkischen Staatsangehörigen 10% der Bevölkerung erreichen, die Siedlungskonzentration signifikant geringer. Diese Information ist wichtig. In keiner deutschen Stadt, nicht in Duisburg, Köln oder Gelsenkirchen, sind 10% der Einwohner türkische Staatsbürger. Es leben allerdings in manchen Stadtvierteln 30% Menschen mit Zuwanderungsgeschichte- Um diesen Unterschied auch klarzumachen, müssen auch die Spätaussiedler hinzugenommen werden, die zwar deutsche Staatsbürger, aber natürlich auch zugewandert sind und genauso oft soziale Integrationsprobleme haben. Häufig sprechen sie auch nicht die deutsche Sprache und bei den Jugendlichen treten ähnliche Phänomene auf, wie der Film „Knallhart“ sie zeigt. Das ist etwas, was man dann unter den Begriff „Migrationshintergrund“ fasst, mir gefällt das Wort nicht so sehr, ich bevorzuge „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“, die entweder selbst oder deren Eltern in den letzten Jahren zugewandert sind.

Es gibt in keiner Stadt monoethnische Konzentrationen britischen oder amerikanischen Ausmaßes, und für Deutschland sind eher multiethnische Siedlungsstrukturen typisch, also gemischte Viertel, und nicht so sehr rein türkische oder rein russische Zuwandererquartiere. Die Studie kommt dann auch zu einer klaren Schlussfolgerung, ich zitiere einmal: *„Es ist überaus zweifelhaft, ob die in der gesellschaftlichen Debatte verbreitete Annahme einer Rückzugs- oder Abschottungstendenz unter Migranten und Migrantinnen der Realität entspricht.“* Dies ist ja die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Wenn Sie fragen: „Gibt's eigentlich Parallelgesellschaften, gibt's eigentlich Ghettos?“, sagt jeder „Ja“ und unterstellt, dass jeder, der nun gebündelt mit anderen der gleichen Herkunft lebt, dies freiwillig wählt.

Es ist aber ja nicht so, dass jeder Mensch freiwillig gerade nun in bestimmte Viertel zieht, sondern es ist häufig eine Frage, wo bezahlbarer Wohnraum ist. Der ist in bestimmten Vierteln konzentriert, und deshalb ist es Aufgabe der Städtebaupolitik, Bedingungen zu schaffen, dass nicht nur aufgrund finanzieller Bedingungen die Probleme sich in bestimmten Stadtvierteln bündeln.

Das heißt nicht, dass wir in Deutschland auf einer Insel der Seligen leben. Auch bei uns gibt es gerade für die Gruppe, die ich beschrieben habe, den Wegfall von Industriearbeitsplätzen, hohe Arbeitslosigkeit, Einkommens- und Bildungsarmut, Kaufkraftrückgang, sanierungsbedürftigen Wohnraumbestand und unzureichende Infrastruktur. Und ich denke, auch das ist in der Integrationsdebatte immer noch einmal wichtig: Bei unserer Zuwanderungspolitik der letzten 50 Jahre - Konrad Adenauer hat das erste Abkommen mit Italien 1955 geschlossen und dann kamen alle weiteren Abkommen - haben wir ja keine gezielte Zuwanderung gemacht und dann eine In-

tegrationspolitik folgen lassen, sondern wir sind die ersten 30 Jahre einmal davon ausgegangen, das sind Gastarbeiter. Die kommen, und die gehen auch wieder. Das war übrigens auch nicht eine Partei, sondern das war die gesellschaftliche Einstellung, Gewerkschaften, Wirtschaft, alle Parteien dachten, so ist das.

Die, die kamen, dachten das übrigens auch. Wer aus Italien freiwillig in das kalte Deutschland geht und in Duisburg oder Dortmund arbeitet, denkt für sich selbst: Ich gehe irgendwann zurück zu meiner Familie, schicke Geld in die Heimat. Und wenn man so eine Einstellung hat, wenn man in der Fabrik arbeitet, dann muss man sich nicht unbedingt integrieren, muss nicht einmal die Sprache lernen, weil Integration durch Arbeit gelungen ist. Diese Arbeitsplätze sind aber exakt die, die wegfallen.

Und wir erwarten jetzt insbesondere bei den türkischen Zuwanderern, die aus den bildungsfernsten Schichten der Türkei ganz absichtlich hergeholt worden sind - man hat ja nicht die Eliten in Istanbul angeworben, sondern man hat in den bildungsfernsten Schichten Industriearbeiter hergeholt, weil die am billigsten und am einfachsten in den Fabriken einsetzbar waren - von denen erwartet man jetzt in der eigenen Person den Schritt von der Industriegesellschaft in die Wissensgesellschaft, der uns schon so schwer fällt. Deshalb frage ich bei solchen Forderungen - wenn ich das manchmal lese, wir müssten jetzt Integrationsverweigerung unter Strafe stellen oder etwas ähnliches, müssten jetzt Integrationsverweigerern die Gelder kürzen - was heißt das denn, was ist denn ein Integrationsverweigerer? Ein 60-jähriger Zuwanderer, der vielleicht 40 Jahre gearbeitet hat, und der jetzt mit 60 Jahren vielleicht nicht mehr den Deutschkurs besucht, weil er auch nicht mehr so leicht die Sprache lernen kann? Soll der jetzt Hartz IV gekürzt kriegen, nur weil er die Sprache nicht spricht? Also ich denke, man muss dann sehr differenziert antworten. Bei Kindern von 4 Jahren kann man Sprache fördern, einem 18- oder 20-Jährigen kann man zumuten, noch einmal Deutsch zu lernen, damit er in den Arbeitsmarkt wieder integrierbar ist. Aber man kann doch nicht einem 60-jährigen Zuwanderer, der 40 Jahre gearbeitet hat, sagen: „Wehe du lernst jetzt nicht Deutsch, dann kürzen wir dir die Hartz-IV-Gelder“. Diese Differenzierung bei der Debatte darüber, was man erwarten kann, ist glaube ich etwas, was wir uns auch in der Integrationspolitik vornehmen sollten.

Integrationspolitik als konkretes Handlungsfeld der Stadtentwicklungspolitik bedeutet, soziale und ethnische Ausgrenzung in den Städten zu verhindern. Wir haben dieses Programm „Soziale Stadt“ aktuell in 37 Stadtteilen in Nordrhein-Westfalen. In besonders belasteten Stadtquartieren fördert dieses Programm das Zusammenwachsen. In zwei Essener Stadtteilen beispielsweise gibt es das Projekt „Zuwanderer in der

Stadt", das Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik macht und das die aus diesem Projekt hervorgegangenen Erkenntnisse dann auch in anderen Projekten des Landes umsetzt. Die Gefahr der strukturellen Segregation, die dadurch verstärkt wird, dass seit langem ansässige Menschen ihre Wohngebiete verlassen, weil sie die Präsenz von Zuwanderinnen und Zuwanderern als Indikator für sozialen Abstieg betrachten, die ist noch nicht gestoppt. Und unter den Zuwanderern selbst stellen wir natürlich auch fest, wer dann mehr verdient, wer vielleicht die Chance hat, den Stadtteil zu verlassen, der verlässt ihn auch. Und deshalb muss eine Stadtpolitik natürlich auch so angelegt sein, dass nicht die bestimmte Adresse schon das Etikett dafür abgibt, was sozialer Abstieg bedeutet.

Eine sozialräumliche und ethnische Konzentration sollte aber nicht reflexartig negativ bewertet werden, sie kann auch für zugewanderte Menschen den positiven Aspekt der Orientierung und kollektiven Selbsthilfe in einer fremden Umgebung haben. Sie kann Chancen auch für zugewanderte Unternehmen eröffnen, die sich gezielt auf die speziellen Bedürfnisse und Erwartungen der Bevölkerung vor Ort einstellen.

Wir haben häufig einen viel größeren Unternehmer- oder Gründergeist gerade bei Zuwanderern als bei der deutschen Gesellschaft, und deshalb ist nicht prinzipiell die Bündelung von bestimmten Ethnien in bestimmten Stadtvierteln etwas Negatives. Wir haben einen Mikrozensus 2005 gemacht, wo wir festgestellt haben, dass die Selbstständigquote von ausländischen Staatsbürgern mit 10,4% inzwischen genauso hoch ist wie die der Deutschen, bei Eingebürgerten liegt sie sogar noch etwas höher. Deshalb denke ich, dass ethnische Quartiere nicht zu Freiräumen für Bestrebungen einzelner Zuwanderergruppen werden dürfen, für sich ein geschlossenes, abgeschlossenes Milieu zu schaffen, aber dass nicht jede Ballung von Zuwanderern in bestimmten Vierteln automatisch als Problem beschrieben werden muss.

Integrationspolitik ist keine Fürsorgepolitik. Das war auch die Grundentscheidung unseres Ministerpräsidenten, zu sagen: Ich lasse das nicht mehr als Untergruppe im Sozial- und Gesundheitsministerium, wo es vorher war, sondern es muss ein eigenständiges Politikfeld werden, indem alle anderen Ressorts der Landesregierung ihren Beitrag zuliefern. Es ist nicht eine Untergruppe der Sozialpolitik, sondern es ist die gesellschaftspolitische Aufgabe der nächsten Jahre. Das bedeutet, wenn ein solcher Aktionsplan gemacht wird, muss der Städtebauminister fragen: „Was heißt das für den Städtebau?“, muss die Schulministerin fragen: „Wie soll es denn funktionieren mit dem islamischen Religionsunterricht?“, muss der Arbeitsminister sagen:

„Wenn ich jetzt Programme mache für Ausbildungsplätze, wie gelingt es mir, für die Zuwanderer, die immer noch größere Probleme haben, einen Ausbildungsplatz zu finden, schon wenn allein der Name anders klingt als deutsch, für diese spezielle Gruppe den Einstieg in Ausbildungsplätze zu ermöglichen?“ Es sind also alle Ressorts beteiligt und es ist nicht eine Unterabteilung der Sozialpolitik.

Integration geschieht vor Ort, deshalb haben wir dieses Programm „KOMM IN-NRW“, wo jetzt vor Ort Integrationskonferenzen stattfinden. An vielen Orten, wo der Zuwandereranteil besonders hoch ist, trifft sich die gleiche Ebene in der Kommune, also das, was die Bundeskanzlerin im Kanzleramt macht und was wir im Ministerium versuchen für das Land, muss jetzt vor Ort gelingen. Komischerweise sind dies überall die ersten Konferenzen; ich bin jetzt häufig eingeladen zur Ersten Bochumer Integrationskonferenz, Ersten Duisburger Integrationskonferenz. Nach 50 Jahren Zuwanderung ist dies eigentlich erstaunlich.

Man beginnt jetzt auch, die Stadtverwaltungen umzubauen, d. h. ein Ausländeramt hat nicht mehr die Aufgabe, hauptsächlich zu gucken, dass möglichst wenig Ausländer kommen und sie als lästig und störend zu betrachten, sondern ein Ausländeramt muss auch in der Mentalität zum Integrationsamt werden, das notfalls weiß, wo es im Schulamt, im Sozialamt, in den benachbarten Ämtern Hilfe herholt. Und es beginnt jetzt vor Ort überall, dass man Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe begreift, dass man die Gewerkschaften, die Wirtschaft mit hinzunimmt, dass man die Wohlfahrtsverbände mit hinzunimmt, und an einem Tisch, auch nicht in irgend einem Randviertel, sondern mitten im Rathaus sitzt, im schönsten Ort der Stadt, und über Integrationspolitik spricht.

Ich glaube, es ist dieser Bewusstseinswandel, dieses Ja-Sagen auch zu denen, die hier leben, auch das Signal auszusenden: „Es ist gut, dass ihr da seid. Wenn ihr nicht da wäret, wären die Probleme der deutschen Gesellschaft größer, wären auch die Probleme der Sozialsysteme noch größer, als sie ohnehin schon sind“. Wenn diese Botschaft ausgesendet wird und dann vor Ort in viele, viele konkrete Maßnahmen übersetzt wird, dann kann Integrationspolitik auch zum Erfolg werden.

Ich danke Ihnen.

Herausforderung Integration - der Umgang mit sogenannten Parallelstrukturen

Dr. Albert Maximilian
Schmid, Präsident des
Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge
(Es gilt das gesprochene Wort)



DR. ALBERT MAXIMILIAN SCHMID

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat die Herausforderungen im gesamten Bereich von Integration angenommen und nimmt sie weiter an. Wir sind involviert in die Deutsche Islamkonferenz - als Geschäftsstelle, die in Nürnberg ihren Sitz hat, auch einige Veranstaltungen werden hier in Nürnberg sein - und wir leisten Zuarbeit zum Integrationsgipfel. Wenn man sich das vergegenwärtigt und vergleicht mit dem, was wir bis vor wenigen Jahren gemacht haben - als damaliges Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge - dann sieht man an dem Aufgabewandel dieser Behörde auch die Veränderung, die im politischen Spektrum stattgefunden hat und die hier organisatorisch-institutionell nachvollzogen wird, zum Teil aber auch bei uns ein Stück weit mit begleitet und vorbereitet werden durfte.

In Deutschland leben 6,7 Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Das ist die Größenordnung eines der mittleren Staaten der EU. Von den 6,7 Millionen Ausländern kommen rund 80% aus Europa, das heißt 5,4 Millionen stammen aus Europa, einschließlich der Türkei und der Russischen Föderation. Zirka 1,8 Millionen Menschen sind türkische Staatsangehörige. Zusätzlich sind es noch 900.000 Menschen, die aus der Türkei stammen und eingebürgert wurden. Ich sage das noch einmal vorweg: Die Zahlen sind uns natürlich präsent, aber immerhin haben wir registrieren müssen, dass aus 7,3 Millionen Ausländern - wie wir sie noch bis zum 1. Januar 2005 hatten - 6,7 Millionen geworden sind. Das war die Folge einer Registerbereinigung, die nach Übertragung der Zuständigkeit auf uns stattgefunden hat.

nannte Saisonarbeitnehmer und Werkvertrags-Arbeitnehmer. Wenn ich diese abziehe, die also nicht als Migranten im ursprünglichen Sinne anzusehen sind, dann bleiben 100.000. Von diesen 100.000 kommen 80.000 im Rahmen des Ehegatten- und Familiennachzugs hierher, dann bleiben 20.000 Menschen übrig - das ist eine Zahl, die so niedrig ist wie selten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Und ich sehe darin auch die große Chance, Integration stärker ins Bewusstsein zu rücken und der Integration eine noch größere Aufmerksamkeit zu widmen, als das bisher der Fall war - vor allem in Zeiten, als wir es mit einer massenhaften Zuwanderung wie in den frühen 1990er Jahren zu tun hatten. Damals kamen mehr als 400.000 Asylbewerber und etwa 400.000 Aussiedler im Jahr. Herr Minister Laschet hat bereits darauf hingewiesen, dass etwa 20% der deutschen Bevölkerung eine Zuwanderungsgeschichte aufzuweisen hat. In urbanen Regionen ist der Anteil weitaus höher, da liegt er zum Teil bei 30 bis 40%.

Sie haben mich gebeten, über Parallelgesellschaften oder Parallelstrukturen zu reden. Ich beginne mit einigen Definitionen, weil ich der Meinung bin, dass man bei diesen Begriffen mit äußerster Sorgfalt vorgehen muss, um Missverständnisse vermeiden zu helfen. Der Politikwissenschaftler Prof. Dieter Oberndörfer hat bereits im Jahr 2000 darauf hingewiesen, dass eine bunte und zunehmende Vielfalt oft wenig miteinander verbundener Parallelgesellschaften oder Lebenswelten - diese Begriffe verwendete er - für moderne Gesellschaften geradezu charakteristisch sei. Er beklagt es nicht, er stellt es als charakteristisch fest, und es wundert auch nicht, dass beim Wettbewerb zum „Wort des Jahres“ 2004 der Begriff der Parallelgesellschaft auf Platz zwei rangierte.

Wir haben uns die Frage zu stellen, ob parallele Strukturen - den Begriff ziehe ich dem Begriff der Parallelgesellschaft vor - eine temporäre Schleuse in die Aufnahmegesellschaft darstellen, also den Migranten Hilfestellung leisten, oder ob sie sich als eine Falle für den Migranten erweisen, in der er für längere Zeit verbleibt und aus der er schwerlich herauskommen kann. Geht es nur um einen temporären Durchlauf in die neue gemeinsame Gesellschaft oder geht es um das Verbleiben in den Anfangsstrukturen?

Der Politikwissenschaftler Prof. Thomas Meyer bietet uns fünf Kriterien zur Definition des Vorliegens von Parallelgesellschaften an: Erstens fordert er ethnokulturelle bzw. kulturell-religiöse Homogenität. Zweitens sagt er, es müsse eine nahezu vollständige lebensweltliche und zivilgesellschaftliche Möglichkeit der ökonomischen Segregation vorliegen. Drittens stellt er fest, kennzeichnend für das Vorliegen von Parallelgesellschaften sei eine komplette Verdopplung der mehrheitsgesellschaftlichen

Institutionen, öffentlicher wie sonstiger Institutionen. Viertens hat er eine formal freiwillige Form der Segregation als ein Kriterium herausgearbeitet. Und das fünfte Kennzeichen sei die siedlungsräumliche oder nur sozial-interaktive Segregation, sofern dann die anderen Merkmale auch erfüllt seien. Ähnlich sieht die Definition von Prof. Klaus Bade aus, der ja nun ein Pionier der Migrationsforschung ist.

Meine Damen und Herren,

mit diesem eher wissenschaftlichen Kriterienkatalog kontrastiert das mediale Bild in Deutschland, was das Vorliegen von Parallelstrukturen angeht. Der „Spiegel“ beschreibt Anfang dieses Jahres unsere Gesellschaft als eine Gesellschaft, in der sich Parallelwelten entwickelt hätten, die immer undurchdringlicher nebeneinander stünden. Necla Kelek schildert in ihrem Buch „Die fremde Braut“ eine solche Parallelgesellschaft in ihrer erfundenen Kleinstadt Kaza, die es auf keiner Landkarte gibt.

Ich zitiere sie: „Man findet Kaza auf keiner Landkarte in Deutschland, kein Bahnhof trägt den Namen, und doch hat dieses Kaza fast alles, was man von einer intakten Gemeinde erwartet. Die mehr als 1.000 Einwohner sprechen nur Türkisch, einige Familien leben schon seit 30 Jahren hier, ihre Kinder sind hier geboren, sie sind hier zur Schule gegangen und haben geheiratet, allerdings meist Frauen aus der türkischen Heimat. Einige sprechen sogar Deutsch, wenn auch nur bruchstückhaft, alles wird untereinander und miteinander nach den Regeln der türkisch-muslimischen Umma geregelt, die Gemeinschaft ist in sich geschlossen, die Berührungen mit Deutschen sind zufällig und nicht weiter von Bedeutung, hin und wieder muss jemand von ihnen Kontakt aufnehmen mit der deutschen Gesellschaft, zum Sozial- und Arbeitsamt gehen, dann kommt halt einer aus der Gemeinschaft mit, der Deutsch spricht und in der Lage ist, die Formulare auszufüllen. Aber sonst sind die Bewohner von Kaza unter sich.“

Soweit Necla Kelek - das ist ihre Position, die sie im übrigen auch dieser Tage auf der Deutschen Islamkonferenz vorgetragen hat. Ähnlich ist die Einschätzung der Berliner Rechtsanwältin Seyran Ates, die ja nun erwogen hat, ihren Beruf aufzugeben, weil sie sich nicht mehr für durchsetzungskräftig genug hielt in der Wahrnehmung der Interessen ihrer Mandantinnen und sie sich überdies persönlichen Verfolgungen ausgesetzt fühlte.

Das sind nun einige Belege, sozusagen aus der Betroffenenpersicht. In der Wissenschaft kommt man jedenfalls nicht zu dem Ergebnis, dass in der vergleichenden Forschung ausreichend empirische Belege zu finden seien für die Existenz von Parallelgesellschaften in Deutschland. Zu dem Fazit kam auch der Beirat für Zuwanderung, der bei unserer Behörde unter Vorsitz von Frau Prof. Süßmuth und unter Beteiligung

von Herrn Prof. Bade und anderen eingerichtet war; auch der Zuwanderungsrat stellte fest, dass es hierfür keine verlässlichen empirischen Befunde gebe. Sie haben ja vorher, Herr Minister Laschet, bereits eine Studie des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung zitiert, auf die ich mich auch stütze. Die Studie kommt zu dem gleichen Ergebnis, nämlich dass man von Parallelgesellschaften in Deutschland nicht wirklich reden kann.

Ich wäre jetzt versucht, einen Blick auf europäische Länder um uns herum zu werfen, vielleicht ist das bei entsprechender Nachfrage dann in der Diskussion möglich. Im Herbst letzten Jahres hat uns vor allem die Situation in Frankreich sehr beschäftigt. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, dass die Lage dort wahrlich nicht mit unserer Situation zu vergleichen ist. Wenn wir nach den Ursachen fragen, warum hier keine wirkliche Vergleichbarkeit gegeben ist, dann besteht eine der Ursachen auch darin, dass in Frankreich das Problem der Integration trotz wichtiger Institutionen, die es dort gibt, juristisch wegdefiniert wird durch relativ leicht zu erlangende Einbürgerung. Durch frühe Einbürgerung bekommt jemand die französische Staatsangehörigkeit und wird nicht mehr als ein Mensch ohne die französische Staatsangehörigkeit, also als Ausländer wahrgenommen - womit das Problem gewissermaßen rechtlich minimiert wird. Dass das auf Dauer nicht reicht, haben uns die Unruhen im letzten Herbst gezeigt. Wir verfolgen bei unserer Einbürgerungspolitik eine etwas andere Linie: Während in Deutschland Einbürgerung im Idealfall den Zenit gelungener Integration darstellt, betrachtet man Einbürgerung in Frankreich eher als einen Meilenstein zur Integration.

Wie sollen wir nun umgehen mit dem Befund, den ich kurz beschrieben habe? Ich empfehle uns zunächst einmal Differenzierung in der Wortwahl. Wer den Begriff der Parallelgesellschaft undifferenziert verwendet, weckt Ängste; ich ziehe hier den Begriff von Parallelstrukturen vor. Ich bin auch der Meinung, dass Integration nicht nur eine Frage der Nationalität ist. Auch Inländer können sich fremd fühlen und einander fremd bleiben. Das erleben wir in unseren Städten allerorten. Ich habe fast mein ganzes Leben lang mit diesem Thema zu tun gehabt, als Bürgermeister einer mittelgroßen Stadt oder auch später im Bauministerium in Bonn als Staatssekretär. Damals waren es eben die Menschen, die in Sozialwohnungen gelebt haben und die sozusagen segregiert waren. Und heute geht es um diese Frage in der Form von Migranten, die in der Segregation leben. Und ich denke, dass hier der Passauer Amerikanistik-Forscher Prof. Hansen Recht hat, wenn er sagt, die Dynamik jeder Gesellschaft ergebe sich aus der Interaktion von Kollektiven. Und durch die Einwanderung kommt eben ein weiteres Kollektiv hinzu. Und es geht um die Interaktion mit der Gesell-

schaft - im übrigen, was Einwanderer angeht, so nennen wir diese Interaktion dann Interkulturalität. Und da müssen wir noch kräftig üben, sowohl die Migranten als auch die sogenannte Aufnahmegesellschaft.

Die Politik stellt sich der Herausforderung, Herr Minister Laschet hat darauf hingewiesen. Der Integrationsgipfel hat in seinem Follow-up folgende Schwerpunkte, an denen auch das Bundesamt beteiligt ist: Es geht erstens um die Integration durch Vermittlung der Sprachkompetenz bei erwachsenen Migranten. Zweitens geht es um die frühe Sprachförderung, um die Probleme erst gar nicht entstehen zu lassen. Drittens spielt der Bereich von Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle. Es geht im Besonderen um die Situation von Mädchen und Frauen und um die Mitverantwortung der Bürgergesellschaft insgesamt. Unter dem Eindruck der Islamkonferenz von vor zwei Tagen würde ich gerade dem vorletzten Punkt, der Situation von Mädchen und Frauen, eine ganz besondere Aufmerksamkeit schenken. Es ist uns auch dort wieder bewusst geworden, wie wichtig gerade die Rolle von jungen Frauen in diesem Zusammenhang ist. Begleitend zu diesen Arbeitsgruppen wird es ein Forum geben, auf dem viel Sachverstand eingebracht werden kann.

Was an dieser Stelle zu dem Dialog mit dem Islam zu sagen ist, das ist dieser Tage ausführlich durch die Medien gegangen. Ich halte es für ganz wichtig, dass man sich auf der Deutschen Islamkonferenz in drei Schwerpunkten vertieft und sich um diese in der Zukunft kümmert. Es wird erstens darum gehen, dass wir in den Austausch über die Basis unserer Werteordnung eintreten. Dieser Staat versteht sich als weltanschaulich neutral, aber nicht als wertneutral. Darüber wird im Einzelnen zu reden sein. Zweitens wird es im Follow-up dieser Konferenz um die Fragen insbesondere des islamischen Religionsunterrichtes gehen. Die Bedeutung von Religionen hat im Weltmaßstab zugenommen. Wir haben zwei unterschiedlich große Tendenzen: Der zunehmenden Säkularisierung auf der einen Seite steht die zunehmende Fundamentalisierung auf der anderen Seite gegenüber. Das ist nicht nur für den Islam typisch, das beobachten wir auch in anderen religiösen Bereichen. Dem müssen wir uns stellen. Da spielt der Religionsunterricht eine entscheidende Rolle - sowohl der Religionsunterricht, der in den Moscheevereinen angeboten wird wie auch der, der in den Schulen angeboten werden soll. Gerade vor zwei Tagen hat sich auch eine Konferenz hier in Nürnberg damit beschäftigt, wie dieser Religionsunterricht implementiert werden kann. Und der dritte wichtige Punkt: Was kann die Wirtschaft in diesem Zusammenhang leisten? Auch, um ein Stück weit eine Europäisierung des Islams zu bewerkstelligen. Es gibt ja sehr viele, die aus christlicher Sicht sagen, dem Islam fehle die Aufklärung. Aber so wie die Aufklärung in Europa sich auch parallel entwickelte zu einer Liberalisierung der Wirtschaft im 17./18. Jahrhundert, so wird also die

Europäisierung des Islam nur möglich durch ein Zusammenspiel mit Globalisierungstendenzen innerhalb der Wirtschaft. Deshalb hat diese Islamkonferenz auch diese dritte Aufgabe, die Rolle der Wirtschaft und der Medien, mit in den Blick genommen. Und dass bei alledem, viertens, auch Sicherheitsfragen eine Rolle spielen, das brauche ich nicht besonders zu betonen.

Das Bundesamt ist auf folgenden Gebieten tätig: Wir haben im operativen Bereich dafür zu sorgen, dass die Sprachkompetenz von Zuwanderern verbessert wird. Dem dienen die sogenannten Integrationskurse. Der Zuspruch zu den Integrationskursen ist überraschend gut, meine Damen und Herren. Interessant ist unter den Gesichtspunkten, die uns heute hier zusammengeführt haben, die Tatsache, dass auf Grund der zurückgehenden Zahl von Neuzuwanderern Menschen, die schon länger in Deutschland leben, **in** umso größerem Umfang von den Angeboten der Integrationskurse Gebrauch machen können. Der Großteil der Teilnehmer an diesen Kursen sind mittlerweile Menschen, die schon länger **in** Deutschland leben. Im Amtsdeutsch werden sie „Bestandsausländer“ genannt; hier müssen wir uns noch einen schöneren **Be**griff einfallen lassen. Im übrigen, meine Damen und Herren, wir müssen nur in unserer Familiengeschichte weit genug zurückgehen, dann werden wir sehr schnell feststellen, dass auch **wir** eine Zuwanderungsgeschichte haben. Also, erster Punkt: Sprachkompetenz-Vermittlung, Integrationskurse. Das wird auch eine Rolle spielen bei den Einbürgerungskursen. Zweiter Punkt: Projekte **in** den Städten. Wir fördern knapp 500 gemeinwesenorientierte Projekte der gesellschaftlichen Integration von Ausländern und Aussiedlern in vielen Städten. Wir sind beteiligt an dem Bund-Länder-Programm der „Sozialen Stadt“: Ich könnte jetzt Beispiele aus jedem Bundesland nennen, das würde zu weit führen. Wichtig ist aber als dritter Punkt im operativen Bereich die individuelle Beratung von Migranten; wir nennen das jetzt Migrationserstberatung. **Wir** haben in dieser Migrationserstberatung die einstige Ausländer- und die alte Aussiedlersozialberatung zusammengeführt. Diese Migrationserstberatung ist auf drei Jahre angelegt, dann muss die allgemeine Sozialberatung in den Kommunen als ausreichend angesehen werden können, um den Beratungsbedarf zu befriedigen.

Ganz wichtig ist die Integration in den Arbeitsmarkt, auch davon wurde vorhin gesprochen; das **wird von** uns aus in der Weise mit gefördert, **dass** wir so genannte Verbundprojekte konzipiert haben. Das sind Projekte, in denen neben der Sprachkompetenz auch die berufliche Integration gefördert wird. Wir setzen hier auch sehr auf zivilgesellschaftliches Engagement, ich verweise auf das berühmte Otto-Projekt in Hamburg. Der Unternehmer Dr. Otto hat mit anderen Großindustriellen zusammen

ein Projekt aufgelegt, das Hauptschüler insbesondere mit Zuwanderungsgeschichte unterstützt, Zugang zu finden in den Arbeitsmarkt; das Projekt soll sie nachqualifizieren, Berufsberatung leisten und ihnen schon während des letzten Hauptschuljahres Hilfe angeeignet lassen. Ein solches Modell gibt es auch in weiteren Städten. Auch andere Stiftungen, wie zum Beispiel die Mercator-Stiftung, sind hier aktiv.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, soll dies alles seinen Niederschlag finden in zwei „Dokumenten“. Einmal in dem Nationalen Integrationsplan, der auf den Höhen des Integrationsgipfels erarbeitet wird und im Sommer des kommenden Jahres vorliegen soll, und zweitens in einem Integrationsprogramm nach Maßgabe des Zuwanderungsgesetzes, das bei uns erarbeitet wird. Wir wollen keine riesige „Integrationsbehördenstruktur“ hier aufbauen, sondern das, was an Kompetenz vorhanden ist, netzwerkartig bündeln. Ich bitte Sie sehr, Ihren Sachverstand dort einzubringen und daran mitzuwirken. Das wird sehr transparent geschehen, das Netz wird großzügig ausgeworfen und es soll auch nicht zu kleinmaschig sein, damit möglichst viele erfasst werden und daran mitwirken können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Integrationspolitik ist eine wesentliche Schlüsselpolitik für die Zukunft der Städte, sie ist aber auch eine Querschnittsaufgabe für alle Handlungsebenen Stellen Sie sich doch einmal vor, Sie würden selbst in Istanbul ein neues Zuhause aufbauen, dann würden Sie sich mit Sicherheit freuen, wenn man Ihnen dort mit offenen Armen begegnet. Integration ist auch ein Stück weit Neugier auf den Anderen.

Frau Özoguz, wie lebt es sich als Tochter von Eltern mit ausländischen Wurzeln?

Aydan Özoguz:

Es lebt sich gut. Man wird ja häufig gefragt, wie es früher war, wie es heute ist, und es ist schon schwierig, sich manchmal zurückzuerinnern, wie anders es doch in meiner Kindheit war als heute. Die Fragen haben sich tatsächlich ein Stück weit verändert, ich kann mich gut erinnern, dass ich es früher immer ein bisschen merkwürdig fand, gefragt zu werden: „Woher kommst du und wann gehst du zurück?“ Das war eine Standardfrage, die ich heute tatsächlich gar nicht mehr gefragt werde. Aber es ist jetzt schon ein Stück weit Teil meiner Identität geworden. Ich habe einen deutschen Mann geheiratet und habe mich beispielsweise dafür entschieden, meinen türkischen Namen zu behalten, weil ich glaube, dass es sich anders lebt mit einem türkischen Namen. Und das spürt man häufig auch hierzulande, in Situationen, wie z. B. Runden, in denen man sich vorstellen muss und die Leute kennen einen alle nicht. Dann kommt plötzlich doch mal Beklemmung auf wegen meines türkischen Namens.

Aber es gibt doch vielleicht sogar auch Vorteile, weil Sie eben gerade Ihren türkischen Namen behalten haben.

Özoguz:

Na, ich bin sicherlich Politikerin geworden, ohne in der Partei groß geworden zu sein. Und der Grund, warum ich Politikerin geworden bin, hat natürlich damit zu tun. Ich wurde tatsächlich gefragt, ob ich es möchte - ich habe mich nicht hochgearbeitet, um es sehr deutlich zu sagen.

Es ist gerade hierzulande eine Umbruchsituation: Es gibt auf der einen Seite einige, die es sehr, sehr kämpferisch versuchen und nicht durchkommen, also Schwierigkeiten haben, sich hochzuarbeiten in unserer Parteienlandschaft. Und es gibt auf der anderen Seite Überlegungen von oben, Menschen mit Migrationshintergrund in die Parlamente hineinzubekommen, damit die anderen nicht locker lassen, sich nicht frustrieren lassen. Es ist immer so ein bisschen die Frage, ob man nur Alibi ist oder ob man andere dabei befördern kann, weiterzumachen. Bei so vielen Praktikanten, wie ich sie jetzt habe, mit meist türkischen, aber eben auch anderen Wurzeln, so viele



AYDAN ÖZOGUZ

junge Mädchen, die dann doch kommen und anrufen oder fragen, merke ich, dass es nützt.

Herr Al-Wazir, sein Herz für andere Menschen zu öffnen ist mit die schönste Erfahrung, die wir auf dieser Welt machen können. Wie wichtig ist so eine Grundhaltung, besonders Menschen gegenüber, die in Deutschland fremd sind oder einen Migrationshintergrund haben?

Tarek Al-Wazir:

Also zu allererst würde ich gerne bestätigen, dass mir, als ich in den hessischen Landtag kam, die Frage, woher ich eigentlich komme, auch oft begegnet ist. Und die wird mir in der letzten Zeit weniger gestellt. Man kann sagen, elf Jahre, da ist etwas passiert in diesem Land. Wir kamen sozusagen aus der migrationspolitischen Steinzeit, und wir sind am 1. Januar 2000 ins Mittelalter eingetreten, das war die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Und wir haben uns dann so langsam durch das Mittelalter hindurchbewegt, sind am 1. Januar 2005 mit dem Zuwanderungsgesetz weitergekommen, haben gestern die Islamkonferenz erlebt, also langsam gehen wir sozusagen Richtung Aufklärung. Was noch fehlt, ist vielleicht diesen Herbst eine Altfallregelung, weil das Zuwanderungsgesetz nicht all das gebracht hat, was wir uns gewünscht haben. Diese rechtlichen Rahmenbedingungen haben natürlich auf den ersten Blick ganz wenig mit dem Gefühl zu tun, mit dem Sich-Öffnen, nach dem Sie gefragt haben.

Aber der spannende Punkt, warum ich das erzähle, ist, dass die Frage, ob man Dauerhaftigkeit hinbekommt, dafür entscheidend ist, ob eine emotionale Öffnung stattfinden kann. Wie soll sich z. B. jemand für ein Land öffnen, wenn er hier seit zwölf Jahren alle 3 Monate eine Duldungsverlängerung bekommt? Das ist unmöglich. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind sozusagen ein großer Teil unserer Problematik, was man daran sieht, dass auch die Gastarbeiterzuwanderung von 1955 bis 1973 am Anfang nicht auf Dauerhaftigkeit ausgelegt war.

Herr Freitag, Sie haben eine Menge Erfahrung mit Zuwanderern. Wollen sie grundsätzlich lieber unter sich bleiben, wenn man das überhaupt verallgemeinern darf, oder besteht dieses Denken nicht?

Lutz Freitag:

Das ist wie immer in der Realität sehr unterschiedlich. Genauso wenig, wie bei Deutschen die Präferenzen in dieser Frage einheitlich sind, ist das bei den Zuwanderern. Da gibt es Menschen, die gerade das Spannende, das Neue, das Fremde kennen lernen wollen, und dann gibt es Menschen, die am Anfang gerne noch unter sich und bei ihren Verwandten, Angehörigen leben. Die Situationen sind sehr unterschiedlich, und ich glaube, darauf hat sich die Wohnungswirtschaft in der Zwischenzeit sehr gut eingestellt. Für uns sind die Zuwanderer Kunden, auf deren Wünsche und Vorstellungen wir uns einzustellen haben. Es sind allerdings Kunden, die in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht nicht immer gleichgestellt sind und die häufig Nachteile und Hemmnisse überwinden müssen. Wir versuchen dabei zu helfen - nicht, indem wir nach einem bestimmten gesellschaftspolitischen Ansatz oder Schema jemandem etwas oktroyieren, sondern indem wir schauen, was dem Quartier, was den Menschen am besten hilft. Und das bedeutet: Integrationsmaßnahmen an den jeweiligen Fall und an die Verhältnisse im Quartier anzupassen.

Ein nordisches Möbelhaus sagt: Wohnst du noch oder lebst du schon? Ich würde sagen, die Zuwanderer wohnen in Deutschland schon relativ gut, aber sie leben häufig noch nicht richtig in der Gesellschaft.

Herr Fromm, leben die Zuwanderer in einer Art Diaspora? Sind sie physisch hier, aber psychisch und seelisch und mental eigentlich nicht? Oder eben nur ein Stück weit?

Heinz Fromm:

Mein Eindruck ist, dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen zwar verbessert haben, die Situation sich jedoch gleichwohl eher verschärft hat als verbessert. Das mag eine selektive Wahrnehmung von meiner Seite sein, weil wir uns eben mit Extremismus und Terrorismus zu befassen haben, aber ich denke, es muss sehr viel nachgeholt werden, und damit ist ja auch begonnen worden. Wir betreiben Prävention, oder versuchen, Prävention zu betreiben, indem wir aufklären.

Herr Professor Häul3ermann, wie viele, schätzen Sie, unserer Migranten sind zwar physisch hier, aber mental, psychisch eigentlich nicht. Kann man das kurz abklären?

Hartmut Häußerrann

Da gibt es sehr, sehr große Unterschiede. Einerseits können wir bei Personen mit Migrationshintergrund in der Bundesrepublik große Fortschritte feststellen, im Bil-

dungswesen, in beruflicher Integration, auch in der Politik. Auf der anderen Seite stel-



PROF. HARTMUT HÄUßERMANN, TAREK AL-WAZIR

len wir eine Stagnation oder vielleicht sogar einen Rückschritt von Teilen der zweiten und dritten Generation fest. Wir haben also eine Spaltung. Wir können deswegen nicht über die Migranten und die mit Migrationshintergrund reden, sondern wir müssen sehr genau hinschauen. Und es gibt diese Annahme, es gäbe Ghettos in Deutschland, von denen Gefahr für die Gesellschaft ausgeht.

Dann wollen wir diesen Punkt doch gleich mal klären.

Häußermann:

Wir haben in Deutschland keine Ghettos. Die Segregation von Bürgern mit Migrationshintergrund nimmt ab. Und das ist eine ganz einfache Folge der Tatsache, dass es anteilmäßig immer mehr sind. Das Zweite ist, dass die räumliche Konzentration ein Problem sein kann, aber da muss man genau prüfen, wo und wann und unter welchen Bedingungen, generell stellt die räumliche Konzentration kein Problem dar.

Herr Al-Wazir, gibt es Tendenzen zur Ghettoisierung oder kann man diesen Punkt in keiner Weise unterschreiben?

Al-Wazir:

Zuwanderer und alle Menschen mit Migrationshintergrund sind einfach völlig verschieden. Tausend japanische Führungskräfte in Düsseldorf sind etwas ganz anderes als tausend von Opel als ungelernte Arbeiter angeworbene Marokkaner in Dietzenbach. Und das hat jetzt gar nichts mit der ethnischen Herkunft zu tun, sondern mit dem sozialen Hintergrund.

Das Zweite, was man aus meiner Sicht begreifen muss, ist, dass man genau hinschauen muss, wo niedriger Bildungsstand oder niedrige soziale Schichtung zusammenkommen mit gesellschaftlichem Strukturwandel. Im Ruhrgebiet oder in einer Stadt, wo die Industriearbeitsplätze wegbrechen wie in Berlin, oder meiner Heimatstadt Offenbach, da gibt es große Probleme in bestimmten Bereichen. Das sind aller-

172 dings nicht „die Ausländer“, sondern das sind Leute, die sozusagen in dieser Gesell-

schaut, dann merkt man, dass das die „autochthonen“ Deutschen, die denselben Hintergrund haben, in ähnlicher Weise betrifft. Wer in einer Stadt wie Offenbach sagt, es gibt keine Probleme, der macht sich etwas vor, natürlich gibt es Probleme, und was für welche. Auf der anderen Seite, wer sagt, das ist ein Ghetto, der spinnt.

Frau Özoguz, die Herausforderungen für die Städte, in puncto Zuwanderer, wie würden Sie die definieren?

Özoguz:

Der erste Punkt ist, dass Arbeitsplätze wegbrechen bzw. Betriebe schließen. Die Arbeit, die unsere Väter oder Großväter als Gastarbeiter noch gemacht haben, diese Art von Berufen gibt es nicht mehr, oder kaum noch. Das heißt auch, dass das Bildungssystem sich verändern muss. Unser Bildungssystem hinkt dem hinterher; das ist uns mit der Pisa-Studie sehr deutlich bescheinigt worden. Fakt ist, dass wir quasi sehr viele Schüler haben, die abbrechen, die gar nicht fertig werden. Und auch die, die fertig werden, finden dann nichts vor. Wir geben sehr viel Geld aus für ein Bildungssystem, das letztendlich schon von vornherein jungen Menschen sagt: Selbst wenn du diese Schule fertig machst, wirst du eigentlich nichts und hast auch wenig Chancen, etwas zu bekommen. Das ist nicht Migranten-spezifisch, sondern das ist ein grundsätzliches Problem dieses Landes, da müssen wir etwas verändern. Das kann man bei den Kindergärten weiterführen.

Es gibt genug Studien, die aufzeigen, dass Kinder, selbst wenn zu Hause kein Wort Deutsch gesprochen wird, die Sprache beherrschen, wenn sie früh genug in den Kindergarten kommen. Ich finde es absurd, einer Mutter, die aus einem anderen Land kommt, kaum Deutsch kann, zu sagen: Radebrechend musst du irgendwie mit deinem Kind Deutsch sprechen. Ich würde sagen: Sprich mit dem Kind deine Sprache. Gleichzeitig müssen wir sehen, wie dein Kind so gut Deutsch lernt, dass es in dieser Gesellschaft bestehen kann. Dann muss dieses Kind eben schon mit drei Jahren in den Kindergarten gehen. Und dann müssen wir uns überlegen, ob wir nicht die Ausbildung von Erzieherinnen ernster nehmen und anders gestalten, ob wir die Kindergärten so teuer lassen. Wir müssen auch in Bildung und in Jugendarbeit investieren und auch mal etwas umschichten.

Der letzte Punkt ist, dass wir lernen müssen, dass Mehrsprachigkeit, mehrere Kulturen zu kennen, eine echte Ressource, einer Bereicherung für unser Land ist, anstatt dies wegzudrängen, indem wir sagen: Hauptsache Deutsch. Wie stehen in Konkurrenz mit anderen Ländern, wir brauchen Zuwanderung. Während andere Länder

sagen: „Kommt zu uns“, haben wir uns durchgerungen zu sagen: „Komm mal, aber höchstens für fünf Jahre, komm mal, aber bring bloß nicht deine Familie mit, komm mal, aber“. So sind wir noch nicht wirklich konkurrenzfähig, wir müssen uns mental noch ein Stück weiter öffnen und sagen: „Ja, auch andere Menschen sollen zu uns kommen, die können etwas und die werden uns bereichern und uns voranbringen“.

Herr Freitag, wenn wir noch einmal in die Wohnviertel zurück kommen: Gibt es so etwas wie ethnische Quartiere?

Freitag:

Es gibt in Mannheim eine Wohnungsgenossenschaft, die zu 80% aus Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit besteht. So wie es Quartiere gibt, die sehr stark ethnisch geprägt sind, gibt es viele offene, gemischte Quartiere. Die Vielfalt ist sehr groß.

Für uns kann immer nur Maßstab sein, was den Menschen am meisten nützt, d. h. wie sie in dieser Gesellschaft am besten ankommen. Und da muss man die unterschiedlichen Verhältnisse berücksichtigen. Unsere große Sorge ist im Augenblick die gesellschaftliche Spreizung, das Auseinanderdriften der Lebens-, Bildungs- und Einkommenschancen, die unterschiedliche Vermögensverteilung. Das, was in den 1960er, 1970er Jahren einmal zum strategischen Ansatz einer gesellschaftlichen Veränderung gemacht wurde, entwickelt sich im Augenblick zurück. Und dieser Prozess des Auseinanderdriften der Gesellschaft trifft die Zuwanderer in besonderer Weise, weil sie sowohl in Bezug auf die Erwerbsmöglichkeiten als auch auf die Bildungschancen erheblich schlechter gestellt sind. Das ist das eigentliche Problem. Wenn die benachteiligten Zuwanderer zusammentreffen mit jenen Deutschen, die mühselig und beladen sind, die selbst keine große Toleranz erleben und um ihren Lebensunterhalt kämpfen müssen, dann entstehen gefährliche Entwicklungen, und es kommt zu Konflikten im Quartier oder in der Nachbarschaft.

Herr Fromm, kann und muss die Politik darauf Antworten geben?

Fromm:

Natürlich, sie tut es ja auch. Herr Al-Wazir hat den Prozess seit zehn Jahren vorhin kurz angedeutet.

Sehen Sie denn bereits eine kluge Vernetzung auf kommunaler Ebene, sind Ge-

Fromm:

Also ich bin dafür kein Spezialist. Wir befassen uns nicht mit Migrantenumilieus, sondern mit Menschen und Gruppierungen, die für die Sicherheit dieses Landes gefährlich werden könnten. Aber, um einen alten Mao-Spruch zu nehmen, diese Milieus sind das Wasser, in dem die Fische schwimmen, die gefährlich sind. Ich bedaure es sehr, dass Hinweise an die Polizei oder auch den Verfassungsschutz aus diesem Milieu ausgesprochen spärlich sind. Wir haben seit einiger Zeit eine Hotline, die besetzt ist mit Leuten, die Arabisch und Türkisch sprechen. Da



HEINZ FROMM

kommen nur ganz wenige Anrufe. Das heißt, auch wenn dieses Milieu ganz unproblematisch ist, was die Sicherheit angeht, kommen keine Hinweise. Auch wenn nur ein ganz verschwindend geringer Prozentsatz von Leuten sich radikalieren lässt und die Terroristen selbst nicht diesen Milieus entstammen, haben sie sich dort aufgehalten, sind dort untergetaucht. Deswegen ist es in sicherheitspolitischer Hinsicht sehr wichtig, dass alle Möglichkeiten, die man zur Integration hat, auch genutzt werden. Dieses Phänomen ist übrigens keineswegs auf Migranten beschränkt, sondern trifft auch auf den wachsenden Rechtsextremismus in den neuen Ländern zu.

Özoguz:

Ich glaube, Sie unterschätzen einen Faktor oder Sie verdrängen ihn, wenn Sie sagen, da kommen keine Hinweise. Das ist die Frage nach dem Vertrauensverhältnis bzw. danach, wie der Verfassungsschutz diesen Menschen gegenübertritt. Die Polizei hatte früher das gleiche Problem. Wer hat schon als Türke bei der Polizei angerufen, weil er ein Problem hatte. Die Polizei hat darauf reagiert, indem sie Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit angeworben, indem sie diese Institution ein Stück weit aufgebrochen hat und nun einige Gesichter dort sind, die vielleicht etwas verändern können. Dieser Ansatz, Menschen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst zu holen, ist noch ein vernachlässigtes Thema in unserem Land.



PROF. HARTMUT HÄUßERMANN

Herr Professor Häußermann, welche wichtigen Schritte müssen ausgebaut werden? Was sind die wesentlichen Integrationselemente, die jetzt vorangetrieben werden müssen?

Häußermann:

Was mich heute bewegt hat, war, dass am Zuwandererprojekt beteiligte Städte zum Teil wenig interessiert waren an sozialräumlichen Integrationsstrategien oder sagen, das ist kein dringendes Thema, da müssen wir uns nicht besonders anstrengen. Oder die Politiker sagen, das fassen wir nicht an. Im Hinblick darauf, dass z. B. in Hamburg 48% der unter Sechsjährigen einen Migrationshintergrund haben, bei den unter Achtzehnjährigen 42%, kann sich doch niemand mehr hinstellen und sagen, das ist für uns kein Hauptthema, das ist nicht vorrangig. Fakt ist doch, dass es da wirklich um die Zukunftsfähigkeit unserer heutigen Stadtpolitik geht. Die Städte, die starkes ökonomisches Wachstum haben, Hamburg, München, Stuttgart oder auch Frankfurt, sind die mit den höchsten Anteilen von Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Und es sind die alten Industriestädte - Offenbach, Gelsenkirchen und Duisburg, die sich in einer völlig konträren Lage befinden. Und daneben gibt es Städte, die haben keinen hohen Migrantenanteil.

Nach meiner Ansicht reden wir viel zuviel über Städte mit hohem Migrantenanteil, über deren Probleme. Dabei müssten wir über die Probleme der Städte reden, die keine Migranten haben. Die haben nämlich keine große Zukunft, sondern müssen sich vielmehr bemühen, Nachwuchs zu bekommen.

Das eigentliche Problem besteht in der Benachteiligung junger Migranten im Bildungswesen. Wir hatten schon einmal eine Bildungskatastrophe in den 70er Jahren, damals waren es die katholischen Mädchen auf dem Lande. Sie waren ungleich schlechter am Bildungswesen beteiligt. Heute sind es die jungen Männer in den Städten und die Muslime. Wo ist der Ruck, der damals durch die Gesellschaft, durch das Land ging, der heute durch die Städte gehen müsste, um diese Bildungskatastrophe zu bewältigen? Das ist nach meiner Ansicht das primäre Problem. Das hängt mit der räumlichen Struktur der Städte nicht sehr stark zusammen, sondern vor allem mit der sozialen Herkunft, mit dem, was an kulturellem Kapital aus dem Elternhaus mitgebracht werden kann. Unsere Städte müssen sich bemühen, diesen Nachteil auszugleichen und die Kinder zu befähigen, ihre Potenziale und Fähigkeiten zu entwickeln.

176 Ab dem 3. Lebensjahr sollten die Kinder in Betreuungseinrichtungen gehen, die die

andere kulturelle Techniken lernen. Ab sechs Jahren könnten sie Ganztagschulen besuchen. Der Einfluss des Quartiers und der räumlichen Konzentration ist dann zu vernachlässigen.

Herr Freitag, sehen Sie das genauso?

Freitag:

Die Ursachen für die Probleme, die wir hier sehr richtig diagnostiziert haben, liegen nicht im Quartier, sondern es sind gesamtgesellschaftliche Konflikte. Quartiere können, wenn zu den gesellschaftlichen Fehlentwicklungen außerdem noch schlechte stadträumliche und Wohnsituationen hinzukommen, die radikale Austragung der Konflikte allerdings befördern, wie wir in Frankreich gesehen haben. Wir haben unseren Beitrag zur sozialen Entspannung in den Quartieren zu leisten durch die ständige Qualitätsverbesserung der Wohn- und Nachbarschaftsverhältnisse. Wir können überforderte Nachbarschaften nicht sich selbst überlassen, sondern wir müssen ihnen Hilfe zur Selbsthilfe zuteil werden lassen, das bürgerschaftliche Engagement im und für das Quartier fördern. Wenn man die Förderung der sozialen und nachbarschaftlichen Entwicklung im Quartier noch flankiert mit Beschäftigungs- und Ausbildungsprogrammen - gerade für junge Menschen - und einer Unterstützung der lokalen Wirtschaft, kann man viel in den Quartieren erreichen. Wir sind natürlich als Wohnungswirtschaft nur begrenzt handlungsfähig, wenn es um Bildung geht. Und dennoch hat z. B. die größte kommunale Gesellschaft in Deutschland jetzt angeboten, das Facility-Management für Schulen in schwierigen Quartieren zu übernehmen, um die bauliche Substanz zu erhalten und zu verbessern. Es gibt auch eine Reihe von Wohnungsgesellschaften, die Sprachkurse anbieten in ihrem Quartier in einer, wie ich meine, sehr vernünftigen und sensiblen Art.

Sollte denn die Einbürgerung, wie von manchen Politikern gefordert, erleichtert werden?

Fromm:

Es war in den vergangenen Jahren sehr leicht, in Deutschland eingebürgert zu werden. Aus meiner Froschperspektive oder meinem Blickpunkt muss ich sagen, es sind Leute eingebürgert worden, bei denen ich mich wundere, dass das stattfinden konnte. Wir haben es sehr häufig mit Leuten zu tun, die deutsche Staatsbürger sind und die sich in keiner Weise mit diesem Land identifizieren. Erst seit den schrecklichen



LUTZ FREITAG

Ereignissen in Amerika am 11. September werden die Sicherheitsbehörden bei Fragen der Einbürgerung beteiligt. Seitdem ist es ein bisschen besser geworden. Ich halte eine Erleichterung der Einbürgerung deshalb für sehr problematisch. Und im übrigen denke ich, dass mit dem formalen Akt der Einbürgerung noch nicht so sehr viel gewonnen ist.

Herr Al-Wazir, wäre ein kommunales Wahlrecht für Ausländer hilfreich für die Integration?

Al-Wazir:

Wissen Sie, bei den Kommunalwahlen am 26. März hatten wir eine Wahlbeteiligung von 31%. Ich fordere das kommunale Wahlrecht, so lange ich mich erinnern kann, aber ich glaube nicht, dass es irgendein Problem lösen würde. Die grundsätzliche Frage ist doch, ob sich jemand als Teil seiner Stadt, als Teil seiner Gesellschaft, als anerkanntes, vollwertiges Mitglied fühlt, das vom Leben etwas zu erwarten hat. In diesem Moment werden die Leute sich auch um die politischen Rahmenbedingungen kümmern.

Ich hätte gerne, dass die Diskussion um das kommunale Wahlrecht nicht nötig wäre, weil die Leute Staatsbürger sind. So einfach ist das. Und ich finde, dass die Frage der Einbürgerung mal wieder typisch für diese ganze Diskussion ist. Es wird gleich wieder der Superdeutsche gesucht. Es geht, wenn wir über Anerkennung reden, eigentlich darum, dass wir ein Interesse daran haben müssen, dass die Migrantengemeinschaften sich als Teil dieser Gesellschaft fühlen. Dann geht es auch darum, positive Rollenbilder zu haben, die Jugendlichen zeigen: Wir haben es geschafft!

Fromm:

Sie sind doch ein Beispiel. Wie haben Sie es denn geschafft?

Al-Wazir:

Ja, das liegt ein bisschen an meiner Sudeten-Mutter. Im übrigen war mein Vater auch kein Gastarbeiter, sondern er gehört sozusagen zur jemenitischen High Society, wenn man das so nennen kann.

Fromm:

Nur damit ich nicht missverstanden werde: Alles richtig, wenn es um Anerkennung geht, aber bitte nur in den Fällen, in denen die Leute bereit sind, sich die Wertordnung dieses Staates zu eigen zu machen. Wir haben in den letzten Jahren zum Teil Leute eingebürgert, die den Teufel tun und diese Werte anerkennen. Es gibt Leute, die

im Fernsehen zu Talkshows eingeladen werden, ein Imam aus Leipzig, der ist ein Islamist, wie es im Buche steht, und er ist deutscher Staatsangehöriger. Das ist nur ein sehr prominentes Beispiel. Und davon gibt es viel zu viel.

Özoguz:

Ich wollte zu beiden eine Bemerkung machen. Einerseits ist die Sicherheitsfrage nicht zu unterschätzen. Bei uns gibt es deshalb seit 2001 die Regelanfrage beim Verfassungsschutz. Andererseits frage ich mich, warum wir deshalb über einen Fragebogen debattieren, der die Frage stellt: Wie finden Sie den Homosexuellen nebenan? Ist das ein Sicherheitsproblem? Das ist es eben nicht. Also vermischen wir hier zum Teil Dinge, die nicht wirklich zusammengehören, aber als Sicherheitsaspekt mit verkauft werden.

Zum kommunalen Wahlrecht wollte ich nur sagen, warum nicht einfach mal probieren? Wenn mir etwas sehr lebhaft in Erinnerung ist, dann das, dass ich, als ich achtzehn geworden bin, obwohl hier geboren und groß geworden, als Ausländerin nicht wählen durfte wie alle anderen. Das war keine gute Erfahrung. Und ich weiß, dass ich mich dann entsprechend gar nicht so richtig interessiert habe. Ich finde es schade, wenn man sozusagen schon darauf hin erzogen wird, nichts sagen zu dürfen, weil man dieses Recht nicht hat. Wir reden ja nicht von Bundestagswahlen, sondern wir fangen unten an. Lasst doch den Menschen die Chance, einmal mitzubestimmen. Und dann kann man ja sehen, ob es bei den 30% bleibt.

Al-Wazir:

Das unterschreibe ich alles, aber ich weise darauf hin, dass ich die Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag und im Bundesrat in den nächsten zehn Jahren noch nicht sehe.

Herr Häußermann, zum Schluss: Welche Zukunft haben unsere Städte mit einem hohen Zuwandereranteil?

Häußermann:

Im Hinblick auf demographische Prognosen gibt es eine unglaubliche Diskrepanz zwischen den Städten bei der Entwicklung der Zahl der unter 18-Jährigen bis zum Jahr 2030. Da gibt es ganze Raumordnungsregionen, wo die Bevölkerung um 50% abnehmen wird, und andere, die, wenn sie Glück haben, einigermaßen stabil bleiben, z. B. Frankfurt oder München.

Kurz: Diejenigen Städte, die hohe Anteile von jungen Migranten haben, bleiben stabil, die anderen nehmen an Bevölkerung ab. Es ist vor allem die junge Bevölkerung,

die notwendig ist für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung dieser Städte. Junge Leute gehen zur Schule und Universität, sie lernen das neue Wissen, das man in der Wirtschaft und in der Dienstleistungsökonomie braucht. Es wird daher zwischen den Städten eine Konkurrenz um Köpfe geben. Eines der wichtigsten Instrumente dafür ist die Qualifikation derer, die am Ort sind. Das ist die Zukunft der Städte.

Herr Al-Wazir, jetzt müssen Sie noch Ihr Geheimrezept verraten.

Al-Wazir:

Also, ich glaube einfach, es ist alles da, es liegt alles auf dem Tisch, wir kennen die Probleme, wir haben die Pisa-Studien, wir haben die Sprachstandserhebung, wir kriegen inzwischen auch die Daten, wer einen Migrationshintergrund hat, es gibt ganz viele gute Beispiele. Ich glaube, dass man mit einer Mischung aus Vorangehen auf der einen Seite und Es-einfach-Tun, Leute mitreißen, vielleicht auch mit einem gewissen Paternalismus, in Kombination mit Empowerment, dass man das damit hinkriegt. Und deswegen sage ich, die Leute müssen ihre Verantwortung wahrnehmen. Die Wissenschaft muss praktische Handlungsvorschläge machen, die Kommunalverantwortlichen müssen sehen, wo die Probleme sind, und dann muss man's einfach tun.

Frau Özoguz, welchen Fehler dürfen die Kommunen in nächster Zeit nicht machen, was wäre jetzt wirklich gefährlich und kontraproduktiv?

Özoguz:

Ich sag's lieber anders herum, sonst fällt mir so schnell nichts ein. Das Expertenforum der Schader-Stiftung hat beispielsweise in Hamburg Stadtteile besucht, die auch mal am Boden waren, die sich dann ganz anders entwickelt haben und heute sehr günstige Prognosen bekommen. Man muss also manchmal Dinge nicht neu schnitzen, sondern man hat die Menschen, man hat die Kreativität in der Stadt und auch alte, brachliegende Lagerhallen, wie es sie beispielsweise bei uns im Stadtteil Ottensen gab. Wenn man dort die Menschen hinbringt, die Studenten, die dann plötzlich ihre Grafikerbüros dort aufmachen, die dann Ideen haben und sagen, wir machen hier was, wir bauen hier was, und wenn man sie natürlich auch ein Stück dabei unterstützt, dass sie da reinkommen, dass sie es auch günstiger bekommen, dann kann man in so einem Stadtteil eine riesige Veränderung hervorbringen.

Wäre es möglich und wird es bereits praktiziert, dass Wohnungsunternehmen bereits prophylaktisch agieren, um problematische Entwicklungen in Stadtquartieren erst gar nicht aufkeimen zu lassen?

Freitag:

Das ist ganz entscheidend. Wenn ein Quartier erst einmal umgekippt ist, dauert es sehr viel länger, wieder funktionale Nachbarschaften herzustellen, als wenn man von Anfang an durch vernünftige Maßnahmen eine problematische Entwicklung verhindert - z. B. indem man relativ früh mit Programmen und unterstützenden Maßnahmen funktionierende Quartiere stabilisiert.



ANOUSCHKA HORN

In unseren Städten werden in Zukunft die Einwohnerzahlen geringer, die Bevölkerung grauer und bunter. Das ist eine große Herausforderung für das Bildungssystem, für das Erwerbssystem und die Wohnungswirtschaft, die diesen Prozess mit einem wirksamen Quartiersmanagement begleiten muss. Das heißt: Wir müssen offene europäische Städte erhalten und sie stützen, wir müssen Ghettoisierungsprozesse und Gated Communities vermeiden, wir müssen das Abgrenzen, das Abschotten gegenüber bestimmten Teilen der Bevölkerung verhindern. Das ist unsere Aufgabe.

Herr Fromm, die Islamkonferenz von gestern, sehen Sie die als Beitrag zum Verfassungsschutz?

Fromm:

Ja natürlich, das ist ein ganz wichtiges Ereignis gewesen - ein Beginn, der helfen kann, dass Integration stattfindet, der Multiplikatoren anspricht, die sich um eine Verbesserung der Integrationsbedingungen kümmern. Und, um noch einmal den Sicherheitsaspekt anzusprechen, es ist auch ein Teil von Prävention beziehungsweise eine Chance für mehr Prävention.

Özoguz:

Frau Horn, mir ist gerade eingefallen, was man nicht tun darf. Ich glaube, man darf nicht nur an einigen Stellen in der Stadt viel Geld ausgeben, viel bauen, wenn man die anderen dabei vergisst. Das passiert nämlich leider auch in unseren Städten. Das darf man nicht machen.

PODIUMSDISKUSSION

Integration trotz Segregation? - Zielstellungen kommunaler Integrations- und Stadtteilpolitik



Teilnehmer: **Thomas Dilger**, Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft, Frankfurt am Main; **Prof. Barbara John**, ehemalige Ausländerbeauftragte Berlin, Mitglied des Expertenforums „Zuwanderer in der Stadt“; **Prof. FrankOlaf Radtke**, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main; **Eren Ünsal**, Türkischer Bund Berlin; **Günter Smentek**, Stadt Solingen; **Christiane Thalgott**, Stadt München (v.l.n.r.)

Moderation: **Prof. Heik Afheldt**, Kuratorium Schader-Stiftung (r.)

Moderator:

Wir sind so verblieben, dass sich jeder am Podium ganz kurz vorstellt. Danach möchten wir in drei Runden diskutieren. Wir werden uns zunächst die Rahmenbedingungen ansehen, unter denen wir über Integration und sozialräumliche Segregation sprechen. Die zweite Frage ist, was sind eigentlich unsere Leitbilder, wann ist Integration gelungen, und die dritte Frage ist, was ist denn jetzt politisch zu tun, gibt es Rezepte, die wir übertragen können.

Christiane Thalgott:

Ich bin Christiane Thalgott, Stadtbaurätin von München, eine Stadt, in der, seitdem die Einwohner gezählt werden, selten mehr als 40% gebürtige Münchnerinnen und Münchner waren. Ich persönlich habe eine deutsch-amerikanische Großmutter, einen schlesischen Vater und eine bayerische Mutter. Ich bin 1949 als 7-Jährige vom Starnberger See nach Hamburg verpflanzt worden, ich sprach nur bayerisch und nannte die verheiratete Lehrerin „Fräulein“. Ich habe erhebliche Integrationsprobleme gehabt. Ich habe mich dann integriert, das hört man. Als ich nach München kam, sagte jeder, ich käme aus dem Norden und ich könne doch überhaupt nie in Bayern heimisch werden. So viel zur Integration.

Günter Smentek:

Mein Name ist Smentek, ich bin Beigeordneter, woanders sagt man auch Sozialdezernent, in der Stadt Solingen. Der Bezug zu der Thematik ist bei mir beruflich schlichtweg vorgegeben. Der Arbeitsschwerpunkt in meinen Tätigkeiten war, wie gehen wir, freie Verbände und Kommune, mit den Menschen in der Stadt um, und ich komme zunehmend zu der Erkenntnis, dass wir doch stärker schichtenspezifische Diskussionen zu führen haben als in der Abgrenzung Inländer/Ausländer. Ich habe eine ganze Reihe an Erfahrungen gesammelt und hoffe, dass das eine oder andere hier einbringbar ist.

Eren Ünsal:

Mein Name ist Eren Ünsal, ich bin Vorstandssprecherin vom Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg. Anhand meines Namens ist ersichtlich, dass ich ein Mensch mit Migrationshintergrund bin, ich lebe in einer bikulturellen Partnerschaft und habe eine Nische, die sich dazu entschlossen hat, Deutsche zu sein. Ich bin keine ausgewiesene Expertin zu dem Thema Stadtentwicklung oder Stadt, aber ich habe über meine Funktion als Vorstandssprecherin beim Türkischen Bund natürlich sehr viel damit zu tun, weil Themen der Integration damit verbunden sind. Ich wohne in Kreuzberg und kann als jemand, der mittendrin wohnt, hier einen persönlichen Beitrag leisten.

Frank-Olaf Radtke:

Ich habe eine Professur für Erziehungswissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Aus dieser Position habe ich im Programm Soziale Stadt in Hessen die wissenschaftliche Begleitung für den Themenbereich Bildung und Erziehung gemacht.

Barbara John:

Ich war 22 Jahre lang Ausländerbeauftragte in Berlin, von 1981 bis 2003, die erste auf Länderebene, und tummle mich jetzt auf verschiedenen Feldern in der Wissenschaft und in der Praxis weiterhin in diesem Bereich. Ich bin in Kreuzberg aufgewachsen und habe diesen Bezirk vor zwei Jahrzehnten bereits verlassen. Ich betone das deshalb, weil das auch ein typisches Beispiel ist, meine Eltern sind da als Zuwanderer aus Schlesien hingekommen, dass diese Art von Bezirken immer einen Durchlaufcharakter haben, und das ist heute auch noch so.

Thomas Dilger:

Ich bin von Hause aus Architekt und Stadtplaner und bin über verschiedene Stationen als Baudezernent irgendwann mal von Norden nach Süden, in Wiesbaden gelandet. Vor vier Jahren bin ich zur Nassauischen Heimstätte gekommen, die inzwischen auch ihre Schwestergesellschaft in Nordhessen gekauft hat, die Wohnstatt. Wir haben 66.000 Wohnungen und tummeln uns in der Stadtentwicklung, im Stadtumbau, Soziale Stadt, das ist heute mein beruflicher Berührungspunkt zu diesem Thema. Privat hatte ich eher damit zu tun, da meine Frau Lehrerin ist und in ihren Klassen regelmäßig mehr als 50% Kinder von Zuwanderern hat. Da meine drei Kinder auch in diese Schule gingen, weiß ich als Vater mehr darüber, als wenn man sich nur beruflich damit beschäftigt.

Jetzt kommen wir zum Thema: Was bringt eigentlich jetzt dieses große Vorhaben, an dem sich so viele beteiligt haben, Neues, und Barbara John wird noch mal das Spezifische dieses Vorhabens in Erinnerung rufen.

John:

Für mich hat dieser stadträumliche Ansatz folgende Bedeutung, und deswegen halte ich ihn auch für ganz wichtig: Wir haben unsere banlieuese im Gegensatz zu Frankreich in gewisser Weise in den Innenstädten, viel kleinteiliger und viel kleinstädtischer und auch in einem besseren Zustand. Aber: Dieser Ansatz weist uns daraufhin, dass es Integration von unten geben muss, dass es darauf ankommt, zielgruppenspezifisch auf die Migranten zu gucken. Viele Menschen, die eine Zuwanderungsgeschichte haben, haben diese Milieus längst verlassen, und wir stopfen sie immer wieder in die Schublade. Wir brauchen uns also nicht um alle mit Zuwanderungsgeschichte zu kümmern, das ist doch entlastend, und das bedeutet auch, dass wir zielgerichtet handeln und auch Geld ausgeben müssen für die, die ganz unten **184** sind.

Und nun kommt der stadträumliche Ansatz. In der Regel können diese Men-

schen, die also ärmer sind, isolierter und ungebildeter, eben diese Stadtteile nicht so

schnell verlassen. Von daher ist der Ansatz, dort tätig zu sein, zielgruppenspezifisch, dort findet man diejenigen, in denen die Potenziale stecken, wo man etwas aufbauen kann, und, hinzu kommt, verhandelt doch bitte die Kommunalpolitik mit den Wohnungsunternehmen und mit den vielen Projekten, so dass es auf einer breiten Ebene geschieht. Integration ist ein komplexes Geschäft. Es wird nur funktionieren, wenn alle Akteure in diesen schwierigen Stadträumen an einem Strang ziehen. Deswegen ist dieser Ansatz etwas Spezifisches und sollte ausgebaut werden. Es war übrigens typisch, dass auf dem Integrationsgipfel kein Experte für den Sozialraum vertreten war. Das wird als Integrationskern noch gar nicht wahrgenommen, und es ist der Verdienst dieser Untersuchung und dieser Arbeit, dass wir das mehr in den Blick bekommen.

Wir machen jetzt einen Sprung von ganz unten, von diesen Aufgaben direkt vor Ort, zu den Rahmenbedingungen. Und da hatten wir heute Morgen die Aussage des Präsidenten des Bundesamtes für Migration, dass wir auf der einen Seite gar nicht mehr so furchtbar viel Probleme haben, weil kaum mehr jemand zuzieht, und dass das auch gut sei, und die andere Frage, die sich dann daraus ergab, war, dass wir 300.000, 200.000 oder 100.000 Netto-Zuwanderer pro Jahr etwa bräuchten. Und das zweite ist, dass wir überall Ausdünnungen haben aufgrund der Demographie,



PROF. HEIK AFHELDT

Thalgott:

Also ich war außerordentlich überrascht. Die integrierte Bevölkerungsprognose geht ja von Zuwanderung zwischen 100.000 und 300.000 Personen aus. Ich denke, dass wir als ein relativ reiches Land selbstverständlich attraktiv für die Menschen aus ärmeren Ländern sind. Dass wir hochqualifizierte Arbeitsplätze haben, vielleicht zu wenige für diejenigen, die lieber und besser mit der Hand arbeiten, aber dass wir insgesamt Zuwanderung haben werden, und dass es darum geht, damit konstruktiv umzugehen.

Seitdem es Städte gibt, sind die Menschen nicht nur aus dem Umland gekommen, sondern von weither. Wir müssen uns klar machen, dass wir Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen müssen in einer so komplexen Welt, eben auch für diejenigen, die nicht so sprachfähig sind. Dass es darum geht, uns dieses Themas massiv anzu-

nehmen, da es um Zukunftsaufgaben geht. Wenn es uns nicht glückt, bessere Bedingungen für die zu schaffen, die nicht Deutsch sprechen, dann sind wir auch unattraktiv und es fehlen uns bei den Hochqualifizierten und im Bereich der einfachen Dienstleistungen die Menschen, die wir für die Zukunft benötigen. Alleine sind wir nicht so richtig in der Lage dazu, waren wir übrigens noch nie.

Und es ist natürlich vollkommen verrückt, dass wir darüber reden, dass die Leute kein Deutsch können, statt darüber zu reden, wie hervorragend es ist, dass wir Menschen bei uns haben, die andere europäische und außereuropäische Sprachen können und Deutsch dazu lernen.

Smentek:

Es mag ja sein, dass der Gesetzgeber viel Freude daran hat, Gesetze auf den Markt zu bringen, die suggerieren, dass man bestimmte Einschränkungssysteme in der Zuwanderung sich einfallen lässt, doch wenn es so eine Art Beruhigungsspiel sein soll, dann ist das eine sträfliche. Ich nenne als Beispiel das bergische Städtedreieck, also Wuppertal, Solingen und Remscheid. Hätten wir in den letzten 25 Jahren keine Zuwanderung gehabt, dann könnten Sie heute Remscheid schließen. Etwa 115.000 Menschen würden weniger in dieser Region leben. Wir haben im Augenblick eine teilweise überstürzt geführte Debatte über die demographische Entwicklung, die einige Politiker sogar als Demographiegewinn verkaufen. Ich will aber deutlich dazu sagen, wir hätten schon viel mehr Kindergärten und viel mehr Schulen geschlossen, wenn die Zuwanderung in unsere Region nicht stattgefunden hätte. Wir können heilfroh sein, dass sie stattgefunden hat, und in der Tat ist die Frage des Werbens um zukünftigen Zuzug in Angriff zu nehmen.

Frau Ünsal, könnten Sie sich vorstellen, dass man, vielleicht nach dem Muster vom Holländischen Viertel oder den russischen Holzhäusern in Potsdam, spezifische türkische städtische Umwelten baut, um qualifiziertere, also bildungsnähere Immigranten aus der Türkei zu gewinnen?

Ünsal:

Ich will noch mal zur demographischen Argumentation was sagen, denn ich finde, sie ist nicht besonders hilfreich für die Menschen, die bereits hier sind. Ganz im Gegenteil, in dem Moment, wo ich die demographische Argumentation bringe, ist es meines Erachtens sogar kontraproduktiv, weil die Haltung eher signalisiert, dass ich immer noch nicht in der Lage bin, Zuwanderung positiv zu besetzen.

Wenn wir tatsächlich wollen, dass bestimmte Konflikte in bestimmten Stadtteilen nicht mehr auftreten, dann müssen wir erreichen, dass Menschen sich mit ihrer Stadt



und ihrem Stadtteil identifizieren können, dass sie sich als Bürger und Bürgerinnen der entsprechenden Bezirke fühlen. Automatisch wird meines Erachtens damit auch einhergehen, dass nicht mehr diese Alltagskonflikte entstehen. Aber wie kann sich ein Mensch mit seiner Stadt identifizieren, wenn wir nicht in der Lage sind, diese Person aktiv mit einzubeziehen und positiv zu bewerten. Wenn Sie aber

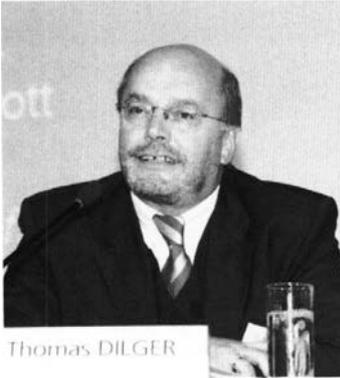
Menschen mit Migrationshintergrund ab dem Moment der Geburt in diesem Land stigmatisieren und negativ bewerten, werden Sie niemals erreichen, dass Menschen tatsächlich auch sagen, ich bin Teil dieser Stadt. Wie ich z. B. ganz stolz sagen kann, ich bin Berlinerin, ich liebe meine Stadt. Dafür brauchen wir eine authentische Integrationspolitik, denn vieles, was unter dem Titel Integrationspolitik passiert, ist in Wirklichkeit Assimilationspolitik und bewirkt bei den Menschen eher das Gegenteil, als dass sie sich positiv angenommen fühlen.

Aber zu Ihrer Frage: Es gibt bereits diese Orte, zumindest kann ich das für Berlin sagen, die quasi rein türkisch sind, wo eine türkisch dominierte Infrastruktur entstanden ist. Für Menschen, die als Hochqualifizierte gezielt angeworben werden für Deutschland, für die ist es nicht unbedingt wichtig, diese Netzwerke, diesen Social Support zu haben. Wer geht in die sogenannten Ghettos? Das sind die Menschen, die aufgrund ihrer sozialen und kulturellen Merkmale einer starken Diskriminierung ausgesetzt sind. In diesen geschützten Bereichen bekommen sie ein Maximum an Unterstützung von Ihresgleichen. Die Hochqualifizierten, die ziehen ja gerade weg.

Dilger:

Man hat sich eine Weile eingebildet, man könne definieren und regeln, wie ein ideales Mischungsverhältnis im Wohnbereich auszusehen hat. Ich glaube, darüber sind wir heute weit hinaus. Ganz abgesehen davon würde es überhaupt nicht funktionieren, aufgrund der inzwischen doch deutlich gewachsenen Zahl von Zuwanderern.

Ich möchte gerne mein Befremden über eine Äußerung von heute Morgen kundtun. Was mich sehr gewundert hat, ist diese Unterscheidung in Zuwanderer originärer Art und Nachzügler, denn hinterher sind sie doch beide da. Und insofern ist das eigentlich nur der Versuch, das Thema klein zu reden, um sich nicht bekennen zu müssen, dass wir eigentlich ein ganz normales Einwanderungsland sind.



THOMAS DILGER

Also, wir jedenfalls in unserem Unternehmen haben tagtäglich damit zu tun, wir müssen ja unsere Bestände zukunftsfähig machen, und insofern müssen wir uns auch genau angucken, wer will denn bei uns wohnen, wer wohnt heute da, wer will in Zukunft wohnen. Wir stellen fest, die Leute haben inzwischen ganz andere Vorstellungen als damals, als die Wohnungen gebaut wurden. Heute haben Sie keine homogenen Lebensentwürfe mehr. Wir erkennen zwei ganz große Trends, erstens die Alten und zweitens die Zuwanderer.

Wir als Vermieter haben gemeinsam mit unseren Mietern, mit den Städten und mit den dort tätigen Vereinen die Hauptaufgabe, denn Integration findet im Quartier statt und nicht mehr so sehr am Arbeitsplatz. Das setzt entsprechendes Engagement voraus, und es setzt vor allen Dingen voraus, dass man die Absicht hat, in 10 Jahren noch zu vermieten. Denn wenn ich Wohnungen nur durchhandle, heute irgendwas kaufe, um es in 3 Jahren wieder zu verkaufen, dann brauche ich mich um soziale Fragen und um die Bauunterhaltung meiner Bestände überhaupt nicht zu kümmern- Insofern sind für mich die derzeitigen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt und die Veränderungen, die da stattfinden, wichtige Rahmenbedingungen.

Ich würde gerne noch einen anderen Aspekt aus den Rahmenbedingungen kurz ansprechen. Wie können wir es gewährleisten, dass ausreichend Mittel in die Bildung und in die Qualifizierung der Zuwanderer fließen?

Radtke:

Ich will auf Ihre Frage indirekt mit einem kleinen historischen Rückblick antworten, nämlich dazu, was man mittlerweile über den Zusammenhang von Demographie und Bildung wissen kann.

Wir hatten in den 80er Jahren einen ziemlich dramatischen Schülerrückgang bei einheimischen Schülern und wir konnten beobachten, dass in Hessen und Nordrhein-Westfalen, die beide einen sehr hohen Migrantenanteil hatten, in dieser Zeit eine gewisse Angleichung des Bildungsverhaltens von deutschen und einheimischen Schülern stattgefunden hat, weil die freiwerdenden Plätze in den höheren Schulen mit Migranten aufgefüllt wurden. Mit dem Rückgang einheimischer Schüler war eine Strukturveränderung des Angebots verbunden, d. h. es kam zur bewußten

Schließung von Hauptschulen und damit zu einer relativen Erhöhung der Realschul- und Gymnasialplätze. Gymnasien und Realschulen standen in der Gefahr, geschlossen oder zusammengelegt zu werden, wenn sie nicht Migrantenkinder aufgenommen hätten.

In den beiden anderen Bundesländern, die ebenfalls hohe Migrantenanteile haben, nämlich Baden-Württemberg und Bayern, ist das Schulsystem in der gleichen demographischen Situation rückläufiger Schülerzahlen anders verfahren. Es wurde gleichmäßig geschrumpft und so in seiner bestehenden Struktur erhalten. Dort sind ausweislich PISA 2000 die Unterschiede in den Bildungsbeteiligungsquoten von deutschen und ausländischen Schülern bis heute deutlich größer als in NRW und Hessen.

Wir haben jetzt in manchen Regionen in den Schulen eine ähnliche Konstellation wie in den 80er Jahren, nämlich dass aus Schülermangel Plätze in den Schulen frei werden. Es müsste jetzt die Gelegenheit genutzt werden, dafür zu sorgen, dass die frei werdenden Kapazitäten im Grundschul- und im Sekundar-I-Bereich erhalten, nicht abgebaut und umgelenkt werden, um sie zu einer Angleichung des Bildungsverhaltens von deutschen und ausländischen Kindern zu nutzen.

Wir sehen aber, und das ist sozusagen die Gegenbewegung, eine Deregulierungspolitik, eine Politik, die auf mehr Markt setzt und auf betriebswirtschaftliche Effizienz. Das Schulsystem wird derzeit parallel zum demographischen Schülerrückgang überall geschrumpft und betriebswirtschaftlich rationalisiert: Schulen aller Schulformen, auch Gymnasien, werden geschlossen, die Klassenfrequenz erhöht, die Schulzeit verkürzt. Der Markt ist für alles mögliche gut. Ökonomen haben gute Gründe, in vielen Bereichen zur Lösung von Problemen immer wieder auf den Markt zu setzen, aber für Gleichheit und Gerechtigkeit ist der Markt noch nie aufgerufen worden, und für soziale Integration auch nicht. Wir werden deshalb erleben, dass mit der Marktorientierung in diesem Bereich alle Anstrengungen einer Bildungspolitik konterkariert werden, die durch Fördern das Ziel der Integration durch Angleichung von Bildungsbeteiligungsquoten verfolgt. Das Gegenteil wird eintreten.

John:

Sie haben ja nach den Rahmenbedingungen für weitere Zuwanderung gefragt, und die halte ich in Deutschland für ausgesprochen schlecht. Wir haben uns bereits jetzt abgekoppelt von Zuwanderern aus mittel- und osteuropäischen Ländern durch die Verlängerung der Arbeitnehmerfreizügigkeit von 7 auf 11 Jahre. Im Wettbewerb um diese gutausgebildete Bevölkerung sind wir bereits Ländern wie Großbritannien und Irland weit unterlegen, die inzwischen über 800.000 Menschen aufgenommen haben.

Wir wissen, da, wo große Communities im Ausland sind, gehen weitere hin. Das heißt, die haben inzwischen ihre Pipeline, wir haben nicht mal einen kleinen Schlauch in diese Länder eröffnet. Das ist ein Riesenversäumnis, aus Angst, der Bevölkerung zu sagen, mit unseren 4,3 Millionen Arbeitslosen müssen wir trotzdem Qualifizierte holen. Wenn sie innerhalb von drei Monaten keinen Arbeitsplatz finden, müssen sie ohnehin zurück. Und ein zweiter Grund, warum wir schlecht aussehen, ist, dass wir durch die Migration von schlecht Qualifizierten unsere Gesellschaft noch einmal Unterschichten. Und diese Unterschichtung kriegen Sie nicht in den nächsten 10 oder 20 Jahren weg. In einem Sozialstaat wie der Bundesrepublik muss auf einen sozialen Ausgleich gedrängt werden. Das bedeutet, wir brauchen immer höhere Steuereinnahmen, um diesen Ausgleich zu bewerkstelligen. Was wiederum bedeutet, dass Hochqualifizierte in andere Länder gehen, wo sie nicht so hohe Steuern haben.

Und ein dritter Faktor: Nur Länder, die kulturelle Freiheiten geben, werden in dem Wettbewerb um qualifizierte Zuwanderung bestehen können. Wir brauchen eine Steuerung über die Bundesregierung, über die Einwanderungsgesetze, und wenn unser Land im Vergleich auch zu anderen Ländern bei diesem Standortfaktor: hohe Toleranz, hohe Wertschätzung von kultureller Vielfalt, nicht aufholt, haben wir schlechte Chancen, was weitere Zuwanderung angeht.

Nun kommen wir zu unserem engeren Thema, nämlich Integration trotz Segregation, Zielstellungen kommunaler Integrations- und Stadtteilpolitik.

Thalgott:

Wir müssen uns darüber im klaren sein, dass es nicht nur darum geht, Menschen zu ertüchtigen, die nicht deutschgebürtig sind und deshalb die Sprache lernen müssen, sondern wir haben insgesamt eine Unterschicht, um die wir uns in den letzten Jahren viel zu wenig gekümmert haben; die wir dank der Tatsache, dass der Kindergarten nicht zwingend oder teuer ist und wir keine Ganztagschule haben, grob vernachlässigt haben. Und wir haben in unserer ganzen Bildungspolitik auch grob vernachlässigt, dass junge Männer nicht nur im Kopf gebildet werden müssen, sondern dass es Zeiten gibt in ihrem Leben, da ist es vielleicht sehr gut, sie würden ihre körperlichen Fähigkeiten ausbilden und ein Handwerk lernen oder Fußball spielen.

Das bedeutet, dass wir endlich damit anfangen, Kopf und Hand auszubilden, und zwar gerade in der Pubertät, wo es darum geht, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Wir haben in unserem Schulsystem diese Dinge total vernachlässigt, indem wir 190 einseitig auf das Lernen von intellektuellen Fertigkeiten gesetzt haben.

Dies ist kein reines Zuwanderungsthema. Wir haben Menschen in unserer Gesellschaft, deren Ausbildungsbedarf nicht als gesellschaftliches Thema gesehen wurde, weil es als individuelles Thema von den Familien erwartet wurde. Wir haben nicht gesehen, dass die Familien gar nicht mehr existieren, die diese Rahmenbedingungen schaffen können. Mit der Akzeptanz, dass Ganztagschulen vielleicht eine Antwort wären, beginnen wir, uns mit diesem Thema zu beschäftigen. Über diese Fragen der Ausbildung ganz allgemein reden wir viel zu wenig. Wir müssen uns fragen, wie wir die junge Generation einbinden in unsere Gesellschaft, ihre körperliche Kraft und intellektuellen Fähigkeiten. Wir, die Generation, die ihren Eltern erhebliche Vorwürfe über mangelnde gesellschaftliche Auseinandersetzungen gemacht hat, haben hier eine ganze Generation von Heranwachsenden fallen lassen.



CHRISTIANE THALGOTT

Ein anderes Thema ist die Tatsache, dass wir inzwischen akzeptiert haben, dass nicht mehr der Arbeitsplatz der soziale Kitt ist, sondern dass der Alltag in den Wohngebieten diesen Kitt bieten muss. In diesem Zusammenhang **kommt** der Blick auf Stadtentwicklung und auf den Wohnungsbau. In Städten, in denen neu gebaut wird, können wir die Erkenntnisse umsetzen. In Städten, in denen nicht gebaut wird, weil eher Reduktionsprozesse laufen, ist es außerordentlich schwer, Angebote **zu** schaffen und die Integration zu leisten, weil ja die Wanderung Löcher hinterlässt und es dort kaum Möglichkeiten für Neues gibt. **Wir** zwingen in Neubaugebieten in München mit städtebau-lichen Verträgen jeden Grundeigentümer, 30% der neuen Wohnbauflächen für untere Einkommensgruppen herzugeben, und dort belegt die Stadt die Wohnungen. Das heißt, jedes neue Stadtquartier, egal ob in der Innenstadt oder am Stadtrand, muss einen Beitrag zur sozialen Mischung leisten. Das ist aus meiner Sicht wichtig, weil Integration nur erfolgreich sein kann, wenn die ganze Stadtgesellschaft daran trägt. Wenn wir das auf irgendwelche Gesellschaften **in** einigen Standorten delegieren, dann treten wir zu kurz. Also ich meine, dass wir es hier mit einem gesellschaftlichen Tabu zu tun haben. Die einen fordern Effizienz bis zum Letzten, und die öffentliche Hand soll dann die Schäden reparieren. So funktioniert **es** nicht, ohne Steuereinnahmen keine Kindergärten, keine Schulen, keine Universitäten und auch keine Maßnahmen für die Integration derjenigen, die ja erst mal Geld verdienen sollen.

Kann man das Münchner Beispiel mit diesen Sozialquoten übertragen auf Städte oder Regionen, in denen vor allen Dingen heute ein Wohnungsüberhang besteht? Wie laufen die Prozesse in Städten, die ein Überangebot an Wohnungen haben?

Dilger:

Also die Wohnungswirtschaft bemüht sich ja, in den Städten mit Überangebot entsprechend zurückzubauen, da ist in den vergangenen Jahren eine ganze Menge geschehen. Für die Mieter oder Wohnungssuchenden ist das Überangebot eine schöne Sache, aber für die Wohnungsunternehmen sind die Leerstände natürlich tödlich.

Die Notwendigkeit, dass für diejenigen, die keine Möglichkeit haben, sich selbst am Markt zu versorgen, sowohl in schrumpfenden Regionen als auch in Ballungsräumen, irgendjemand etwas tun muss, wächst allerdings, und dass dafür möglicherweise dann die Partner fehlen, wird sich als Problem erweisen.

Smentek:

Die großen Vermieter haben natürlich schon die Aufgabe, die Lebensbedingungen der Menschen in den Städten positiv mit zu beeinflussen, das sind ihre Mieter. Es gibt dort besonders Aktive, die auch Sozialarbeiter einstellen, die Zentren für Gemeinwesenarbeit zur Verfügung stellen, und andere, die schlichtweg ihre Hütten verfallen lassen, aus welchen wirtschaftlichen Gründen auch immer.

Eine Gemeinde wie Solingen, die keinen genehmigten Haushalt hat, mit der können Sie schlecht diskutieren, wie Sie bestimmte Dinge umsetzen können, beispielsweise Sprachtests. Für uns ist das Problem, wie schaffen wir es, Strukturen zu schaffen, die da Geld und Personal heißen. Wie kann es uns gelingen, mit den Akteuren vor Ort, mit den Wohnungsgesellschaften Netzwerke zu bilden, die gemeinsam an der Sache arbeiten, den Stadtteil X liebens- und lebenswert zu machen für die Menschen, die dort leben.

Unsal:

Der Türkische Bund betreibt das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin, das ist ein Projekt, wo sich Menschen beraten oder helfen lassen können, wenn sie eine Diskriminierungssituation erlebt haben. Der häufigste Fall der Beratung bei uns ist, wenn Menschen abgewiesen worden sind bei ihrer Wohnungssuche. Wir haben ganz häufig den Umstand, dass Menschen mit einer schriftlichen Abweisung kommen und in dem

Brief ausdrücklich drinsteht, sie kriegen die Wohnung nicht, eben weil sie Türke sind 192 oder weil sie Araber sind. Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ist ein sehr ernst

mischen, stoßen sehr häufig an die Diskriminierungsbarriere. Und da müssen wir natürlich schon gucken, was können wir machen.

Um noch mal auf den Aspekt der Wahrnehmung von Merkmalen einzugehen. Migranten, die einer ganz anderen sozialen Schicht angehören, eben nicht der Unterschicht, und die durchaus eine Rolle der aktiv Verantwortlichen für das Haus, für den Kiez übernehmen, das wird so nicht wahrgenommen, also das heißt, dass wir das Merkmal ethnische Herkunft oder kulturelle Zugehörigkeit automatisch mit bestimmten Missständen koppeln und nicht mehr sehen, dass es vielleicht soziale oder andere Komponenten sind.

Wir sind schon mitten drin in der Frage der Steuerungsmöglichkeiten. Herr Dilger und Frau John dazu.

Dilger:

Ich würde gerne noch mal auf die Frage des Eigentums dieses Gutes „Wohnen“ hinweisen, mit zwei ganz kurzen Bemerkungen. Im Forum 5, Wohnungswirtschaft, wies der Kollege aus Hannover darauf hin, dass wir inzwischen in einigen 70er-Jahre-Beständen einen echten Wettbewerb um ALG-II-Empfänger in den Städten haben, das noch mal verschärfend zu der Frage, was passiert denn in Märkten, die nicht mehr ausgeglichen sind. Und der zweite Hinweis zum Thema: Was bedeutet das Eigentum an der Wohnung für Integrationsprozesse. Ein Beispiel aus Dietzenbach, wo wir im Rahmen der Sozialen Stadt tätig sind. Das ist eine Großsiedlung, die als Bauherrenmodell gebaut wurde, 800 Bauherren, dort wohnen 95 Nationen. Die Siedlung wurde im Laufe der Zeit zum Aufnahmeobjekt für viele, die am Wohnungsmarkt sonst keine großen Chancen haben. Mit der Folge, dass sich bei 800 Eigentümern keiner verantwortlich fühlt. Im Rahmen der Sozialen Stadt sind wir eingestiegen und haben zusammen mit der Stadt 80 Wohnungen gekauft, um Einfluss auf die Eigentümerversammlung nehmen zu können. Damit wir Einfluss nehmen können, dass im Umfeld was passiert, dass Concièrge-Lösungen eingerichtet und Hauseingänge erneuert werden usw.

Was wir heute teilweise erleben, ist der umgekehrte Prozess, ist die nachträgliche Atomisierung, um zu diesen Zuständen zu kommen und sie dann hinterher aus dem Programm Soziale Stadt wieder halbwegs reparieren zu wollen. Das macht doch wohl keinen Sinn.

John:

Also ich sehe zwei entscheidende Felder, auf denen Integration entweder stattfindet oder scheitert, das ist Bildung und Arbeit. Das sind Systeme, die in Deutschland

über Jahrzehnte versteinert sind, die sich nicht den Bevölkerungsentwicklungen angepasst haben.

Wenn wir da nicht ganz zügig reformieren, dann werden wir weiter stagnieren. Gerade bei der Bildung können der Sozialraum und die Wohnungsbaugesellschaft doch sehr stark mitwirken. Was aber typisch ist für unsere Stadtgebiete, die Jüngsten sind die am stärksten segregierte Bevölkerung, also nicht die 20- bis 100-Jährigen, sondern die 0- bis 6-Jährigen. Und man muss sich vorstellen, was es bedeutet, wenn diese Gruppe homogensprachlich ist, wenn in bestimmten Wohngebieten kein ungesteuerter Spracherwerb Deutsch möglich ist. Sechs Jahre hinken sie den deutschsprachigen Kindern hinterher, das ist ein Leben lang nicht aufzuholen. Und es fehlt insgesamt an Sprachlichkeit, das ist ein entscheidender Mangel. Die Kinder müssen ganz früh mit den Eltern mehr interaktiv sprechen, selbstverständlich in ihrer Herkunftssprache.

Wohnungsunternehmen können zusammen mit freien Trägern, mit Projekten, mit Schule, mit Kita, mit Kinderärzten die Sprachlichkeit, die so schlimm vernachlässigt wird bei Kindern, die in Migrantenfamilien aufwachsen, wesentlich fördern, z. B. durch die Einrichtung von Elternschulen.

Radtke:

Ich möchte aus erziehungswissenschaftlicher Sicht doch etwas relativieren, welche Rolle eigentlich Erziehung bei der Integration spielen kann.

Man kann davon ausgehen, dass öffentliche Erziehung einen Anteil von 10 bis 15% an den Qualifikationen und den Leistungen hat, die von PISA gemessen wurden. Die Familien, die Medien, die Peers sind offensichtlich sehr viel wirksamere Sozialisationsinstanzen. Wir müssen sehr viel mehr auf Sozialisation setzen, als dass wir darauf hoffen könnten, dass öffentliche Erziehung die Fragen, die uns dramatisch beschäftigen, regeln kann. Aber auf der anderen Seite muss man natürlich sagen, öffentliche Erziehung hat in einer demokratisch verfassten Gesellschaft die Aufgabe, die Herkunftsabhängigkeit von Bildungserfolg zu durchbrechen. Die Integrationsaufgabe, der sich die öffentliche Erziehung stellen muss, ist in allererster Linie die Angleichung des Bildungsverhaltens der verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Wir müssen uns klar darüber sein, dass die gleichberechtigte Teilhabe am und der Erfolg im Bildungssystem die Voraussetzung dafür ist, dass man sich überhaupt auf irgendwelchen Märkten im Wettbewerb mit Aussicht auf Erfolg bewegen kann. Wenn wir aber den Zugang zur Bildung selber schon dem Wettbewerb unterwerfen, haben

194 wir ein Problem der Chancengleichheit. Die Entscheidung darüber, wie der Bildungs-

te Leistungen gekoppelt - unter Opportunitäts Gesichtspunkten getroffen. Die Leistungen werden im Lichte der organisatorischen Möglichkeiten interpretiert. Deshalb ist die Betrachtung und die gezielte Veränderung der Angebotsstruktur eines lokalen Schulsystems bis in seine Stadtteile hinein so wichtig, das ein Ensemble von Grundschulen und weiterführenden Schulen bildet und am Ende den Übergang in den Beruf konkret zu organisieren hat. Wir müssen die Beschaffenheit des lokalen Schulsystems in den Blick rücken, das sich z. B. einen Stadtteil leistet, wo es eine Grund- oder Hauptschule mit 80% Migrantenkindern gibt und daneben eine andere Schule, die nur einen Anteil von 20% hat. Da haben die Schulbehörden selbst jenes „sprachhomogene Milieu" erzeugt, das jetzt als Problemursache beschrieben wird. Ich sehe deshalb die operative Ebene der Intervention in einer lokalen Schulentwicklungsplanung, die wirklich die Ressourcen dahin dirigiert, wo sie unter Integrationsgesichtspunkten gebraucht werden, wenn man das sogenannte brachliegende Bildungspotenzial der 25% nicht erfolgreicher Schüler, welche die Schulen ohne Abschluss verlassen, ausschöpfen will. Man muss die Ressourcen dahin dirigieren, wo diese Schüler sind, weil man da auch direkte Wirkungen erzielen kann. Schulen in sozialen Brennpunkten müssen vom Teil des Problems zum Teil der Lösung werden.



PROF. BARBARA JOHN, PROF. FRANK-OLAF RADTKE

Um das organisieren zu können, bräuchten wir eine Diskussion darüber, wie, bezogen auf die Bildung und auf Erziehungsfragen, das Verhältnis zwischen Land und Kommune neu geregelt wird. Es muss mehr Kompetenzen für die Kommunen in Bildungsfragen geben, weil die Kommunen für die Integration ihrer Einwanderer zuständig sind, aber auch für die Folgekosten einer nicht gelingenden Integration, die von einem Schulsystem produziert wird, das unter Landesägide nach ganz anderen, betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und solchen der Haushaltssanierung operiert.

Ich öffne jetzt die Runde und will Sie herzlich einladen, ganz kurz prägnante Fragen zu stellen oder Kommentare zu bringen. Wem darf ich als erstes das Wort geben?

Wortmeldung Publikum:

Hantschik ist mein Name, ich komme aus Frankfurt.

Wir haben in Frankfurt ein ausgeprägtes Privatschulwesen. Da hat man schöne Schulen, auf die man gerne hinweist, wie die Europäische Schule oder die Waldorfschule. Mittlerweile sind das schon nahezu 10% der Schülerschaft, die auf solchen Schulen sind. Da haben wir einzelne Privatschulen mit faktisch 100% Deutschen. Dann haben wir andere Schulen, die sind zu 100% multikulturell, die haben alle möglichen Nationen vereint in ihrer Schule. Aber das wird in unserer Debatte um ein lokales Schulsystem völlig ausgeblendet. Hier muss der Blick auf das Schulsystem noch mal erweitert werden.

Radtke:

Man kann dieses Phänomen mit der neuen Tendenz des Bildungsmarktes in Zusammenhang bringen. Wir haben eine Tendenz, schon bevor, wie jetzt in Nordrhein-Westfalen, die Schuleinzugsbezirke für Grundschulen aufgehoben werden, dass die Eltern die Schulen wählen, von denen sie erwarten, dass sie am ehesten erfolgreich eine Bildungslaufbahn für ihre Kinder gewährleisten können, und umgekehrt, dass Schulen Schüler ablehnen, von denen sie der Meinung sind, dass sie mit ihnen, auch mit Blick auf die nächste Evaluation, möglicherweise Schwierigkeiten haben könnten. Aus diesem Verhalten wechselseitiger Wahlen entsteht, über das Maß der sozialen Entmischung der Wohnbevölkerung hinaus, eine weitergehende soziale Entmischung der Schülerpopulation.

Schuleinzugsbezirke sind die letzte Erinnerung an die soziale Integrationsfunktion der Schule, die in Deutschland noch in der Grundschule aufbewahrt wurde. Diese Institution ist gerade dabei, aufgehoben zu werden. Wir werden eine Situation weiterer „Entmischung“ entlang sozialer und ethnischer Merkmale der Schülerschaft bekommen. Dann wird es wieder heißen, dass bestimmte Schulen besonders „belastet“ sind, was eine merkwürdige Perspektive auf dieses Problem der sozialen Dynamik ist, die von der deutschen Mittelschicht und der deutschen Schule und nicht etwa von „integrationsunwilligen Migranten“ ausgeht.

Wortmeldung Publikum:

Ich bin Barbara Rolfes-Pones, Stadtplanerin und arbeite in Berlin-Kreuzberg, am Projekt „Genossenschaftliches Wohnen für Migrantinnen und Migranten“. In dem Rahmen haben wir mit Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik in Berlin zu tun und mit der bedrohlichen Situation für Mieter mit türkischer Herkunft ganz besonders, dass landeseigene Wohnungsbestände verkauft werden. Und da fehlt ein Konzept, was speziell auf die Situation von türkischstämmigen Migranten und Migrantinnen

eingehen kann und ihnen Wohnsicherheit schaffen kann. Das Projekt beinhaltet die Frage, wie wir Wohneigentum schaffen können, weil ein großer Teil der türkischstämmigen Haushalte Wohneigentum haben möchte. 80% türkischstämmiger Haushalte verfügen über Wohneigentum, nicht hier, sondern in der Türkei. 10 bis 20% der Haushalte würden zur existenziellen Sicherung auch hier in



Wohneigentum investieren. Warum steht die Wohneigentumsbildung bei Migranten so wenig im Mittelpunkt dieser Veranstaltung? Es ist ein wesentlicher Beitrag zur materiellen Integration.

Generell entdeckt man das Wohneigentum in stärkerem Maße als Vorsorgeinstrument, aber es ist eben auch ein Integrationselement. Ich schlage vor, da unsere Zeit abgelaufen ist, dass wir in dieser Schlussrunde die Frage behandeln, ist dieses Projekt mit dieser Veranstaltung sinnvollerweise beendet oder sieht jemand eine sinnvolle Weiterführung.

John:

Wir haben von der Begleitforschung gehört, dass es vor allem in der Zusammenarbeit zwischen lokaler Politik und Wohnungsunternehmen und den beteiligten Projekten gehapert hat. Man sollte in den entscheidenden Bereichen Bildung und Arbeit zwei oder mehr Kommunen finden, die diese Verbindung verpflichtend und verbindlich eingehen, um zu erkunden, wie weit der sozialräumliche Ansatz tatsächlich voranschreiten kann. Die Vorarbeiten sind in diesem Projekt geleistet worden. Es wäre gut, wenn wir das so fortführen könnten.

Radtke:

Wir haben einen erheblichen Aufklärungsbedarf über die innere Funktionsweise von lokalen Schulsystemen und der Art und Weise, wie Schülerströme auf die vorhandenen Schulen verteilt werden und wie sich dieses Verhältnis von Angebot und Nachfrage unter demographischen Bedingungen, unter Bedingungen von bildungspolitischen Entscheidungen jeweils verändert. Wie geschieht es eigentlich, dass sich diese Ungleichverteilung regelmäßig in den sozialen Systemen einer Stadt, im Arbeits- und im Wohnungsmarkt, aber auch im lokalen Schulsystem herstellt? Diese

WIE-Frage müsste beantwortet werden, um wirklich die Interventionspunkte benennen zu können. Ich denke, ein sehr praktisches und bisher leider nicht wirklich realisiertes Vorhaben ist der Versuch gewesen, eine lokale Bildungsberichterstattung zu etablieren, die in der Lage wäre, Transparenz über das Schulsystem und die dort getroffenen Selektions- und Allokationsentscheidungen herzustellen.

Unsal:

Ich finde das Projekt sehr wichtig, vor allen Dingen die Thesen, die über dieses Projekt in die Diskussion geworfen worden sind, und das muss auf jeden Fall weitergehen. Die Frage ist aber, wie können wir die Adressaten mit einbeziehen. Insofern wäre für die Zukunft ein niedrighschwelligeres Konzept wünschenswert. Es gibt Strukturen, die wir nutzen können, insbesondere die Selbstorganisationen dieser Menschen, und lassen Sie uns das tun.

Dilger:

Ich möchte nur auf einen einzigen Aspekt hinweisen. Wer einigermaßen erfolgreich sein will, der muss ja auch ökonomische Lösungen aufzeigen. Wir haben in diesem Umfeld, Integration, Stadtteilqualifizierung, Stadttrendite, soziale Rendite, eine Menge Aspekte, die in der Regel nicht quantifiziert werden, was aber dringend nötig wäre. Denn ich bin überzeugt davon, wenn wir uns darum nicht kümmern würden, eben all die Arbeit, die wir alle gemeinsam in den Quartieren tun, wäre das ein außerordentlich teures Vergnügen. Und deshalb brauchen wir eine belastbare Untersuchung, die die soziale Rendite gegenrechnet und quantifiziert.

Smentek:

Also erstens, von dieser Veranstaltung nehmen viele, ich selbst auch, eine ganze Menge mit. Ich denke nur an das Monitoring oder die Frage der ethnischen Ökonomie, alles Dinge, die wir zwingend aufgreifen müssen.

Ich neige persönlich zu der Auffassung, dass wir mehr Qualität in die vorschulische Erziehung bringen müssen, so dass diejenigen, die die kleinsten Kinder erziehen, nämlich die Erzieherinnen in den Tageseinrichtungen, denen man 25 bis 30 Kinder aus 19 Nationen zumutet, die Ressourcen haben, die Kinder für den Übergang in die Schule einigermaßen sinnvoll vorzubereiten. Wenn es uns hier gelingt, mehr Qualität reinzubringen, dann hätten wir auch eine gemeinsame Zukunft.

Thalgott:

Wir müssen den Übergang von der Adoleszenz ins Erwachsenenleben, in das Berufsleben begleiten mit der örtlichen Wirtschaft. Wenn wir immer meinen, das ist nur

was für die öffentliche Verwaltung, dann greift das zu kurz. Wir müssen die örtliche Wirtschaft in diese Fragen einbeziehen und die Verantwortung für die Überleitung ins Berufsleben mit ihnen diskutieren und sie in Projekte einbeziehen.

Herzlichen Dank, wir sind am Ende dieser Diskussionsrunde, ich darf mich sehr herzlich bedanken bei den Diskutanten hier oben und bei den Teilnehmern im Saal, die die ganze Zeit mit hoher Aufmerksamkeit zugehört haben. Ich glaube, dass diese Runde sehr interessante neue Aspekte gebracht hat und auch Anregungen für eventuelle Fortführungen.

Im übrigen denke ich, dass wir dabei einen eigentlichen Paradigmenwechsel in der Zuwanderungspolitik dieses Landes leisten müssen: Wenn es nur gelingen soll bei der schrumpfenden deutschen Einwohnerzahl und dem zunehmenden Wettbewerb um geeignete Ausländer, im Durchschnitt pro Jahr 100.000 Menschen zum Kommen und zum Bleiben zu bewegen, müssen sich die Standorte und Städte eine Politik ausdenken, mit der sie wirklich attraktiv für Menschen aus anderen Ländern werden.

Forum I: Bildung findet im Stadtteil statt

Moderation: **Dr. Margret Spohn**, Stelle für interkulturelle Arbeit,
München

Inputreferate:

Sprachförderung in Kindergarten und Schule

Reyhan Kulac, Schulreferat München

Kooperation mit Eltern

Helga Büchel, Behörde für Bildung und Sport, Hamburg

Kooperation zwischen Bildungsinstitutionen im Stadtteil

Annette Püntmann, Soziale Stadt Frankfurt am Main

Bildung steht als eine der gesellschaftlichen Schlüsselressourcen im Zentrum der Integrationsdebatte. Im engeren Sinn geht es dabei vor allem um die Beherrschung der deutschen Sprache, die entscheidende Bedeutung hat für den Schulerfolg und den Übergang von der Schule ins Berufsleben. Insbesondere bei Kindern mit Migrationshintergrund bestehen hier deutliche Defizite: Sie besuchen überproportional Sonder- und Hauptschulen, brechen deutlich öfter die Ausbildung ab, nehmen weniger an Qualifikationsmaßnahmen teil und sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche. Um der gesellschaftlichen Benachteiligung infolge mangelnder Sprachkenntnisse möglichst von Beginn an entgegenzuwirken, setzen die Kommunen vor allem auf die stärkere Förderung von Kindern im Alter zwischen 0 und 8 Jahren.

Die Fachabteilung Kindertageseinrichtungen des Schul- und Kultusreferates der Landeshauptstadt München hält bedarfsgemäße Maßnahmen zur Förderung von Schlüsselkompetenzen in modularer Form vor, wobei die Sprachförderung in den Kitas ein verbindliches, integriertes Angebot darstellt. Durch Material-, Personal- und Projektzuschaltung reagiert die Abteilung auf sozialräumliche, zielgruppenspezifische Bedarfe. Neben der Integrationsmaßnahme „Kindergarten mal anders“ (Frauenkurse in Kitas nach Zuwanderungsgesetz), nehmen der Ausbau von Einrichtungen zu Early Excellence Center und die flächendeckende Umsetzung von „Sismik“ und „Literacy-Erziehung“ großen Raum ein. Bei Sismik handelt es sich um das verbindliche Monitoring zur Erfassung des kindlichen Sprachzuwachses und des Förderbe-

darfes. Auf dessen Grundlage empfiehlt die Kita den Besuch des Vorkurses Deutsch zur intensiven sprachlichen Förderung und Vorbereitung auf die Schule. Die Literacy-Erziehung soll die Vorläuferkompetenzen mehrsprachiger Kinder fördern, insbesondere durch mehrsprachige Erfahrungen rund um die Buch-, Erzähl- und Schriftkultur (Beispiel: Bilderbuchbetrachtung, Rollenspiel, Vorlesen/Erzählen).

Hamburg setzt auf eine verbindliche Sprachstandserhebung bei allen Kindern im Alter von 4-5 Jahren, um frühzeitig Förderbedarfe entdecken und unterstützende Maßnahmen einleiten zu können. Hierzu zählen die verpflichtende Teilnahme der Kinder an Sprachfördergruppen und parallele Sprachkursangebote für Eltern. In Anlehnung an die englischen Early Excellence Center wird über Nachbarschaftszentren, die Entsendung von Frauen mit Migrationshintergrund zu den Familien sowie Eltern-Kind-Kurse ein ganzheitlicher Ansatz erprobt, der nicht allein das Kind, sondern die Bildungskompetenzen der Familie in den Fokus nimmt.

In der Frankfurter Nordweststadt wird Bildung als Aufgabe des gesamten Stadtteils verstanden. Verschiedene Schulen kooperieren in einem psychosozialen Arbeitskreis und bei einem regelmäßig stattfindenden Jour fixe tauschen sich Erzieherinnen und Vertreter der Stadtteilschulen über eine stärkere Einbeziehung von Eltern in Förderangebote aus. Neben dem Schultheaterprojekt „Tabula rasa“, dem Kooperationsprojekt mit Pädagogikstudenten „Balu und Du“ sowie dem Projekt „Lesemäuse“ ist, ähnlich wie in Hamburg, ein internationaler Verein für Familien gegründet worden.

Zusammenfassend ist es stadtübergreifendes Ziel, Bildungschancen von der sozialen Herkunft zu entkoppeln und die Qualität der Bildungseinrichtungen unabhängig von ihrer Lage im Stadtgebiet zu steigern.

Im Anschluss an die Vorträge wurde diskutiert, ob die Schuleinzugsbereiche verändert werden sollten, um dem Wegzug von Familien aus benachteiligten Stadtvierteln entgegenzuwirken. Die Städte streben hier unterschiedliche Lösungen an, die von „Gestaltungen“ (Frankfurt a.M.) bis zu einer zentralen Anmeldebehörde, in der Schulleiter die Verteilung regeln (Hamburg), reichen. Allgemeines Ziel bleibt jedoch, Schüler in ihrem jeweiligen Wohnquartier zu unterrichten.

Forum II: Ethnische Ökonomie: Bedarfe und Potenziale von Selbstständigen mit Migrationshintergrund

Moderation: Armin Fetten, Nürnberg

Inputreferate:

Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der ethnischen Ökonomie in Deutschland

Dr. René Leicht, Institut für Mittelstandsforschung, Universität Mannheim

Unterstützung für türkischstämmige Selbstständige im deutsch-türkischen Wirtschaftszentrum

Claus Preißler, Integrationsbeauftragter der Stadt Mannheim

Unterstützungsbedarfe von Selbstständigen mit Migrationshintergrund als Herausforderung in einer modernen Großstadt

Dr. Ursula Brock, Projektleitung BQN NürnbergFürthErlangen

Quartiermanagement und die Beratung kleiner Unternehmen: Kann ethnisches Gewerbe die Kieze retten?

Andreas Germershausen, Referatsleiter für Integrationspolitik beim Berliner Integrationsbeauftragten

Zuwanderer sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche. Andererseits besteht bei Zuwanderern eine größere Bereitschaft, das Risiko unternehmerischer Selbstständigkeit einzugehen, Tendenz steigend. Bereits heute stellen Migrantennun-ternehmen 1,2 Mio. Arbeitsplätze in Deutschland.

Im Forum ging es darum, Entwicklungstendenzen, Merkmale und Potenziale, aber auch die Probleme und Bedarfe ethnischer Ökonomien aufzudecken, um im Anschluss daran Förderstrategien zu entwickeln.

Ethnische Ökonomien sind in der Regel Kleinbetriebe, deren wirtschaftliche Leistungen auf einem überdurchschnittlich hohen Arbeitseinsatz der Angestellten be-ruhen, die zur Hälfte Familienangehörige sind. Im Vergleich zu deutschen Betrieben ist bei Migrantennbetrieben eine wesentlich stärkere Konzentration auf einzelne Bran-chen (Gastronomie, Handel) zu beobachten. Tritt neben diese auch eine räumliche

Konzentration, sind die Unternehmen zum Teil einem starken Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. Gleichzeitig ist der Anteil von Selbstständigen ohne bzw. mit nur mangelhafter formaler Qualifikation und Branchenerfahrung insbesondere unter den „Gastarbeitern“ und ihren Nachfahren mit 40% besonders hoch. Dies ist eine Ursache dafür, dass der erfreulich hohen Unternehmensgründungsbereitschaft unter Migranten leider eine große Schließungsintensität gegenüber steht. Der Mut zum Risiko und die Spontaneität in der Planung gehen somit oftmals nicht mit einer soliden Finanzierung einher.

Im Hinblick auf die Handlungsbedarfe sind von allen Referenten Vorbehalte bei Migranten gegenüber dem bestehenden Angebot an Weiterqualifizierung und Beratung beklagt worden. Ein Beratungsangebot erreiche seine Adressaten folglich nur, wenn es deren „Planungsresistenz“ berücksichtige und deshalb niedrigschwellig und problemorientiert ansetze sowie den migrantenspezifischen Bedürfnissen gerecht werde.

In Mannheim wurde auf dieser Grundlage ein deutsch-türkisches Wirtschaftszentrum (dtw) errichtet, das durch eine nationalitätenspezifische Ansprache, eine VorOrt-Beratung und ein vielfältiges und bei den Problemen von Migranten ansetzendes Förderangebot die Zielgruppe zu erreichen versucht. Es werden Sprachkurse, Berufs- und Existenzgründungsberatungen sowie Beratungen in der Konsolidierungsphase angeboten, außerdem wird Vernetzungsarbeit zu den Kammern, den Berufsgenossenschaften und dem türkischen Unternehmerverband geleistet.

Auch in Nürnberg wurden im Rahmen des Beruflichen Qualifizierungsnetzwerks Nürnberg-Fürth-Erlangen (BON) Beratungs- und Unterstützungsbedarfe ausländischer Unternehmer ermittelt und daraufhin eine zielgruppenorientierte Schulung entwickelt, die zur Erlangung der Ausbildungseignung beiträgt. Diese Schulung wurde an den Ausbildungsring ausländischer Unternehmer weitergegeben, der einen geeigneten Zugang zur Zielgruppe hat.

In Berlin wird der Kontakt zu den Migrantenunternehmen über die Quartiermanagementbüros gesucht. Folgende positive Effekte konnten bereits festgestellt werden: Es wurde eine Bündelung der bestehenden Beratungsangebote und ein niedrigschwelliger Zugang durch die Verankerung der Beratungsangebote in den Quartiermanagementbüros erreicht. Dadurch hat sich die Beteiligung der Migranten in diesem Bereich positiv entwickelt. Ein Großteil der Maßnahmen erhält jedoch nur eine kurzfristige Förderung und steht folglich auf unsicherer finanzieller Grundlage. Eine solide Verwaltungsstruktur unter Beteiligung der Migrantenorganisationen, die

langfristige Planungen und Förderungen ermöglichen würde, konnte noch nicht erzielt werden.

In der anschließenden Diskussion stand die Frage im Zentrum, ob durch migrantenspezifische Beratungen Parallelstrukturen zu dem Angebot der Kammern etabliert werden. Hierzu gaben alle Referenten zu bedenken, dass ein zielgruppenspezifisches, interkulturelles Beratungsangebot die Akzeptanz bei den Adressaten erhöhe. Auch leisteten die Angebote eher eine Vorarbeit, indem sie diejenigen ansprechen, die noch von einer konzeptionellen und finanziellen Planung eines Unternehmens überzeugt werden müssten.

Forum III: Partizipation und lokale Netzwerke

Moderation: **Arzu Altug**, Referat für interkulturelle Angelegenheiten der Landeshauptstadt Hannover

Inputreferate:

Interkulturelle Qualitätsentwicklung in Münchner Sozialregionen

Rania Yoksulabakan, Initiativegruppe Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V., München

Interkulturelle Arbeitsgruppe für Beteiligung und Engagement Hannover

Silvia Hesse, Agenda21-Büro der Landeshauptstadt Hannover

Aktivierung bildungsferner MigrantInnen am Beispiel der Essener Bildungsinitiative

Iris Kaplan-Meys, Stadt Essen, RAA/Büro für Interkulturelle Arbeit

Viele Städte bieten Zuwanderern Dienstleistungen und Partizipationsangebote an, die jedoch ihre Adressaten häufig nur mangelhaft oder gar nicht erreichen. Dies liegt unter anderem daran, dass die örtlichen Angebotsstrukturen zu wenig auf die spezifischen Bedürfnisse der Migranten ausgerichtet sind und auf beiden Seiten Berührungspunkte bestehen.

Das Forum „Partizipation und lokale Netzwerke“ hat sich dieser Problemstellungen angenommen und Lösungsmöglichkeiten für eine stärkere interkulturelle Öffnung der kommunalen sozialen Einrichtungen einerseits und den Abbau von Hemmnissen bei Migranten gegenüber der Verwaltung andererseits erarbeitet.

In der „Interkulturellen Arbeitsgruppe“ der Stadt Hannover haben sich verschiedene institutionelle Akteure zusammengeschlossen und gemeinsame Informationsveranstaltungen u. a. zu den Themen „Wie funktioniert die Stadt?“, „Integrationslotsen“ und zu Möglichkeiten der Förderung von Migrantenorganisationen angeboten. Hierbei konnten auf beiden Seiten Hemmungen abgebaut und Kontakte geknüpft werden. Migrantenorganisationen bekamen die Gelegenheit, Wünsche und Bedarfe für eine Förderung zu artikulieren.

Das Angebot der Stelle für interkulturelle Arbeit der Stadt München in Zusammenarbeit mit den Beratungsdiensten der Arbeiterwohlfahrt München gGmbH und der InitiativGruppe Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. richtet sich hingegen nicht an Migranten, sondern an Einrichtungen. Zielsetzung ist, diese so zu qualifizieren, dass ihre Angebote und Maßnahmen für alle Einwohner des Stadtteils gleichermaßen zugänglich sind, und zwar insbesondere für Zielgruppen, die bisher nicht ausreichend versorgt und erreicht werden. 41 Einrichtungen - darunter Kitas, Schulen, Beratungsstellen, Freizeiteinrichtungen und Alten-Service-Einrichtungen - erhalten Fortbildungen in interkulturell orientiertem Qualitätsmanagement. Dabei geht es um eine Sensibilisierung für kulturelle Unterschiede sowie eine Überarbeitung und Überprüfung von Leitbildern, Strukturen und eigenen Standards im Sinne der interkulturellen Öffnung. Des Weiteren wird Förderunterricht für Migrantenkinder in Zusammenarbeit mit Hauptschulen angeboten.

Auch die Stadt Essen setzt beim Aktionsnetzwerk „Bildungsinitiative für sozial benachteiligte Familien“ auf eine enge Partnerschaft mit Stadtteilnetzwerken und Stadtteilbüros, Stadtämtern, Einzelpersonen und Migrantenorganisationen. Neben der sozialen Arbeit bei Familien und der Ausbildung von Multiplikatoren für Bildungsthemen werden Frühfördergruppen, Elternsprachkurse, Infoveranstaltungen und Mutter-Kind-Gruppen angeboten.

Forum IV: Nicht ohne unsere Nachbarn

Moderation: **Petra Patz-Drüke**, Koordinatorin für Quartier- und Stadtteilmanagement, Bezirksamt Mitte von Berlin

Inputreferate:

Quartiermanagement und Partizipation am Beispiel Berlin-Mitte

Burkhard Meise, freiberuflicher Journalist

Kriminalpräventive Netzwerkarbeit

Prof. Klaus Wermker, Stadt Essen, Büro für Stadtentwicklung

Eine funktionierende Nachbarschaft leistet einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Identifikation mit dem Wohnquartier und bei der Lösung von Alltagsproblemen und Konflikten zwischen Anwohnern. Dies war der Ausgangspunkt des Forums „Nicht ohne unsere Nachbarn“, bei dem es um Partizipationsinstrumente und Netzwerkarbeit im Quartier ging.

Am Beispiel der Berliner Quartiersräte wurde gezeigt, dass Partizipation im Wohnumfeld auch in sozialen Brennpunkten funktionieren kann, vorausgesetzt, dass freiwilliges Engagement mit Einfluss und Gestaltungsspielräumen verbunden ist. In der Annahme, dass die Bürger am besten wissen, was vor Ort nötig und sinnvoll ist, wurden Bürger per Zufallsverfahren aus dem Melderegister ausgewählt, um gemeinsam mit Vertretern von Vereinen, Kindertagesstätten und Initiativen einen Quartierfond von 500.000 Euro zu verwalten. Obwohl die von den Bürgern beschlossenen Projekte noch ein weiteres Gremium durchlaufen mussten, die Letztentscheidung lag beim Berliner Senat, sind die Quartiersräte von den Bewohnern positiv aufgenommen und genutzt worden.

Das zweite vorgestellte Nachbarschaftsprojekt, „Miteinander der Kulturen - Polizei im Dialog“, stammt aus dem Essener Stadtteil Katernberg und wurde in Reaktion auf ansteigende Gewaltdelikte zur Kriminalitätsprävention entwickelt. In einem Netzwerk aus Polizei, Moscheevereinen, Schulen, AWO, Jugendhilfe, Jugendamt und Jugendgerichtshilfe wurde versucht, gemeinsam die Integration von Jugendlichen in die Gesellschaft zu verbessern. Dabei setzte das Netzwerk auf eine Doppelstrategie von Abschreckung - straffällige Jugendliche wurden z. B. nach Absprache mit den

Schulen direkt im Unterricht verhaftet - und Hilfs-, Freizeit- und Betreuungsangeboten. Um die Verbindlichkeit von Maßnahmen zu erhöhen, wurden vertragliche Vereinbarungen über gewaltfreie Erziehung und den Gewaltverzicht im öffentlichen Raum abgeschlossen. Waffen konnten straffrei abgegeben werden. Nach Aussage des Referenten ist die Jugendkriminalität infolge der Maßnahmen drastisch gesunken.

In der anschließenden Diskussion wurde die demonstrative Repression kritisch hinterfragt. Der Referent hielt dem entgegen, dass diese Maßnahmen durch Hilfsangebote und eine faire Behandlung abgedämpft und Eingriffe nur bei berechtigten Klagen von Anwohnern erfolgen würden.

Forum V: Handlungsansätze in der Wohnungswirtschaft

Moderation: **Prof. Paul Gans**, Universität

Mannheim Inputreferate:

Hamburg und seine Zuwanderer

Susanne Wennrich, SAGA/GWG

Hamburg

Bausteine für stabile Nachbarschaften

Robert Kulle, GBH Hannover, Leiter Bestandsentwicklung

Neue Dienstleistungen in der Wohnungswirtschaft als Beitrag zur Integration von Migranten am Beispiel der GBG - Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH

Stefan Möhrke, Sozialmanager GBG Mannheim

Hans Klump, Stadt Mannheim, Fachbereich Wohnen und Stadterneuerung

Unternehmen der kommunalen Wohnungswirtschaft sehen sich seit einigen Jahren mit zwei bedeutenden gesellschaftlichen Entwicklungstrends konfrontiert. Mieter mit Migrationshintergrund stellen aufgrund der demographischen Entwicklung eine wachsende Kundengruppe dar. Des Weiteren nimmt die Bedeutung des Wohnquartiers als Ort der Integration zu, je mehr die Kohäsionskräfte des Arbeitsmarktes

nachlassen. Hieraus resultieren neue Problemstellungen, etwa Konflikte zwischen verschiedenen Ethnien und zwischen deutschen und ausländischen Haushalten infolge von divergierenden Lebensstilen, Kommunikationsproblemen sowie einer Stigmatisierung der Gebiete von außen. Die kommunalen Wohnungsunternehmen reagieren auf die neuen Handlungsanforderungen, indem sie unfreiwillige Segregation und Diskriminierungen zu verhindern versuchen.

Da Erfahrungen gezeigt haben, dass die freiwillige Konzentration von Zuwanderern Reibungen unter Nachbarn zum Teil verhindern kann, versuchen die GBH Hannover und die SAGA/GWG Hamburg, Mieter bei der Auswahl neuer Bewohner zu beteiligen. Flankierend bieten alle vorgestellten Unternehmen integrationsbezogene Dienstleistungen an, die sich in Einzelfallhilfe, Gruppenhilfe und Stadtteilarbeit gliedern lassen. So werden z. B. Bewohnertreffpunkte und Mieterinitiativen gefördert, Gemeinwesenbüros und Quartiermanagementbüros eingerichtet und Mediation und Krisenintervention zur Konfliktschlichtung angeboten. Das Wohnumfeld wird durch die Errichtung von Mietergärten, Gemeinschaftshäusern und anderen Freizeitangeboten aufgewertet.

Dass das Engagement der Unternehmen zum Teil über den Kernbereich Wohnen hinausgreift und das Quartier zunehmend als Lern- und Lebensraum verstanden wird, zeigen niedrigschwellige Bildungsangebote und berufliche Weiterqualifizierungsmaßnahmen der Unternehmen sowie Kooperationen mit Wohlfahrtsverbänden und Förderungen von Kunst, Kultur und Sport im Quartier.

0

E Durch die Ermöglichung von Wohneigentumsbildung versuchen die Unternehmen außerdem, die Identifikation mit dem Wohngebiet zu verbessern und die Miet

terfluktuation einzudämmen.

Eine Gefahr für die integrationspolitischen Zielstellungen des sozialen Wohnungsbaus sehen die Referenten in der voranschreitenden Privatisierung ehemals öffentlicher Wohnungsbestände. Diese könne sich als neuer „Motor der Segregation“ erweisen, da privatisierte Unternehmen häufig an kurzfristigen Renditezielen orientiert seien anstatt an sozialorientierter Vermietung.

•

Forum VI: Stadtteilkultur

Moderation: **Armin Felten**, Nürnberg

Inputreferate:

Stadtteilkultur in Nürnberg

Jürgen Markwirth, Stellvertretender Leiter des Amtes für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg

Kolonie Wedding

Nicola Boelter, Quartiermanagement Soldiner Straße, Berlin

In der kommunalen Verwaltung sind Kultur- und Integrationspolitik oft zwei voneinander getrennte Bereiche. Welche Bedeutung indes Kulturprojekte für die Integration von Migranten und für ein gesellschaftliches Klima der Toleranz einnehmen können, wurde im Forum Stadtteilkultur diskutiert.

Ausgangspunkt der vorgestellten Projekte ist folgende Win-Win-Situation: Multikulturelle Kulturangebote bieten „ein Stück Heimat in der Fremde“ und erleichtern Zuwanderern den Zugang zur deutschen Kultur. Auf der anderen Seite bereichern Zuwanderer als „Zulieferer“ das Kulturangebot und schaffen ein öffentliches Bewusstsein dafür, dass Migranten Teil der städtischen Gesellschaft sind.

Die Stadt Nürnberg hat den Leitgedanken der „Soziokultur“ durch die Errichtung eines Interkulturbüros und von 11 Kulturläden umgesetzt. Das Interkulturbüro agiert als Koordinator und Motor der Kulturpolitik, während die Kulturläden als Orte der Begegnung fungieren und über niedrigschwellige Angebote Bildung, Kunst und Kultur im Stadtteil erlebbar machen. Ihr Angebot ist vielfältig: Neben klassischer und Laienkultur werden z. B. Kinder- und Filmprojekte angeboten und regelmäßig wird der Spagat zwischen Tradition und Innovation versucht. Die Mitarbeiter der Kulturläden sind interkulturell qualifiziert. Des Weiteren werden Migrantenselbstorganisationen in die Arbeit der Kulturläden eingebunden.

Künstler gegen Übernahme der Betriebs- und Heizkosten vergeben. 2001 mit acht Teilnehmern gegründet, hat sich das Projekt bereits auf 24 Orte ausgeweitet. Neben „klassischer“ Kunst werden Konzerte, Tanz, Theater, Lesungen und Abendveranstaltungen angeboten sowie eine Kiezkunstschule betrieben. Um die Kolonie Wedding im Kiez zu verankern und auch darüber hinaus bekannt zu machen, werden Austauschprojekte organisiert und einmal im Jahr die „Lange Nacht des Döners“ gefeiert.

Probleme des Projektes bestehen im unterschiedlichen Engagement und z. T. Konkurrenzdenken der Künstler sowie im vielfältigen Kulturangebot Berlins, was die Anziehungskraft für Publikum und damit die Ausbildung finanziell selbsttragender Strukturen erschwert.

Voraussetzung für den Erfolg derartiger Kulturprojekte ist nach Ansicht der beiden Referenten ein kontinuierlicher „Overhead“ aus hauptamtlichen und professionellen Ansprechpartnern und Koordinatoren sowie eine langfristige Förderpolitik.

Forum VII: Kommunale Handlungsmöglichkeiten - ausgewählte Beispiele

Moderation: **Kenan Güngör**, Base Büro für Angewandte Sozialforschung und Entwicklung, Basel

Inputreferate:

Konfliktprävention und Konfliktlösung im Stadtteil

Atilla Yergök, Amt für Multikulturelle Angelegenheiten, Frankfurt am Main

Sozial und Integrationsmonitoring in Nürnberg

Wolf Schäfer, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth

Alle Maßnahmen der städtischen Integrationspolitik haben dort anzusetzen, wo **210** die Zuwanderer leben, also in ihren Wohnquartieren. Voraussetzung dafür ist, dass man um die Entwicklungen in den entsprechenden Wohnquartieren weiß.

Das im Forum vorgestellte Integrations- und Sozialmonitoring der Stadt Nürnberg ist ein möglicher Weg, die Informationsbasis zu Wohngebieten und ihrer Entwicklung zu verbessern und den kommunalen Verantwortungsträgern auf dieser Grundlage eine schnelle Reaktion durch Maßnahmen und deren Evaluierung zu ermöglichen. Voraussetzung ist, so der Referent, dass im Vorfeld von der Politik drei wichtige Fragen geklärt werden: Es müssten erstens Teilgebiete ausgewählt und Handlungsziele definiert werden. Zweitens entscheide das Instrumentarium der Datenaufbereitung über den Gebrauchswert der Daten für die relevanten Akteure. Drittens gelte es zu bestimmen, für wen die Daten gesammelt werden und welche Akteure Zugriffsrechte erhalten.

Die Stadt Nürnberg hat hierfür eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Amtes für Stadtforschung und Statistik und anderer Fachdienststellen gebildet. Ausgangspunkt waren die Fragestellungen der Nutzer, die Erfahrungen anderer Städte und die Verfügbarkeit der Daten. Um die Praxisrelevanz der Datenerhebung zu gewährleisten, wurde die Datenaufbereitung von einem „Bringsystem“ auf ein „Holsystem“ umgestellt.

Während es beim Nürnberger Sozial- und Integrationsmonitoring darum geht, Konflikte im Vorfeld zu erkennen, um frühzeitig Gegenmaßnahmen einleiten zu können, ist die Konfliktvermittlungsstelle des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten (**AmkA**) der Stadt Frankfurt am Main ein Beispiel dafür, wie Konflikte, die bereits bestehen, friedlich gelöst werden können.

Ausgangspunkt des AmkA ist die Annahme, dass traditionelle autoritative Konfliktlösungen nur begrenzt Probleme zwischen Nachbarn schlichten können. Deshalb setzt das **AmkA** auf den Dialog der Konfliktparteien, auf konsensuelle Problemlösungen und die Wahrung beiderseitiger Interessen sowie auf eine Vernetzung von Institutionen und Personen. Anstelle der schnellen Einschaltung staatlicher Institutionen bei Konfliktfällen werden die Bürger ermutigt, Konflikte selbst zu lösen. Die Konfliktvermittlungsstelle steht ihnen mittels Beratung und Konfliktmanagement durch ehrenamtliche Mediatoren dabei zur Seite.

Da häufig Konflikte zwischen religiösen Zuwanderergemeinden und ihrer Nachbarschaft auftreten, hat die Konfliktvermittlungsstelle zusätzlich eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Religiöse Zuwanderergemeinden und ihrer Nachbarschaften“ ins Leben gerufen, zu der speziell Vertreter der Ortsbeiräte, der Kirchengemeinden, von Vereinen und Initiativen auf der einen Seite und Repräsentanten der religiösen Zuwanderergemeinden auf der anderen Seite eingeladen werden. Die gemeinsamen Diskussionen haben viel zum Abbau beiderseitiger Vorurteile und zu einem friedlichen und toleranten Zusammenleben beigetragen.

Veröffentlichungen im Rahmen des Projektes

Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.) 2005:

Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik.
Darmstadt

Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina/Floeting Holger/Reimann, Bettina

2005: **Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab.** Schader-Stiftung/Deutsches Institut für Urbanistik. Darmstadt/Berlin

Krüger-Konrad, Kirsten 2005:

Zuwanderer in der Stadt - Expertisen zum Projekt -
Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“
Darmstadt

Petendra, Brigitte 2005:

Sozialräumliche Integration von Zuwanderern. Best-Practice-Beispiele. Schader-Stiftung. Darmstadt

Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.) Mai

2006: **Integration - Sind wir auf einem guten Weg?**
Dokumentation der Tagung am 22. März 2006 in Köln

Höbel, Regina/Kloth, Melanie/Reimann, Bettina/SchuleriHartje, Ulla-Kristina 2006:

Voneinander lernen - Gute-Praxis-Beispiele stadträumlicher Integrationspolitik. Ergebnisse der Begleitforschung zum Verbundprojekt „Zuwanderer in der Stadt“. Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ Darmstadt

Höbel, Regina/Kloth, Melanie/Reimann, Bettina/Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina
2006: **Stadträumliche Integrationspolitik. Umsetzung der Empfehlungen des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“.**

Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“. Darmstadt

Kulturprogramm	228
Veranstaltungsprogramm - Kongress „Zuwanderer in der Stadt — Perspektiven sozialräumlicher Integration“	231
Pressespiegel	236

Personenverzeichnis

Prof. Dr. Heik Afheldt

Heik Afheldt (1937), Prof. Dr. rer. pol, Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Hamburg. Ab 1964 Mitarbeiter der Prognos AG - Europäisches Zentrum für angewandte Wirtschaftsforschung, Basel, 1977 - 1987. Vorsitzender der Geschäftsleitung 1989 - 2000: Mitglied des Verwaltungsrates. 1993 - 1997: Mitglied des Herausgeberrates der Verlagsgruppe Handelsblatt. 1998 - 2002: Herausgeber „Der Tagesspiegel“: 2001 - 2002: Wirtschaftspublizistischer Berater bei „Die Zeit. 2003 - 2004: Wirtschaftspublizistischer Berater der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck. 2006: Honorarprofessor an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee.*

Peter Altmaier

*Peter Altmaier, (*1958), seit 1976 Mitglied der CDU. 1990 - 1994: Beamter für die Europäische Kommission, u. a. als Generalsekretär der EG-Verwaltungskommission für die soziale Sicherheit der Wanderarbeiter. Seit 1994 Mitglied des Bundestages. 1999 - 2000: stellvertretendes Mitglied im EU-Grundrechtskonvent. 2002 - 2003: stellvertretendes Mitglied im EU-Verfassungskonvent Seit 2002 Mitglied des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seit 2005 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern.*

Arzu Altug

Arzu Altug DipL-Sozialökonomin, Leiterin des Referats für interkulturelle Angelegenheiten, Landeshauptstadt Hannover, Trammplatz2, 30159 Hannover. Fon 0511/168-41232, Fax 0511/ 168-45042, arzu.altug@hannover-stadt.de

Tarek Al-Wazir

*Tarek Al-Wazir (*1971), DipL-Politologe, Studium der Politologie in Frankfurt. Seit 1989: Mitglied der GRÜNEN, verschiedene Ämter und Funktionen auf Kreis- und Landesebene. 1992 - 1994: Vorsitzender der Grünen Jugend Hessen. 1993 - 1997 und seit 2000: Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Offenbach am Main. Seit 1995: Mitglied des hessischen Landtags, seit 2000: Vorsitzender der Landtagsfraktion, seit 2005: Medien- und Integrationspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion. Seit 2003: Mitglied des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks.*

Dr. Ursula Brock

Ursula Brock, Dr., Studium Lehramt für Hauptschulen, Zweitstudium der Didaktik des Deutschen als Zweitsprache (DidaZ), Promotionsstudium DidaZ, Soziologie, Linguistik. 1993 - 2001: freiberufliche Dozentin. 2001 - 2004: Fachbereichsleiterin am Bildungszentrum der Stadt Nürnberg 2004 - 2006: Projektleitung BON. Seit 1999: selbstständige Verlegerin. Seit 2002: Mitglied der Koordinierungsgruppe für Integration der Stadt Nürnberg. Seit 2006: Fachteamkoordination Sozialintegrative

Bildung am Bildungszentrum der Stadt Nürnberg.

Helga Büchel

*Helga Büchel (*1944), 1964 Eintritt in den hamburgischen Schuldienst als GHR-Lehrerin. 1986 - 1996: Schulleiterin einer Schule mit sehr hohem Migrantenanteil. Seit 1996: Oberschulrätin in der Behörde für Bildung und Sport, in der Abteilung "Strategische Aufgaben des Bildungswesens" zuständig für „Maßnahmen zur Steigerung der Bildungschancen für Schülerinnen und Schüler aller Schulformen“.*

Nicola Boelter

*Nicola Boelter (*1966), Ausbildung / Arbeitsschwerpunkte: Kulturwissenschaft, Öffentlichkeitsarbeit. Seit 2003 im Quartiermanagement Soldiner Straße /L.L.S.T. GmbH tätig als Quartiermanagerin.*

Prof. Dr. Thomas Dilger

*Thomas Dilger (*1952) Prof. Dr., Studium der Architektur und der Stadtplanung TUHannover. 1980 - 1984: Planungsamtsleiter und Stadtbaurat in Lennestadt 1985 - 1989: technischer Beigeordneter der Stadt Wesel. 1990 - 1997: Stadtentwicklungsdezernent der Landeshauptstadt Wiesbaden. 1998 - 2001: Geschäftsführender Gesellschafter im Büro DKS - Städtebau (Dilger, Kramm & Strigl) Darmstadt/Wiesbaden. Seit 2002: Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte, Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft in Frankfurt am Main. Seit 2005: Geschäftsführer der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt.*

Armin Fetten

*Armin Fetten (*1955), evang. Theologe, Leiter der Gemeindeakademie in Rummelsberg. Führungskräftetrainer und Coach, Moderation, Planung und Durchführung von Großgruppenveranstaltungen.*

Lutz Freitag

*Lutz Freitag (*1943), DipL-Volkswirt, Studium an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik. 1977 Übernahme der Leitung des Landesverbandes der Deutschen Angestellten Gewerkschaft Hamburg (DAG). 1987 Wechsel in den Bundesvorstand der DAG, innerhalb dieser Funktion Leitung der Ressorts „Industrie“, „Sozialpolitik“ und „Bildungspolitik“. Seit 2001 Präsident des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW).*

Heinz Fromm

*Heinz Fromm (*1948), Jurastudium an der Justus-Liebig-Universität Gießen. 1978 - 1979: Stellvertretender Leiter der Justizvollzugsanstalt Kassel, dazwischen Juli bis Oktober 1978 Referent in der Abteilung Justizvollzug im Hessischen Justizministerium. 1980 - 1986: Leiter der Justizvollzugsanstalt Kassel II „Sozialtherapeutische Anstalt“. 1986 - 1991: Stellvertretender Leiter der Abteilung Justizvollzug im Hessischen Justizministerium. 1991 - 1993: Direktor des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen. 1993 - 1999: Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern (und ab 1995 für Landwirtschaft, Forsten und Natur-**218** schutz). 1999 - 2000: Leiter der Justizvollzugsanstalt Kassel L. Seit Juni 2000: Präsident des*

Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Prof. Dr. Paul Gans

*Paul Gans (*1951), Prof. Dr., Studium der Mathematik und Geographie an der Universität Mannheim. 1979 zweites Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien. Seit 1980 an wissenschaftlichen Einrichtungen tätig: Geographisches Institut der Universität Kiel und der Universität Hamburg (Vertretungsprofessur für Wirtschaftsgeographie), Leibniz Institut für Länderkunde Leipzig, Lehrstuhl für Anthropogeographie an der Universität Erfurt. Seit 1996 Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie an der Universität Mannheim, Abt. für Volkswirtschaftslehre. Forschungsschwerpunkte: Bevölkerungs- und Stadtforschung-Lateinamerika, Indien, Deutschland und Europäische Union.*

Andreas Germershausen

*Andreas Germershausen (*1952), Leiter des Referats „Integrationspolitik“ beim Integrationsbeauftragten des Landes Berlin und zugleich dessen Stellvertreter. Vor seiner Anstellung beim Senat im Jahr 2001 war er an sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituten in Berlin und Südostasien tätig und leitete Forschungsvorhaben zu Flucht- und Migrationsbewegungen, Integration und ethnischen Beziehungen.*

Kenan Güngör,

Kenan Güngör, Dipl.-Soziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Studienleiter bei verschiedenen Forschungsinstituten in Deutschland und der Schweiz. 2001 - 2006: Leiter von base - Büro für Angewandte Sozialforschung und Entwicklung, Basel. Seit 2006: Leiter des Büros [difference:] Gesellschaftsanalyse. Innovation. Integration, Wien. Internationaler Experte für Migrations- und Integrationsfragen, leitet unter anderem das Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich und hat die wissenschaftliche Leitung der Implementierung des Diversitätsansatzes der Stadt Wien inne.

Prof. Dr. Hartmut Häußermann

*Hartmut Häußermann (*1943), Prof. Dr., Studium der Soziologie, Politik und Volkswirtschaft*

*an der Freien Universität (FU) Berlin. 1970 - 1976: wissenschaftlicher Assistent an der
FU
Berlin. 1976 - 1978: Professur für Stadt- und Verwaltungssoziologie an der
Gesamthoch-
schule Kassel. 1978 - 1993: Professur für Stadt- und Regionalsoziologie an der
Universität Bremen. Seit 1993: Professur für Stadt- und Regionalsoziologie an der
Humboldt-Universität Berlin.*

Silvia Hesse

*Silvia Hesse, Dipl.-Ing. Arch. Seit 1996 Leiterin des Agenda 21-Büros der
Landeshauptstadt Hannover. Seit 2007 Leiterin des Referats für Integration und
Agenda 21 im Büro des Oberbürgermeisters.*

Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum. 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fachhochschule Düsseldorf, Fachbereich Erziehungswissenschaften. Ab 2001: Bereichsleiterin am InWIS mit den Arbeitsschwerpunkten Sozial- und Wohnungspolitik, Immobilienwirtschaft, Stadtentwicklung.

Anouschka Horn

Anouschka Horn, Moderatorin des Rundschau Magazins im Bayerischen Fernsehen.

Prof. Barbara John

Barbara John (1938), Prof., Lehrerin und Dipl. Politologin, Studium in Lüneburg, Berlin und London. Mehrjährige Tätigkeit als wissenschaftliche Assistentin in der Lehrerausbildung im Fach „Deutsch als Zweitsprache“ an der FU Berlin. 1981 - 2003: Ausländerbeauftragte des Berliner Senats. Seit 2003: Koordinatorin für Sprachförderung bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport in Berlin. Vorsitzende des Expertengremiums für Integrationssprachkurse beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin.*

Iris Kaplan-Meys

*Iris Kaplan-Meys (*1956), Dipl.-Sozialpädagogin, Studium der Sozialpädagogik an der Universität Duisburg-Essen, 1980 Berufsaufnahme als Dipl.-Sozialpädagogin beim Jugendamt der Stadt Essen im Tätigkeitsfeld der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der bezirklichen Jugendarbeit. 1995 Projektentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit im Aufgabenbereich der Geschäftsstelle des Integrationsbeirates beim Sozialdezernat. Seit 2000: verantwortliche Mitarbeiterin für das Controlling „Konzepte für die interkulturelle Arbeit“ in den Bereichen: Maßnahmen- und Finanzkontrolle, Berichtswesen, Aufbau Integrationsmonitoring, Projektentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit in der RAA/Büro für interkulturelle Arbeit beim Geschäftsbereich Gesundheit und Soziales.*

Prof. Dr. Karl-Dieter Keim

*Karl-Dieter Keim (*1939), Prof. Dr., Studium Soziologie, Sozialpsychologie, Politische Wissenschaft und Öffentliches Recht an der Universität Mannheim; Diplom-Prüfung Soziologie. 1970 - 1982: Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. Koordinator am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. 1976 - 1979: Promotion an der TU Darmstadt. 1981 - 1982: Habilitation an der Universität Hannover. 1982 - 1992: Professor für Sozialplanung, später: für Urbanistik und Sozialplanung an der Universität Bamberg. 1992 - 2004: Direktor des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner bei Berlin. 1993 - 2004: Professor für Stadt- und Regionalentwicklung der Brandenburgischen TU Cottbus. 1998 - 2006: Mitglied des Kuratoriums der Schader-Stiftung, Darmstadt.*

*Gudrun Kirchhoff (*1956), Diplom-Soziologin. Tätig im Bereich Stadtentwicklung und Wohnen, langjährige Arbeit als Stadtforscherin und Sozialplanerin in Berlin. Seit 2006 wissenschaftliche Referentin bei der SchaderStiftung Koordination Forschungsprojekt „Zuwande-*

rer in der Stadt'. 1999 - 2003: stellvertretende Institutsleiterin am Institut für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Brandenburg. 1997 - 1999: Untersuchungen zur Entwicklung von Plattenbaugebieten in Ostdeutschland am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS in Erkner bei Berlin.

Melanie Kloth

Melanie Kloth (1974), DipL-Ing., Studium der Raumplanung in Dortmund und Stockholm. 2001 Diplom in Raumplanung. Ab 2001: wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum, seit 2004 als Bereichsleiterin. Zudem seit 2002: wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität DuisburgEssen, Institut für Politikwissenschaft. Arbeitsschwerpunkte Stadtentwicklung, Sozial- und Wohnungspolitik, Immobilienwirtschaft*

Hans Klump

*Hans Klump (*1945), Dipl.-Soziologe, Abteilungsleiter beim Fachbereich Wohnen und Stadterneuerung der Stadt Mannheim.*

Reyhan Kulac

Reyhan Kulac, DipL-Sozialpädagogin, Referentin für Interkulturelle Kommunikation und Pädagogik. 1993 - 2004: tätig als Sozial- und Fachberaterin bei der Arbeiterwohlfahrt Bayern (Landesverband, später Kreisverband) in Regensburg und ab 2002 München. 1994 bis 1999 Koordination des Modellprojektes „Interkulturelle Jugendarbeit“ beim Verein Mädchensozialarbeit e.V in der Evangelischen Jugendsozialarbeit im Dekanatsbezirk Regensburg. Seit Oktober 2004 tätig als Fachberaterin für Interkulturelle Pädagogik und Sprachförderung beim Schul- und Kultusreferat der Landeshauptstadt München (in der Fachabteilung Kindertagesstätten) u.a. mit folgenden Arbeitsschwerpunkten: Fachberatung zu Querschnittsfeldern Interkulturelle Pädagogik und Sprachförderung; Projektmanagement im Rahmen der Arbeitsfelder Sprache, Integration, Elternbildung, Personalentwicklung, Sozialraumorientierung; Moderation von Arbeitsprozessen.

Robert Kulle

Robert Kulle, Dipl.-Ing. Arch., Architekturstudium in Braunschweig, Delft (NL) und Darmstadt, Schwerpunkt Wohnungsbau. 1989 - 2000: Geschäftsführung der Eden GmbH, mittelständisches Wohnungsunternehmen in Hannover. Seit 2000 Gesellschaft für Bauen und Wohnen mbH (GBH), Hannover, derzeit Leiter Bestandsentwicklung.

Christoph Kulenkampff

*Christoph Kulenkampff, (*1947), Staatssekretär a.D., Jurastudium und Referendariat in Frankfurt/M, München, Gießen und Darmstadt. 1986 - 1991: Generalstaatsanwalt des Landes Hessen. 1991 -- 1993: Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Inneren und für Europaangelegenheiten. 1995 - 2000: Verbandsdirektor des Verbandes der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e.V. und des Prüfungsverbandes*

*Südwestdeutscher Wohnungsunternehmen e.V. Seit 2000 geschäftsführender Vorstand
der Schader-Stiftung.*

Armin Laschet

Armin Laschet (1961), Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und Bonn. Wissenschaftlicher Berater der Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süßmuth. 1989 - 2004 Ratsherr der Stadt Aachen. 1994 - 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 1999: Lehrbeauftragter des Europastudienganges der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen. 1999 - 2005: Mitglied des Europäischen Parlaments. Seit 2000 Mitglied des Vorstands der Europäischen Volkspartei (EVP). Seit 2005: Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.*

Dr. Ren Leicht

René Leicht, Dr., Studium der Soziologie und Politikwissenschaften. Gutachterstätigkeiten in Drittweltländern. Seit zehn Jahren Forschungsbereichsleiter im Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim. Empirische Wirtschafts- und Sozialforschung mit den Schwerpunkten: Selbständigen- und Gründungsforschung (va.: Migranten-Ökonomie, Frauenselbstständigkeit, Neue Formen beruflicher Selbstständigkeit), Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bildungssoziologie und Entwicklungszusammenarbeit.

Dr. Ulrich Maly

Ulrich Maly (1960), Dr., Studium der Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Promotion zum Thema „Wirtschaft und Umwelt in der Stadtentwicklungspolitik“ Nach Abschluss des Studiums Geschäftsführer der SPD-Stadtratsfraktion und von 1996 - 2002 Kämmerer der Stadt Nürnberg. Seit 1. Mai 2002 Oberbürgermeister von Nürnberg.*

Jürgen Markwirth

*Jürgen Markwirth (*1955), Diplom-Pädagoge, langjähriger Leiter des Inter-Kultur-Büros im Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg seit September 2006 Leiter des Amtes. Mitglied der referatsübergreifenden „Koordinierungsgruppe Integration“ der Stadt Nürnberg. Langjährige Erfahrungen in Kulturmanagement, interkultureller Arbeit und kommunaler Integrationspolitik, Referententätigkeit und Veröffentlichungen zu diesen Themenbereichen.*

Burkhard Meise

*Burkhard Meise (*1956), lebt seit 30 Jahren in Berlin und arbeitet als freier Journalist für Hörfunk und verschiedene Zeitungen mit den Schwerpunkten Kultur und Stadtentwicklung. Im Jahr 2006 hat er im Auftrag des Bezirksamtes Berlin-Mitte eine Broschüre über die Erfahrungen mit den Bürgerbeteiligungsverfahren in den Quartiermanagementgebieten geschrieben.*

Dr. Christine Meyer

*Christine Meyer (*1968), Dr. rer. soc., Studium der Betriebswirtschaftslehre, Universität Regensburg. 1997 - 1999: Angestellte bei der AKDB und deren Tochterunternehmen Living*

Data GmbH, 1999 - 2002: wissenschaftliche Mitarbeiterin im Finanzreferat der Stadt Nürnberg. Seit 2002: wissenschaftliche Mitarbeiterin des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg.

Stefan Möhrke

*Stefan Möhrke (*1956), DipL-Soz. Arb.(FH), Leiter „Soziales Management“ in der GBG - Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH.*

Sybille Münch

Sybille Münch, Dipl -Polit., 2004 - 2006: wissenschaftliche Referentin im Verbundvorhaben „Zuwanderer in der Stadt“. Seit Juli 2006: Stipendiatin im 4R-Graduiertenkolleg „Demographischer Wandel ; Promotion zum Thema „Integration durch Wohnungspolitik? Desegregationskonzepte im europäischen Vergleich“

Aydan Özoguz

*Aydan Özoguz (*1967), Studium der Anglistik, der spanischen Sprache und der Personalwirtschaft in Hamburg. Ab 1994 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Körber-Stiftung, von 1996 - 2001 Leiterin für deutsch-türkische Projekte der Stiftung. Seit 2001 Mitglied der Hamburgerischen Bürgerschaft innerhalb der SPD-Fraktion. 2000 - 2003: Mitglied des GerdBucerius-Gesprächskreises der Zeit-Stiftung. Seit 2003 Mitglied im Expertengremium der Schader-Stiftung für Zuwanderungsfragen. Seit 2004 Kuratoriumsmitglied des Islamisch Wissenschaftlichen Instituts (IWB) Hamburg und der Muslimischen Akademie Deutschland.*

Petra Patz-Drüke

Petra PatzDrüke, Dipl-Verwaltungswirtin. Seit 1983: in verschiedenen Abteilungen des Bezirksamts Wedding (Berlin) tätig, ab 2000 Bezirksamt Mitte von Berlin. 1995 Dozentin für Verwaltungsreform innerhalb der Bezirksverwaltung. 1996 - 1997 Moderationsausbildungen (u. a. Qualitätszirkel, Zielvereinbarungsverhandlungen). 1997 Referentin des Bezirksbürgermeisters von Berlin-Mitte. 2006 Beauftragte für Stadtteilmanagement und Leitung der Geschäftsstelle Stadtteilmanagement im Bezirk Mitte.

Annette Püntmann

*Annette Püntmann (*1955), DipL-Soz.päd., Studium der Architektur und Sozialpädagogik, gelernte Industrie-Kauffrau. Seit 1991 beschäftigt beim Diakonischen Werk für Frankfurt am Main des Evangelischen Regionalverbandes, davon 1991 - 2005 als Beraterin in der Sozialen Beratungsstelle für Frauen in Frankfurt am Main und seit 2005 als Quartiermanagerin im Projekt „Soziale Stadt - Neue Nachbarschaften“ in der Nordweststadt.*

Helga Nagel

*Helga Nagel, (*1947), Politikwissenschaftlerin und Germanistin. Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main. Seit 1998 Mitarbeiterin und seit 2001 Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten. Arbeitsschwerpunkte: Bildungs- und Integrationsprojekte (interkulturelle Elternarbeit, sprachliche Bildung Mehrsprachigkeit), Konfliktmanagement, Fortbildung städtischer Mitarbeiter/-innen zum Thema Interkulturelle*

Kommunikation.

Claus Preißler

Claus Preißler (1968), M.A., Studium der Soziologie, Ethnologie und Erziehungswissen-*

schaft an der Universität Heidelberg; z. Zt. Ausbildung zum Mediator beim Heidelberger Institut für Mediation. Oktober 1994 - März 1998: freier pädagogischer Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung der AWO, Bezirksverband Baden e.V. in Karlsruhe. 1996: Projektarbeit

bei der „Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer“ im Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Bonn. Mai 2000 - Juni 2005: Mitarbeiter des Beauftragten für ausländische Einwohner der Stadt Mannheim mit der Zuständigkeit für Projektentwicklung und Projektmanagement. Seit Juli 2005: Beauftragter für ausländische Einwohner der Stadt Mannheim.

Prof. Dr. FrankOlaf Radtke

*Frank-Olaf Radtke (*1945), Dr. phil., Studium der Soziologie, Psychologie und Ökonomie in*

Frankfurt am Main und Berlin. Seit 1994 Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main, Arbeiten zu den Themen Erziehung und Migration, Organisation und Profession.

Dr. Bettina Reimann

Bettina Reimann ("1967), Dr. rer. soc., Studium der Soziologie, Politologie und Stadtplanung

an der Universität Bremen, der Freien Universität in Berlin und der Columbia University,

New York City. 1994 Diplom in Soziologie. 1999 Promotion zum Dr. rer. soc. an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1999 - 2001: Quartiermanagement in Berlin-Marzahn. Seit Mai 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Urbanistik mit den Arbeitsschwerpunkten Stadtentwicklung, Sozial- und Wohnungspolitik.

Wolf Schäfer

*Wolf Schäfer, (*1956), Studium der Politikwissenschaft. Seit 2002 Leiter des Amtes für Stadt-*

forschung und Statistik für Nürnberg und Fürth.

Dr. Albert Maximilian Schmid

*Albert Maximilian Schmid (*1945), Dr., Studium der Rechte in München und Regensburg. 1972 - 1978: Bürgermeister der Stadt Regensburg. 1978 - 1982: Beamteter Staatssekretär des*

Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. 1984 - 2000: Markt- und

Kreisrat. 1990 - 2000: Abgeordneter des Bayerischen Landtags. 1992 - 1994

Vorsitzender, von 1994 - 1995 Geschäftsführender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Seit 2000: Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Prof. Dr. Karen Schönwälder

Karen Schönwälder, Prof. Dr., Studium der Politik-, Geschichts- und Erziehungswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg. 1990 dort Promotion, 2001 Habilitation im Fach Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Lehr- und Forschungs-tätigkeit u. a. an der Philipps-Universität Marburg und der University of London (1992 - 1997). 2001/02 Gastprofessur an der Universität Haifa, Israel. Seit Mai 2003 Leiterin der Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration am Wissenschafts-

zentrum Berlin für Sozialforschung. Privatdozentin an der Freien Universität Berlin, OttoSuhr-Institut für Politikwissenschaft.

Ulla-Kristina Schuleri-Hartje

*Ulla-Kristina Schuleri-Hartje (*1945), DipL-Volksw., Studium der Volkswirtschaft in Frankfurt a.M. und an der FU Berlin, 1969 Diplom. 1969 - 1971: Controllerin in der Stabsabteilung eines Berliner Industrieunternehmens. 1971 - 1980: Mitarbeiterin und stellvertretende Leiterin der Planungsleitstelle, Senatskanzlei Berlin und seit Dezember 1980 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Institut für Urbanistik Berlin (Difu). Arbeitsschwerpunkt: Sozialpolitik, Ausländerpolitik und Altenpolitik, Mitglied der Difu-Projektgruppe „Soziale Stadt“ bzw. der Bundestransferstelle „Soziale Stadt“. Projektleiterin bei der wissenschaftlichen Begleitung im Verbundvorhaben „Zuwanderer in der Stadt“. Mitglied in der Arbeitsgruppe „Gesundheitsfördernde Stadtentwicklung“, Mitglied in der Arbeitsgruppe „Integration vor Ort“ zum Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung.*

Dr. Helmut Schweitzer,

Helmut Schweitzer, Dr., Leiter der RAA/Büro für interkulturelle Arbeit der Stadt Essen. Seit 1975 pädagogisch und wissenschaftlich tätig in verschiedenen Praxisforschungs- und wissenschaftlichen Begleitprojekten zum interkulturellen Lernen in der sozialen Arbeit öffentlicher und freier Träger, in den Medien, im Bildungswesen (Elementar- und Hochschulbildung) und in der Kommunalverwaltung. Seit 1999 verantwortlich für den Umsetzungsprozess des „Konzepts für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen“ im Rahmen des städtischen Konzernziels „Ausbau der interkulturellen Orientierung“, in der gesamten Zeit zahlreiche Veröffentlichungen zu Theorie und Praxis interkulturellen Lernens in den o. g. Arbeitsfeldern.

Prof. Dr. Walter Siebel

*Walter Siebel (*1938), Prof. Dr., Studium des Maschinenbaus, der Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Aachen, Köln, Bonn, New York und Frankfurt am Main. 1974 Promotion an der TH Darmstadt. Ab 1975 Professor an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Seit 1978 Leiter der Arbeitsgruppe Stadtforschung. 1989 - 1995: wissenschaftlicher Direktor der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park. 1990 - 1992: Beirat für Stadtentwicklung der Stadt Wien. 1994 - 1995: Enquete-Kommission Stadtentwicklung Hamburg. 1996 - 1999: Korrespondent der IBA Emscher-Park. 1996 - 2001: wissenschaftliche Begleitforschung Offensive Zukunft Bayern - Siedlungsmodelle. 1996 - 2002: Beirat der Stadtentwicklungsgesellschaft Smentek*

*Günter Smentek (*1944), DipL-Päd., Studium an der FHS und an der Universität Frankfurt. Bisherige Tätigkeit: Caritasdirektor in Wiesbaden und Leiter des Landesjugendamtes Hessen (Vors. BAG LJÄ). Heute: Sozialdezernent und Leiter des Ressorts für Soziales, Jugend, Gesundheit, Beschäftigungsförderung und Bildung der Stadt Solingen*

*schaft Hamburg. Ab 2003 Beirat des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und
Wohnungswesen.*

Janina Söhn

*Janina Söhn (*1972), Studium der Soziologie in Berlin und New York. 2001/02 Referentin für Migrationsarbeit im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes. Seit 2003 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Arbeitsschwerpunkte: Migrations- und Bildungsforschung Integrationspolitik.*

Dr. Margret Spohn

Margret Spohn, Dr., Studium in Oldenburg, Montpellier und Freiburg 1991 Diplom in Interkultureller Kommunikation und 1992 Diplom in Soziologie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. 2001 Promotion an der Universität Kassel im Bereich der Migrationssoziologie zu „Familienbezogenen männlichen Identitäten türkischer Migranten der ersten Generation“. Forschung und Lehre in Essen, Freiburg, Ankara und Christchurch, Neuseeland. Seit 2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München (www.muenchen.de/interkult). Dort zuständig für die Bereiche neues Zuwanderungsgesetz, interreligiöser Dialog, Leben in der Illegalität, Schule und Ausbildung.

Christiane Thalgot

*Christiane Thalgot (*1942), Dipl.-Ing., Architekturstudium TU Braunschweig und TU München (Diplom). 1971 - 1972: Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für ländliches Bau- und Siedlungswesen der TU München. 1972 - 1987: Stadtplanerin im Stadtbauamt Norderstedt, Leiterin der Arbeitsgruppe Norderstedt-Mitte ab 1976. 1987 - 1992: Stadtbaurätin in Kassel. 1992 Stadtbaurätin in München. 1998: 2. Amtsperiode als Stadtbaurätin in München. Ab 2003: 3. Amtsperiode als Stadtbaurätin in München; Honorarprofessorin der TU München und Präsidentin der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL).*

Eren Ünsal

Eren Ünsal, Gesellschafterin und Unternehmensberaterin bei der P.O.P.-Consulting, Partnerschaftsgesellschaft für Organisations- und Personalentwicklung. Schwerpunktbereiche u. a: Antidiskriminierungs- und Diversitytrainings; Politik-, Event- und Prozessmoderation; Fortbildung im Bereich vorschulische Pädagogik. 1997 - 2002: Geschäftsführerin der Kita „Kleiner Frosch - Interkulturelle und sprachbetonte Kindertagesstätte“. Seit 1999 Vorstandssprecherin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg. Vorstandsmitglied des Berliner „Arbeitskreises Neue Erziehung“ und der „Türkischen Gemeinde in Deutschland“. Auszug aktuelle Projekte: „Vielfalt in der Schule“ des Eine Welt der Vielfalt e.V. aus Berlin; „Databridge“ des Migrationsrates in Berlin-Brandenburg.

Prof. Klaus Wermker

Klaus Wermker, Prof., seit 1971 bei der Stadt Essen in vielen unterschiedlichen Bereichen

der Stadtentwicklung, Stadtforschung, Statistik und Wahlen sowie Zentralen Steuerung tätig. Unter anderem Mitglied der Fachkommission Stadtentwicklung des Deutschen Städte226 tetages und Lehrbeauftragter an der Universität Duisburg-Essen.

Susanne Wennrich

*Susanne Wennrich (*1963), gelernte Immobilienkauffrau und Volljuristin, Zusatzausbildung im Bereich Betriebswirtschaft. Seit über 10 Jahren in führenden Positionen in der Immobilienwirtschaft tätig, u. a. Leitung des Liegenschaftsamtes der Stadt Pinneberg sowie einer Immobilienverwaltung für eine große deutsche Pensionskasse. Seit Ende 2005 Leiterin der SAGA-GWG Geschäftsstelle Billstedt in Hamburg.*

Atilla Yergök

*Atilla Yergök (*1961), Studium der Sozialarbeit an der Fachhochschule Frankfurt. Danach Sozialarbeiter bei verschiedenen sozialen Einrichtungen, ab 1991 für neun Jahre in Chile inkl. der Gründung eines Handwerksbetriebs. Nach Ausbildung zum Coach Ontologico Rückkehr Anfang 2000 nach Frankfurt. Dort seit Februar 2000 Mitarbeiter des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten.*

Rania Yoksulabakan

Rania Yoksulabakan, DipL-Psychologin, Ausbildung in systemisch- und lösungsorientierter Beratung, interkulturelle Mediation. Zur Zeit in dem Projekt „Interkulturelle Qualitätsentwicklung“ bei der InitiativGruppe tätig. Schwerpunkte: Interkulturelle Trainings, Moderation in Qualitätszirkeln, Organisations- und Fallberatung für Fachkräfte in sozialen Einrichtungen.

Kulturprogramm

Mozart . Müzik - ein Hochzeitsfest



Zwei Kulturen werden repräsentiert durch zweierlei Arten von Musik: klassische europäische Musik in Form von Werken W.A. Mozarts und traditionelle türkisch-osmanische Musik. Mozart, dessen Musik für uns Mitteleuropäer eine entscheidende Wurzel unserer Kultur, eine Art musikalische Heimat darstellt, hatte ein Bild vom Fremden, vom Orient, das er in seinen Werken wiederholt zum Thema machte.

Auf den Orient wurden in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Sehnsüchte und Träume, aber auch Ängste und Alpträume projiziert. Man fühlte sich gleichermaßen angezogen und bedroht. In einer ganz ähnlichen Situation befinden wir uns heute. Die Krise der eigenen Identitätsbestimmung und die Schwierigkeit des Umgangs mit dem Fremden bedingen sich gegenseitig.

Ein weiteres wichtiges Motiv im Operschaffen Mozarts ist die Hochzeit. Sie ist immer mit Widerständen verbunden, soll verhindert, gestört oder muss mit größtem Einsatz erkämpft werden. Hochzeiten leben von Ritualen. Und in ritualisierten Situationen wird das Aufeinanderprallen verschiedener Kulturen besonders deutlich. Heiraten bedeutet ein Sich - Einlassen auf das Fremde sowie die Neudefinition der eigenen

Identität.

Das Publikum wird bei diesem ungewöhnlichen Theaterabend Teil eines Hochzeitsfestes, bei dem mit musikalischen, choreographischen und darstellerischen Mitteln verschiedene kulturelle Diskurse aufgeworfen werden. Dabei hinterfragen wir die eigene Identität und suchen nach Ausdrucksformen für eine nicht in kulturellen Codes erstarrte Kommunikation. Das Besondere im Umgang mit dem Thema liegt zum einen in der Stilisierung durch die Gegenüberstellung zweier Musikstile, zum anderen in der Traditionsperspektive, die eine Verbindung schafft zwischen dem 18. Jahrhundert und der Gegenwart.

Konzeption und Regie: Susanne Frey | Kostüme: André Schreiber | Musikalische Leitung: Kemal Ding | Dramaturgie: Klaus Angermann | Produktionsleitung: Anja Schmidt

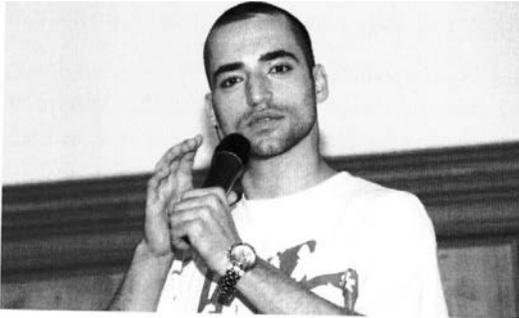
Frances Pappas (Mezzosopran) | Kemal Ding (musik. Leitung) | ElifAytekin (Sopran) | Hubert Wild (Bariton) | Serpf Dalyano-lu (LTd) AntonisAnissegos (Piano, Percussions) | Thanos Anagnostopoulos (Geige) | Annette Maye (Klarinette) | EkkiEletrico (DJ).

Die Tanzparts übernehmen Cyrena Dunbar, Riikka Läser und Ivo Bärtsch.

Eine Produktion von <voices> e. V. und der Tafelhalle Nürnberg

Schirmherren: Generalkonsul der Republik Türkei, Mehmet Selim Kartal und Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Ulrich Maly

„Muhabbet — Der unbekannteste Superstar Deutschlands“



Ende 2005 bringt Muhabbet seine erste Single „Sie liegt in meinen Armen“ in den deutschen Handel und erobert damit The Dome, VIVA und die Charts im Sturm. Im April 2006 erscheint sein Album „R'nBesk“ und verkauft sich bis heute mehr als 30.000 Mal. In der deutsch-türkischen Community ist Muhabbet ein Star. Die deutsche Radio-, Print- und TV-Landschaft kommt ins Grübeln. Was ist da los?

Muhabbet ist der erste deutschsprachige Internet-Star in einer weltweit vernetzten Internet-Community. Schon 2003 sind viele seiner Lieder in aller Munde und werden in Deutschland, der Türkei und den europäischen Metropolen auswendig mitgesungen. Dabei spaltet seine Musik die Schulhöfe, denn den deutschen Kids ist er lange vollständig unbekannt. 2007 ist Muhabbet da. Und er will mehr.

Im April 2007 erscheint sein neues Album „R'nBesk in deinen Straßen“. Ein junger Künstler bleibt sich treu und singt über die großen Gefühle mit einer Leidenschaft, die die vielen Multikulti-Kids kennen und lieben. RinBesk Teil II.

Die vergangenen Monate hätten für Muhabbet nicht ereignisreicher sein können. Aufgewachsen in Bocklemünd, einem Kölner sozialen Brennpunkt, geht es zunächst nach Berlin-Neukölln, wo er heute die meiste Zeit lebt. Vom Regen in die Traufe? Weit gefehlt. Muhabbet kommt 'rum und zwar richtig.

Eine Autogrammstunden-Tour durch 28 Städte (von Bremerhaven über Berlin, Köln nach Friedrichshafen) stellt die Organisatoren vor ein Problem: wie bewältigt man bis zu 2.000 Fans, wenn maximal 200 erwartet wurden? Nicht nur einmal musste wegen des übergroßen Andrangs abgebrochen werden. Weitere Städte kommen auf einer 14-tägigen Live Tour dazu. Natürlich geht es auch nach Istanbul. Muhabbet wird gleichzeitig in allen türkischen Medien gefeiert. Hürriyet nennt ihn den „deutschen König des R'nBesk" und widmet ihm die erste Seite in der Silvesterausgabe 2005. In Istanbul ist er Gast in den größten türkischen TV-Shows. Die UNICEF ernennt ihn zum Repräsentanten, er engagiert sich für die „Schau nicht weg"-Kampagne der BRAVO und wird im Oktober 2006 von Außenminister Frank Walter Steinmeier anlässlich einer Konferenz der Ernst-Reuter-Initiative nach Istanbul eingeladen. Dort trifft er unter anderem auch den türkischen Außenminister Gül. Neben Gentleman, Silbermond und anderen deutschen Musikgrößen wird er Frontliner der School-JamInitiative, die auf VIVATV, Spiegel-Online und vielen anderen Onlinesites beworben wird. Er ist ‚Vorbild des Jahres 2006" der SOS-Kinderdorf-Initiative Berlin. Nebenbei schreibt er etwa 40 Songs für sein neues Album und singt zusammen mit dem deutschen Skandalrapper Fler den Song „Cüs Junge"! ... Und es gäbe noch mehr zu berichten.

Das alles ist viel für einen Menschen, der bis vor kurzem den Alltag eines sozialen Brennpunkts erlebt hat und dessen Inspiration im Wesentlichen aus einem desillusionierten Umfeld kommt. Aber Muhabbet bleibt mit beiden Beinen auf dem Boden. Gewalt und Ignoranz kennt er, aber er verherrlicht sie nicht. Sein großes Thema ist die Liebe zum Leben, und wer seine Texte hört, erfährt mehr über Denkweisen und Beweggründe der hier lebenden Multikulti-Kids als bei mancher prominent besetzten Podiumsdiskussion.

Muhabbet hat eine außerordentliche Stellung in seiner Community. Mehr als jeder andere deutschsprachige Künstler vor ihm schlägt er eine Brücke zwischen seiner eigenen deutschen Mentalität und den Denkweisen der zunehmenden Multikulti-Community in Deutschland, die er ebenfalls kennt. Für viele der jungen Multikulti-Kids ist er ein Vorbild und er ist sich dessen bewusst. Er lebt entsprechend.

Muhabbet heißt aus dem Türkischen übersetzt „entspannte, angenehme Kommunikation". Mit 11 Jahren gab sich Murat Ersen diesen Künstlernamen, und bis jetzt ist er sich treu geblieben. Ab April ist R'nBesk „in deinen Straßen"!

Kongress „Zuwanderer in der Stadt - Perspektiven sozialräumlicher Integration“

am 28./29. September 2006 im Congress Center in Nürnberg

PROGRAMM

DONNERSTAG, 28.09.2006

10.00 Uhr Begrüßung

Ministerialrat Hermann Riehl, Bundesministerium für Bildung und Forschung

10.10 Uhr **Ausgangslage und Ziele des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“**

Christoph Kulenkampff, Geschäftsführender Vorstand
Schader-Stiftung

10.30 Uhr **Zuwanderer in Deutschland - die Stadt als Magnet und Integrationsmotor**

Peter Altmaier, Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium des Innern

11.00 Uhr **Deutsche Integrationspolitik aus Sicht einer Kommune**

Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

11.30 Uhr Ergebnisse der Begleitforschung

Von den Empfehlungen zur Diskussion in den Städten - Kommunikation, Prozess, Akteure

Melanie Kloth, InWIS / Bettina Reimann, Difu

Von den Empfehlungen zum konkreten Handeln - Wichtigste Handlungsfelder und ausgewählte Maßnahmen

Regina Höbel, InWIS / Ulla Schuleri-Hartje, Difu

anschließend Diskussion

Moderation: Prof. Karl-Dieter Keim, ehemaliger Direktor des IRS Erkner

12.30 Uhr *Mittagspause*

13.30 Uhr Parallele Foren

FORUM I: Bildung findet im Stadtteil statt

Sprachförderung in Kindergarten und Schule

Reyhan Kulac, Schulreferat München

Kooperation mit Eltern

Helga Büchel, Behörde für Bildung und Sport, Hamburg

Kooperation zwischen Bildungsinstitutionen **im Stadtteil** Annette Püntmann, Soziale Stadt Frankfurt am Main

Moderation: Dr. Margret Spohn, Stelle für interkulturelle Arbeit, München

FORUM II: Ethnische Ökonomie: Bedarfe und Potenziale von Selbstständigen mit Migrationshintergrund

Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung **der ethnischen Ökonomie in Deutschland**

Dr. René Leicht, Institut für Mittelstandsforschung, Universität Mannheim

Unterstützung für türkischstämmige Selbstständige im deutsch-türkischen Wirtschaftszentrum

Claus Preißler, Integrationsbeauftragter der Stadt Mannheim

Unterstützungsbedarfe von Selbstständigen mit Migrationshintergrund als Herausforderung in einer **modernen Großstadt**

Dr. Ursula Brock, Projektleitung BQN Nürnberg-Fürth-Erlangen

Quartiermanagement und die Beratung kleiner Unternehmen: Kann ethnisches Gewerbe die Kieze retten?

Andreas Germershausen, Referatsleiter für Integrationspolitik beim Berliner Integrations-beauftragten

Moderation: Armin Fetten, Nürnberg

FORUM III: Partizipation und lokale Netzwerke

Interkulturelle Qualitätsentwicklung **in** Münchner Sozialregionen Rania

Yoksubakan, Initiativegruppe Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V., München

Interkulturelle Arbeitsgruppe für Beteiligung und Engagement

Hannover

Silvia Hesse, Agenda21-Büro der Landeshauptstadt Hannover

Aktivierung bildungsferner MigrantInnen am Beispiel der Essener Bildungsinitiative

Iris Kaplan-Meys, Stadt Essen, RAA/Büro für Interkulturelle Arbeit

Moderation: Arzu Altug , Referat für interkulturelle Angelegenheiten der Landeshauptstadt Hannover

15.00 Uhr **Mozart . Müzik - ein Hochzeitsfest**
eine Produktion von <voices> e.V. und Tafelhalle

Nürnberg 15.30 Uhr *Kaffeepause*

15.45 Uhr **Round-Table-Gespräch: Integriert, segregiert oder parallel -
Perspektiven von Stadtgesellschaften mit hohem Zuwanderer-
anteil**
Teilnehmer: Tarek Al-Wazir, MdL Hessen; Lutz Freitag, Präsident
des GdW; Heinz Fromm, Präsident des Bundesamtes für
Verfassungsschutz; Prof. Hartmut Häußermann, Humboldt-
Universität Berlin; Aydan Özoguz, MdHB
Moderation: Anouschka Horn, Bayerischer Rundfunk

18.00 Uhr **Empfang beim Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg** im Rathaus,
Historischer Rathaussaal
im Rahmen des Empfangs:
Turkish Music made in Germany **Muhabbet R'n BESK**

20.30 Uhr Filmvorführung: **Knallhart** von Detlev Buck im Cinecitta

FREITAG, 29.09.2006

09.30 Uhr **Integration gelingt vor Ort**
Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen
und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

10.00 Uhr **Herausforderung Integration - der Umgang mit so genannten
Parallelstrukturen**
Dr. Albert Maximilian Schmid, Präsident des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge
anschließend Diskussion
Moderation: Prof. Karl-Dieter Keim, ehemaliger Direktor des IRS

Erkner 11.00 Uhr *Kaffeepause*

11.30 Uhr Parallele Foren

FORUM IV: Nicht ohne unsere Nachbarn!

Quartiermanagement und Partizipation am Beispiel Berlin-Mitte
Burkhard Meise, freiberuflicher Journalist

Kriminalpräventive Netzwerkarbeit

Prof. Klaus Wermker, Stadt Essen, Büro für Stadtentwicklung

Moderation: Petra Patz-Drüke, Koordinatorin für Quartier- und Stadtteilmanagement, Bezirksamt Mitte von Berlin

FORUM V: Handlungsansätze in der Wohnungswirtschaft

Hamburg und seine Zuwanderer Susanne

Wennrich, SAGA/GWG Hamburg

Bausteine für stabile Nachbarschaften

Robert Kulle, Leiter Bestandsentwicklung, GBH Hannover

Neue Dienstleistungen in der Wohnungswirtschaft als Beitrag zur Integration von Migranten am Beispiel der GBG – Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH

Stefan Möhrke, Sozialmanager GBG Mannheim; Hans Klump, Leiter Fachbereich Wohnen und Stadterneuerung, Stadt Mannheim

Moderation: Prof. Paul Gans, Universität Mannheim

FORUM VI: Stadtteilkultur

Stadtteilkultur in Nürnberg

Jürgen Markwirth, Stellvertretender Leiter des Amtes für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg

Kolonie Wedding

Nicola Boelter, Quartiermanagement Soldiner Straße, Berlin

Moderation: Armin Felten, Nürnberg

FORUM VII: Kommunale Handlungsmöglichkeiten

Konfliktprävention und Konfliktlösung im Stadtteil

Atila Yergök, Amt für Multikulturelle Angelegenheiten, Frankfurt am Main

Sozial und Integrationsmonitoring in Nürnberg

Wolf Schäfer, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth

Moderation: Kenan Güngör, Base Büro für Angewandte Sozialforschung und Entwicklung

14.00 Uhr **Podiumsdiskussion: Integration trotz Segregation? -**

Zielstellungen kommunaler Integrations- und Stadtteilpolitik

Teilnehmer: Thomas Dilger, Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft, Frankfurt am Main; Prof. Barbara John, ehemalige Ausländerbeauftragte Berlin; Prof. Frank-Olaf Radtke, Universität Frankfurt am Main; Günter Smentek, Stadt Solingen; Christiane Thalgott, Stadt München; Eren Ünsal, Türkischer Bund Berlin

Moderation: Prof. Heik Afheldt, Kuratorium Schader-Stiftung

15.30 Uhr **Ausblick -Perspektiven kommunaler Integrationspolitik**

Prof. Hartmut Häußermann, Humboldt-Universität Berlin

Ende der Veranstaltung ca. 16.00 Uhr

Schwerer Abschied vom Ziel der Feinverteilung Integralions-Projekt erprobte Entwicklungschancen in städtischen Migrantenvierteln - Viel Lob für Nürnberg

„Zuwanderer in der Stadt“ hieß ein von der Darmstädter Schader-Stiftung initiiertes und vom Bund gefördertes Projekt, in dem sich drei Jahre lang acht deutsche Großstädte mit dem Thema Integration beschäftigten. In Nürnberg - einer der beteiligten Städte - wird bei einem zweitägigen Schlusskongress Bilanz gezogen.

Lang prägte ein idealtypisches Bild die deutsche Debatte zur Migranten-Integration, das mit der Wirklichkeit recht wenig zu tun hatte. Die These von der „Feinverteilung der Zuwanderer“, nennt Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly diesen Ansatz. „Je feiner verteilt über das Stadtgebiet, desto unauffälliger“, lautete die Annahme. Und die gleichen Leute, die das glaubten, so Maly, „fuhren, wenn sie New York besuchten, als Erstes nach China Town und Little Italy“, um sich am Bild eines von Zuwanderern geprägten Stadtteils zu erfreuen.

Viele Tipps

Als vor drei Jahren das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ mit „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ startete, bei dem ein aus Wissenschaftlern und Praktikern gebildetes Expertenforum den beteiligten Kommunen an die Hand ging, waren nicht diese Ratschläge das Bemerkenswerteste. Es ging im Wesentlichen um Tipps, wie die Aktivitäten von Verwaltung, sozialen Trägern und Wohnungsunternehmen in den betroffenen Quartieren zu bündeln, wie Bildung, Spracherwerb und berufliche Orientierung in Zuwandererfamilien zu optimieren oder wie die gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten von Migranten zu steigern sind.

„Wir haben das Rad nicht neu erfunden“, räumt Projektleiter Christoph Kulenkampff von der Schader-Stiftung ein. „Einige haben uns diesen Mangel an Originalität vorgehalten.“ Aber Kulenkampff weiß auch, wie provozierend die eigentliche zentrale Fragestellung war: „Wie kann Integration trotz stadträumlicher Segregation gelingen?“ Sprich: Das Projekt orientierte sich an der Realität. Und die sieht nun einmal so aus, dass sich Zuwanderer am liebsten in jenen Stadt-Quartieren niederlassen, wo schon viele Landsleute leben.

Ein wichtiger Grund, solche Segregation zunächst einmal zu akzeptieren, ist die Einsicht, dass in den betroffenen Stadtteilen nicht der hohe Ausländeranteil das eigentliche Problem darstellt, sondern die weit verbreitete Armut der Wohnbevölkerung. Mit dieser sozialen Segregation wollten sich die Projekt-Initiatoren nicht abfinden. „Es muss versucht werden, gesellschaftlich erfolgreiche Zuwanderer im Quartier zu halten“, sagt Kulenkampff.

Nicht überall stieß dieser Ansatz auf Gegenliebe. Bettina Reimann vom Deutschen Institut für Urbanistik, die das Projekt wissenschaftlich begleitete, berichtete von den Bedenken in Berlin. Die Bundeshauptstadt war mit dem Stadtteil Moabit-West am Programm beteiligt.

„Die sagten: Unsere Probleme dort sind so groß, wir möchten nicht, dass ihr die Segregation jetzt auch noch positiv besetzt.“

Um eine Kapitulation vor den Verhältnissen oder gar die aktive Förderung von Segregation sollte es jedoch in dem Projekt nicht gehen. Kulenkampff und andere wollten nur die Einsicht fördern, dass den Städten — nicht zuletzt wegen des Rückzugs aus dem sozialen Wohnungsbau, in dem noch Belegungsquoten festgelegt werden konnten — kaum klassische Steuerungsinstrumente bleiben. Beim Gesamtverband der Wohnungswirtschaft (GdW), der mit im Projektboot saß, mag man trotzdem nicht endgültig von der Vorstellung Abschied nehmen, „eine Durchmischung erreichen zu können“. Weil, wie GdW-Präsident Lutz Freitag sagt, „die Probleme in Deutschland längst nicht so groß sind wie in Frankreich oder Amerika“. Leise Enttäuschung wurde vor allem bei den wissenschaftlichen Begleitern laut, was das Interesse und die Kooperationsbereitschaft der Wohnungsunternehmen in einigen Städten anging. Am besten war sie bei jenen, die mehrheitlich der Kommune oder dem Land gehörten. Wie beispielsweise in Nürnberg. Wie die fränkische Stadt — verglichen mit Berlin, Hamburg, Essen, Frankfurt, Hannover, Mannheim und München — im Urteil der Verantwortlichen ohnehin glänzend wegkam. „Nürnberg war die Spitze“, lautete das Fazit von Projektleiter Kulenkampff, „weil sich hier der Oberbürgermeister beim Thema Integration an die Spitze der Bewegung gestellt hat.“

Quelle: Nürnberger Zeitung vom 29.9.2006, S. 69

Isabel Lauer

Kongress „Zuwanderer in der Stadt“ Aus jedem Getto das Beste machen

Bei den Bemühungen um Integration ist Nürnberg eine der kreativeren Städte. Dies ist ein Ergebnis des bundesweiten Projekts „Zuwanderer in der Stadt“. Seit gestern tagt dessen Schlusskongress mit einigen Hundert Teilnehmern aus Kommunen, Bildungsträgern und Vereinen. Sie suchen weiter nach Erleichterungen für das Zusammenleben in deutschen Vierteln, die längst nicht mehr deutsch sind.

Im CongressCenter des Messezentrums steht Nürnberg an erster Stelle. Zumindest in der Plakatausstellung. Auf der ersten sichtbaren Stellwand: Bilder und Texte zu vier taufenden Nürnberger Projekten zu Gunsten der Integration. Erstens die Sammlung statistischer Sozialdaten einzelner Stadtteile, genannt Monitoring. Zweitens das in diesem Sommer eröffnete Südstadtforum Service und Soziales. Drittens und viertens Förderprojekte für Migrantenfamilien und ausländische Unternehmer. Erst dahinter kommen die Wände aus München, Mannheim, Hannover, Essen, Berlin, Frankfurt, Hamburg.

Ein Zufall und doch keiner. Keineswegs wollte das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ seine acht teilnehmenden Großstädte in ein Ranking-Verhältnis setzen. Und doch legten die Veranstalter — die Schader-Stiftung aus Darmstadt, der Deutsche Städtetag, der Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen, Forschungsinstitute — nach drei Jahren den zweitägigen Abschlusskongress absichtlich nach Nürnberg. „Nürnberg war die Spitze“, sagt Christoph Kulenkampff, Projektleiter und Stiftungsvorstand.

Er gibt die Note „vorbildlich“ für das hiesige Engagement. Das liege vor allem daran, dass Integrationspolitik in Nürnberg in der direkten Verantwortlichkeit des Oberbürgermeisters steht. In manchen Städten kümmern sich nur einzelne Ämter darum — wenn aber Integration Chefsache sei, „marschieren alle hinterher“.

Die Schader-Stiftung gibt ihr Geld aus für die möglichst ertragreiche Verknüpfung von Gesellschaftsforschung und -praxis. So ließ sie für das „Zuwanderer“ — Projekt zunächst eine Expertengruppe „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ aufstellen. Soll heißen: grundlegende Ratschläge, wie Stadtteile ihre jeweilige Zuwanderung besser verkraften. Etwa durch mehr interkulturelle Mitarbeiter in der Stadtverwaltung, mehr Mitsprache von Migranten in den Wohnungsunternehmen, bessere Förderung ausländischer Kleinunternehmer vor Ort. In den vergangenen eineinhalb Jahren sollten dann die Städte solche Erkenntnisse in die Tat umsetzen. Weniger mit einer Flut neuer Projekte als vielmehr mit Austausch und strategischen Absprachen.

Leicht wie nach Kochrezepten sei das freilich keineswegs abgelaufen, erklärt Hans-Joachim Schlöbl. Der Leiter des Nürnberger Amts für Wohnen und Stadterneuerung war Mitglied im zehnköpfigen Expertenforum. Bereits dessen zentrale These irritierte etliche Teilnehmer: „Integration trotz Segregation“. Städte müssten sich von der alten Illusion verabschieden, dass die planvolle Mischung von Einheimischen und Zuwanderern die Integration im Quartier vorantreibe.

Wählen ohne deutschen Pass?

Stattdessen sei die Realität — nämlich die unaufhaltsame räumliche Ballung einzelner Ethnien — anzuerkennen und positiv zu nutzen. Zudem sei nicht die ethnische, sondern die soziale Spaltung problematisch. „Segregation gibt es in der Südstadt längst“, sagt Schlöbl. „Das birgt aber gerade auch Chancen, die Menschen zu erreichen. Zu dieser Meinungsbildung hat das Projekt viel beigetragen.“ Nürnberg habe deshalb durch die Teilnahme „Gelassenheit“ gelernt, resümiert OB Ulrich Maly. Auf dem Podium erntete er Zwischenapplaus, als er im Plädoyer für einen neuen, ehrlichen Integrations-Diskurs („Einigkeit darüber herstellen, wie verschieden wir sein wollen“) etwa ein Kommunalwahlrecht für angestammte Bürger ohne deutschen Pass forderte.

In einer eigens aufgelegten Broschüre stellt Nürnberg für die Kongressgäste 15 seiner Vorzeige-Integrationsprojekte vor. „Aber die Anderen sind auch gut“, bremsst Maly. Und auch „die Anderen“ haben dieselben Probleme: In keiner teilnehmenden Stadt sei es gut gelungen, Migranten-Selbstorganisationen und Wohnungsunternehmen zur Mitarbeit am „Zuwanderer“-Projekt zu bewegen, gaben die Veranstalter zu.

Quelle: Mittelbayerische Zeitung vom 2.10.2006, S. 66

Städtische Quartiere haben Integrations-Brückenfunktion Kongress befasst sich mit dem Thema: Zuwanderer in der Stadt

Nürnberg (mz). Zuwanderer in der Stadt war das Thema eines Kongresses, der am Wochenende in Nürnberg stattgefunden hat.

Unsere Gesellschaft schrumpft und altert. Demgegenüber wächst die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund deutlich und schnell. Vor allem in Großstädten haben sich ethnisch geprägte Quartiere entwickelt. Oft konzentrieren sich hier Arbeitslosigkeit, Armut und geringe Bildungschancen. Gleichzeitig haben diese Gebiete eine Brückenfunktion: soziale Integration der Zuwanderer in die Aufnahmegesellschaft. Das städtische Quartier wird also zu dem Ort, an dem sich entscheidet, ob Integration gelingt. Die bisherige stadträumliche Integrationspolitik hat vor allem auf die ethnische und soziale Mischung der Quartiersbe-

wohner gesetzt. Vor dem Hintergrund der Entwicklung hat sich das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ mit der Frage befasst, wie die Integration von Zuwanderern trotz ihrer räumlichen Segregation gelingen kann und welchen Beitrag Kommunen und Wohnungsunternehmen vor Ort in den Wohnquartieren leisten können. Im Mittelpunkt standen praktische Maßnahmen zur Integration auf der Stadtteilebene.

Der Kongress bildet den Abschluss des Projekts, das die Schader-Stiftung gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag, dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und InWIS Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum mit finanzieller Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchgeführt hat.

Die Ergebnisse dieses Prozesses wurden in Nürnberg zur Diskussion gestellt. Einige zentrale Ergebnisse: Unsere Gesellschaft misst der stadträumlichen Integrationspolitik häufig noch zu wenig Bedeutung bei. Diese bleibt eine Art lokaler Fach- oder Klientelpolitik.

Quelle: Immobilienzeitung, Online-news vom 2.10.2006

Kongress: Segregation von Zuwanderern und Einheimischen ist unvermeidbar

Städte und Wohnungsunternehmen müssen sich von der Vorstellung verabschieden, die gleichmäßige Verteilung von Migranten über ein Stadtgebiet sei ein probates Mittel zur Integration. Das ist ein wesentliches, aber nicht unumstrittenes Ergebnis des von der Schader-Stiftung initiierten Projekts „Zuwanderer in der Stadt“, das mit einem Kongress in Nürnberg endete. „Segregation ist unvermeidbar“, sagte Christoph Kulenkampff, Geschäftsführer der Schader-Stiftung. Ein Grund dafür sei, dass Kommunen und Wohnungsunternehmen immer weniger über geeignete Steuerungsinstrumente verfügten, um Segregation zu verhindern. Allerdings dürfe es nicht zum Ausschluss von Migranten aus der Gesellschaft kommen. Ziel müsse sein: Integration trotz Segregation.

Quelle: DEMO 10/2006, S. 21 f.

Rainer Heubeck

Strohfeuer lodern zu kurz

Abschlusskongress der Schader-Stiftung zum Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ in Nürnberg

Vor knapp drei Jahren startete die Schader-Stiftung ein Projekt mit dem Titel „Zuwanderer in der Stadt“, das Integration von Zuwanderung vor allem als sozialräumliche Aufgabe definierte. Da die Integrationskraft des Arbeitsmarktes abgenommen habe, seien Wohnviertel und Wohnung die zentralen Orte, an denen Integration stattfinden könne. Am 28. und 29. September trafen über 400 Teilnehmer zum Abschlusskongress des Projekts zusammen. Dort wurden unter anderem integrationsfördernde Maßnahmen vorgestellt, die im Rahmen eines Praxisnetzwerkes erprobt worden waren, in dem unter anderem Berlin, Essen, Frankfurt am Main und Hamburg sowie Mannheim, München und Nürnberg mitgearbeitet hatten.

Ein wichtiges Ergebnis des Projektes und des Kongresses, der von der Schader-Stiftung

gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Institut für Urbanistik, dem Bundesverband Deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen und dem InWIS Institut an der Ruhr-Universität Bochum durchgeführt wurde, lautete, dass stadträumliche Integrationspolitik noch immer zu wenig gesellschaftliche Beachtung und politische Legitimation erhält. Deshalb forderten die Kongressteilnehmer, dass integrationspolitische Ansätze in den Städten ein Teil der auf Dauer angelegten Regelinstrumentarien kommunaler Daseinsvorsorge werden müssten.

Eine Kernfrage des Kongresses, so Projektleiter Christoph Kulenkampff von der Schader-Stiftung, sei dabei, wie Integration trotz Segregation gelingen könne. Der These von der „Feinverteilung der Zuwanderer“ standen die Projektinitiatoren und auch Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly, der von Kulenkampff für seine integrationspolitischen Aktivitäten gelobt wurde, dabei kritisch gegenüber. „Bei nüchterner Betrachtung“, so Kulenkampff, „lautet unsere Frage also nicht: Wie schaffen wir ethnische Mischung in den städtischen Wohnquartieren? Sie lautet vielmehr: Wie kann Integration trotz stadträumlicher Segregation gelingen?“

Hierbei zeigt sich, dass es in den Kommunen eine Fülle von lobenswerten Einzelprojekten in den Bereichen Bildung und Spracherwerb, Arbeit und Partizipation gebe, dass viele Projekte aber auch kurzfristig angelegte Strohfeuer seien. Kritisch sah Kulenkampff auch, dass Integrationspolitik bislang nur ausnahmsweise als „Gegenstand konkreter politischer Willensbildung und Entscheidungen programmatisch ausgewiesen“ sei. „Man lässt hier die Fachebene und die sonst beteiligten Institutionen eher machen und redet nicht weiter darüber.“

Im Rahmen des Kongresses fanden mehrere Foren statt, in denen erfolgreiche kommunale Praxisprojekte vorgestellt wurden, die deutlich mehr bewegen konnten als symbolische Aktivitäten. So präsentierte Nicola Boelter aus Berlin, die für das Quartiersmanagement Soldiner Straße zuständig ist, das Projekt Kolonie Wedding, das nach ihren Angaben ein Leuchtturmprojekt darstellt, da es — in Zusammenarbeit mit Künstlern und mit der Wohnungsgesellschaft DEGEWO — gelungen ist, ein Stadtviertel aufzuwerten. Durch Aktionen wie die „Lange Nacht des Döners“ oder das Projekt „Kinderview“ wurde neues kulturelles Leben in einem Stadtteil initiiert, der lange Zeit mit Ladenleerständen zu kämpfen hatte. Integration durch Kulturarbeit — dieses Konzept verfolgen auch die elf Stadtteilkulturzentren bzw. -kulturläden, die in Nürnberg seit Mitte der 70er Jahre aufgebaut wurden. „Um ein Klima von Akzeptanz und Toleranz zu schaffen, ist Kultur natürlich besonders geeignet und prädestiniert“, berichtete Jürgen Markwirth vom Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg, der die Strategie seiner Integrationsarbeit mit dem Schlagwort „Beheimatung durch Kultur“ verdeutlichte. Regelmäßige Besucherbefragungen in den Stadtteilläden, so Markwirth, hätten ergeben, dass gerade Migrantinnen und Migranten sehr zufrieden mit den Angeboten seien.

Dass Zusammenleben im Stadtteil nicht immer idyllisch verläuft, berichtete Atila Yergök vom Amt für Multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt. Dort betreibt man seit zehn Jahren ein Projekt zur Konfliktprävention und Konfliktlösung, das überwiegend mit ehrenamtlichen Mediatoren arbeitet. Dabei geht es meist um banale Alltagskonflikte — von der Ruhestörung bis hin zum nicht entsorgten Sperrmüll.

Leitsatz „Integration trotz Segregation“ bleibt bis zum Schluss umstritten

Unter dem Titel „Zuwanderer in der Stadt — Perspektiven sozialräumlicher Integration“ bildete Ende September ein Kongress in Nürnberg den vorläufigen Abschluss des gleichnamigen Projektes, das die Schader-Stiftung gemeinsam mit dem GdW, dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und InWIS Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH durchgeführt hat. In der ersten Projektphase hatte ein Expertenforum Handlungsempfehlungen ausgearbeitet, die dann in der zweiten Projektphase in den acht Städten Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Mannheim, München, Nürnberg und Berlin Mitte erprobt wurden. Die Ergebnisse dieses Prozesses wurden auf dem Kongress in Nürnberg zur Diskussion gestellt.

„Kommunen unterschätzen vielfach das Potenzial an Einflussmöglichkeiten der Wohnungsunternehmen zur Förderung der Integration von Migranten. Wohnungsunternehmen können über ihren direkten Zugang zu den Mietern mit Migrationshintergrund darauf hinwirken, Hemmschwellen etwa gegenüber Sprachkursen abzubauen und damit auch im Bereich Bildung und Spracherwerb einen positiven Einfluss ausüben. Als Wirtschaftsunternehmen können sie darüber hinaus durch Praktikumsplätze oder Informationstage den Übergang von der Schul- in eine Berufsausbildung unterstützen.“ Dies sind einige Ergebnisse des bisher vorliegenden Berichts der wissenschaftlichen Begleitforschung, der im Rahmen einer Pressekonferenz anlässlich des Abschlusskongresses vorgestellt wurde und in einer umfassenden Publikation Anfang 2007 veröffentlicht werden wird.

Zu den weiteren Ergebnissen des Berichts zählt, dass die Einbindung von Wohnungsunternehmen in die Umsetzung übergreifender Konzepte für eine bessere Integration von Migranten sich als äußerst schwierig erweise, wenn sich diese im Eigentum von Finanzinvestoren bzw. Fonds befänden, die in der Ausrichtung ihrer Arbeit keinen lokalen oder regionalen Bezug haben und/oder eine erhöhte kurzfristige Renditeerwartung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellten. Die Privatisierung weiterer kommunaler oder landeseigener Wohnungsunternehmen stelle daher einen hemmenden Faktor für Kooperation zwischen Kommunen und Wohnungswirtschaft im Handlungsfeld Integration dar. Kooperation zwischen Kommunen und Wohnungsunternehmen brechen oft ab, wenn die betreffenden Unternehmen an Investoren — vor allem internationale Investmentfonds — veräußert würden, so der Bericht weiter.

Bis zuletzt blieben, dies wurde auch auf dem Kongress deutlich, einzelne Empfehlungen aus der ersten Projektphase vor allem unter den wohnungswirtschaftlichen Akteuren des Projekts umstritten. Hierzu gehörte vor allem die generell kritische Einschätzung des wohnungswirtschaftlichen Instruments der gemischten Belegung wie auch der Leitsatz: „Integration trotz Segregation“ in den Empfehlungen des Jahres 2005. Für viele Kommunen und Wohnungsunternehmen sei die ethnische und soziale Mischung weiterhin städtebauliches Leitbild, so der Bericht.

Christoph Kulenkampff, Geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung, beschrieb auf dem Kongress die Ausgangslage und Ziele des Projektes. „Unsere Gesamtbevölkerung

schrumpft und altert. Gleichzeitig nimmt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund deutlich zu. Dabei leben die Zuwanderer ganz überwiegend in den Ballungsregionen Westdeutschlands" fasste Kulenkamff die Ausgangslage zusammen. Kinder und Jugend

Zuw Altersgruppe", betonte er. Hierbei würde das Wohnquartier für ihre Integration zunehmend an Bedeutung gewinnen. Hingegen nehme die Integrationskraft des Arbeitsmarktes dramatisch ab, da die typischerweise von Zuwanderern ausgeübten Jobs verloren gehen würden. „Das städtische Quartier wird also zu dem Ort, an dem sich entscheidet ob Integration gelingt“, so Kulenkampff.

Die Ergebnisse der Praxisphase stellten Dr. Bettina Reimann und Ulla Schuleri-Hartje vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) sowie Melanie Kloth und Regina Höbet vom InWIS Institut vor. Reimann wies darauf hin, dass es sich bei den acht Pilotstädten um westdeutsche Städte handelt, die schon seit längerem zukunftsweisende Wege in der Integrationspolitik einschlagen würden. Bei der Vorgehensweise in der Praxisphase konnten daher bestehende Netzwerke in den Städten genutzt werden. In den meisten Städten seien Wohnungsunternehmen als Partner in der Stadtentwicklung aktiv. Als unzureichend wurden jedoch Kooperation und Abstimmung der Eigentümer untereinander gewertet, so Reimann. Die Mehrzahl der befragten Akteure — auch aus den Wohnungsunternehmen selbst — sehe Bedarf für Maßnahmen und Strategien, die diese Kooperation fördern.

Vertreter der Kommunalverwaltung haben in dem Projekt die Rolle als Ansprechpartner übernommen. Insgesamt hing die Verbindlichkeit des Verwaltungshandelns vor allem vom Engagement und vom „Good-Will“ einzelner Ämter und Mitarbeiter ab. Die politische Rückendeckung sei in den Projektstädten nur schwach ausgeprägt gewesen, kritisierte Kloth, da teilweise die Notwendigkeit nicht gesehen wurde. „Die Wohnungsunternehmen wurden von den Kommunen meist nur als ein Akteur von vielen angesehen“, merkte Kloth an und betonte, dass die Privatisierung öffentlicher Wohnungsunternehmen deren Beteiligungsmöglichkeiten deutlich hemmen würden.

Schuleri-Hartje zog abschließend ein Fazit zum Umsetzungsprozess:
— die Projektsteuerung erfolgte hauptsächlich durch die Kommunalverwaltung
die Wohnungsunternehmen, die sich an der Projektumsetzung beteiligten, befanden sich im Eigentum der Länder und Kommunen

die Kooperation von Kommunen und Wohnungsunternehmen konnte auf der Steuerungsebene nicht umgesetzt werden
die Einbindung von Migranten und Migrantenorganisationen erwies sich als schwierig
Integrationsprobleme sind nicht nur ethnisch, sondern ganz wesentlich sozial bedingt.

in Ministerialrat Hermann Rieht, Bundesministerium für Bildung und Forschung, betonte in seiner Begrüßungsrede, dass der Kongress „den Nerv der Zeit“ treffen würde und das Thema „Integration“ weit oben auf der Agenda der Bundesregierung stehe. Gefördert wurde das Projekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit 1,1 Millionen Euro, hinzu kamen noch mal 400.000 Euro von den Verbundpartnern, sagte Rieht.

„Das Thema Integration hat endlich die Politik erreicht“, meinte Peter Altmaier, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren. Die Islamkonferenz und der Integrationsgipfel seien Initiativen, die noch nicht dazu führen würden, dass sich grundlegend etwas am Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zuwanderern ändern würde, jedoch würden sie wichtige Impulse geben. Man habe die Migranten lange Zeit mit ihren Problemen alleine gelassen, so Altmaier. Viele seien unter sich geblieben. Durch diesen Verlust an der sozialen Teilhabe, geringen deutschen Sprachkenntnissen und hieraus resultierenden niedrigen Schulabschlüssen sowie geringen Berufschancen, würde vielen Migranten die Perspektive fehlen. Dem müsse die Politik entgegensteuern, sagte er. Man müsse erreichen, dass sich die Zuwanderer hier in Deutschland zu Hause fühlen. Ob hierzu die Einbürgerung erleichtert werden oder das kommunale Wahlrecht auf alle Stadtbürger

werden sollte, sei noch zu diskutieren.

Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, betonte, dass für ein Leitbild zur Integration es wichtig sei, „Einigkeit darüber herzustellen, wie verschieden wir sein wollen“. Sein persönlicher Wunsch nach Berlin sei, das Zuwanderungsgesetz zu überdenken. So würden Regelungen für Altfälle — also für lange hier lebende Asylbewerber — fehlen. Durch das neue Zuwanderungsgesetz sei den Betroffenen, die hier schon seit Jahren leben, die Arbeitserlaubnis entzogen worden. Er forderte, dass Schulen mit einem hohen Migrantenanteil mit den besten Ressourcen ausgestattet werden müssten sowie eine Ganztagsbetreuung und deutschen Islamunterricht in den Schulen.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, merkte an: „Das Klima der Integration hat sich in Deutschland geändert. Wir haben anerkannt, dass wir ein Einwanderungsland sind.“ In Nordrhein-Westfalen wurde als erstes Bundesland ein Ministerium für Integration gegründet. Er wies darauf hin, dass Integration nichts Theoretisches sei, sondern konkret vor Ort beginnen müsse. Die Ausschreitungen in Frankreich seien ein Beispiel dafür, was passieren kann, wenn Integrationspolitik nicht ernst genommen werde, so Laschet. Die Situation in Frankreich sei jedoch nicht vergleichbar mit der in Deutschland, da hier bessere Wohnverhältnisse und weniger Perspektivlosigkeit vorzufinden seien.

Dr. Albert Maximilian Schmid, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, referierte zu dem Thema „Herausforderung Integration — der Umgang mit so genannten Parallelstrukturen“. In Deutschland würden 6,75 Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit leben, wovon 80 Prozent aus Europa stammen würden. Verlässliche Befunde gebe es nicht für parallele Strukturen in Deutschland, so Schmid. Sein Amt sei u. a. auf den Gebieten Sprachförderung sowie individuelle Beratung von Migranten tätig und beteiligt am Programm „Soziale Stadt“. Besonders erfolgreich seien die Sprachkurse, die größtenteils von Migranten mit Migrantenhintergrund genutzt würden.

Die Segregation in Deutschland sei deutlich geringer als in den USA, England und Frankreich, betonte Prof. Dr. Hartmut Häußermann, Humboldt-Universität zu Berlin. Typisch für Deutschland seien gemischte Viertel, in denen Einwanderer verschiedener Herkunft leben. Viertel, in denen Angehörige einer Nationalität zehn oder mehr Prozent der Bevölkerung stellen, bildeten dagegen die Ausnahme, so auch eine noch nicht erschienene Studie des WBZ Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, die die Wohnsituation von Zuwanderern untersucht. „Es gibt keine Ghettos in Deutschland“, fasste Häußermann zusammen. Nur Gruppen mit geringen Ressourcen würden segregiert wohnen.

Es gebe vier Orte der Integration: der Betrieb, die Schule, das Stadtquartier sowie das soziale Netz. Die Effekte aus dem Stadtteil für die Integration könnten nicht so groß sein, um die anderen Bereiche zu kompensieren. Das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ habe Diskussionen angeregt, die langfristig einen Wandel ermöglichen könnten. Abschließend nannte Häußermann u. a. als Empfehlung nach der dreijährigen Projektphase, kommunale Wohnungsunternehmen nicht zu verkaufen.

Holger Schwaiger

Zuwanderer in der Stadt

Kongress diskutiert Rolle der Kommunen für die Integration

Der Abschlusskongress „Zuwanderer in der Stadt — Perspektiven sozialräumlicher Integration“ hat am 28. und 29. September 2006 in Nürnberg die Ergebnisse des Projekts präsentiert und stellte das zentrale Thema „Die Chance zur Integration trotz Segregation“ in den Mittelpunkt.

Hermann Rieht vom Bundesministerium für Bildung und Forschung wies in seinem Eröffnungsvortrag auf die Auswirkung der weltweiten Migrationsströme auf die Bevölkerungsstrukturen der Städte hin. Oftmals gingen damit die Risiken der Entstehung von Parallelgesellschaften und der Ethnisierung von Gemeinschaften und der Ökonomie einher. Hier habe die Integrationspolitik mit einem sozialräumlichen Ansatz die Möglichkeit und Aufgabe, solche Risiken zu mildern.

Auf die zentrale Bedeutung des Stadtteils im Rahmen der Integration von Zuwanderern ging Christoph Kulenkampff, geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung, in seinem Vortrag ein. Das Wohnumfeld entscheide heutzutage stärker als früher über Integration, da das Integrationsmodell der Arbeitsmarktintegration für viele mittlerweile arbeitslos gewordene Menschen mit Migrationshintergrund weggefallen sei.

Peter Altmaier, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, machte in seiner Rede deutlich, dass das Thema der Integration nunmehr auch in der Politik angekommen sei. Integration nach dem Prinzip des Förderns und Forderns sei ein wichtiges Thema der neuen Bundesregierung, wie an dem von der Bundesregierung initiierten Prozess des Nationalen Integrationsplans/Integrationsgipfels und der Deutschen Islamkonferenz deutlich werde. Weiter führte er aus, dass Städte seit jeher als Magneten für Zuwanderer galten. Auch seien die Steuerung von Zuwanderung und die Integration der Zuwandernden schon immer Themen der Öffentlichkeit gewesen.

Im Anschluss statuierte Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ohne vernünftige Zuwanderungsgeschichte und ohne vernünftigen Diskurs über Migration und Integration sei. „Einigkeit über (den Grad der) Verschiedenheit“ müsse diesen Diskurs bestimmen. Des Weiteren forderte Maly das kommunale Wahlrecht für Zuwanderer, um die Partizipation der Zuwanderer — auch und gerade — am po-

litischen Leben zu befördern.

Im Folgenden stellten Mitarbeiter des Instituts für Wohnungswesen und des Deutschen Instituts für Urbanistik das Projekt vor und versuchten den Blick zu eröffnen, in welcher Weise die Ergebnisse des Projekts künftig von verschiedenen Kommunen umgesetzt werden könnten.

Am zweiten Tag wies Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, in seinem Vortrag darauf hin, dass französische Verhältnisse — wie seinerzeit während der Unruhen im Herbst 2005 — in Deutschland nicht zu befürchten seien. Dennoch dürfe sich die öffentliche Meinung hier nicht in Sicherheit wiegen, denn die Armut der Chancen, denen sich Zuwanderer vermehrt ausgesetzt sähen, könne Verhältnisse wie in Frankreich begünstigen.

Dr. Albert Schmid, Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, griff diesen Punkt auf und betonte, dass die Situation in Deutschland nicht mit der in Frankreich zu vergleichen sei. Darüber hinaus gebe es für eine Existenz vollständiger Parallelgesellschaften

in Deutschland keine empirischen Belege.

Nach der abschließenden Podiumsdiskussion um die Frage, wie Integration trotz Segregation zu bewerkstelligen sei, fasste Hartmut Häußermann von der Humboldt-Universität Berlin die wesentlichen Inhalte der Tagung zusammen und wies einmal mehr darauf hin, dass es in Deutschland keine Anzeichen für Parallelgesellschaften gebe.

Quelle: VerbandsMagazin 11/06, S. 53

Forschungsprojekt „Zuwanderer in der Stadt“

Acht Städte erproben neue Integrationskonzepte für Zuwanderer

Die Städte Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Mannheim, München und Nürnberg sowie der Bezirk Mitte in Berlin haben integrationsfördernde Maßnahmen in ausgewählten Stadtquartieren erprobt und stellten ihre Ergebnisse jetzt zur Diskussion.

Der Kongress „Zuwanderer in der Stadt Perspektiven sozialräumlicher Integration“ am 28. und 29. September in Nürnberg bildete den Abschluss des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“. An dem Projekt beteiligten sich die Schader-Stiftung, der Deutsche Städtetag, der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), das Institut für Wohnungswesen an der Ruhr-Universität Bochum (InWIS) sowie das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Projektergebnisse in zwei Stufen

Bereits am 11. Februar 2005 wurden auf dem ersten Kongress in Berlin die Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik vorgestellt, die im Rahmen des Projektes von einem interdisziplinären Expertenforum aus Praktikern und Wissenschaftlern erarbeitet worden sind (vgl. VM 3/2005).

Ein Praxis-Netzwerk aus Kommunen und Wohnungswirtschaft hatte die Aufgabe, als zweite Projektsäule zu dem Expertenforum, dessen Ergebnisse auf die jeweils lokalen Zusammenhänge zu übertragen und umzusetzen, um dadurch die kommunale und wohnungswirtschaftliche Praxis der sozialräumlichen Integration von Zuwanderern weiter zu entwickeln.

Praktische Erprobung in den Städten

Einige zentrale Ergebnisse lauten:

- Unsere Gesellschaft misst der stadträumlichen Integrationspolitik häufig noch zu wenig Bedeutung bei. Diese bleibt eine Art lokaler Fach- und Klientelpolitik. Ihre zentrale Rolle für die Zukunft der Städte wird damit vielfach unterschätzt. Integrationspolitik benötigt politische Legitimation.
- Basis für die Integrationsarbeit vor Ort sollte ein von den Kommunalparlamenten verabschiedetes integrationspolitisches Konzept sein.

Stadträumliche Integrationspolitik braucht Netzwerke und Kooperationen sowie ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen.

Die Bündelung von Ressourcen und ein ressortübergreifender Politikansatz sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Integrationsarbeit vor Ort. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ hat hier wichtige Anstöße gegeben.

Die integrationspolitischen Ansätze in den Städten müssen Teil der auf Dauer angelegten

Regelinstrumentarien kommunaler Daseinsvorsorge werden. Kurzfristige „Strohfeuerprojekte“ verbrennen finanzielle Ressourcen und wirken negativ auf die Motivation und das

Engagement der Akteure vor Ort.

Die zentralen Politikfelder zur Verbesserung der Integration auf Stadtteilebene sind aus

Sicht der beteiligten Städte die Bereiche Bildung, ethnische Stadtteilökonomie und Partizipation.

Die Kooperation mit den Wohnungsunternehmen ist ein wichtiger Baustein zur Verbesserung der Integration in den Wohnquartieren.

In der Pressemitteilung der Projektgeschäftsstelle wurde hinzugefügt, dass mit der Veräußerung kommunaler und öffentlicher Wohnungsunternehmen an ausschließlich renditeorientierte Finanzinvestoren ein integrationspolitisches Steuerungsinstrument verloren gehe.

Quelle: : Die Wohnungswirtschaft 12/2006, S. 32 f.

Stefanie Kühn

Abschlusskongress „Zuwanderer in der Stadt“ Perspektiven sozialräumlicher Integration

Das Verbundprojekt „Zuwanderer in der Stadt“ hat sich in den letzten Jahren mit der stadträumlichen Integration von Zuwanderern in Deutschland beschäftigt. Unter dem Titel „Zuwanderer in der Stadt — Perspektiven sozialräumlicher Integration“ bildete Ende September ein Kongress in Nürnberg den vorläufigen Abschluss dieses Projekts, welches die Schader-Stiftung gemeinsam mit dem GdW, dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und InWIS Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH durchgeführt hat. Hier wurden in der ersten Projektphase von einem Expertenforum Handlungsempfehlungen ausgearbeitet, die dann in der zweiten Projektphase in den acht Städten Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Mannheim, München, Nürnberg und Berlin-Mitte erprobt wurden. Die Ergebnisse wurden auf dem Kongress in Nürnberg zur Diskussion gestellt.

Christoph Kulenkampff, geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung, beschrieb auf dem Kongress die Ausgangslage und Ziele des Projekts. „Unsere Gesamtbevölkerung schrumpft und altert. Gleichzeitig nimmt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund deutlich zu. Dabei leben die Zuwanderer ganz überwiegend in den Ballungsregionen Westdeutschlands“, fasste Kulenkampff die Ausgangslage zusammen. „Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien bilden in vielen größeren Städten bald die Mehrheit ihrer Altersgruppe“, betonte er. Dem Projekt lag die Annahme zugrunde, dass konjunkturell und strukturell bedingt die Integrationskraft des Arbeitsmarktes abgenommen habe und vor diesem Hintergrund das Wohnviertel als alltäglicher Aufenthaltsort steigende Bedeutung für die Integration gewinne.

Als probates Instrument zur Integration von Zuwanderern in den Städten werde in Deutschland die „Mischung“ von Einheimischen und Zugewanderten im Wohnquartier betrachtet. Kommunen und Wohnungsunternehmen würden versuchen, dies z. B. mit Belegungsquoten zu steuern. Allerdings sieht laut Kulenkampff die Realität in den Städten anders aus. So würden die Zuwanderer ihren Wohnort danach auswählen, wo ihre Familie lebt bzw. wo sie ein ihnen vertrautes Milieu vorfinden.

Vor allem diese generell kritische Einschätzung des wohnungswirtschaftlichen Instruments der gemischten Belegung wie auch der Leitsatz „Integration trotz Segregation“ in den Empfehlungen des Jahres 2005 blieben bis zuletzt, dies wurde auch auf dem Kongress deutlich, insbesondere unter den wohnungswirtschaftlichen Akteuren des Projekts umstritten. Für viele Kommunen und Wohnungsunternehmen sei die ethnische und soziale Mischung weiterhin städtebauliches Leitbild, so der bisher vorliegende Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung, der in einer umfassenden Publikation Anfang 2007 veröffentlicht werden soll.

Die Ergebnisse der Praxisphase stellten Dr. Bettina Reimann und Ulla Schuleri-Hartje vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) sowie Melanie Kloth und Regina Höbet vom InWIS Institut vor. Reimann wies darauf hin, dass es sich bei den acht Pilotstädten um westdeutsche Städte handelt, die schon seit längerem zukunftsweisende Wege in der Integrationspolitik einschlagen würden. Bei der Vorgehensweise in der Praxisphase konnten daher bestehende Netzwerke in den Städten genutzt werden. In den meisten Städten seien Wohnungsunternehmen als Partner in der Stadtentwicklung aktiv. Als unzureichend wurden jedoch Kooperation und Abstimmung der Eigentümer untereinander gewertet, so Reimann. Die Mehrzahl der befragten Akteure — auch aus den Wohnungsunternehmen selbst — sehe Bedarf für Maßnahmen und Strategien, die diese Kooperation fördern.

Vertreter der Kommunalverwaltung haben in dem Projekt die Rolle als Ansprechpartner übernommen. Insgesamt hing die Verbindlichkeit des Verwaltungshandelns vor allem vom Engagement und vom „Goodwill“ einzelner Ämter und Mitarbeiter ab. Die politische Rückendeckung sei in den Projektstädten nur schwach ausgeprägt gewesen, kritisierte Kloth, da teilweise die Notwendigkeit nicht gesehen wurde. „Die Wohnungsunternehmen wurden von den Kommunen meist nur als ein Akteur von vielen angesehen“, merkte Kloth an und betonte, dass Kommunen vielfach das Potenzial an Einflussmöglichkeiten der Wohnungsunternehmen zur Förderung der Integration von Migranten unterschätzten. Zudem würde die Privatisierung kommunaler oder landeseigener Wohnungsunternehmen einen hemmenden Faktor für Kooperationen zwischen Kommunen und Wohnungswirtschaft im Handlungsfeld Integration darstellen. Kooperationen zwischen Kommunen und Wohnungsunternehmen würden oft abrechnen, wenn die betreffenden Unternehmen an Investoren — vor allem internationale Investmentfonds — veräußert würden. Schulen-Hartje zog abschließend ein Fazit zum Umsetzungsprozess:

Die Projektsteuerung erfolgte hauptsächlich durch die Kommunalverwaltung.

Die Wohnungsunternehmen, die sich an der Projektumsetzung beteiligten, befanden sich im Eigentum der Länder und Kommunen.

— Die Kooperation von Kommunen und Wohnungsunternehmen konnte auf der Steuerungsebene nicht umgesetzt werden.

Die Einbindung von Migranten und Migrantenorganisationen erwies sich als schwierig.

Integrationsprobleme sind nicht nur ethnisch sondern ganz wesentlich sozial bedingt.

Forum „Handlungsansätze in der Wohnungswirtschaft“

Im Rahmen des Forums „Handlungsansätze in der Wohnungswirtschaft“ ging Stefan Möhrke, GBG Mannheim, auf Dienstleistungen in der Wohnungswirtschaft als Beitrag zur Integration von Migranten ein, Robert Kulte, GBH Hannover, stellte Bausteine für stabile Nachbarschaften vor und Susanne Wennrich, SAGA/GWG Hamburg, referierte über „Hamburg und seine Zuwanderer“.

„Die GBG Mannheim ist eine 100-prozentige Stadttochter. 40 Prozent der Mieter bei der GBG Mannheim haben einen Migrationshintergrund“, sagte Möhrke einleitend. Die Arbeit des

in Gruppen und Stadtteilarbeit. Bei den Einzelfallhilfen handelt es sich beispielsweise um Schlichtungsverfahren bei Nachbarschaftskonflikten oder Hilfe bei Mietrückständen, so der Sozialmanager. In der Arbeit in Gruppen werden Seniorengruppen, Mietertreffs sowie frei-zeit- und themenorientierte Mieterinitiativen, z. B. Festorganisation, Verbesserung der Spielsituation für Kinder, unterstützt. Die Stadtteilarbeit umfasst das Quartiersmanagement. Hier wurde u. a. das Projekt „Köprü — Brücken bauen im Stadtteil“ ins Leben gerufen, in dem Ehrenamtliche zu interkulturellen Konfliktvermittlern ausgebildet wurden. Auch das Personal der GBG Mannheim, das im unmittelbaren Kundenkontakt steht, wurde interkulturell geschult.

Kulte verwies auf eine Mietersozialanalyse, mit der die GBH Hannover das InWIS Institut beauftragt hatte. Hierbei wurde ersichtlich, dass Mieterauffälligkeiten sich alleine auf den sozialen Hintergrund zurückführen lassen und es keine Auffälligkeiten speziell bei Migranten gebe. Als Bausteine für stabile Nachbarschaften nannte Kulte u. a.:

Investitionsbereitschaft seitens der Wohnungsunternehmen

Umbaubereitschaft, evtl. auch Rückbau

— Quartiersmanagement

— Belegungssteuerung mit Bewohnerbeteiligung, z. B. Mieter entscheiden mit über ihre neuen Nachbarn

Freiraumkonzepte

Wohneigentumsbildung ermöglichen, auch für Migranten

— Familiengerechtes Wohnen ermöglichen

— Partizipation durch Mieterbeiräte

Gemeinschaftsräume als Ort der Begegnung zur Verfügung stellen

Mietergärten als Weg zur Integration

sich an Bildungsangeboten beteiligen, z. B. Sprachkurse für Migranten.

Das kommunale Wohnungsunternehmen SAGA/GWG Hamburg hat einen Bestand von 135.000 Wohnungen, wobei 56% preisgebundene Bestände sind. 40% der Mieter der SAGA/ GWG haben einen Migrantenhintergrund, so Wennrich. „Quartiere auch für andere Gruppen zu öffnen“ sei zu berücksichtigen bei der Auswahl von Kunden. In diesem Zusammenhang nannte sie den Hamburger Stadtteil Veddel, der einen hohen Migrantenanteil aufweise. Durch das Anbieten von verbilligten Studentenwohnungen versuche man hier eine neue Gruppe anzusiedeln und damit den Stadtteil weiterzuentwickeln. Kindertagesheime, Ju-

gendtreffs, Sozialeinrichtungen, reduzierte Mieten, Überlassung von Räumen, Betreuung von

überforderten Nachbarschaften, Angebote an Kunst, Kultur und Sport sowie das Stadtteilfernsehen und die Mieterzeitschrift „WIR“ zählte sie u. a. auf als Projekte der SAGA/ GWG, die zum Vorteil der Bewohner erfolgen würden. In Hamburg sei eine starke Stigmatisierung der Stadtquartiere zu beobachten. Daher sei es wichtig, durch das Quartiersmanagement das

Image von bestimmten Stadtteilen wieder zu verbessern, z. B. durch gezielte Pressearbeit. C

v Neue Publikationen im Projekt „Zuwanderer in der Stadt“

Ausgewählte Praxisbeispiele aus der zweiten Projektphase werden in der Broschüre „Voneinander Lernen — Gute-Praxis-Beispiele stadträumlicher Integrationspolitik“ vorgestellt.

Bestellungen: Schader-Stiftung, Tel. 06151 17590, E-Mail: kontakt@schader-stiftung.de

Der Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung „Stadträumliche Integra-

tionspolitik — Umsetzung der Empfehlungen des Projekts Zuwanderer in der Stadt" wird im Januar veröffentlicht.

Claudia von Zglinicki

Durch den Dschungel

Immer mehr Zuwanderer leben in deutschen Städten, zwischen Integration und Segregation. Das Berliner Lotsenprojekt „Die Brücke“ bahnt Migranten Wege aus der Isolation.

Bummel über den Wochenmarkt auf dem Leopoldplatz in Berlin-Wedding. Sie sind zu dritt, eine Türkin, eine Kurdin, ein Palästinenser. Einkaufen wollen sie nicht. Sie sprechen Menschen an, die aussehen, als wären es ihre Landsleute. Sie bieten Hilfe an, durch den Behördendschungel von Berlin-Mitte, in die Jobcenter und Deutschkurse. Es sind Lotsen. Keiner der Angesprochenen weist sie ab. „Gib mir noch zwei Zettel mit eurer Adresse“, bittet eine Frau. „Meine Freundinnen haben mehr Probleme als ich. Wenn ihr kein Geld verlangt, kommen sie zu euch.“

Die Tropfen auf dem heißen Stein

Das muss sie immer zuerst betonen, weiß Fatma Ciftci aus der Erfahrung eines Jahres im Lotsenteam: Es ist kostenlos, wenn wir euch Tipps geben.

„Wo finde ich euch?“ fragt ein Mann. Er ist seit 1971 in Berlin, Hilfe braucht er immer noch. Sein Thema: Schulden. Lotsen hat er bisher noch nie getroffen. Es gibt sie auch erst seit einem Jahr. Zu dem bundesweit einmaligen Modellprojekt gehörten im ersten Jahr acht enthusiastische Leute mit ABM-Stellen. Ein paar Euro mehr als Arbeitslosengeld II brachte ihnen die Arbeit, bestenfalls, aber darum ging es nicht. Neben dem Einsatz im Lotsenbüro, in Cafés und auf den Straßen im Kiez absolvierten sie 35 Seminare, „Bausteine“ genannt. In denen erfuhren sie zum Beispiel, wie ein Berliner Bezirksamt aufgebaut ist, welche Ansprüche Zuwandererfamilien zurzeit haben dürfen und was man vom Jobcenter fordern sollte.

Zwei der acht Lotsinnen und Lotsen sind über 55, sie dürfen weitermachen, als Senior-Lotsen im neuen Team. Alle meinen, in dem Jahr nicht nur anderen genutzt, sondern auch selbst viel gelernt zu haben. Fatma zum Beispiel, die Türkin, die seit 24 Jahren in Berlin lebt, ist selbstsicherer geworden. Ihr Deutsch ist jetzt viel besser als vorher, sie hat in dem Jahr oft gemeinsam mit ihren drei Töchtern Hausaufgaben gemacht und ihren Hauptschulabschluss nachgeholt. Eine gute Zeit — so lautet ihr Fazit. Probleme unter den Lotsen gab es nicht. Und sonst? „Zuwanderer aus Afrika trauen sich am wenigsten, um Hilfe zu bitten“, erzählt Levent Sümer. Am häufigsten kamen arabische Familien zu den Lotsen, gefolgt von

Türken. Meist ging es um Geld oder um den Aufenthaltsstatus. Arabische Familien, zeigt die Erfahrung aus dem ersten Jahr, fürchten oft besonders das Jugendumgang: Die nehmen uns die Kinder weg. Wenn aber der Palästinenser Mazen Akrim in ihrer Muttersprache mit ihnen darüber sprach, vertrauten sie ihm. Deutsche hätten das nicht geschafft. „Trotzdem sind wir nur Tropfen auf dem heißen Stein“, meint Levent. „Für viele Zuwanderer ist es fast schon zu spät, sie irren seit Jahren im Viertel umher, wie ein einem Irrgarten, ziellos.“

Im Bezirksamt Mitte wird betont, dass das Projekt weitergeht und in den kommenden Jahren immer neue Lotsen ausgebildet werden. 200 sollen es eines Tages sein, die den Kiez allmählich verändern, ihn transparenter und die Leute offener machen.

13 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben heute in Deutschland. 16 Prozent

der Bevölkerung. Fast die Hälfte derer, die eine ausländische Staatsangehörigkeit haben, wohnt in großen Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. „Integrationspolitik ist Stadt-

politik", heißt es deshalb in der Veröffentlichung Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik der Schader-Stiftung. Ihr dreijähriges Forschungsprojekt Zuwanderer in der Stadt (gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Institut für Urbanistik und anderen Institutionen durchgeführt) wurde Ende September mit einem Kongress beendet. Berlin, Hamburg, Mannheim, Hannover und vier weitere Städte beteiligten sich am Praxis-Netzwerk.

Segregation beginnt im Kopf

Das Projekt ging von der Feststellung aus, dass die meisten Zuwanderer sich in bestimmten Wohngebieten konzentrieren und diese räumliche Konzentration zu Abschottung und Isolation führen kann. Zugleich nimmt die Integrationskraft des Arbeitsmarkts für die Zuwanderer ab. Das Wohnviertel wird so für die Integration immer wichtiger. Eine angeordnete, zwangsweise „Verteilung“ von Migranten auf alle Regionen einer Stadt ist nicht möglich. Die vom Projekt erarbeiteten „Empfehlungen zur Integrationspolitik“ gehen daher von Stadtgebieten aus, wie sie heute in Frankfurt am Main, Köln oder Berlin zu finden sind und in denen überdurchschnittlich viele Zuwanderer leben. Empfohlen haben die Experten für diese Viertel zum Beispiel, dass Migranten als „bikulturelle Experten“ beschäftigt werden, die ihre Zielgruppe wirklich erreichen. Wie die Lotsen im Berliner Sprengel-Kiez, wenn sie sich auch nie so bezeichnen würden. Die Lotsin Safiye Kaplan, Kurdin, alleinerziehende Mutter von vier Söhnen, sagt: „Immerhin, wir haben mehr geschafft, als wir am Anfang für möglich hielten. Für die neuen Lotsenstellen gab es so viele Bewerber, dass wir sogar eine Warteliste hatten.“

Das Wort „Integration“ fällt nicht. Klingt zu großartig, meint einer der Deutschen, die mit den Lotsen zu tun haben. Er gibt zu bedenken: „Segregation findet im Kopf statt. Auch wenn man in verschiedenen Bezirken lebt, kann man die soziale Kontrolle über die Familie ausüben. Auch wenn man in der Nachbarschaft von vielen Landsleuten wohnt, kann man offen sein für die deutsche Umwelt. Ghettos wie in den USA haben wir hier nicht, aber in manchen Vierteln großer deutsche Städte kann man schon ohne die deutsche Sprache auskommen. Der erste Schritt, dort Isolation zu verhindern, ist Erziehung, Deutschunterricht, Bildung.“ Den Weg dahin weisen die Lotsen auch.

Die türkischen Gründer

Nicht nur Zuwanderer konzentrieren sich in bestimmten Stadtteilen; Segregation, die Abspaltung einer Bevölkerungsgruppe, ist nicht nur eine ethnische Frage, „nicht nur ein Aus-

Cländer-, sondern ein Armutsproblem“, wie das Projekt Zuwanderer in der Stadt bestätigt. Es scheint „für die Zukunft notwendig, Ressourcen stärker darauf zu richten, die Folgen dieser

c
a
v+4+1
Konzentration von Armut und sozialer Benachteiligung in den Städten abzubauen“, schreiben die Autorinnen der Begleitforschung in ihrer Broschüre: Voneinander lernen — Gute Praxis-Beispiele.

.p
Das Berliner Lotsenprojekt ist eins der Beispiele. Ein anderes, das auf dem Kongress der Schader-Stiftung vorgestellt wurde, ist das Deutsch-Türkische Wirtschaftszentrum in Mannheim. Seit März 2004 arbeitet es — mit Fördermitteln der EU und getragen von der Arbei-

3

terwohlfahrt — daran, türkische Existenzgründer nicht nur zu ermutigen, sondern so zu begleiten, dass sie es schaffen, auch auf lange Sicht. Denn „sie sind zwar gründungswillig, die Unternehmen bleiben aber meist nicht lange bestehen“, sagt Claus Preißler,

Beauftragter

für ausländische Mitbürger der Stadt Mannheim. „Bei der ersten Beratung versuchen wir

250

deshalb, die Leute nicht gleich zu frustrieren, ihnen aber doch zu sagen, woran sie denken

sollten und dass sie mehr brauchen als einen Kredit. Wenn sie dann einen Businessplan

erarbeiten, ist das der erste Erfolg."

50 bis 60 Beratungen finden im Jahr statt. 100 Arbeitsplätze sind seit Bestehen des Zentrums entstanden. Das große Haus ist fast voll: Ganz oben, über Beratungs- und Seminarräumen, in denen auch Deutschkurse stattfinden, haben türkische Gründerinnen und Gründer ihre Büros: Übersetzerinnen und Anwälte, Designer, Softwarespezialisten. Hoffentlich auf Dauer. Mehr als 400 türkischstämmige Unternehmer hat Mannheim zurzeit. Auch sie nach der Existenzgründung nicht aus den Augen zu verlieren, bestehende Betriebe weiter zu beraten ist wichtig. Integration — ein Prozess, der nach Preißlers Überzeugung nicht erst gelungen ist, „wenn Migranten gar nicht mehr erkennbar sind und den Dialekt der Gegend sprechen“. Sondern dann, wenn gleiche Partizipationschancen bestehen und genutzt werden.

www.zuwanderer-in-der-stadt.de

www.schader-stiftung.de

www.mannheim.de

Projektleiter des Lotsenprojekts Sprengelkiez Berlin-Mitte:

Fahri Baykara, E-Mail: lotsen-sprengel@web.de

Quelle: AiD — Integration in Deutschland 4/06, S. 6, Hrsg.: isoplan CONSULT

Ulla-Kristina Schuleri-Hartje

Zuwanderer in der Stadt

Perspektiven sozial-räumlicher Integration

Am 28. und 29. September 2006 fand in Nürnberg unter dem Titel „Perspektiven sozial-räumlicher Integration“ der Abschlusskongress zu dem im Januar 2004 gestarteten Forschungsprojekt „Zuwanderer in der Stadt“ statt (siehe AiD 2/05). Im Mittelpunkt des Projektes, das unter der Federführung der Schader-Stiftung und der wissenschaftlichen Begleitung der Forschungsinstitute Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin (Difu) und Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum (InWIS) lief, stand und steht die Frage, wie Integration vor Ort gelingen kann.

Das Projekt umfasste zwei „Projektsäulen“: ein Expertenforum, dem neben dem Deutschen Städtetag und dem Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) Wissenschaftler und Praxisvertreter aus Kommunen und Wohnungsunternehmen angehörten und das Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik erarbeitete, sowie ein Praxis-Netzwerk von acht Städten (Berlin, Essen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Mannheim, München und Nürnberg), in denen die Empfehlungen, an den örtlichen Bedürfnissen orientiert, auf ihre Umsetzbarkeit hinzu erproben und weiterzuentwickeln waren. Gefördert wurde das Projekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Aufgabe des Expertenforums war, zunächst die Forschung zum Thema der stadträumlichen Integration von Zuwanderern zu systematisieren, zu ergänzen und neu zu positionieren. Der so aufbereitete Forschungsstand floss in „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ ein, die Anfang 2005 publiziert und öffentlich vorgestellt wurden. Diese Emp-

fehlungen bündeln wissenschaftliche Forschungsergebnisse und praktische Erkenntnisse zur stadträumlichen Integration von Zuwanderern und benennen Handlungsfelder, Maßnahmen und Grundsätze zu deren Beförderung, die anschließend in die Praxis, das heißt insbesondere in die Kommunen und Wohnungsunternehmen aus dem Praxis-Netzwerk, zu transferieren waren.

Integration trotz Segregation

Aus Sicht der Experten muss aufgrund des Wegfalls von Instrumenten zur Steuerung sozial-räumlicher Entwicklungen in den Kommunen (z. B. abnehmende Belegungsrechte im sozialen Wohnungsbau), der strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und dem damit verbundenen Abnehmen des Integrationsfaktors Arbeit, vor allem die Integration vor Ort (Wohnen und Wohnumgebung) wesentlich an Bedeutung gewinnen. Da in Deutschland aufgrund der Bedingungen des Wohnungsmarktes eine räumliche Konzentration von Zuwanderern stattgefunden hat, gehen die Experten davon aus, dass Integration trotz Segregation stattfinden muss, sie allerdings nicht zum Integrationshemmnis werden darf. Daher sind in den ethnisch, aber eben auch sozio-ökonomisch geprägten Wohnquartieren — bezogen auf die übrige Stadt — gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Ein ganz wesentliches Anliegen der Empfehlungen war es daher, Handlungsfelder und Maßnahmen herauszuarbeiten, welche dazu beitragen, Integration von Zuwanderern vor Ort in den städtischen Wohnquartieren trotz Segregation zu befördern und das Miteinander der Bevölkerungsgruppen in diesen Wohngebieten positiv zu gestalten

In der anschließenden Praxisphase diskutierten Politiker, die Verwaltungen, Quartiersakteure und Wohnungsunternehmen aus den acht im Praxisnetzwerk kooperierenden Großstädten die Empfehlungen und setzten Schwerpunkte innerhalb dieser einzelnen Maßnahmen um.

Nicht in allen beteiligten Städten wurde die Prämisse, dass stadträumliche Segregation nicht zu beeinflussen sei, mitgetragen. Für einige Kommunen und Wohnungsunternehmen ist die ethnische und soziale Mischung weiterhin städtebauliches Leitbild, es wird davon ausgegangen, dass einer Konzentration von ethnischen und sozio-ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen wirksam entgegengewirkt werden kann. In fast allen beteiligten Städten erfolgte eine Schwerpunktsetzung innerhalb der Handlungsfelder der Empfehlungen und zwar auf die Bereiche „Bildung und Sprache“, „Partizipation“ und „ethnische Ökonomie“. Einige der umgesetzten Maßnahmen lassen sich in dem von der Begleitforschung erstellten Band Guter-Praxis-Beispiele nachlesen (siehe Seite 7-11).

Zusammenfassend zum Transfer- und Umsetzungsprozess der Empfehlungen lässt sich aus der Sicht der Begleitforschung Folgendes sagen: Die Steuerung des Transfer- und Umsetzungsprozesses erfolgte in den beteiligten Städten hauptsächlich durch die Kommunalverwaltungen, der Prozess lief dann besonders gut, wenn sich auch die Politik für das Thema Integration einsetzte. Die Intention des Projektes, eine Kooperation zwischen Kommunen und Wohnungsunternehmen zu intensivieren, konnte auf der Steuerungsebene nur dort erreicht werden, wo sich die Wohnungsunternehmen im Eigentum der Länder oder Kommunen befanden. Ein inhaltlicher Konsens mit den Empfehlungen beförderte die Bereitschaft der

schwierig. Positiv auf den Umsetzungsprozess und die Entwicklung von Maßnahmen wirkten sich die Aufgeschlossenheit der Akteure für das Thema Integration sowie Relevanz des Themas für das eigene Arbeitsfeld, ein damit verbundenes Engagement sowie Einbindung und Kompetenz der Akteure aus. Vorhandene Vernetzungsstrukturen und personelle und finanzielle Ressourcen, zum Teil aus anderen Förderprogrammen wie dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, beförderten die Umsetzung von Maßnahmen.

Dass Integration und Segregation umstrittene Themen sind, zeigte sich auch in den Beiträgen zum Kongress, in dessen Rahmen verschiedene Foren zu Bildung und Sprachförderung, zu ethnischer Ökonomie, zu Partizipation und lokalen Netzwerken, zu Handlungsansätzen in der Wohnungswirtschaft, zu Stadtteilkultur und zu kommunalen Handlungsmöglichkeiten stattfanden. Deutlich wurde dort, dass Integration eine der großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre ist, die von Bund, Ländern und vor allem den Kommunen gemeinsam bewältigt werden muss. Notwendig scheint dabei ein Perspektivwechsel in der Integrationspolitik, der dazu führt, dass weniger die Konzentration von Zuwanderern als vielmehr die Folgen der Konzentration von Armut und sozialer Benachteiligung in den Stadtteilen und ihr Abbau im Vordergrund stehen.

Zum Kongress gab es eine Begleitausstellung, in der die integrationspolitischen Handlungsansätze der beteiligten Städte und ausgewählte Gute-Praxis-Beispiele dargestellt sind. Die Ergebnisse der Begleitforschung zum Projekt werden im Frühjahr 2007 zusammen mit einer Dokumentation des Kongresses von der Schader-Stiftung publiziert, eine Sammlung von Guten-Praxis-Beispielen lag schon zum Kongress vor und kann ebenfalls bei der Schader-Stiftung angefordert werden.

Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Deutsches Institut für Urbanistik

Projektgeschäftsstelle „Zuwanderer in der Stadt“, Schader-Stiftung, Karlstraße 85, 64285 Darmstadt, Tel.: 06151/1759-0, kontakt@schader-stiftung.de, www.zuwanderer-in-der-stadt.de sowie www.schader-stiftung.de/wohnwandel

Quelle: AiD — Integration in Deutschland 4/06, S. 7 ff., Hrsg.: isoplan CONSULT

Vanessa Franz

**Integration durch
Nachbarschaft Wo und wie
wohnen Migranten?**

Abwärtsbewegung dieser Stadtteile nur schwerlich zu stoppen scheint. Zumeist ist in diesen Gebieten der Migrantenanteil überdurchschnittlich hoch. Experten rechnen mit einer weiteren Verschärfung dieser Probleme, insbesondere in den „Restbeständen“ des sozialen Wohnungsbaus, wo sich ethnische und soziale Segregation vermischen.

Warum wohnen Migranten in bestimmten Quartieren? Leben sie isoliert und segregiert?

Welche Ansprüche haben sie an den Wohnungsmarkt? Hat sich der Ansatz der Politik, auf möglichst viel „Durchmischung“ in der Bewohnerschaft von Quartieren zu achten, bewährt?

Determinanten der Wohnortwahl

Primär ausschlaggebend für die Wohnortwahl von Migranten sind bestehende familiäre Bindungen, die räumliche Nähe zu Landsleuten oder ethnische Netzwerke, insbesondere für nachziehende Ehegatten und Kinder. Für ausländische Studierende oder Arbeitsmigranten ist die Möglichkeit zum Studium oder zur Aufnahme einer Beschäftigung das maßgebliche Kriterium bei der Wohnort- bzw. Arbeitsplatzwahl. Als dritter Faktor verliert eine möglichst geringe Distanz zum Heimatland in Zeiten von Billigairlines und moderner Kommunikation nach und nach an Bedeutung.

Für die Art der Unterkunft der Migranten, d. h. Wohneigentum sowie Mietverhältnisse in- und außerhalb des sozialen Wohnungsbaus, Untermietverhältnisse sind weitere Einflussfaktoren von Bedeutung: Der sozioökonomische Status und damit die Kaufkraft der Migranten entscheidet maßgeblich über den Wohnstandort und die Qualität des Wohnraums. Darüber hinaus existieren angebotsseitige Beschränkungen in Form von „Ausländerquoten“, die in einigen städtischen Quartieren in Deutschland, insbesondere solchen des sozialen Wohnungsbaus, den Anteil ausländischer Mieter begrenzen sollen. Solche Quoten bewegen sich zwar in einer rechtlichen Grauzone, werden jedoch häufig angewandt. So heißt es zum Beispiel in dem Bericht „Ausländerintegration in Bayern“ der bayerischen Staatsregierung von 1999, dass bei einem Anteil ausländischer Haushalte in Sozialwohnungsgebäuden und -anlagen von mehr als 25% „das sozialgerechte und integrationsfördernde Wohnen von Ausländerinnen und Ausländern in Frage gestellt“ sei. Darüber hinaus treten zuweilen individuelle Diskriminierungen durch Vermieter oder Makler auf.

Nachfrageseitige Beschränkungen auf dem Wohnungsmarkt bestehen insofern, als Migranten Wohnraum häufig über informelle Kanäle suchen, d. h. über Verwandte und Bekannte und nicht über offizielle Medien. Bestimmte Bereiche des Wohnungsmarktes bleiben ihnen somit verschlossen. Letztendlich entscheiden auch die subjektiven Einstellungen und Präferenzen der Migranten über die Art der Unterkunft.

Wandel der Wohnformen

Die Wohnsituation von Migranten hat sich im Laufe der Jahrzehnte entscheidend gewandelt. Als „Gastarbeiter“ mit der Absicht, nur wenige Jahre in Deutschland zu arbeiten und zu leben, wohnten sie anfänglich meist in behelfsmäßigen und schlecht ausgestatteten Sammelunterkünften. Mit der Verfestigung ihres Aufenthalts und insbesondere mit dem Familiennachzug änderten sich die Wohnverhältnisse, nicht zuletzt deshalb, weil ab 1981 für den Familiennachzug eine „ordnungsgemäße, nicht unzureichende und familienge-

Gleichwohl änderten sich im Zeitverlauf auch die Wohnverhältnisse der einheimischen Bevölkerung, so dass heute nach wie vor Unterschiede zwischen den Wohnverhältnissen von Deutschen und Migranten ausgemacht werden: „Ausländische Haushalte sind häufiger Mieter als deutsche, leben — anders als die Deutschen — zum weitaus überwiegenden Teil in größeren Gebäuden mit mindestens drei Wohneinheiten, sind durchschnittlich später eingezogen, haben kleinere Wohnungen, zahlen dafür mehr Bruttokaltmiete je Quadratmeter und müssen einen größeren Anteils ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben“, so das Statistische Bundesamt.

Die Art der Unterkunft ist mitunter ein wichtiger Indikator für die Wohnsicherheit und damit auch die strukturelle Integration. Nach einer Auswertung der Mikrozensusdaten waren laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2002 rund 15% der befragten ausländischen Haushalte Wohneigentümer, knapp 80% lebten in Hauptmieterhaushalten und rund 6% in Untermietverhältnissen oder Wohnheimen. Bei deutschen Haushalten sind rund 43% Eigentümer, 54% Hauptmieter und knapp 3% Untermieter oder Wohnheimbewohner. Bei beiden Gruppen ist der Anteil der Eigentümer zwischen 1993 und 2002 gestiegen, bei den Ausländern jedoch überproportional stark (+64% gegenüber +20% bei den Deutschen).

Empfehlung des Expertenforums: Wohneigentumsbildung

„Allein aufgrund der Altersstruktur der zugewanderten Bevölkerung im Vergleich zur einheimischen wird deren Anteil an den Haushaltgründungen künftig stark ansteigen und sich auch in vermehrter Nachfrage nach Wohneigentum niederschlagen. Für die Standortentscheidung beim Wohneigentumserwerb von Zuwanderern ist vor allem die Nähe zu Familie und Verwandtschaft das maßgebliche Kriterium. Zuwandererhaushalte können aufgrund langjähriger Verbundenheit mit „ihrer“ Mietwohnung und mit einem Quartier, in dem die Familie lebt, eine wachsende Nachfragergruppe bei einer Privatisierung der von ihnen bewohnten Bestände bilden. Privatisierung muss immer sozialverträglich erfolgen, d. h., das Ersterwerbsrecht der Mieter sollte gesichert sein... Der Wunsch von Zuwanderern nach dem Erwerb von Wohneigentum weist häufig auf ihre Integrations- und Aufstiegsorientierung hin. Die Wohnungsunternehmen sollten daher auf solche Bedarfe eingehen.“

Siedlungsschwerpunkte von Migranten befinden sich heute oftmals dort, wo noch Sozialwohnungsbestände zur Verfügung stehen, in den Großsiedlungen der 1970er Jahre und dort, wo in den 1990er Jahren Siedlungen im sozialen Wohnungsbau errichtet wurden. Schwerpunkte gibt es auch, wo Altbaubestände nicht modernisiert wurden und die Mieten daher vergleichsweise günstig sind. Oftmals kumulieren in diesen Siedlungen soziale Probleme, weil sozial schwächere Gruppen konzentriert leben.

Vermieter und Wohnungsunternehmen messen die Problematik einzelner Siedlungsbereiche an pragmatischen Vermietungskriterien. Siedlungsbereiche gelten dann als problematisch, wenn eine Neuvermietung von Wohnungen an „solvente“ Mieter nur noch eingeschränkt möglich ist. Zunächst hat dies nichts damit zu tun, ob in diesem Siedlungsbereich Deutsche oder Migranten wohnen, sondern ob es sich aufgrund der wirtschaftlichen oder sozialen Situation eines Großteils der Bewohnerschaft um ein Wohngebiet mit einem

„schlechten Ruf“ handelt. Hat ein Wohngebiet erst einmal einen solchen „schlechten Ruf“, ist es umso schwieriger, diesen wieder rückgängig zu machen.

Integration und Ausgrenzung

Die Wohnsituation von Migranten, unabhängig von der Art der Unterkunft, ist zum einen durch subjektive Entscheidungsmuster geprägt, zum anderen auch durch die Art und Weise des Zusammenlebens mit den Nachbarn. Hinsichtlich der subjektiven Kriterien zeigt sich, dass tendenziell die Mobilität von Migranten geringer ist. Umgezogen wird in der Regelerst, wenn der Familienzuwachs es unumgänglich macht. Wenn umgezogen wird, dann eher in einem engen Umkreis. Man bleibt gerne im Quartier, wo die Eltern und Geschwister wohnen, „Familienzentriertheit, Homogenität und Lokalität sind typisch für die sozialen Netze von Angehörigen der Unterschicht. Bei Migranten ist dieser Sachverhalt noch ausgeprägter. Das hängt zum Einen mit der Situation der Migration zusammen. Man musste viele zurücklassen. Zum Zweiten kommen die türkischen Migranten aus einem Land, in dem sozialstaatliche Sicherungen kaum ausgebaut sind, weshalb die Familie als Unterstützungssystem in fast allen Notfällen das einzige Hilfesystem darstellt. Dementsprechend kommt der

Familie hohe Bedeutung zu. Drittens ist die Distanz zu den Deutschen hoch. Über sie sind uns die üblichen Stereotypen von den kalten, autoritären und isoliert Lebenden Deutschen genannt worden“, so die Aussage im Rahmen einer Studie zur subjektiven und objektiven

Integration im Auftrag der Schader-Stiftung (s.u.).

Das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Migranten ist nicht immer konfliktfrei. Wohnungsunternehmen berichten, dass Nachbarn aus westeuropäischen Ländern von Deutschen kaum noch als Ausländer gesehen werden. Sie leben oftmals schon lange in Deutschland, haben sich an deutsche Umgangsformen angepasst, beherrschen die Sprache und pflegen Kontakte zu ihren deutschen Nachbarn. Sie werden daher in aller Regel akzeptiert. Ähnliches gilt für Nachbarn, die aus anderen Ländern stammen, z. B. der Türkei, mittlerweile aber in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben.

Vor allem Mieter aus islamisch geprägten Ländern werden jedoch als „Ausländer“ wahrgenommen, erst recht, wenn zur kulturellen Komponente fehlende deutsche Sprachkenntnisse sowie wirtschaftlich problematische Verhältnisse hinzukommen. Auch Spätaussiedler fallen oftmals negativ auf, durch Arbeitslosigkeit, fehlende Deutschkenntnisse und eine erhöhte Kriminalitätsrate. Sowohl mit islamischen Migranten als auch mit Spätaussiedlern möchten deutsche Mieter nach Aussage von Wohnungsunternehmen tendenziell nicht im gleichen Haus oder in unmittelbarer Nachbarschaft wohnen. Als Gründe werden sowohl Probleme mit der Hausordnung als auch der nur schwer herzustellende Kontakt zu ihnen genannt. Bei den Hausordnungsproblemen geht es in erster Linie um die Größe der Familien, den häufigen Besuch von Verwandten und damit verbundenen Lärm. Die Bereitschaft der Deutschen, ausländische Nachbarn zu akzeptieren, wird noch stärker gemindert, wenn seitens der Migranten kein Interesse an Kontakt gezeigt wird, insbesondere seitens „Kopftuch tragender Frauen“.

In der Regel akzeptieren die etablierten deutschen Mieter, dass einzelne Migrantenfamilien, die kulturell zu den wenig integrierten zählen, in ihrer Nachbarschaft wohnen. Wenn jedoch weitere Wohnungen frei werden, melden sich deutsche Mieter zuweilen bei der Hausverwaltung mit dem Hinweis, dass nicht noch mehr ausländische Familien einziehen sollten. Die

deutschen Mieter sehen die Gefahr, dass der Siedlungsbereich dadurch zu einem sozialen

Brennpunkt werden könnte, der dann von deutschen Haushalten gemieden wird.

Empfehlung des Expertenforums: Sicherheitsempfinden im Quartier

„Die Beeinträchtigung des Sicherheitsempfindens bei Bewohnern eines Quartiers wirkt integrationshemmend. Diffuse Ängste werden in der Regel auf Fremde projiziert, also auf Personen, die sich durch Aussehen, Sprache und Kultur von den Einheimischen unterscheiden. Häufigste Quelle von Konflikten im Quartier sind nach wie vor die Themen Sauberkeit, Ordnung und Ruhe. Sie sind zugleich auch wichtige Indikatoren „guter“ Wohnverhältnisse und „guter“ Lagen, und zwar unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit. Trotzdem bestehen hinsichtlich dieser Faktoren immer noch erhebliche Vorurteile gegenüber Zuwanderern. Sauberkeit und Ordnung fördern die Identifikation mit dem Haus und seiner Umgebung.“

Desegregation als Erfolgsmodell?

Bislang war die allgemeine Wohnungs- und Stadtpolitik in Deutschland in erster Linie desegregativ ausgerichtet. Die angestrebte soziale Mischung und Gleichverteilung ausländischer Haushalte auf den Haus- und Wohnungsbestand war in der Regel bis heute auch die Vorgehensweise von Wohnungsunternehmen. Die „landläufige“ Quote von 20% Ausländeranteil wurde nur übergangen.

Insbesondere Wohnungsunternehmen, für die die Vermietbarkeit ihrer Wohnungsbestände oberste Priorität hat, stellen sich mehr und mehr die Frage, ob diese versuchte Gleichverteilung noch sinnvoll und zeitgemäß ist. Sie scheint zwar den Wünschen deutscher Bewohner zu entsprechen, lässt jedoch die Wohnungswünsche von Migrantenfamilien — zukünftig eine wichtige Kundengruppe auf dem Mietermarkt — weitgehend außer Acht. Migranten, insbesondere jene, die noch nicht lange in Deutschland leben, suchen für ihre Familien relativ große Wohnungen und möchten häufig in unmittelbarer Nachbarschaft zu ihren Verwandten leben. Vereinzelt gibt es in Wohnungsunternehmen daher Ansätze, das Zusammenwohnen von ausländischen Haushalten in zusammenhängenden Häuserzeilen nicht nur zu akzeptieren, sondern zur Vermietungsstrategie zu machen.

Empfehlung des Expertenforums: Integration trotz Segregation

„Auch in Deutschland findet eine räumliche Konzentration von Zuwanderern in den Städten statt und ist letztlich nicht zu verhindern. Zu einem gewissen Teil sollte sie auch nicht verhindert oder behindert werden. Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass die „Mischung“ von Zuwanderern und Einheimischen in den Wohnquartieren der Städte ein handhabbares Instrument zur Integration der Zuwanderer in die Aufnahmegesellschaft ist. Freiwillige ethnische Segregation ist weder zu vermeiden noch ist sie von vornherein schädlich für eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern.“

Wohnwünsche und Ansprüche

Untersuchungen zeigen, dass sich bei ausländischen Familien mit den deutschen Sprachkenntnissen und dem sozialen und ökonomischen Aufstieg die Wohnwünsche in gleicher Weise entwickeln wie bei deutschen Familien. Man bevorzugt „bessere“ Wohngegenden und erwägt den Kauf eines eigenen Hauses. Mit fortgeschrittener Integration nimmt der Anteil derjenigen ausländischen Haushalte zu, deren Wunsch es ist, dort zu leben, wo sie die für

sie passende Wohnung finden.

Es wird beobachtet, dass Migrantenfamilien immer seltener Wohnungen akzeptieren, deren Ausstattungs- und Instandhaltungsstandard unter den durchschnittlich üblichen Normen liegen. Eine allmähliche Angleichung der Bedürfnisse wird immer deutlicher. Wohnungsunternehmen und Vermieter müssen darauf reagieren, wollen sie bei dem in Zukunft immer größer werdenden Angebot an Wohnungen eine Chance haben. Gleichzeitig sollten die Mitarbeiter von Wohnungsunternehmen, die direkten Kontakt zur Zielgruppe Migranten haben, interkulturell geschult werden und Personen mit Migrationshintergrund als Mitarbeiter eingestellt werden. Der Bedarf nach kultureller Öffnung auf dem Wohnungsmarkt wächst ohne Zweifel.

*Empfehlung des Expertenforums: Kompetenzen und Angebote in
Wohnungsunternehmen*

„Integration zählt zwar nicht zu den Kernaufgaben der Wohnungsunternehmen, dennoch liegen eigene Aktivitäten zur sozialen Stabilisierung von Quartieren mit hohem Zuwandereranteil durchaus auch in ihrem wirtschaftlichen Interesse. Bei denjenigen Wohnungsunternehmen, in denen häufig noch keine ausreichenden Kenntnisse und keine entsprechende Sensibilität für die Thematik vorhanden sind und in denen Zuwanderer andererseits eine wichtige Kundengruppe bilden, erscheint es sinnvoll, Mitarbeiter interkulturell zu schulen bzw. Mitarbeiter mit Migrationshintergrund vermehrt im Unternehmen zu beschäftigen.“

Quelle: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.): Zuwanderer in der Stadt —
Expertisen zum Projekt. Darmstadt 2005

Die Empfehlungen des Expertenforums stammen aus folgender Publikation: Verbundpartner
„Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.): Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträum-
lichen Integrationspolitik. Darmstadt 2005

Seminare zu interkultureller Kompetenz, insbesondere für die Wohnungswirtschaft siehe
www.kiq-training.de